universität wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

„Welche Funktion hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung im gemischten Interessenssystem Österreichs?

Politikstrategische Überlegungen unter Berücksichtigung der Organisation von Industrieinteressen und externer Systemschocks“

Verfasser

Mag. rer. soc. oec. Dr. rer. soc. oec. Herwig W. Schneider

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Politikwissenschaft (Dr. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A 092 300
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuer:	Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Herwig W. Schneider

Welche Funktion hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung im gemischten Interessenssystem Österreichs?

Politikstrategische Überlegungen unter Berücksichtigung der Organisation von Industrieinteressen und externer Systemschocks

Wien, Mai 2011

Bei der Erstellung dieser wissenschaftlichen Arbeit wurde zu Gunsten der Darstellbarkeit und Lesbarkeit auf eine durchgehend geschlechtsneutrale Schreibweise verzichtet. Sofern männliche Schreibweisen verwendet werden, beinhalten diese bei Entsprechung auch die weibliche Form.

Für

Angelika,

Alina,
Marisa und
Pauline!

Danke!

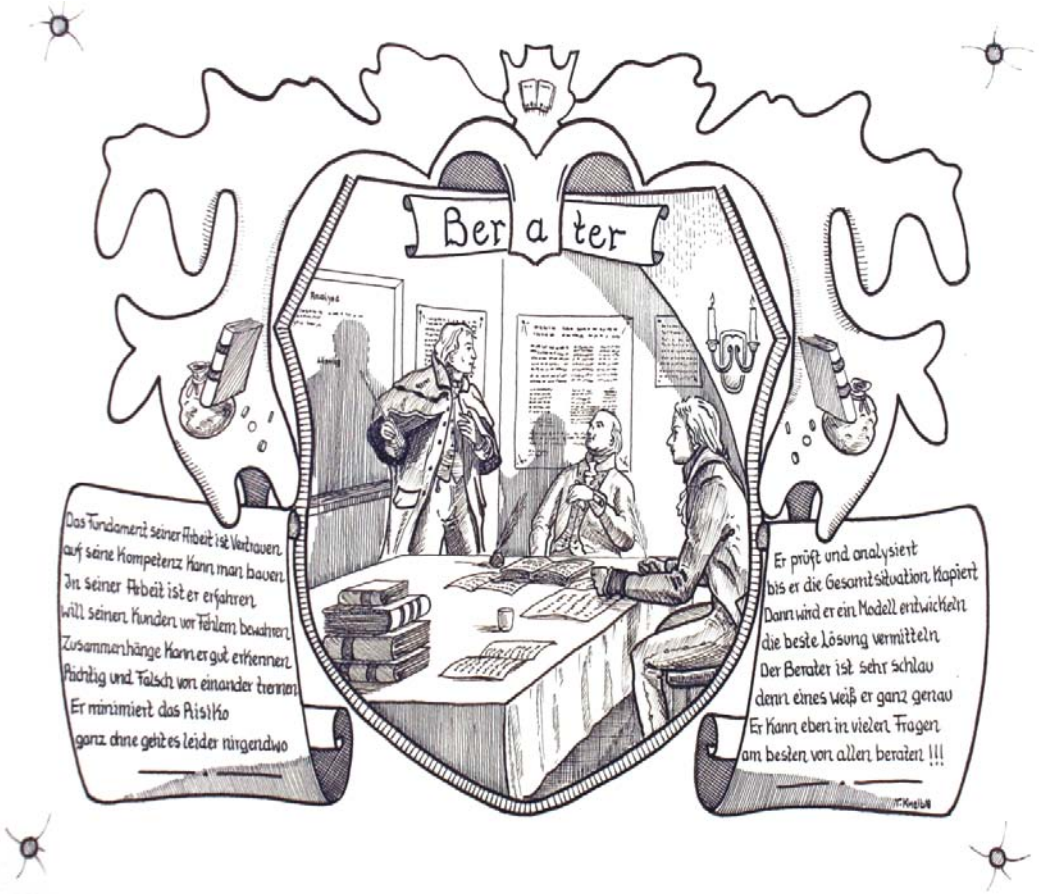
Vorbemerkung

Bereits Ende der 1990er Jahre habe ich in meiner wissenschaftlichen Arbeit in einigen wesentlichen Bereichen die Welt der neoklassischen wie endogenen Wachstumstheorien verlassen und mich den meines Erachtens noch weitaus spannenderen evolutionären Ansätzen zugewandt. Seit einigen Jahren beschäftige ich mich deshalb mit institutionellen Wachstumsansätzen.

In meiner Fokussierung bewege ich mich in einem Grenzbereich zwischen neueren gesamtwirtschaftlichen Analyseansätzen und den für realwirtschaftliche Zusammenhänge dominierenden politischen und gesellschaftlichen Systemen. Ich bin der Ansicht, dass der dafür notwendige Arbeitsbogen von der Ökonomie über die Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Untersuchungsergebnisse hinein in die Politik, um sodann einen neuen Ausgangspunkt für die Ökonomie zu definieren, ein wesentlicher ist. Und er kann nur dann funktionieren, wenn hochwertiges politikwissenschaftliches Wissen vorhanden ist bzw. Überlegungen nach politikwissenschaftlichen Analysekriterien angestrebt werden. Diesem Zweck dient die vorliegende wissenschaftliche Arbeit.

Die hier präsentierten Überlegungen, Fragestellungen und Zusammenhänge sind über einen Zeitraum von mehreren Jahren gewachsen und fallen zeitlich zufällig mit der immer noch allgegenwärtigen Finanz- und Konjunkturkrise zusammen. Die Ergebnisse sollen letzten Endes einen qualifizierten Beitrag dazu leisten, in einem modernen politikökonomischen Raum besser, schneller und zielgerichteter auch Krisenentscheidungen treffen zu können.

Abb. V-1: „Der Berater ist sehr schlau …“



Q: Unbekannter Straßenkünstler, Dresden, April 2010

Inhaltsverzeichnis

Widmung und Danksagung **V**

Vorbemerkung **VII**

Inhaltsverzeichnis **IX**

Abbildungsverzeichnis **XIII**

Tabellenverzeichnis **XIII**

Exkursverzeichnis **XV**

Abkürzungsverzeichnis **XVII**

Zeichenerklärung **XIX**

1 Einleitung **21**

2 Problemaufriss und grundlegende Bedeutungszusammenhänge **27**

3 Einbettung der Forschungsfragen in politikwissenschaftliche Theoriegebäude **35**

3.1 Die endlose evolutorische Entwicklung: Institutionalistisch-politikökonomischer Analysehintergrund 35

3.2 Organisierte Interessen: Ausgewählte Konzepte der Verbändeorganisationsforschung 39

3.3 Politikberatung als empirisch gerichteter Analyse-Kristallisationspunkt: Ausgewählte theoriebasierte Zugänge zum Thema *Politikberatung* 42

3.4 Zwischenresümee 48

4 Institutionelle Systembetrachtungen zu den forschenden und interessenbekundenden Trägern der Industriepolitik in Österreich **51**

4.1 Organisation unternehmensnaher angewandter Industrieforschung 51

4.2 Organisation industriepolitischer Interessen ieS 55

4.3 Organisation industriepolitischer Interessen iwS 71

4.4 Zwischenresümee 73

5 Relationsbetrachtungen der forschenden und interessenbekundenden Träger der Industriepolitik in Österreich **75**

5.1 Wissensströme über das Projekt- und Forschungsnetzwerk der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung 76

5.2 Interorganisatorische Vernetzungsmuster zwischen Bundessparte Industrie und Industriellenvereinigung 82

5.3 Netzwerk Industrie, Industrieforschung und Industriepolitik 84
5.4 Zwischenresümee 89

6 Industriepolitische Themen- und Maßnahmenbetrachtung unter besonderer Berücksichtigung von unternehmensnaher angewandter Industrieforschungsnachfrage 91
6.1 Themen- und Maßnahmensetting der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung 92
6.2 Kommuniziertes Themensetting der industriepolitischen Interessensvertretung 100
6.3 Kommuniziertes Maßnahmensetting der industriepolitischen Interessensvertretung 106
6.4 Industriewissenschaftlicher bzw. -politischer Themensetting-/Maßnahmen- und Instrumentensettingabgleich zwischen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung und der industriepolitischen Interessensvertretung 108
6.5 Zwischenresümee 110

7 Struktur und Qualität der industriepolitischen Beratung unter gegebenen Rahmenbedingungen in Österreich 113
7.1 Ausgewählte Rahmenfaktoren für industriepolitische Beratung in Österreich 114
7.2 Situationsbeschreibung der Struktur und Qualität industriepolitischer Beratung in Österreich 119
7.3 Fallbeispiel: Das Ansehen der Wirtschaftsforschung in Zeiten der Finanz- und Konjunkturkrise 126
7.4 Fallbeispiel: Forschungs- und Kommunikationssprungbrett Leading Competence Units (LCU) 130
7.5 Zwischenresümee 137

8 Mögliche realwirtschaftliche Effekte durch industriepolitische Maßnahmen 139
8.1 Die Einzigartigkeit von Industriefeldern 139
8.2 Impulse im volkswirtschaftlichen Liefer- und Leistungsgeflecht 142
8.3 Detailbild einer industriellen Wertschöpfungskette am Beispiel der Chemieindustrie 143
8.4 Zwischenresümee 144

9 Synopse 145

Quellenverzeichnis 153

Glossar 161

Anhang 1
Begriffsdeterminationen und Typologisierungen 163
Anhang 2
Zeittafel und Chronologie wichtiger wirtschafts-/industriepolitischer Ereignisse 165
Anhang 3
Ausgewählte Organigramme und Koordinaten industriepolitischer Interessensvertretungen in Österreich 169
Anhang 4
Schlüsselwortanalyse-Vorgaben zur Determination industriewissenschaftlicher/-politischer Themenraster 175
Anhang 5
Themenschwerpunkte und Autoren industriepolitischer/-wissenschaftlicher Studien und Periodika des IWI 177
Anhang 6
Methodenerläuterungen 181
Anhang 7
Interviewleitfäden 183
Anhang 8
BDI-Memorandum für eine steuerliche Förderung von F&E 193
Anhang 9
Industrielle Wertschöpfungsketten 197
Anhang 10
Codierungstabellen 199

Abstract 203

Lebenslauf 205

Abbildungsverzeichnis

Abb. V-1: „Der Berater ist sehr schlau …“ VII
Abb. 1-1: Untersuchungsablauf 21
Abb. 3-1: Nutzen- und Anreizfunktionen externer Einflussträger vs. politische Entscheidungsträger 47
Abb. 4-1: Industriewissenschaftliches Methodensetting des IWI, zugeordnet zu ausgewählten Themenschwerpunkten 54
Abb. 4-2: Mehrschichtiges Wahlsystem der WKO 65
Abb. 4-3: Zusammenspiel der Strukturen innerhalb der IV-Bundesorganisation/-Landesorganisationen 69
Abb. 5-1: Positionierungen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung und grundsätzliche wissensbasierte Interaktionskanäle im industriepolitischen System Österreichs (schematische Darstellung) 76
Abb. 5-2: IWI-Projekt bezogene SNA-Analyse (Zeitrahmen 2003 bis 2010), inkl. Vernetzungsmuster innerhalb der wichtigsten Auftraggebergruppen 80
Abb. 5-3: IWI-Projekt bezogene SNA-Analyse (Zeitrahmen 2003 bis 2010), exkl. Vernetzungsmuster innerhalb der wichtigsten Auftraggebergruppen 81
Abb. 5-4: Koordinationsprinzip der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft 86
Abb. 5-5: IWI, BSI und IV im Rahmen der FAS Research Netzwerkanalyse 88
Abb. 6-1: Begriffsbestimmungen und Bedeutungszusammenhänge (Auswahl) 91
Abb. 6-2: IV-Strategielinien (Auswahl) 100
Abb. 6-3: Industriewissenschaftlicher/-politischer Themensettingabgleich anhand des Strukturübereinstimmungsindex von HAHN 109
Abb. 6-4: Industriewissenschaftlicher/-politischer Instrumentensettingabgleich anhand des Strukturübereinstimmungsindex von HAHN 110
Abb. 7-1: Beratungs- und Rückkoppelungsmechanismen der industriepolitischen Beratung in Österreich durch die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung 120
Abb. 8-1: Co-Plot-Analyse zur Einzigartigkeit industrieller Branchen in Österreich 140
Abb. 8-2: Fallbeispiel: Interessenslagen und Schwerpunkte von Papierverarbeitender Industrie und Papierindustrie in Österreich 141
Abb. 8-3: Industrielle Wertschöpfungsketten, Beispiel A (H. v. Chemikalien und chemischen Erzeugnissen) 143
Abb. 9-1: Kernaussagen im Untersuchungsablauf 145
Abb. A-1: Zwiebelmuster der Begriffsabgrenzungen zur Industrie 163
Abb. A-2: Organisationsstruktur der WKO 169
Abb. A-3: Organisationsstruktur der IV Österreich 173
Abb. A-4: Exemplarische graphische Darstellung verschiedener Akteursgruppen nach Methodik „Co-plot“ 182
Abb. A-5: BDI-Memorandum für eine steuerliche Förderung von F&E (Teil 1) 193
Abb. A-6: BDI-Memorandum für eine steuerliche Förderung von F&E (Teil 2) 194
Abb. A-7: BDI-Memorandum für eine steuerliche Förderung von F&E (Teil 3) 195

Tabellenverzeichnis

Tab. 3-1: Verbindungslinien zwischen der North’sche Institutionentheorie und der Schumpeter’sche Evolutionstheorie 38
Tab. 3-2: Übersicht: Fragestellungen/Inhalte theoretischer Zugänge der Verbändeorganisationsforschung 41
Tab. 3-3: (In)direkte Ansatzfelder für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in den Phasen des Policy Cycle 42
Tab. 3-4: Funktionen und deren Erfolgsfaktoren der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung 45
Tab. 3-5: Literaturauswahl: Public-Choice-Basisansätze der Politikberatung 46
Tab. 3-6: Arbeitsweise- und Funktionsbild zum Zusammenspiel externer wissenschaftlicher Politikfeldberater und politischer Entscheidungsträger 48
Tab. 4-1: Vereinsorgane des IWI (Stand: Jänner 2011) 53
Tab. 4-2: Kernaufgaben der WKO im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich 58
Tab. 4-3: Organe der BSI (Stand: Jänner 2011) 62
Tab. 4-4: Territoriale Gliederung der Sparte Industrie der WKO (Bundesorganisation, Landesorganisationen; Stand: Jänner 2011) 63

Tab. 4-5: Organaufbau der WKO in verschiedenen Dimensionen 64
Tab. 4-6: Vereinsorgane der IV Österreich (Stand: Jänner 2011) 68
Tab. 4-7: Territoriale Gliederung der IV (Bundesorganisation, Landesorganisationen) 70
Tab. 4-8: Institutionen zur Organisation industriepolitischer Interessen iwS (Stand: Jänner 2011) 72
Tab. 5-1: WKO-Funktionsspektrum der Mitglieder der Präsidien von BSI und IV 82
Tab. 6-1: Themenschwerpunkte der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung, Fallbeispiel IWI (Angaben in %) 94
Tab. 6-2: Industriepolitische Maßnahmen-/Instrumentarienaffinität der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung, Fallbeispiel IWI (Angaben in %) 98
Tab. 6-3: Kommunizierte Themenschwerpunkte der industriepolitischen Interessensvertretung am Beispiel der Leitartikel zu den Periodika „Die Industrie aus erster Hand“, „iv-positionen“ und „industrie aktuell“, (Angaben in %) 102
Tab. 6-4: Pressemeldungen der IV (20.04 bis 01.06.2010) 105
Tab. 6-5: Kommuniziertes industriepolitisches Maßnahmen-/Instrumentensetting der industriepolitischen Interessensvertretung am Beispiel der Leitartikel/Coverthemen zu den Periodika „Die Industrie aus erster Hand“, „iv-positionen“ und „industrie aktuell“, (Angaben in %) 106
Tab. 7-1: Zustimmungsverhalten zu ausgewählten wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen (Laien vs. Ökonomen) 118
Tab. 7-2: Verbundenheit von deutschen Ökonomen zu wirtschaftswissenschaftlichen Denkschulen (wissenschaftliche Grundeinstellungen) 121
Tab. 7-3: Vorbilder für deutschen Ökonomen 121
Tab. 7-4: Volumen und Intention von in den Jahren 2008 und 2009 angekündigten Stimulierungsmaßnahmen 128
Tab. 7-5: Ausgewählte (Laien-) Reaktionsmuster zur Frage der Basisfinanzierung des WIFO 129
Tab. 7-6: LCU-Literaturübersicht (Teil 1) 134
Tab. 7-7: LCU-Literaturübersicht (Teil 2) 135
Tab. 7-8: LCU-Literaturübersicht (Teil 3) 136
Tab. 8-1: IO-Multiplikatoren zum Produzierenden Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Übersicht) 142
Tab. A-1: Synopse zur Typologisierung von Interessensgruppen 152
Tab. A-2: Leitvorstellungen und Ergebnisse der Wirtschafts-/Industriepolitik seit 1945 im historischen Überblick (Teil 1) 165
Tab. A-3: Leitvorstellungen und Ergebnisse der Wirtschafts-/Industriepolitik seit 1945 im historischen Überblick (Teil 2) 166
Tab. A-4: Leitvorstellungen und Ergebnisse der Wirtschafts-/Industriepolitik seit 1945 im historischen Überblick (Teil 3) 167
Tab. A-5: Chronologie der österreichischen Sozialpartnerschaft seit 1945 168
Tab. A-6: Fachverbände der Bundessparte Industrie (Stand: November 2010) 170
Tab. A-7: Mitgliedschaften der BSI sowie ihrer Fachverbände in ausgewählten europäischen Interessensvereinigungen (stand 2007, Teil 1) 171
Tab. A-8: Mitgliedschaften der BSI sowie ihrer Fachverbände in ausgewählten europäischen Interessensvereinigungen (stand 2007, Teil 2) 172
Tab. A-9: Schlag- und Suchwortkatalog zur Determination eines industriewissenschaftlichen/-politischen Themenrasters 175
Tab. A-10: Schlag- und Suchwortkatalog zur Determination eines industriewissenschaftlichen/-politischen Maßnahmen-Instrumentenrasters 176
Tab. A-11: Studienreihe des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI), Teil 1 (2000 bis Mitte 2010) 177
Tab. A-12: Studienreihe des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI), Teil 2 (2000 bis Mitte 2010) 178
Tab. A-13: Themenbogen „industrie aktuell“ (2000 bis 2010) 179
Tab. A-14: Autorenstatistik (bei >3 Veröffentlichungen), „industrie aktuell“ (1994 bis 2010) 180
Tab. A-15: Industrielle Wertschöpfungsketten, Beispiel B (Metallerzeugung und -bearbeitung) und Beispiel C (Maschinenbau) 197
Tab. A-16: Industrielle Wertschöpfungsketten, Beispiel D (H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung) und Beispiel E (Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik) 198
Tab. A-17: Codetabelle zur Darstellung industrieller Wertschöpfungsketten (ÖNACE 2008) (Teil 1) 199
Tab. A-18: Codetabelle zur Darstellung industrieller Wertschöpfungsketten (ÖNACE 2008) (Teil 2) 200
Tab. A-19: Codetabelle zur Darstellung industrieller Wertschöpfungsketten (ÖNACE 2003) 201

Exkursverzeichnis

Exkurs: Die North'sche Institutionentheorie vs. die Schumpeter'sche Evolutionstheorie 39
Exkurs: Kammertypologien 59
Exkurs: Voraussetzungen für die Herausbildung neo-korporatistischer Politikvermittlung in Österreich 66
Exkurs: Konfliktlinien vs. Koordinationslinien zwischen WKO und IV 83
Exkurs: Koordinationsprinzip der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft 85
Exkurs: Ausgewählte Strategiepapiere des gemischten Interessenssystem Österreichs 100
Exkurs: Kurzfristige interessenspolitische Kommunikation der IV (Auswahl) 105
Exkurs: Leitlinien zur guten wissenschaftlichen Politikberatung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften 126
Exkurs: Kriterien zur Bestimmung von LCU 131

Abkürzungsverzeichnis

a.n.g.	anderweitig nicht genannt [nur in Anhang 10]
AB	Abschlussbericht
ABA	Austrian Business Agency
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AG	Aktiengesellschaft
AIT	Austrian Institute of Technology
AKG	Arbeiterkammergesetz
Anm.	Anmerkung
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ATS	Österreichische(r) Schilling
AUSTROMED	Vereinigung der Medizinprodukte-Unternehmen, Österreich
AWO	Außenwirtschaftsorganisation
B	Burgenland [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
BAGV	Betriebsanlagengenehmigungsverfahren
BAK	Bundesarbeiterkammer
BCG	Boston Consulting Group (Austria)
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BM	Bundesministerium, Bundesminister [nur in Anhang 2]
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
BR	Bundesrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSI	Bundessparte Industrie der WKO
BSI-LB	Leistungsbericht der BSI [nur in Anhang 5]
BVRBG	Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz
bzw.	beziehungsweise
CEO	Chief Executive Officer
COPA	European Agricultural Union
CoPs	Communities of Practice
d.h.	das heißt
DEA	Data Envelopment Analyse
DE'GE'POL	Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V
div.	diverse
DL	Dienstleistungen [nur in Anhang 10]
DM	Deutsche Mark
e.V.	eingetragener Verein
Edit.	Editorial [nur in Anhang 5]
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EGB	Europäische Gewerkschaftsbund
EH	Einzelhandel [nur in Anhang 10]
et al.	et alii, et aliae, et alia
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
exkl.	exklusive
EZB	Europäische Zentralbank
FAS	*Unternehmensbezeichnung für FAS.research*
FDI	Foreign Direct Investment
FOSE	Forschungsseminar
frz.	französisch
FTI	Forschung, Technologie und Innovation
F&E	Forschung und experimentelle Entwicklung
GewO	Gewerbeordnung
GFK AUSTRIA	Unternehmensbezeichnung für Gfk AUSTRIA GmbH
GH	Großhandel [nur in Anhang 10]
GHS	Globally Harmonized System
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GP	Gesetzgebungsperiode
H.u.	Herstellung und [nur in Anhang 10]
H.v.	Herstellung von [nur in Anhang 10]
H.v.W.a.	Herstellung von Waren aus [nur in Anhang 10]
HTL	Höhere Technische Lehranstalt
IA	Periodikum „industrie aktuell“
IA-reg.	Industrie regional [nur in Anhang 5]
IBW	Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft
idR	in der Regel

ieS	im engeren Sinne
IG	Interessensgruppe [nur in Anhang 1]
IGF	Institut für Grundlagenforschung
IHS	Institut für Höhere Studien
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie(n)
inkl.	inklusive
IO	Input-Output
IPO	Initial Public Offering
IV	Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung)
IWI	Industriewissenschaftliches Institut
iwS	im weiteren Sinne
I-Forum	Industrieforum [nur in Anhang 5]
I-Konj.	Industriekonjunktur [nur in Anhang 5]
I-Politik	Industriepolitik [nur in Anhang 5]
JR	Joanneum Research
K	Kärnten [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
Kfz	Kraftfahrzeug
km	Kilometer
KMFA	KMU Forschung Austria
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KV	Kollektivvertrag
KWI	*Unternehmensbezeichnung für KWI Consultants & Engineers AG*
LBG	Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft
LCU	Leading Competence Units
Leitart.	Leitartikel [nur in Anhang 5]
LK	Landwirtschaftskammer
LSE	Leistungs- und Strukturerhebung
Mio.	Million, Millionen
NACE	frz. Nomenclature generale des activites economiques
NEC	National Emission Ceilings
NIMBY	Not In My Back Yard
NGO	Non Governmental Organisation
NÖ	Niederösterreich [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
NR	Nationalrat
Nr.	Nummer
o.	ohne [nur in Anhang 10]
o. Ä.	oder Ähnliche; oder Ähnliches
OECD	frz. Organisation de coopération et de développement économiques
OeKB	Österreichische Kontrollbank
OeNB	Österreichische Nationalbank
OÖ	Oberösterreich [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
ORF	Österreichischer Rundfunk
Ö	Österreich, österreichisch
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖGV	Österreichischer Gewerbeverein
ÖNACE	Österreichische Systematik der Wirtschaftstätigkeiten; s. NACE
P	Problem [nur in Anhang 1]
PK	Pressekonferenz
PPP	Public Private Partnership
PRÄKO	Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
RAT-FTE	Rat für Forschung und Technologieentwicklung
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals
Rev	Revision
Rez.	Buchrezension [nur in Anhang 5]
RH	Rechnungshof
RV	Regierungsvorlage
RZB	Raiffeisen Zentralbank Österreich AG
S.	Seite
s.; S.	siehe
S	Salzburg [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
s.o.	siehe oben
s.r.	siehe rechts
SMFA	Subsystem Minimal Flow Analysis
SNA	Soziale Netzwerkanalyse
SPO	Secondary Public Offering
ST	Steiermark [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
T	Tirol [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
Tab.	Tabelle
V	Vorarlberg [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
VC	Venture Capital
u.a.	unter anderem, unter anderen
u.Ä.	und Ähnliche; und Ähnliches
UEAPME	frz. Union Européenne de l'Artisanat et des Petites et Moyennes Entreprises

UK	Vereinigtes Königreich (United Kingdom)
UNICE	Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
v.	von [nur in Anhang 10]
v.a.	vor allem, vor allen
V1, V2	Variante 1, Variante 2 [nur in Anhang 1]
vgl.	vergleiche
VÖVW	Vereinigung der österreichischen verladenden Wirtschaft
vs.	versus
VZÄ	Vollzeitäquivalent(e)
W	Wien [nur in Tab. 7-6 bis 7-8]
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut der WKO
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WKG	Wirtschaftskammergesetz (Gesetz über die Kammern der gewerblichen Wirtschaft)
WKO	Wirtschaftskammer Österreich, Wirtschaftskammern Österreichs
WU	Wirtschaftsuniversität Wien
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ZVR	Zentrales Vereinsregister des Bundesministeriums für Inneres

Zeichenerklärung

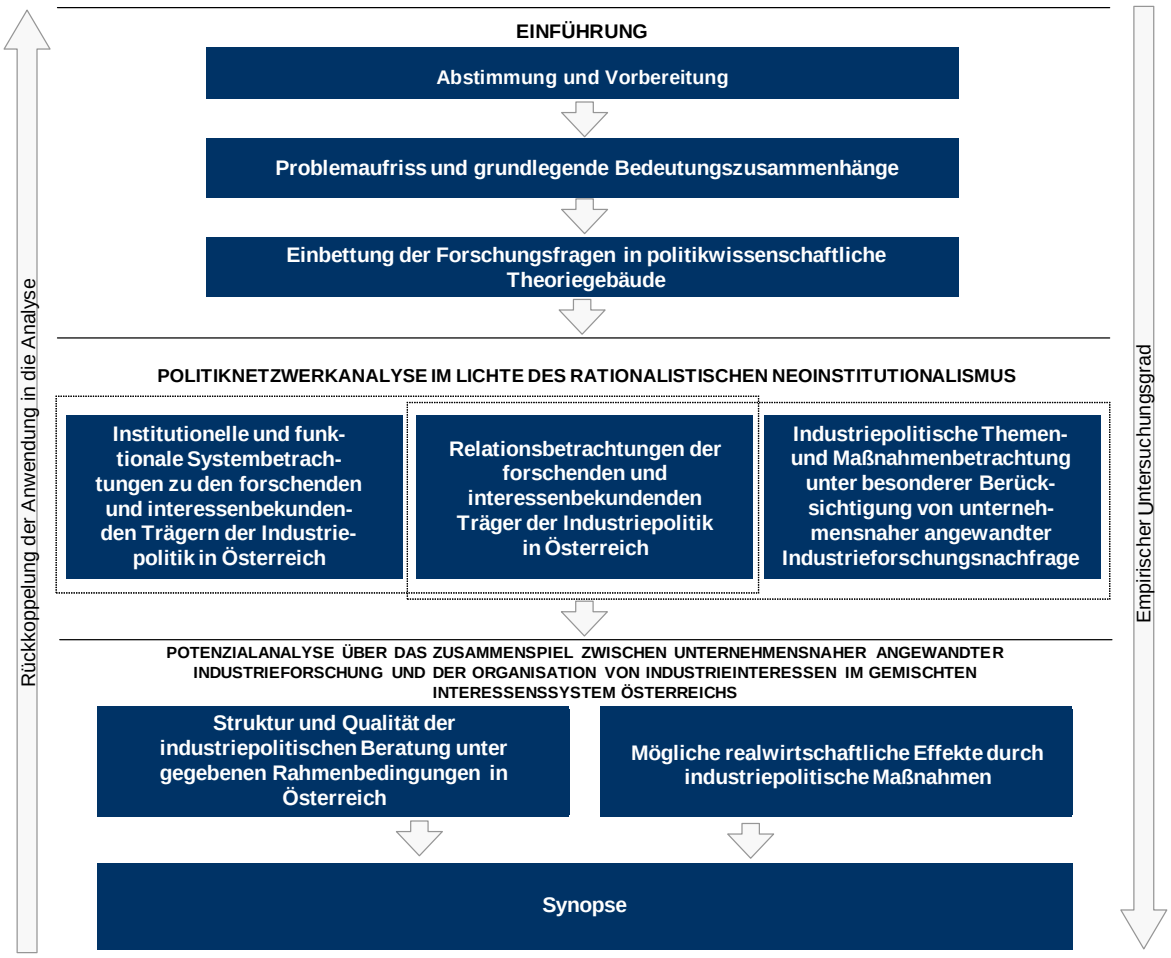
->	dadurch
Ø	durchschnittlich
>	größer als
%	Prozent
Σ	Summe
&	und

1 Einleitung

Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung Österreichs fokussiert auf der einen Seite inhaltlich auf unmittelbar industrierelevante Forschungstatbestände und auf der anderen Seite prozedural auf eine unternehmensnahe Arbeitsphilosophie sowie marktorientierte Finanzierungsmechanismen. Sie generiert Lösungen, welche über verschiedene rückkoppelungsgeprägte Kanäle ihren Weg in das heimische politische Entscheidungssystem finden. Eine Verästelung – jene, die in den besonderen Blickpunkt der gegenständlichen Untersuchung gerückt wird – bringt die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung mit einem Teil des gemischten Interessenssystem in Verbindung, welcher (un)mittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen beabsichtigt. Forschungsstrukturen treffen auf Interessensvertretungstrukturen. *Welche Funktion hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in diesem Beziehungssystem? Wo befinden sich die wesentlichen politik-ökonomischen Stellhebel insbesondere in Zeiten globaler Finanz- und Wirtschaftskrisen?*

Die Untersuchung folgt dem Schema „Beobachtung – Interpretation – Lerneffekte“ entlang von diesen drei Arbeitsachsen: (i) Einführung; (ii) Politiknetzwerkanalyse unter Berücksichtigung des rationalistischen Neoinstitutionalismus; (iii) Potenzialanalyse zum Zusammenspiel zwischen unternehmensnaher angewandter Industrieforschung und der Organisation von Industrieinteressen im gemischten Interessenssystem Österreichs; jeweils unterteilt in drei Arbeitsschritten. Sowohl top-down als auch bottum-up Forschungsansätze kommen zur Anwendung. Systemtheoretischen Analysevorgaben wird in beiden Dimensionen besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Abb. 1-1: Untersuchungsablauf



Q: Eigene Darstellung

Diese Arbeit fußt auf dem Grundverständnis der Politikfeldanalyse, nutzt Methoden der interaktionsorientierten Policy Forschung und fragt im Lichte dessen danach, was spezifische Akteure bzw. Akteursgruppen unternehmen, warum sie es unternehmen und was sie letztendlich damit bewirken (vgl. DYE, 1976). Neben situativen Bezügen (*Unter welchen Kontextbeziehungen ist die vorliegende Situation gegeben?*) werden normative und komparative sowie als Erklärungshebel partiell auch historische Relationen behandelt. Konkret fächert sich die gegenständliche Untersuchung über drei Arbeitsachsen in neun Arbeitsschritten auf:

Arbeitsachse A:
Einführung

Die Ausführungen der Arbeitsachse A dienen gleichermaßen als Basis der Untersuchung wie als Ergänzung und wissenschaftstheoretische Einbettung bzw. tragen zum Verständnis für die Existenz der gegenständlichen Fragestellungen bei.

Nach dieser Einleitung steht am Beginn der Untersuchung die *Abstimmungs- und Vorbereitungsphase* der Dissertation. Sodann bestimmt Kapitel 2 („Problemaufriss und grundlegende Bedeutungszusammenhänge") den Ausgangspunkt für die zentralen Forschungsfragen sowie die wesentlichen Argumentationsketten der Untersuchung. Unter Berücksichtigung des Forschungsstandes wird das Fragegerüst dieser Arbeit im Rahmen der allgemeinen Forschungslage positioniert. Ferner werden nachgereihte Fragestellungen – die allerdings nicht alle einer gleichrangigen Beantwortung zugeführt werden können – ebenso wie Arbeitshypothesen präzisiert und zur Verifizierung/Falsifizierung freigegeben.

Kapitel 3 („Einbettung der Forschungsfragen in politikwissenschaftliche Theoriegebäude") dient zur theoriebasierten politikwissenschaftlichen Standortbestimmung. Es legt die Einordnung in theoriegesteuerte Denkfamilien fest, welche im gegenständlichen Zusammenhang von Relevanz sind. Der Anspruch an diesen Arbeitsschritt ist von drei Bedarfebenen und den damit verknüpften Fragestellungen gekennzeichnet: (i) *Welche gesamtheitliche Basistheorie bildet das Fundament für die gegenständliche Untersuchung, unter Bedachtnahme welches Basisziels (Institutionentheorie; Wirtschaftswachstum)?* (ii) *Welche Systematik kann als Beobachtungshilfe funktionaler Akteursaspekte genutzt werden, um eine darauf folgende Interpretation zu ermöglichen (Verbändeorganisationsforschung; situative Bezugsebene)?* (iii) *Wie gestaltet sich der analytische Grundsatzdiskurs im Zusammenhang mit Systemstärken wie -schwächen und dem damit verbundenen Bedarf an Handlungsempfehlungen (Politikberatungsmodelle, Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung, Public-Choice-Ansätze, Lerneffekte, anwendungsorientierte Checkliste)?*

Arbeitsachse B:
Politiknetzwerkanalyse im Lichte des rationalistischen Neoinstitutionalismus

Arbeitsachse B bieten in ausgewählten Dimensionen eine Systembetrachtung zu den wichtigsten Akteuren und Akteursgruppen der gegenständlichen Analyse. Dadurch können Aussagen zu System-Funktionsfähigkeiten getroffen bzw. Hinweise auf Stärke-/Schwächeprofile entwickelt werden. Der dieser Arbeit zu Grunde gelegte Thesenraum kann erst nach qualifizierter analytischer Auseinandersetzung in den Kapiteln 4 bis 5 bearbeitet werden. Als Hintergrundbild schwingt in Bezugnahme auf den institutionstheoretischen Zugang der Arbeit und den damit verbundenen Basisziel (s.o.) das Konzept des rationalistischen Neoinstitutionalismus, welcher davon ausgeht, dass Akteure eines politischen Systems strategisch vorgehen und jene Mittel einsetzen, mit denen sie ihre Ziele am besten erreichen.[1]

Kapitel 4 („Institutionelle und funktionale Systembetrachtungen zu den forschenden und interessensbekundenden Trägern der Industriepolitik in Österreich") bietet Erläuterungen und Hintergründe der Organisation unternehmensnaher angewandter Industrieforschung auf einer Seite, und in Gegenüberstellung dazu jener der industriepolitischen Interessen auf der anderen Seite (inkl. Vergleich von Organisationsmustern). Die Darstellung des historisch und kulturell gewachsenen Gerüsts (in Kombination mit den später aufgeschlossenen essentiellen Interaktionsmustern) liefert Hinweise auf industrierele-

[1] Sie passen sich dabei an Normen an, wie es der Erreichung ihrer Ziele dienlich ist. Der rationalistische Neoinstitutionalismus geht z.B. davon aus, dass das politische System selbst darüber entscheidet, inwieweit die Organisation von Interessen Einfluss hat (vgl. MICHALOWITZ, 2007).

vante Problemstellungen. Mit der Systematik der Beschreibungen soll nicht zuletzt die Wichtigkeit eines Systemgedankens vermittelt werden.

Die notwendigen Bausteine eines jeden Systems sind nicht nur Komponenten[2] (hier Akteure) in deren Attributen[3], sondern auch Relationen[4] in deren Attributen. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich Kapitel 5 („Relationsbetrachtungen der forschenden und interessenbekundenden Träger der Industriepolitik in Österreich") mit spezifischen Projekt- und Forschungsnetzwerken der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung in Österreich (am Beispiel des Industriewissenschaftlichen Institutes, IWI), mit interorganisatorischen Vernetzungsmustern im gemischten Interessenssystem Österreichs (am Beispiel Bundessparte Industrie der WKO, BSI, und der Industriellenvereinigung, IV) sowie einer Gesamtnetzwerkdarstellung „Industrie – Industrieforschung – Industriepolitik". Das komplexe System von Interaktionsmustern sowie die zentralen Akteurs- bzw. Beziehungseigenschaften stehen damit im Blickpunkt der analytischen Betrachtung.

Kapitel 6 („Industriepolitische Themen- und Maßnahmenbetrachtung unter besonderer Berücksichtigung von unternehmensnaher angewandter Industrieforschungsnachfrage") führt den Diskurs sodann auf eine inhaltsgerichtete Ebene, indem in verschiedenen Marktdimensionen (Angebot vs. Nachfrage) Themen- und Maßnahmensettings im Rahmen einer Studien-/Medienanalyse erarbeitet bzw. miteinander in einen Vergleich geführt werden. Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung lässt sich dabei über die generierten Aussagen und Themen bestimmen. Die Industrieinteressen vertretenden Akteure zeigen hier ihr Profil durch die von ihnen in ausgewählten Medien kommunizierten Aussagen und Themen.

Arbeitsachse C:
Potenzialanalyse über das Zusammenspiel zwischen unternehmensnaher angewandter Industrieforschung und der Organisation von Industrieinteressen im gemischten Interessenssystem Österreichs

Die Akteure in der Wirtschaftspolitik sind entweder Entscheidungsträger oder Einflussträger, welche auf die Entscheidungsträger einwirken bzw. zur Kontrolle und Evaluierung der Ergebnisse der Wirtschaftspolitik beitragen. Arbeitspaket C baut auf den vorangeschalteten beiden Arbeitspaketen A und B auf und setzt die für die Untersuchungsfrage relevanten Akteure in jenes interpretatives gleichermaßen wie schlussfolgerndes Licht, welches eine Potenzialuntersuchung bis hin zur Ebene von Maßnahmenempfehlungen erlaubt.

Kapitel 7 („Struktur und Qualität der industriepolitischen Beratung unter gegebenen Rahmenbedingungen in Österreich") beschäftigt sich zu Beginn mit ausgewählten Rahmenfaktoren für auf unternehmensnaher angewandter Industrieforschung aufbauender industriepolitische Beratung in Österreich, um danach zur Situationsbeschreibung der Struktur und Qualität ebendieser Beratung zu gelangen. Die analytischen Überlegungen konzentrieren sich erneut auf das Verhältnis der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung zum Organisationssystem industriepolitischer Interessen (in zweiter Linie auf die Schnittstelle Forschung – Politik allgemein) und werden zur besseren Veranschaulichung von zwei Fallbeispielen flankiert.

Kapitel 8 („Mögliche realwirtschaftliche Effekte durch industriepolitische Maßnahmen") betont, dass industrieökonomisch relevante Entscheidungen – hier v.a. auf Branchenebene – über die gesamte Volkswirtschaft große Auswirkungen haben. Anhand von Projektionen werden zur Beurteilung der Rolle der Industrie als Transmissionsriemen auch zur mittelbaren Generierung von Wohlstand fiktive Impulse im volkswirtschaftlichen Liefer- und Leistungsgeflecht Österreichs gemessen.[5]

---

[2] Komponenten stellen die operativen Teile eines Systems dar und treten in den verschiedensten Formen auf. Individuen, Unternehmen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verkörpern gleichermaßen (System-) Komponenten wie gesetzliche Regelungen oder physische bzw. technologische Schöpfungen.

[3] Attribute charakterisieren das System. Sie beschreiben die Eigenschaften der Komponenten sowie die Beziehungen zwischen diesen.

[4] Relationen sind die Verbindungskanäle zwischen den verschiedenen Systemkomponenten. Je ausgeprägter die Interaktionen über diese Kanäle stattfinden, desto dynamischer kann sich ein System präsentieren.

[5] Weil die heimische Industrie mit vielen Branchen verbunden ist, gibt es über diese direkte Wirkungsebene hinaus auch indirekte und in weiterer Folge konsum- und investitionsinduzierte Effekte. Dass und inwieweit über den Mechanismus industriepolitischer Kanäle sehr verschiedene Akteursgruppen der heimischen Volkswirtschaft profitieren können, wird aufgezeigt.

Politik und Wirtschaft sind mehr denn je eng verzahnt. Am Beginn des 21. Jahrhunderts lebt der Mensch in einem hoch entwickelten Raum politikökonomischer Strukturen. Ebenso wie politische Entscheidungen der Stein des Anstoßes für sich multiplizierende Problemkaskaden sein können, kann politisches Handeln den Weg aus Krisensituationen zu weisen helfen. Wenn die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung zwar nicht ausschließlich im Dienste industriepolitischer Entscheidungen denkt, so sollte sie für diese doch als maßgebende Kraft agieren (direkt im Kontakt zur Politik oder indirekt über interessenspolitische Mechanismen). Voraussetzung für erfolgreiche Politikberatung in jeglicher Dimension ist ein breites Wissen über viele Teilbereiche der Ökonomie, Verständnis für die Analyse quantitativer Zusammenhänge, Interesse an aktuellen Fragestellungen und qualifizierte Kenntnisse von Institutionen. Der industriewissenschaftlich fundierte Berater kann aufgrund seiner Forschungstätigkeit Fachmann auf einem speziellen Gebiet sein, muss aber jedenfalls auch die Bereitschaft bekunden, sich rasch in tagesaktuelle Bereiche einzuarbeiten. Die Untersuchung geschieht im letzten Teil als Kapitel 9 („Synopse") vor dem Hintergrund der immer noch gegenwärtigen globalen Finanz- und Konjunkturkrise. Es werden dabei Fragen einer Beantwortung zugeführt, die aber auch ohne Krise von Bedeutung für den Wohlstand in Österreich sind. Es erfolgt einesteils der Blick auf Veränderungsbedürfnisse – dies geschieht im Rahmen eines Diskurses von Handlungsempfehlungen. Und andernteils erfolgt eine Zusammenführung der wesentlichsten Aussagen der Arbeit. Die Untersuchung kann letzten Endes deutlich machen, dass die Wirtschaftswissenschaften über die Mittlerfunktion eines gemischten Interessenssystems für wirtschaftspolitische Entscheidungsträger wichtige Entscheidungshilfen zur Verfügung stellen können.

Der Thesenraum ist ex ante wie folgt bestimmt: Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung ist hinsichtlich der alltäglichen Diffusion der eigenen Ergebnisse nicht immer nachhaltig und effektiv genug, um die vorhandenen Stärken zu entfalten. Sie leidet an den Mängeln der angewandten Wirtschaftsforschung generell (Zeitraum des Erfassens/Bearbeitens des Anforderungsprofils der Wirtschaft, Pragmatismusfrage, Kommunikationsprofessionalismus etc.). Zudem müsste es Hinweise auf den Bedarf an einigen Verbesserungen in den generellen Rahmenbedingungen geben (Erhöhung der Transparenz von wirtschaftspolitischen Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit; Neukonzeption öffentlicher Finanzierungsstrukturen; verstärktes *Policy Borrowing etc.)*. Dass das System der Organisation von Industrieinteressen an erheblichen Schwächen leidet (betreffend Schnittstellen, Themenbefassung, personelle Besetzungen etc.), muss nicht zwingend gegeben sein. Industrieinteressensorganisation und Industrieinteressendurchsetzung sind aufgrund des parallelen/abgestimmten Wirkens von durch Hoheitsakt eingerichteten Institutionen (wie die WKO) und freien Interessensvertretungen (wie die IV) weitgehend plausibel, effizient und/oder logisch konfiguriert. Auch das politische Entscheidungssystem besitzt die Fähigkeit, zur richtigen Zeit das richtige Maß an Informationen/Impulsen aufzunehmen (unter welchen Rahmenbedingungen werden Entscheidungen dann für wen getroffen?); trotz einigen in den letzten Jahren negativen Entwicklungstendenzen im Verhältnis „Sachverständiger – Politiker" sowie dem selbst in Krisenzeiten mitunter suboptimal ausgeprägten politischen Willen zu Etablierung eines konsistenten langfristig orientierten industriepolitischen Programms. Die grundlegende Problemstellung (Mangel an Industriegesinnung) ist aufgrund der Möglichkeiten, welche die Verbändeorganisation auf der einen Seite und die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung auf der anderen Seite bietet, prinzipiell nicht unlösbar.

Über der gegenständlichen Untersuchung schwebt die wirtschafts- und politikwissenschaftliche Grundintention der Suche nach Möglichkeiten zur Steigerung des Wirtschaftswachstums über den Mechanismus des institutionellen Rahmenwerks. Im Sinne der evolutionären Wachstumstheorie ist die Betrachtung nicht auf einen singulären Aspekt zu reduzieren, sondern auf Fähigkeiten des gesamten politikökonomischen Entscheidungssystems zu beziehen.

Um die zugrunde liegende Aufgabenstellung der Arbeit in operativ bewältigbaren Rahmen zu stellen, geschieht im Sinne einer Reduzierung des Hauptdiskurses die Eingrenzung des primären Bearbeitungsraums auf die österreichische Bundesebene (wenn dies sinnvoll und möglich ist). Damit wird eine technische Negativabgrenzung einerseits in Richtung internationale Kontextebene festgelegt (v.a. Ebene der EU und OECD); andererseits wird im ausnehmend komplexen Feld der regionalen/kommunalen Einflussbereiche kein analytischer Schwerpunkt gesetzt. Ferner steht das Verhältnis von Politikern zu Wählern nicht im Blickfeld der Betrachtungen.[6]

[6] Nicht diskutiert werden in dieser Arbeit somit die Entscheidungsprozesse bei den Wählern selbst, warum sie etwa trotz der Marginalität der eigenen Stimme zur Wahl gehen (Wahl-Paradoxon), und wovon es abhängt, wem sie ihre Stimme geben. Ebenso wenig werden Parteien (durch Gesetzesvorlagen, Entschließungsanträge oder in Ausschusssitzungen nehmen sie

Referenzwerke der institutionellen Wachstumstheorie (u.a. NORTH, 1998) finden in dieser Arbeit ebenso Würdigung wie qualifizierte Ausführungen zu(r) Politiknetzwerkanalyse oder Rational-Choice-Ansätzen (u.a. MICHALOWITZ, 2007). Themengegeben kommt darüber hinaus auch die Literatur für institutionelle und funktionale Systembetrachtungen zu den Trägern der Industriepolitik in Österreich (DACHS et al., 2006) als auch dem grauen Literaturbereich aus dem Feld der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung in Österreich besondere Bedeutung zu (sämtliche Publikationen und Geschäftsberichte des IWI).

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen einen Beitrag dazu leisten, in einem modernen und damit von hoher Dynamik gekennzeichneten bzw. zunehmend heterogen vernetzten politikökonomischen Raum wohlstandsorientierte, schnelle und zielgerichtete Entscheidungen treffen zu können.

Einfluss), in den Mittelpunkt des Untersuchungsbogens gestellt. Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich im systemgerichteten Sinne mit der Frage, wie die Entscheidungen der Politiker gefällt werden.

2 Problemaufriss und grundlegende Bedeutungszusammenhänge

In enger inhaltlicher wie konzeptioneller Anbindung an die Ausführungen des *Research Proposals* zu dieser Dissertation wird nachfolgend das Themenspektrum der gegenständlichen Untersuchung aufgefächert (vgl. auch SCHNEIDER, 2008 und 2009a). Es werden im Zuge dessen die hinter der zentralen Frage *Welche Funktion hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung im gemischten Interessenssystem Österreichs?* gegliederten Teilaspekte beschrieben und ex ante Forschungslücken im aktuellen Forschungsstand skizziert. Ferner werden argumentative Stellhebel bestimmt, welche das Dissertationsvorhaben verdeutlichen.

Ohne Industrieverständnis keine Industriepolitik –
ohne Industriepolitik kein Industrieverständnis

Die Industrie wird außer in konjunkturell schwierigen Zeiten von vielen kaum wahrgenommen. Und wenn dies der Fall ist, dann verbindet der Durchschnittsösterreicher mit *Industrie*[7] rauchende Schlote und/oder eine dem Menschen anonyme Produktionsweise.

Das Industrieverständnis und daher auch die Industriegesinnung im Allgemeinen sind in Österreich schwach ausgeprägt. Es mangelt an Anerkennung und Vertrauen; selbst in Oberösterreich oder der Steiermark, wo viele tausende unmittelbar Beschäftigte ihr Einkommen der Industrie verdanken – hinzu kommen mindestens ebenso viele, die mittelbar (z.B. als Dienstleister) oder konsum- und investitionsinduziert profitieren. In den letzten Jahren lässt sich mit dem Erstarken österreichischer Marken zwar eine gewisse *Corporate Awareness* erkennen. Nichtsdestotrotz, spricht man mit dem Mann auf der Straße, kann bestenfalls vernommen werden: „Der Industriebetrieb, in dem ich arbeite ist gut, darauf bin ich stolz, das gilt aber nicht für die Industrie generell". Ein Paradoxon.

In Anbetracht der mangelnden Industriegesinnung in Österreich besteht bei fehlenden industriepolitischen Lösungsansätzen – es beinhalten diese wohl auch die Deklarierung unter einer politischen Dachmarke – die Gefahr zweier einander beeinflussender Wirkungszusammenhänge: Bei mäßigem Industrieverständnis in der Bevölkerung (wie in den Medien) sinkt die Wahrscheinlichkeit für weit reichende industriepolitische Maßnahmen; andererseits, ohne klar kommunizierte industriepolitische Linie, wird das Industrieverständnis keinen Aufschwung erfahren können. *Wie wird in Österreich dieser Negativspirale begegnet? Wo befinden sich die wesentlichen politischen Stellhebel insbesondere in Zeiten globaler Finanz- und Wirtschaftskrisen? Welche Funktion hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung im Beziehungssystem „Wirtschaft – Forschung – Interessensvertretung – Politik"? Gibt es signifikante Systemschwächen? Wenn ja, wie kann diesen begegnet werden?*

„Unternehmensnahe angewandte Industrieforschung" als Pflege- und Heilmittel …

Die Industrieökonomen meinen, der Wohlstand in einem hochindustrialisierten Land wie Österreich sei mit den Bedürfnissen der industriellen Substanz verbunden. Weil die Bearbeitung vieler diesbezüglicher Fragen wie Themen einer qualifizierten Grundlage bedarf, gibt es theoretische und mit dieser eng verzahnt die (nicht kommerzielle) unternehmensnahe angewandte Industrieforschung. Sie, insbesondere jene des außeruniversitären Raums, bewegt sich mit in der Regel selbst gewählten Akzenten nicht nur, aber auch am Grat zwischen Politik und Wirtschaft.

Die Lehre (vgl. TIROLE, 1999 u.a.) versteht als Industrieökonomik die *Theorie der Unternehmung* sowie *Fragen zur Ausübung von Monopolmacht* bzw. *Oligopolen und strategischen Entscheidungssituationen*. Für den politischen Alltagsgebrauch ist der Sprung von der Industrieökonomik im klassischen Sinne hin zur spezifischen Lösungssituation jedoch sehr groß. Aus diesem Grunde

[7] Als Industrie werden hier sowohl der Unternehmensverbund in der Definition der Fachverbände der Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich (Orientierung an institutionellen Gesichtspunkten und damit an der Zugehörigkeit der statistischen Einheit zur gesetzlichen Interessensvertretung), als auch jener des Produzierenden Bereichs (ÖNACE-Systematik) verstanden. Für einen Diskurs zur Determinierung des Industriebegriffes s. Anhang 1.

gibt es Bedarf an einem pragmatischeren Zugang, welcher die Industrieforschung über die Anwendung bestimmter Methoden und zielgerichtete Themenschwerpunkte sowohl in thematischer wie funktioneller Hinsicht sieht. Nichtsdestotrotz, eine finale Begriffsbestimmung für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung gibt es nicht. *Gibt es daher auch keine industriewissenschaftliche Identität?*

Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung greift auf einen prinzipiell gut gefüllten Methoden-Werkzeugkoffer zu. Dieser beinhaltet entwickelte *System- und Netzwerkanalysen*, *Data-Envelopment-Analysen* und *Input-Output-Analysen* ebenso wie *Regressionsanalysen und* andere nützliche Pakete. Daneben sind *quantitative* wie *qualitative Erhebungstechniken* von erheblicher Bedeutung. Und die handwerklichen Voraussetzungen im Bereich des einfachen *Desk Research* sowie profunde Kenntnisse über die *Erhebung, Aufbereitung und Analyse numerischer Daten* haben als Selbstverständlichkeit zu gelten. In der Industrieforschung ist zudem für manche Fragen ein technisch-naturwissenschaftliches Grundverständnis nicht gerade ein Nachteil (oder es sollten entsprechende Kooperationsstrukturen geschaffen werden). Industriewissenschaftliche Antworten auf Fragen der Industrie bedürfen zumeist eines Methodenmixes (z.B. im Rahmen von Evaluierungen), wobei zu bedenken ist, dass die verschiedenen Ansätze einander nicht nur ergänzen, sondern auch substituieren können.

Das Aufgaben- und Themenspektrum ist weit, reicht bis hin zu politikwissenschaftlichen Zusammenhängen und ist grundsätzlich offen dimensioniert. Es enthält u.a. folgende Bereiche: Analytische Aufbereitung von Informationen über den Status quo der Industrie; Bereitstellung von Wissen über die theoretischen und empirischen Zusammenhänge zwischen einzelnen Bereichen und Vorgängen in der Wirtschaft im Allgemeinen und der Industrie im Speziellen; Interpretation von industriellen Erscheinungen und Entwicklungen in der Praxis und Ausarbeitung von Optionen für Maßnahmen der Industriepolitik; Fördern der Einsicht über die kurz- und langfristigen Wirkungen der Industriepolitik und die Erfordernis einer in die Zukunft gerichteten industriepolitischen Strategie; Bewertung von industriepolitischen Maßnahmen bzw. objektivierendes Abwägen von Positionen auf Grund voraussehbarer Kriterien. Zahlreiche prominente Konzepte und Lösungen (s. u.a. Kapitel 4) haben ihren Ursprung in unternehmensnahen angewandter Industrieforschung.

Das Aufgabenfeld ist komplex und wird aufgrund der intensiven Kommunikation mit Unternehmen nicht selten als empirisch gestütztes Sprachrohr für die Anforderungen und Bedürfnisse der Industrie verstanden.[8] Die Ergebnisse sollten mit dem politischen Diskurs verzahnt werden (z.B. über die Teilnahme an ministeriell gestützten Arbeitsgruppen, Task-Forces u.Ä.). Die Grenzen zur Politikberatung sind grundsätzlich fließend. Aufgrund der Umsetzungsnähe hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung allerdings das Problem, eine sehr „schnelle“ Forschung sein zu müssen. Abseits von allen Detaillösungen versucht die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung mit ihren Partnerstrukturen ein produktives Industrieverständnis zu begünstigen.

… mit und ohne Veränderung unternehmerischer Kommunikationsverhalten.[9]

Für Unternehmen ist es im Kommunikationszeitalter einfacher denn je, mit den jeweils relevanten Dialoggruppen eine zielgerichtete Kommunikation aufzubauen. Erfahrungsberichte von (er)fassbaren Unternehmen sind in der medialen Verwertbarkeit grundsätzlich attraktiv. Die Praxis zeigt jedoch, dass eine nur geringe Anzahl an Unternehmenseigentümern und/oder -managern bereit ist, sich in der breiten Öffentlichkeit intensiv einzubinden. Vielfach besteht, neben einem zu geringen Stellenwert und der mangelnden Unterscheidung zwischen Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, eine Form von Ratlosigkeit im Umgang mit der Öffentlichkeit insgesamt und dem redaktionellen Bereich der Medien insbesondere; wobei das Grundproblem mitunter darin besteht, dass keine Klarheit hinsichtlich der relevanten Dialoggruppe besteht.[10]

---

8 Z.B. Forderungen in Richtung Ausbau der Clusterpolitik, Förderung von Schlüsseltechnologien, Bildungsoffensive, schnelle Behördenentscheidungen bei Anlagengenehmigungen, Standortmarketing, Investorenbetreuung, schrittweise Erhöhung der F&E Quote u.Ä.

9 S. HARTMANN (2009); im Detail entzieht sich die Öffentlichkeitsarbeit aber der Erfolgsmessung.

10 Rund 84% der Unternehmen führen irgendeine Form von Öffentlichkeitsarbeit durch; aber nur knapp mehr als ein Viertel schätzt deren Bedeutung als „sehr hoch“ ein. Verbreitung und Einschätzung der Öffentlichkeitsarbeit liegen in der *Industrie* näher den Bereichen *Gewerbe, Handwerk* und *Handel* als den der Öffentlichkeitsarbeit freundlicher gegenüberstehenden Branchen wie *Bank-* und *Versicherungswesen*, *Fremdenverkehr* und *Non-Profit-Organisationen* (IGF 2006).

Bekannte Unternehmen strahlen Vertrauen aus, sind begehrte Arbeitgeber bzw. stoßen im Fall von Kurzarbeit, Auflösung von Dienstverhältnissen oder individuellen Arbeitszeitreduktionen auf mehr Verständnis. Sie sind gefragte Geschäftspartner und Referenzkunden. Und in politischen Entscheidungssystemen bleibt die Bekanntheit eines Unternehmens bei wichtigen Weggabelungen selten gänzlich unbemerkt. Politische Anliegen lassen sich leichter aktiv durchsetzen bzw. überbordende gesetzliche Auflagen öfter verhindern.

Eine Verbesserung des unternehmerischen Kommunikationsverhaltens (auch nach innen) im Sinne von Offenheit, Informationsbereitschaft und (Mut zur) Wahrheit wäre in Österreich freilich zu begrüßen und würde einen wichtigen Beitrag zum Heben der Industriegesinnung liefern. Die Funktion der unternehmensnahen angewandte Industrieforschung auf der einen Seite und der industrie-interessenspolitischen Institutionen wie BSI und IV[11] auf der anderen Seite ließe sich aber wahrscheinlich nicht ersetzen; ihre Aufgaben im Bereich zu politischen Entscheidungssystemen wären aber reduziert und damit fokussiert bzw. einfacher.

Organisierte Interessensgruppen und unternehmensnahe angewandte Industrieforschung …

Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung generiert Lösungen, welche über verschiedene rückkoppelungsgeprägte Kanäle ihren Weg in das politische Entscheidungssystem finden. Eine Verästelung – jene, die in den besonderen Blickpunkt der gegenständlichen Untersuchung gerückt wird – bringt die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung mit jenem Teil des gemischten Interessensystem in Verbindung, welcher (un)mittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen beabsichtigt. Forschungsstrukturen treffen auf organisierte Interessensstrukturen des industrie-interessenspolitischen Raums und dabei mitunter auch (aber sicher nicht nur) auf Lobbyingstrukturen.[12]

Als gemischtes Interessenssystem wird ein gleichzeitiges Wirken privatrechtlich organisierter freier Unternehmensverbände ohne Pflichtmitgliedschaft,[13] abseits der Sozialpartnerschaft, auf der einen Seite; und durch Hoheitsakt errichtete Körperschaften des öffentlichen Rechts als gesetzliche berufliche Vertretungen[14] im Sinne des Neokorporatismus (im autonomen wie nicht-autonomen Raum) auf der anderen Seite verstanden. Daneben gibt es kollektive Hybrid-Akteursformen als systeminterne oder bestimmte Unternehmens- und Politikberater bzw. Public-Relations-Firmen als systemexterne Faktoren. Eine systematisch geordnete Zusammenschau aller industriepolitisch relevanten Organisationseinheiten (inkl. ihrer intermediären Verflechtungsstrukturen) gibt es bis dato nicht. Inwieweit die einzelnen Akteure des gemischten Interessenssystems auf einer Metaebene in internationale Netzwerke eingebunden sind, gilt ebenso als Black-box.[15]

Unternehmensnahe angewandte Industrieforschung und industrierelevante Interessensvertretungen haben einige gemeinsame Schnittflächen und verfolgen in verschiedenen Aufgabenfeldern dieselben Ziele – z.B. das Heben der Industriegesinnung für bessere industriepolitische Lösungsansätze. Als (un)mittelbare Adressaten gelten nicht zuletzt Regierungen (im Zusammenhang detaillierter Gesetzesvorbereitungen sowie der Vollziehung beschlossener Gesetze) und

---

[11] Im Rahmen der gegenständlichen Untersuchung steht „IV“ für die Industriellenvereinigung generell auf Bundes- wie Bundesländerebene. „IV Österreich“ hingegen bezeichnet die Industriellenvereinigung ausschließlich auf Bundesebene.

[12] Das gemischte Interessenssystem erfüllt freilich auch Aufgaben der Mitgliederbetreuung (Rechtsberatung, Informationsweitergabe u.Ä.), in welche die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung eingebunden ist bzw. werden kann. Grundsätzlich ist *Lobbying* der (politische) Kommunikationsprozess, der sich zwischen Akteuren gesellschaftlicher Organisationen und jenen des politischen Entscheidungssystems abspielt. Das Hauptziel besteht darin, (un)mittelbaren Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse zu nehmen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund jüngster Ereignisse erachten viele Österreicher Lobbying als unlauteren Wettbewerbsvorteil. Aber Lobbying ist in demokratischen Systemen eigentlich an rechtliche und moralische Normen gebunden bzw. sollte es immer sein (vgl. BUSCH-JANSER, 2004). Dahingehend sind Praktiken, die zur Umgehung des demokratischen Willensbildungsprozesses dienen, ausnehmend unerwünscht und seitens der Industrieforschung nicht zu unterstützen (Korruption, gegen Gesetze verstoßende Parteienfinanzierung, Bestechung und politische Druckausübung durch Nötigung oder Erpressung u.Ä.). Unabhängig davon gibt es Grauzonen, welche über die Zeit veränderlich sein können (z:B. personeller Durchdringung in Parteien und Bürokratien; vgl. ALEMANN/ECKERT, 2006). Die negativen Implikationen von Lobbying werden im Rahmen der gegenständlichen Untersuchung nur dann tangiert, wenn sie Bezug zur hinter der Forschungsfrage formulierten Potenzialabschätzung (Möglichkeiten und Chancen) haben.

[13] Allen voran die IV sowie eine größere Anzahl von kleineren Spezial- und Branchenverbänden; *Austromed* u.Ä.

[14] Wie die WKO (im gegenständlichen Zusammenhang insbesondere die *BSI* mit ihren 18 rechtlich eigenständigen Fachverbänden gemäß Fachorganisationsordnung).

[15] Nachdem durch den Beitritt Österreichs zur EU wesentliche Agenden auf supranationale Ebene gehievt wurden, ist dieser Bereich immer noch sehr unbeleuchtet.

gesetzgebende Einheiten (Parlamente) mit dessen Vertretern in Parlamentsclubs (Abgeordnete) und Parteien. Neben diesem Top-down-Verständnis besteht die Tagesarbeit funktionierender Interessensvertretungsstrukturen im regelmäßigen Kontakt zur mittleren Entscheidungsebene und denjenigen nachgereihten Stellen, die mit der Ausarbeitung von Gesetzen (teil-) betraut sind.[16] Die dritte (immer wichtiger werdende) Anlaufstelle sind Medien, welche die Interessen und Anliegen vor einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen und transportieren (vgl. ALEMANN/ECKERT, 2006, 5).

Das gemischte Interessenssystem ist ein Träger der Wirtschaftspolitik und Teil des demokratischen politischen Systems. Positiv betrachtet können die aus diesem System ausgehenden Impulse im Rahmen einer pluralistischen Demokratie als wünschenswert erachtet werden. Sie müssen nicht zwingend Verlierer hervorbringen (z.B. Interessen einer kleinen Gruppe zulasten einer größeren), v.a. dann wenn die Interessen mit gesamtwirtschaftlichem Wohl in Verbindung stehen. Die Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaftsordnung sieht nicht im Staat den Garanten des größtmöglichen Gemeinwohls, sondern im Abtausch bzw. Kampf sich gegenüberstehender Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Dieser (öffentliche) Wettstreit um die besten Argumente ist es, der zum Bereich der gesellschaftlich erwünschten Interessensorganisation zu zählen ist (ALEMANN/ECKERT, 2006, 6). *Hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in diesem Spiel das Recht tätig zu werden?*

Bei allen interessenspolitischen Anstrengungen wird aber eine Dimension nie erreicht werden können: Industrieunternehmen werden die Verantwortung für eine positive Imageförderung der Industrie und des Industrielandes Österreich nicht vollständig abgeben können.[17]

… für wirtschafts/finanz-, sozial-, bildungs-, umwelt-, … und damit industriepolitische Strategien …

Die Industrie agiert in multiplen ökonomischen (und in Folge politischen) Dimensionen. So wenig homogen, wie sich der produzierende Kern der heimischen Volkswirtschaft präsentiert, so umfassend erstreckt sich der ökonomische Themenbogen: Die Anforderungen umspannen neben der klassischen Strukturökonomie v.a. die Wachstums- und Innovationsökonomie, Infrastruktur- und Verkehrsökonomie, Energie-, Umwelt-, Klima- und Gesundheitsökonomie, Bildungs- und Arbeitsmarktökonomie und nicht zuletzt Kapitalmarkt- und Finanzanalysen. Im Querschnitt interessieren Steuern und Abgaben sowie Staat und Gesellschaft, und alle Überlegungen stehen für die kleine offene Volkswirtschaft Österreich unter dem Aspekt Europa und Internationalisierung. *Ist dieser breite Bogen nicht gleichzeitig das größte Problem der Industriepolitik?*

Stimmt es, dass aufgrund der strukturellen Heterogenität sowie bedingter wirtschaftspolitischer Gestaltungsräume Maßnahmen letztendlich nur über mittelbare standortökonomische Mechanismen zu erwirken sind? Wahrscheinlich nicht. Freilich ist auch dann nicht klar, wie das hoheitliche Zielsytem konfiguriert ist. *Alle wünschen sich Wohlstand; aber bedeutet das konkret, ein Maximum an industrieller Entscheidungskompetenz am Standort? Sollen trotz der Kleinheit des Landes weitgehend komplette Wertschöpfungsketten erhalten bleiben? Welche Branchen tragen die österreichische Volkswirtschaft durch die Krisen des 21. Jahrhunderts? …* Diese Liste ließe sich schier unendlich fortsetzen.

Bei dynamisierten Veränderungsprozessen führt ein umfassender Themenbogen zu einem überkomplexen System an Zielbeziehungen, welches politische Entscheidungsträger nicht selten überfordert und dazu veranlasst, aus einem Übermaß eine industriepolitische Nullhandlungsstrategie zu entwickeln (v.a. in konjunkturell günstigen Zeiten, wenn das mediale Interesse industriefernen Blickpunkten zugewandt ist). Bestenfalls existiert Industriepolitik sodann als untergeordnete KMU-bezogene Querschnittsmaterie.

---

16 Deshalb kommen Interessensvertreter mitunter noch vor den Parlamentariern an Inhalte geplanter Gesetze, und sie können auf deren Gestaltung Einfluss nehmen, noch bevor diese in den parlamentarischen Prozess eintreten.

17 Es darf die Frage gestellt werden, inwiefern beseitigen unternehmenseigene Kommunikationsstrategien einen Teil von Problemen (mangelnde Industriegesinnung, schnelle punktuelle Lösungsansätze u.Ä.).

… im (politischen) Entscheidungssystem Österreichs.

Politiker haben verschiedene, sich keineswegs stets selbst verstärkende, als auch gegensätzliche Orientierungslinien: Erstens wollen sie (wieder) gewählt werden, andererseits streben sie danach, ihre inhaltlichen Ziele zu erreichen.

WEIMANN (2001) identifiziert verschiedene Gruppen, die am politischen Entscheidungsprozess beteiligt sind, und untereinander ein reges Interaktionsmuster bis hin zur Personalunion[18] entwickeln können: *Politiker, Wähler und politische Parteien*, *Bürokraten* und nicht zuletzt *Interessensverbände*. Die *Wissenschaft*, die dem politischen Entscheidungsprozess vorgelagert ist, bei der Bestimmung der optimalen Politik aber trotzdem ein gewichtiges Wort ergreifen sollte, spielt dahingehend laut bisheriger Fachmeinung im Wesentlichen (nur) mittelbar eine Rolle (vgl. HEISE, 2005).

Interessensgruppen haben in ihrem speziellen Gebiet üblicherweise einen Wissensvorsprung gegenüber den Politikern. Dies ist den Politikern bewusst, und sie ziehen in Betracht, dass sie wohl einseitig informiert werden. Interessensvertreter informieren auch die Bevölkerung, vielfach auf eine Weise, dass sie über die öffentliche Meinung Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausüben. Produzentenvertreter haben in diesem Spiel allgemein einen Vorteil, weil sie in ihrem spezifischen Bereich zu relativ geringen Zusatzkosten Fachwissen aufbauen können. PETERS (2000) sieht darin eine mögliche Erklärung für den stärkeren Einfluss von Produzentenvertretern als von Konsumenten auf die Politik. Er beachtet dabei aber nicht, dass Politiker einen weit größeren Anreiz haben, eine Vielzahl von Konsumenten (Wählerstimmen) unmittelbar anzusprechen, als eine Vielzahl an Arbeitnehmer mittelbar über Unternehmensvertreter. *Schafft im Lichte dessen die Organisation von Industrieinteressen lediglich einen Ausgleich zur mangelnden Industrieakzeptanz in Österreich? Gibt es eine Grenze, an der sich die Balance gegen eine gesamtwirtschaftliche Nutzensteigerung bewegt? Wer definiert diese (gibt es Balancevorgaben aus der (Inter-) Aktion verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute)?*

Natürlich beeinflussen Interessensgruppen die Politik durch ihr Drohpotential. Je nachdem, welche Konsequenzen die Missachtung der Interessen einer Interessensgruppe haben kann, werden sich die Politiker mehr oder weniger darauf einlassen. Die Drohungen könnten etwa Investitionsstopps, die Abwanderung zentraler Betriebe aber auch die Verweigerung von Parteispenden sein. NOWOTNY (1997) sieht einen laut ihm höheren Einfluss der Produzentenvertreter gegenüber den Konsumenten im höheren Drohpotential begründet.

Grundsätzlich formuliert jede Gesellschaft Ihre eigenen Spielregeln. Politisch beeinflussbare Hemmnisfaktoren als Produkt institutioneller Rahmenbedingungen bzw. der Unfähigkeit, langfristig unerwünschte Spielregeln zu eliminieren und durch ein verbessertes Normen- und Wertegerüst zu ersetzen (Gefahr der verstarrenden Institutionen) sind per se unerwünscht (NORTH, 1998). Als formgebundene Spielregeln sind neben dem politischen (hierarchische Ordnungen des Staates, Grundstruktur der Willensbildung) das judizielle (geschriebene Verfassung bis hin zu Anordnungen im Einzelfall) sowie wirtschaftliche Regelwerk (Eigentumsrechte, Förderungen, steuerliche Auflagen) zu verstehen. Formgebundene Rahmenbedingungen werden unter Berücksichtigung der Kosten ihrer Einhaltung meist willentlich erstellt und sind nur in wenigen Fällen auf die spezifischen Bedürfnisse der Industrie ausgerichtet. Für den heimischen Industriestandort von Bedeutung sind etwa Bemühungen zu einer groß angelegten Verwaltungsreform[19] oder die Nutzung von Gestaltungsmöglichkeiten im Forschungs-, Technologie- und Innovationsförderwesen.[20] Das Feld der formlosen Spielregeln umfasst dagegen ein breiteres und v.a. unschärferes Einflussspektrum (Gewohnheiten, Konventionen, Ideologie, Kultur, Moralregeln, Tabus, Mythen, Sprache etc.; und damit auch das Industrieverständnis bzw. die Industriegesinnung der Bevölkerung). Im

---

18 Z.B. Interessensvertreter als Abgeordneten im Parlament.

19 Eine moderne und effiziente Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor (z.B. beschleunigte, konzentrierte und vereinfachte Genehmigungsverfahren). Diese sollte schnell, kostengünstig, flexibel und auch im Sinne der Industrie arbeiten. Grundlage müssen Gesetze und Verfahrensbestimmungen sein, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Industrieraumes gewährleisten (Ansatzpunkte bieten neue Steuerungsmodelle für öffentliche Verwaltungen wie New Public Management und wirkungsorientierte Verwaltungsführung). Beispiele, die z.B. in Oberösterreich schon seit Jahren umgesetzt werden, sind: die Einrichtung von Bürgerservicestellen auf den Bezirkshauptmannschaften, die Inbetriebnahme eines Landesdienstleistungszentrum, die Umstellung des Rechnungswesen auf SAP, E-Government-Dienstleistungen.

20 Hierunter sind auch Aktivitäten im Bereich Netzwerke, Kooperation, Know-how Transfer, Beratung und Service zu sehen (Einrichtung von Standortentwicklungsagenturen u.Ä.). Mit der Formulierung von Leitbildern wird diese Orientierung gestärkt bzw. werden Rahmenbedingungen mit hoher Bindungswirkung gesetzt.

Unterschied zu formgebundenen Regeln entstehen formlose auch unwissentlich. Jedoch ist eine definitive Grenzziehung zwischen beiden Einflusssphären nicht möglich.[21]

Wie funktioniert das politische Entscheidungssystem in Österreich unter diesen Rahmenbedingungen bzw. als Teil dieser Rahmenbedingungen (mit Blick auf die Funktionsfähigkeit der heimischen Industrie), insbesondere auf Ebene der Bundesregierung? Politische Entscheidungssysteme sind grundsätzlich Ziel-Mittel-Systeme;[22] können die Träger die realen Größen einer Volkswirtschaft beeinflussen – und wenn ja, auf welche Weise?

Stärken und Schwächen im Zusammenspiel zwischen unternehmensnaher angewandter Industrieforschung und dem gemischten Interessenssystem

Die Funktionsweise des gemeinsamen Wirkens von unternehmensnaher angewandter Industrieforschung und dem gemischten Interessenssystem ist durch die Beratungsqualität auf der einen Seite,[23] und der Fähigkeit qualifizierte Informationen aufzunehmen bzw. zu verarbeiten auf der anderen Seite charakterisiert.

Systematischer Politikberatung liegt nach FREY (1996) ein sechsstufiges Ablaufschema zugrunde: Definition des Problems, Bestandsaufnahme, theoretische Durchdringung der Problemstellung, Erarbeitung von Lösungsalternativen, Analyse ihrer Auswirkungen, Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile als Grundlage für politische Entscheidungen. Allgemein lassen sich hierzu drei idealtypische Politikberatungsmodelle beschreiben, das dezisionistische Modell, das technokratische Modell und das diesen beiden in der Praxis überlegene pragmatische Modell. *Welches Modell ist in Österreich vorherrschend? Welches System ist angesichts der Stellung der Industrie in Politik und Gesellschaft in welcher Ausprägung zu empfehlen?*

In der Theorie wird die Vorstellung modelliert, dass Berater benevolent sowie technokratisch sind, von der Politik die Ziele übernehmen und dann im Streben nach dem gesellschaftlichen Optimum versuchen, adäquate Instrumente zur Zielerreichung zu finden. Geht man aber von der realistischen Annahme aus, dass Berater als *homines oeconomici* agieren und ihr eigenes Interesse die Maxime ihres Handelns darstellt, muss man auch den Nutzen der Berater aus der Beratungstätigkeit berücksichtigen. Dieser Nutzen entsteht einerseits aus Grundfinanzierungsstrukturen und Einzelhonoraren, andererseits aus nichtmonetären Vorteilen wie zusätzlichen wissenschaftlichen Mitarbeitern oder der Steigerung der eigenen Reputation, die in weiterer Folge dazu führen kann, neue Beratungsaufträge, Mitgliedschaften in Beiräten etc. zu erwerben. Dem Nutzen der Berater ist der Aufwand gegenüber zu stellen: Der Zeitaufwand für die Beratung ist hoch und kann in akademischen Kreisen die Reputation schmälern, wenn dadurch akademische Tätigkeiten vernachlässigt werden. Da Politiker ihre Nachfrage nach Beratungsleistungen auf für sie profitable Bereiche konzentrieren, könnten auch die Wissenschafter ihr Angebot an Beratung an diesen Bereichen ausrichten. *Verstärkt dieses Verhalten das durch die nachfragenden Akteure entstehende Problem der Unter- bzw. Überinvestitionen? Werden Expertisen, die nicht in vorgegebene Schemen passen überhaupt berücksichtigt?* Die Beratung selbst wird sodann gewöhnlich über drei einander hochschaukelnder Kanäle betrieben: Auftrags-F&E mit Berichtslegung; mündliche Beratung einesteils in vertraulichen Gesprächen, andernteils in wissenschaftlichen Beiräten u.Ä.; indirekte Kommunikation über die Medien.[24]

Sind Interessensvertreter an anderen als an kurzfristigen Expertisen interessiert?[25] Gibt es im Zusammenspiel zwischen unternehmensnaher angewandter Industrieforschung und dem gemischten Interessenssystem Österreichs ausgeprägte Stärken oder markante Schwächen? Wo lassen sich gegebenenfalls Ansatzpunkte für einen Ausbau der Stärken und einen Abbau der Schwächen erkennen? Ist ein Maß realistisch, betreffend den Zusammenhang zwischen Art und Umfang von unternehmensnaher angewandter Industrieforschung und via Interessenssystem realisierten poli-

---

21 Formgebundene Regeln können formlose abschwächen, überprüfen oder ganz ersetzen. Der Entwicklungsgrad von formlosen in Richtung formgebundene Regeln steht in Abhängigkeit zur Komplexität der Gesellschaft (v.a. zunehmende Spezialisierung, Arbeitsteilung). In der modernen Gesellschaft ergänzen formlose Regeln die formgebundenen.

22 Ziel: Wohlstand und Zufriedenheit der Gesellschaft.

23 Nach FREY (1996) kritisieren Politiker die Expertise der Ökonomen aus folgenden Gründen: Die Empfehlungen sind oft nicht eindeutig; die Empfehlungen sind selten objektiv, sondern enthalten bewusst oder unbewusst eigene Wertungen; die Empfehlungen sind häufig unbrauchbar, weil sie die Schwierigkeiten der Umsetzung vernachlässigen.

24 Für diese und andere Überlegungen sei an dieser Stelle auf HANDLER/SCHNEIDER (2008) hingewiesen.

25 Zumindest für Politiker gilt idR, dass nicht die ökonomische Effizienz der politischen Maßnahmen maßgeblich ist, sondern deren Wirksamkeit bei der Mobilisierung von Wählerstimmen.

tischen Erfolgen (oder gibt es diesbezüglich Überlegungen nur zu Randaspekten, nämlich die Öffentlichkeitsberatung)? Zu vielen dieser Fragen gibt es keine Antworten; man trifft selten auf Personen (sogar wenn sie selbst betroffen sind), die sich darüber qualifizierte Gedanken gemacht haben.

Verbesserte Rahmenbedingungen, verbesserte Strukturen, höherer Nutzen

Im Kontext zu einer verbesserten (bis hin optimalen) Funktionsweise bzw. effektiverer forschungs-/beratungsbezogener Entwicklungslinien können viele Ansatzfelder diskutiert werden, welche nicht zuletzt den (außer)universitären Raum in der Gesamtheit erfassen. Diese reichen von einer vollständigen Neukonzeption öffentlicher Finanzierungsstrukturen bis hin zu verstärktem *Policy Borrowing.*

Ferner sollte ein wichtiges Allgemeinanliegen in der Erhöhung der Transparenz von wirtschaftspolitischen Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit bestehen. Dadurch lassen sich die Eigeninteressen der Politiker besser kontrollieren, und es kann die Gefahr von Gefälligkeitsgutachten reduziert werden. Deshalb könnten die Bemühungen forciert werden, Beratungsinhalte nicht nur an die Politik, sondern auch an die Öffentlichkeit insgesamt zu richten.

Inwieweit diese (teilweise unter *Greenfield-Annahmen* projizierten) Schlaglinien konkret für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung von Relevanz sind, welche Implikationen sich ergeben bzw. ob sich unter allgemein geänderten Rahmenbedingungen in der (außer)universitären Forschung zusätzliche Potenziale aus der angewandten Industrieforschung im Zusammenhang mit der Organisation von Industrieinteressen heben lassen könnten, wurde bis dato nicht einer qualifizierten Untersuchung zugeführt.[26] Mit gewisser Wahrscheinlichkeit empfiehlt sich, sobald Forschungs- auf Interessensvertretungsstrukturen treffen, eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Vorgehensweise mit einer klaren, nach außen kommunizierten und auf Glaubwürdigkeit gezirkelte Trennung (keine Tarnung von Interessensvertretern als wissenschaftliche Experten).

Welche Aufgaben hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise?[27]

Weil die Industriepolitik für ein komplexes System an Zielbeziehungen steht und die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung bis dato keine passenden Lösungen gefunden hat, gibt es (noch) kein industriepolitisches Patentrezept. Industriepolitik findet sich in zersplitterten Zusammenhängen unter anderen „Mascherl“. Nicht zu Unrecht erklärt Karl Aiginger (WIFO) in einem Papier für die österreichische Bundesregierung im Mai 2005, dass der österreichischen Industriepolitik keine umfassende Strategie zugrunde liegt (AIGINGER, 2005). Es fehlt schon seit vielen Jahren ein konsistentes langfristig orientiertes industriepolitisches Programm.[28]

Unabhängig vom (Nicht-) Vorhandensein adäquater Grundsatzprogramme ist in Zeiten globaler Wirtschaftskrisen ein gewisser Pragmatismus in der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung gefordert. Das Anforderungsprofil der Industrie muss rasch aufgenommen und qualifiziert bearbeitet werden, um danach Lösungen dergestalt zu kommunizieren, dass auf Grundlage dessen realpolitische Entscheidungen getroffen werden können. *Welche sind dabei die unmittelbar entscheidenden industriepolitischen Anknüpfungspunkte für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung (und ebenso für die Organisation von Industrieinteressen)? Sind es – in der jeweiligen geografischen Dimension – die Maßnahmen, welche Einfluss auf einzelne Sektoren*

---

[26] Grundsätzlich hebt sich der qualitativ anspruchsvolle industriewissenschaftliche Lösungsanbieter unter jeglichen Rahmenbedingungen über seine Kompetenz, Methoden auf der einen Seite anzuwenden, auf der anderen Seite sie selbst zu entwickeln, von der Vielzahl der (kommerziellen) nichtwissenschaftlichen Beratungsdienstleister ab.

[27] Der Ursprung der realwirtschaftlichen (Vertrauens-) Probleme, an der die gesamte Weltwirtschaft und damit auch Österreich leidet, ist neben der allgemeinen Liberalisierung der Finanzmärkte ab den 1980er Jahren u.a. auch in einen aktuellen politischen Hintergrund eingebettet: Am Beginn der letzten weltweiten wirtschaftlichen Aufschwungphase um die Jahre 2003 und 2004 etablierte sich in den USA die politische Zielsetzung, mehr und mehr US-Amerikanern den Zugang zu Wohnungseigentum zu ermöglichen. Es entstand das so genannte Subprime-Segment des Hypothekenmarktes, das sich nicht jene Dinge leisten konnte, die es sich leisten wollte.

[28] Aufgrund dieses Mangels an industriepolitisch deklarierten Strategiekonzepten werden seitens wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger Konzeptpapiere in Betracht gezogen, welche einerseits ein sehr breites Themenspektrum abdecken (und damit unscharf wirken bzw. für mittelbare Wirkungszusammenhänge stehen); andererseits können sodann nur sehr spezifische Politikbereiche und die damit verknüpften politischen Maßnahmenempfehlungen (insbesondere FTI-Politik) in die Überlegungen miteinbezogen werden.

(Automobilindustrie etc.) und/oder auf konkrete Funktionsbereiche (Verkehr, Energie etc.) nehmen? Müssen sich die Handlungsfelder an Zielen (Wirtschaftswachstum etc.), Inhalten (Infrastrukturpolitik etc.), Instrumenten (Abgabenpolitik etc.) und/oder auch Trägern (Bund, Länder etc.) orientieren? Ist Industriepolitik in Zeiten exogener Systemschocks an der Gestaltung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Zuge der Ordnungspolitik (Regulierungen, Wettbewerbs-, Eigentumsordnung etc.), im Eingriff in den Wirtschaftsablauf im Zuge der Prozesspolitik (Steuerpolitik, Konjunkturprogramme etc.) oder im Einwirken auf die Wirtschaftsgefüge im Zuge der Strukturpolitik (öffentliche Investitionen und/oder spezifische Subventionen etc.) zu erkennen?[29] *Oder, ist es eine Kombination aus all diesen Zugängen in Anbetracht der jeweiligen Problemstellung?*[30]

(Industrie-) Ökonomen haben in ausgeprägten Krisensituationen die Chance von einer breiten Zuhörerschaft angehört zu werden. Solange die Wirtschaftslage akzeptabel ist, wird am bestehenden ideologischen Denkschema gerne festgehalten und es werden Vorschläge außer Acht gelassen, die zwar die Ergebnisse verbessern könnten, aber nicht mit der gängigen Ideologie vereinbar sind. In einer Krisensituation steigt die Bereitschaft, auch "Unerwünschtes" zu hören und zu akzeptieren (vgl. PITLIK, 2001).

Es gibt das Argument der vom politischen Willen getriebenen Überstrapazierung von Studienergebnissen. Aber wird es auf Seiten der Wissensentstehung manchmal nicht zu schnell genannt, um sich hinter den Mauern von (gleichwohl wissenschaftlich anerkannten) Theoriegebäuden auf der einen Seite und dem Drang nach unlesbarer/m Seiteninflation/-dschungel auf der anderen Seite verstecken zu können. So mancher Ökonom neigt dazu, seine Arbeit als Selbstzweck zu erachten und seine Welt auf den Nahbereich alleine seines Computer zu beschränken. Das ist ein großer Fehler.

Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung entfaltet ihre volle Kraft nicht nur im akademischen Raum. Tatsächlich besteht eine Verpflichtung dazu, das erworbene Wissen zeitgerecht an die Politik weiterzugeben (sofern öffentlich [teil-] finanziert in entsprechender Weise auch zwischen Wirtschaftsforschern). Bestenfalls soll ein kontinuierlicher Fluss an fundierten Daten, Fakten und Informationen entstehen, welcher die unmittelbare Community wie die breite Öffentlichkeit versorgt.[31]

---

[29] Neben der Industriepolitik obliegen der öffentlichen Hand freilich auch andere Politikfelder. Diese können sehr eng mit industriepolitischen Themen, Inhalten, Instrumentarien etc. verknüpft sein; können aber auch zu sehr unterschiedlichen Zielbeziehungen führen. Unabhängig von der Problematik der Aggregation von verschiedenen Einzelzielen zu einem Hauptziel schon in einem einzelnen Politikfeld reicht das Spektrum zwischen verschiedenen Politikfeldern von Zielidentität, Zielharmonie und Zielneutralität bis hin zu Zielkonkurrenz und Zielnegation. Z.B. im Energiebereich wird vielfach ein scheinbarer Gegensatz zwischen einerseits Umwelt-/Gesundheitspolitik, Eigentumsrechten etc. sowie andererseits Infrastrukturpolitik (mit der damit verbundenen Standortpolitik) skizziert bzw. im öffentlichen Diskurs emotionalisiert. Dies macht die politische Positionierung schwierig. *Welches ist das beste Bündel an politischen Maßnahmen?* So gibt es etwa einen breiten Konsens über das Bekenntnis zu einem stabilen makroökonomischen Umfeld. In Anbetracht stimmenmaximierender Politikstrategien mangelt es allerdings an der für die tatsächliche Realisierung notwendigen konkretisierten Haltung.

[30] In einem strategisch ausgerichteten Politikentscheidungssystem besteht die Aufgabe darin, alle diese Politikebenen in einen konsistenten Zusammenhang zu bringen und eine langfristige Sicht über die zu erzielenden Ergebnisse zu entwickeln.

[31] Nicht jede Fragestellung ist es wert, in einem eigenen Forschungsprojekt abgehandelt zu werden. Verbindliche Beratung wird auch von Soft Facts, v.a. von Erfahrungswissen, getragen, welches eine vergleichsweise rasche Beurteilung komplexer Zusammenhänge erlaubt. Forschung bedeutet in diesem Zusammenhang, das „Rad nicht zweimal erfinden“ zu wollen oder bei überlangen Reaktionszeiten letztendlich überflüssige Ersatzhandlungen anzubieten.

3 Einbettung der Forschungsfragen in politikwissenschaftliche Theoriegebäude

Die Praxis der Interessensarbeit, mit den im Zusammenhang mit der Industrie verknüpften Forschungsagenden, spielt in der politikwissenschaftlichen Fachliteratur ob deren Spezialisierungsgrad eine (noch) untergeordnete Rolle. Kapitel 3 dient daher zur politikwissenschaftlichen Standortbestimmung im Sinne einer Einordnung in theoriegesteuerte Denkfamilien, welche im gegenständlichen Zusammenhang von Relevanz sind, sowie der Andeutung ihrer analytischen Reichweiten.

Aufbauend auf klassischer Sekundäranalyse besteht das Erkenntnisziel in der Einordnung und Abgrenzung des Untersuchungsfeldes im Kontext *etwa* zu/zum *Institutionalistisch-politikökonomischen Wachstumskonzepten (hinführend zu pluralistischen Argumentationslinien), Neokorporatismus, Rational-Choice-Ansätzen* oder *theoretischen Zugangsweisen zum Thema Politikberatung*[32]*.* Damit spielen etwa folgende Fragestellungen eine Rolle: *Welche (politik-) wissenschaftlichen Theorien sind im Allgemeinen für das Thema „Interessen" sowie im Kontext zur unternehmensnahen angewandten Industrieforschung von Bedeutung?*

3.1 Die endlose evolutorische Entwicklung: Institutionalistisch-politikökonomischer Analysehintergrund[33]

Die meisten traditionellen Überlegungen der gesamtwirtschaftlichen Wachstumstheorie (neoklassische und endogene Wachstumsmodelle) sind für den Wissenschaftler ob deren hoher Formalisierungsgüte reizvoll, für breite gesellschaftspolitische Diskurse hingegen de facto unbrauchbar. Erst in den vergangenen Jahrzehnten ist die evolutionäre Wachstumstheorie in breitenwirksamem Anspruch aufgekommen. Gesamtwirtschaftliche Analyseansätze treffen im Sinne eines systemorientierten Zugangs auf die für realwirtschaftliche Zusammenhänge dominierenden politischen und gesellschaftlichen Systeme. Im Lichte dessen sind die wissenschaftlichen Zugänge und Aussagen zwar weniger ausführlich formalisiert bzw. modelliert, haben jedoch den Vorteil, Umfeldbedingungen wie kontextspezifische Entwicklungen besser zu berücksichtigen.

Die evolutionäre Wachstumstheorie besitzt kein einheitliches Paradigma. SAVIOTTI und METCALFE (1991) führen mehrere einfließende Forschungstraditionen an (im Überblick siehe HOFER, 1999, 94): Erstens, SCHUMPETER's Vorstellung der Durchsetzung neuer Kombinationen (SCHUMPETER, 1942),[34] welche viele Jahrzehnte später nicht bloß im Verständnis unternehmerischer Innovationskraft breit verstanden wurde, sondern ebenso im Sinne eines systemimmanenten Institutionalismus (v.a. Neuerer institutionentheoretischer Ansatz von NORTH; s.u.); zweitens, Konzepte der Organisationstheorie, die sich mit unvollkommener Information, lokalem Wissen, Suchprozesses etc. beschäftigen; drittens Konzepte der Variation, der Vererbung und Selektion

---

32 ATZMÜLLER et al. (2008) mit der vom Jubiläumsfonds der OeNB geförderten Untersuchung Nr. 11378 bieten ausgereifte Betrachtungen sowie Literaturübersichten zum Theoriegebäude der Politikberatung, nicht zuletzt in den für die gegenständliche Analyse tragenden industrie- und damit wirtschaftspolitischen Relationen. Der Autor der gegenständlichen Arbeit war für dieses Projekt verantwortlich und überführt bewusst die Kernaussagen dieser für Österreich wichtigen themenspezifischen Initiative in den Bedarf dieser Studie. Darüber hinaus liefern freilich FALK et al. (2006a) und andere Autoren ebenso wertvolle Grundlagenwerke.

33 Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210090 (FOSE) „Der Wohlfahrtsstaat – Eine Diskussionsgrundlage zum Problem und zur Dimension von Inklusion-/Exklusion-Momenten" im Wintersemester 2009/2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010a).

34 Der Kapitalismus ist ... eine Form oder Methode der ökonomischen Veränderung und nicht nur nie stationär, sondern kann es auch nie sein. Dieser evolutionäre Charakter des kapitalistischen Prozesses ist nicht einfach der Tatsache zuzuschreiben, dass das Wirtschaftsleben in einem gesellschaftlichen Milieu vor sich geht, das sich verändert und durch seine Veränderung die Daten der wirtschaftlichen Tätigkeit ändert; diese Tatsache ist zwar wichtig und diese Veränderungen (Kriege, Revolutionen etc.) bedingen oft auch eine Veränderung der Industrie; sie sind aber nicht ihre primäre Triebkraft. ... Der fundamentale Antrieb, der die kapitalistische Maschine in Bewegung setzt und hält, kommt von neuen Konsumgütern, neuen Produktions- und Transportmethoden, neuen Märkten, neuen Formen der industriellen Organisation, welche die kapitalistische Unternehmung schafft (vgl. SCHUMPETER, 1942, 136-137).

(„survival of the fittest“) sowie die Unterscheidung nach Phänotyp und Genotyp aus der Biologie;[35] viertens, die Begrifflichkeit offener Systeme aus der Thermodynamik und Systemtheorie.

Die Arbeiten von Douglass C. NORTH (1994, 1998), 1993 mit dem „The Sveriges Riksbank Prize in Economic Sciences in Memory of Alfred Nobel“ ausgezeichnet, können im Rahmen der gegenständlichen Untersuchung als Erklärungsmuster herangezogen werden, um eine Brücke zwischen dem in modernen Industrienationen anerkannten Paradigma des gesamtwirtschaftlichen Wachstums von Wohlstand (damit Wertschöpfung) und dem dahinter stehenden institutionellen Gefüge zu konstruieren.

Der analytische Weg der Lösungssuche wird bei NORTH über Ungleichgewichtsmomente (Pfadlösungen) bestritten; es wird also anders als im Falle der traditionellen Überlegungen nicht von grundsätzlichen Marktgleichgewichten ausgegangen (Punktlösungen). Die unrealistische Annahme, dass einem Entscheidungsträger alle notwendigen Informationen zur Verfügung stehen, wird fallengelassen bzw. die einzelnen Akteure müssen nicht immer zwingend Gewinn maximierend handeln.

Institutionen sind nach NORTH die Spielregeln der Gesellschaft, die gemeinsame Normen- und Wertebasis (für [West-] Europa nicht zuletzt in Christentum und Aufklärung verankerte Normen- und Wertebasis, welche in Bürgertum wie in der Arbeiterschaft geteilt wird und letztendlich wohlfahrtsstaatliche Entwicklungen begründet)[36]. Sie schaffen ebenso Einschränkungen wie Anreize im Wahlbereich des Einzelnen. Spielregeln können bewusst geschaffen werden (z.B. Verfassung der USA) oder von selbst entstehen (z.B. Common Law). Es empfiehlt sich eine Unterscheidung zwischen formgebundenen und formlosen Spielregeln: Als formgebundene Spielregeln sind das politische (hierarchische Ordnungen des Staates, Grundstruktur der Willensbildung), judizielle (geschriebene Verfassung bis hin zu Anordnungen im Einzelfall) sowie wirtschaftliche Regelwerk (Eigentumsrechte, Förderungen, steuerliche Auflagen) zu verstehen. Formgebundene Rahmenbedingungen werden unter Berücksichtigung der Kosten ihrer Einhaltung meist willentlich erstellt. Das Feld der formlosen Spielregeln umfasst ein viel breiteres, v.a. unschärferes Einflussspektrum (Gewohnheiten, Konventionen, Ideologie, Kultur, Moralregeln, Tabus, Mythen, Sprache etc.). Wichtige Einflussfaktoren auf die Kultur des Menschen liegen etwa im Bildungssystem sowie der Familienzusammengehörigkeit (Weitergabe von Werten und Normen) aber ebenso in der beruflichen Arbeitsteilung.

NORTH beschäftigt sich intensiv mit dem Verhältnis zwischen formlosen und formgebundenen Regeln. Die Entwicklung zu formalen Regeln steht demnach in Abhängigkeit zur Komplexität der Gesellschaft (zunehmende Spezialisierung, Arbeitsteilung), z.B. im Zusammenhang mit dem Entstehen von Hierarchien. Die Entwicklung verläuft laut NORTH linear, in der Regel nur in eine Richtung (hin zu formgebundenen Spielregeln), wobei die Übergänge graduell/fließend sind. Formgebundene Regeln können formlose abschwächen, überprüfen oder ganz ersetzen. In moderner Gesellschaft ergänzen immer häufiger formlose Regeln die formgebundenen.

Es gibt grundsätzlich eine strenge Unterscheidung zwischen Institutionen und Organisationen. Zweitere werden von Gruppen von Individuen gebildet, die ein gemeinsames Ziel verfolgen. Organisationen verkörpern die Kombination von Können, Strategie sowie Koordination und entwickeln sich aufgrund der Möglichkeiten, die der institutionelle Rahmen bestimmt. Im Lichte dessen sind Organisationen die Spieler der Gesellschaft mit inhärenten Interaktionsstrukturen (vgl. Akteurszentrierter Institutionalismus), v.a. im Sinne (interessens)politischer (Parteien, Interessenvertretungen etc.), ökonomischer (v.a. Unternehmen) sowie sozialer Körperschaften (gemeinnützige Vereine etc.) und Körperschaften des Bildungswesens (Schulen, Unis etc.).

Neben der (bei vielen mikroökonomisch gepolten Wissenschaftlern so beliebten) Transaktionskostentheorie[37] stützt sich NORTH in seiner Begründung für das Vorhandensein von Institutionen v.a. auf die *Theorie des menschlichen Verhaltens* (inkl. spieltheoretischen Überlegungen). Mit der Ab-

---

[35] Evolutionäre Prozesse sind nach biologischer Metapher durch Selektions- und Mutationsprozesse gekennzeichnet.

[36] Nach KRONAUER (2007, 64) kommt es hinsichtlich zahlreicher paralleler Entwicklungsverläufe wohlfahrtsstaatlicher Strukturen in den Ländern (West-) Europas aufgrund der im Vergleich zu den USA starreren Gliederung in soziale Klassen, religiöse Gruppen und politische Parteien stärker zu korporatistischen/kooperativen Formen u.a. der Integration.

[37] Die analytische Berücksichtigung des Transaktionskostenansatzes soll auch bewirken, dass die sogenannte *Theorie der Institutionen* nicht spekulativ erscheint und auf die moderne Wirtschaftstheorie aufgepfropft wirkt. Begriffsbestimmung: Transaktionskosten sind Kosten, die bei einem Akteur anfallen, um eine ökonomische Transaktion auf dem Markt abzusichern; Voraussetzung: gewisser Grad an Spezialisierung; Fazit: Institutionen (Klassifizierungen, Prozessordnung) und Organisationen (Staat) sollen Transaktionskosten mindern.

lehnung des *homo oeconomicus* (Neoklassik) schafft er die Akzeptanz/Möglichkeit irrationaler Vorstellungsmuster: Die Akteure der Gesellschaft entscheiden anhand komplizierter und instabiler Präferenzen und handeln unter dem Einfluss fehlerhafter Erkenntnissysteme, mit denen sie ihre Umwelt entschlüsseln wollen. Grund dafür sind unvollständige Information (Modelle, die eigentlich zum besseren Verständnis da sind, sind selbst unvollkommen), Ideologien als eingeübte kulturelle Sichtweisen sowie Altruismus oder andere Motivationsursprünge. Ein Großteil der Verhaltensmuster baut zudem auf Erfahrungswerten auf, die durch unterschiedliche Ausgangspositionen stark beeinflusst sind. Das Individuum handelt also oft in einer Situation der Ungewissheit.

Wie gestaltet sich der Wandel von Institutionen? Institutionen entstehen in der Regel durch eingelebte Verhaltensroutinen und fußen auf einer mehr oder weniger allgemeinen Akzeptanz und/oder Zwangsgewalt. Verantwortlich dafür kann einerseits strategisches Handeln sein (v.a. Änderung formaler Institutionen; z.B. versuchen Akteure/Organisationen eine Verhandlungsmacht aufzubauen, um Handlungsmöglichkeiten zu vermehren) und andererseits unbewusste menschliche Aktion (Herausbilden von v.a. informellen Regeln in einem evolutorischen Prozess spontaner Interaktionen). Jedenfalls ist der institutionelle Wandel pfadabhängig mit einem Überleben bestimmter Ordnungsmuster, wobei die Ausgangspunkte von Gesellschaften sehr unterschiedlich sein können (materielle Ausstattung, natürliche Rahmenbedingungen wie Klima etc.) und damit divergierende Probleme und Fähigkeiten entstehen. Vorstellungsmuster (diese sind v.a. durch formlose Institutionen geprägt) bilden sich in einem komplexen dynamischen Lernprozess heraus, in dessen Verlauf erst Vorstellungen gebildet, anschließend neue Ereignisse erfahren und daraufhin Vorstellungen verändert werden (dieses „Lernen“ impliziert Pfadabhängigkeiten).

Weder die Ökonomie noch die Geschichtsforschung hatte vor NORTH die Bedeutung von Institutionen für den wirtschaftlichen Wandel merklich untersucht, obzwar es einen großen Bedarf an dynamisch-ökonomischen Entwicklungsmodellen gibt.[38] NORTH selbst nimmt nicht in Anspruch, eine komplette wachstumstheoretische Fundierung anzubieten. Er möchte den nächsten „logischen Analyseschritt“ nehmen, um den ökonomischen Wandel einer Volkswirtschaft unter Berücksichtigung der in ihr eingebetteten Institutionen beschreiben zu können. Hierzu stellt sich NORTH eine grundlegende Frage: Wie kommt es zwischen den einzelnen (entwickelten) Volkswirtschaften zu unterschiedlichen Wirtschaftsleistungen? Die Antwort: Das politische, wirtschaftliche wie Rechtssprechungs-System einer Gesellschaft ist eingebunden in ein komplexes, historisch gewachsenes Netz von wechselseitig verknüpften, spezifischen formgebundenen Regeln und formlosen Beschränkungen (Institutionenmatrix).[39] Sie wurden in einem langen Prozess rationalisiert. In der Schlussfolgerung ist das Stattfinden eines effektiven (in erster Linie politischen und ökonomischen) an Institutionen gebundenen evolutorischen Prozesses die Grundvoraussetzung für langfristiges Wirtschaftswachstum. Das Vorhandensein solcher Regeln, die erfolglose wirtschaftliche/politische Organisationen/Institutionen eliminieren, gilt dahingehend als wünschenswert.

Dies funktioniert freilich nur, wenn der institutionelle Rahmen das Ausprobieren verschiedener Wege erlaubt (Freiräume in Spielregeln; keine Überbürokratie). Effiziente Rückkoppelungsverfahren (zwischen Ausprobieren und Durchsetzen von Entscheidungen) bzw. Anpassungseffizienz sind die entscheidenden Faktoren. So gesehen ist der pluralistische Wettbewerb zwischen (interessens-) politischen Einheiten und Ideen in einer Demokratie sehr zu begrüßen – nicht zuletzt ist gerade dieser Wettstreit für eine Anhebung der „Rate des Lernens“ verantwortlich (Wettbewerb erhöht auch die Geschwindigkeit der Anpassung). Im Gegenschluss gelten ineffiziente Wachstumspfade dann als gegeben, wenn Institutionen nicht produktive Vorgänge belohnen, sondern Akteure begünstigen, die ihrerseits Interesse an bestehenden (ineffizienten) Beschränkungen haben.

Langfristig sollte das Institutionengefüge annähernd stabil sein. Eine signifikante Änderung des Wachstumspfads ist dann zu erwarten, wenn es zu gänzlich unerwarteten Folgen von Entscheidungen kommt (u.a. externe Effekte), markante politische Veränderungen wirksam werden oder Systemschocks vorliegen (Ausmaß der jüngsten globalen Finanz- und Konjunkturkrise).

---

[38] Ökonomischer Wandel beruht also auf der Interaktion dreier fundamentaler Kräfte (auch in einem institutionellen Verständnis): Variation, Selektion und Reproduktion.

[39] Institutionen wirken sich auf dem Weg über Tausch- und Produktionskosten auf die Wirtschaftsleistungen aus. Sie stecken den Rahmen ab, in dem Akteure im Lauf der Geschichte sich eine Ordnung schufen und die Unsicherheit beim Tausch zu mindern suchten. Institutionen und die angewandte Technologie bestimmen Tausch- und Produktionskosten bzw. die Rentabilität/Ausführbarkeit wirtschaftlicher Tätigkeit.

Tab. 3-1: Verbindungslinien zwischen der North'sche Institutionentheorie und der Schumpeter'sche Evolutionstheorie

		Douglass C. NORTH	Joseph A. SCHUMPETER
Konzeptionelle Analogien	Ähnliche Beziehung zu neoklassischen Überlegungen		
	Anlehnung an Neoklassik	Grundannahme der knappen Ressourcen; Konzept des Wettbewerbes (aus Knappheit folgernd); NORTH möchte neoklassischen Ansatz ergänzen/modifizieren (bezügl. des rational handelnden Menschen)	
	Abgrenzung von Neoklassik	„Lebensnähe" der Aussage; es gibt keine vollständige Information (Annahme des begrenzt-rationalen Verhaltens im Gegensatz zum *Homo Oeconomicus*, Eigentumsrechte können nicht vollkommen definiert werden, es gibt Transaktionskosten)	
	Analoge Befassung mit Makrophänomen „Wirtschaftlicher Wandel" und dabei Argumentation im Rahmen einer Mikrofundierung		
	Mikrodimension	Einzelmenschen (mit seinen Vorstellungsmustern) im Mittelpunkt	Unternehmer im Mittelpunkt
	Analoger Hinweis auf die Bedeutung der gesamtheitlichen Zusammenhänge (systemorientierter Ansatz)		
	Unternehmen als Kristallisations-punkt im System	Untersuchung des Unternehmensumfeldes selbst; Aussage, dass Unternehmen zwar Motor des Wirtschaftswachstums, aber schlussendlich sind seine Handlungsräume vorgegeben	Der innovative Unternehmer ist erfolgreich (systemimmanente Komponente jedoch schwächer ausgeprägt als bei NORTH)
	Betonung der Pfadabhängigkeit des Wirtschaftsverlaufes		
	Evolutionäres Kernelement	Wahrnehmung potenzieller Skalenvorteile (Möglichkeit steigender Gewinne) innerhalb des bestehenden Institutionensystems; Vorstellungsmuster bilden sich in komplexem dynamischen Lernprozess, in dessen Verlauf Vorstellungen gebildet, anschließend neue Ereignisse erfahren und daraufhin Vorstellungen verändert werden (impliziert Pfadabhängigkeit); einmal etablierte Institutionen (= das Produkt von Präferenzen und Vorstellungsmustern) konstituieren eine Art Fatum	Innovationen als generische Komponenten (Innovationen ermöglicht erst andere Innovationen)
	Weitere Verbindungslinien		
	Endogene Ansätze	Beide bringen zum Ausdruck, dass wirtschaftliche Veränderungen im System selbst generiert werden	
	Bedeutung von Eigentums-rechten	Beide heben die Bedeutung von Eigentumsrechten hervor (ohne klare Definition fehlt die Sicherheit von einer Neuentwicklung zu profitieren)	
	Effizienz des Wirtschafts-verlaufs	Kein zwingend effizienter Wirtschaftsverlauf vorgegeben (da sich beide vom Konzept des *Homo Oeconomicus* wegbewegen)	
	Co-Existenz der Überlegungen	Die beiden theoretischen Ansätze können parallel zueinander bestehen (Unternehmen auf der Suche nach neuen Kombinationen; Institutionen, die das Verhalten des Unternehmers beeinflussen - Einschränkungen/Erweitern von Wahlmöglichkeiten; formlose Institutionen wie Tabus etc.)	
Konzeptionelle Gegensätze	Rolle des innovativen Unternehmens (der Organisation)		
	Unternehmen als aktive/passive Kraft	Organisation/Akteur ist passive Kraft; Unternehmen reagiert auf Anreize, die im Institutionensystem vorgegeben sind; obwohl das Unternehmen der Wirtschaftsmotor ist, kann es nur über Beeinflussung der Institutionenmatrix auf Wirtschaftswandel Einfluss nehmen; Problem: Gefahr des Umweltdeterminismus	Organisation/Akteur ist aktive Kraft
	Ursache, Beginn, Ebene und Kontinuität des evolutorischen Prozesses		
	Abhängigkeits-relationen für Wirtschafts-wachstum	Abhängigkeit von Institutionenmatrix (Regeln); Erstmalige Durchsetzung von Institutionen; Institutionen machen effiziente Nutzung neuer Techniken erst möglich; technisch-organisatorischen Innovationen sind sekundär	Abhängigkeit von innovativen unternehmerischen Fähigkeiten in kapitalistischem Umfeld; Installierung von technisch-organisatorischen Innovationen [40]
	Entstehung von Strukturmustern	Von sich aus aufgrund der Möglichkeiten steigender Erträge (Anreiz zur Umgestaltung der Institutionenmatrix)	Wenn Rahmenbedingungen gegeben sind (z.B. leistungsfähige Banken, ausgebildete und motivierte, Menschen, prokapitalistischer Wertekanon)
	Überleben von Strukturmustern	Ebene der Institutionen („Überleben" bestimmter Ordnungsmuster)	Ebene der Unternehmen („Überleben" bestimmter Unternehmer)
	Kontinuität im Wirtschaftverlauf	kontinuierliche Entwicklung (da sich formale Institutionen nur langsam verändern); Wandel in „kleinen Schritten"	diskontinuierliche Entwicklung (es gibt Strukturperioden mit bahnbrechenden Innovationen)
	Einsicht in die Organisation-Umwelt-Beziehung		
	Keine isolierte Sichtweise	Neue Einsicht in die Organisation-Umwelt-Beziehung (Akteur und sämtliche Regeln bzw. daraus entstehenden Organisationen -> Schulen, politische Parteien etc.)	v.a. Unternehmen und Kapitalmarkt
	Bedeutung von formlosen Institutionen		
	Formlose vs. Formgebundene Institutionen	Ausgangspunkt der Untersuchung: historischer Ansatz; am Anfang gab es keine formgebundene Institution	adäquate Rahmenbedingung für Suche nach Innovationen; später: Begründung für „Untergang" des Kapitalismus
	Allgemeiner Soziologischer Zugang		
	Das Individuum	Gründet seine theoretischen Ansätze auf Aussagen über Verhaltensmuster von Individuen, individueller Erwartungsnutzen, begrenzt-rationale Präferenzordnungen etc.	Unternehmen folgt soziologisch-psychologischen Motiven; später umfassender: politikwissenschaftlich-soziologischer Zugang

Q: North (1994, 1998), Schumpeter (1912, 1931, 1942)

[40] Allerdings war SCHUMPETER (1942) in seinen Spätwerken der Meinung, dass institutioneller Wandel Wirtschaftswachstum beeinflusst (Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus).

Exkurs:
Die North'sche Institutionentheorie vs. die Schumpeter'sche Evolutionstheorie

Einen tabellarischen Vergleich der zentralen Aussagen zweier besonderer Größen und akademischen Vordenker der evolutionären Wachstumstheorie findet sich in Ergänzung zu den Ausführungen im Haupttext in Tab. 3-1.

Konkret im Zusammenhang mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen nimmt NORTH eine sehr neutrale Rolle ein. Fördersysteme sind für ihn das Produkt institutioneller Rahmenbedingungen, welche von den Akteuren letzten Endes selbst bestimmt werden. Für effiziente Lösungen muss nur die Möglichkeit bestehen, dass sich der betreffende Teil der Institutionenmatrix weiterentwickeln kann (Anpassungsfähigkeit an neue Themen, neue formale Rahmenbedingungen etc.). Grosso modo argumentiert SCHUMPETER im Wesentlichen gegen Maßnahmen, da Staatsausgaben mit Restriktionen bzw. mit Steuereinnahmen verbunden sind.

Ein anderer interessanter Vergleich wäre jener zwischen der Institutionentheorie von NORTH und der Theorie der sozioökonomischen Evolution von HAYEK (HAYEK, 1980, 1981).[41]

3.2 Organisierte Interessen: Ausgewählte Konzepte der Verbändeorganisationsforschung[42]

Die nachfolgenden Überlegungen fußen auf einer allgemein gehaltenen Formulierung des (organisierten) Interessensbegriffs. Dahingehend sind organisierte Interessensgruppen als Körperschaften zu beschreiben, welche beabsichtigen, politische Entscheidungsträger bei der Verteilung von Gütern zu beeinflussen, ohne selbst die Entscheidungsverantwortung an sich zu nehmen (vgl. NORTON, 1999).[43]

Das Aufgabengebiet der Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit von Interessen ist im Zusammenhang angewandter Forschungsfragen vielfach durch organisationssoziologisch und konflikttheoretisch fundierte Fragestellungen gekennzeichnet (Interessen-Organisierbarkeit, Interessen-Durchsetzungsfähigkeiten, Strategien zur Interessen-Durchsetzung u.Ä.). Dazu gibt es die traditionellen demokratiegerichteten (inkl. Pluralismustheorie) sowie steuerungsgerichteten Ansätze (inkl. Korporatismustheorie). In diesem Sinne fällt in der Fachliteratur ein analytisches Schlaglicht auf (über einzelne Epochen unterschiedlich eingeschätzte, weitgehend zeitlich aufeinander folgende) Strömungen, wie die *klassische Demokratie- und Staatstheorie;*[44] *die Pluralismustheorie als Gruppentheorie;*[45] *die revidierte Pluralismustheorie als funktionale Theorie*[46] (s. VIELER, 1986).

---

41 HAYEK betrachtet die soziale Ordnung als ein sich kontinuierlich entwickelndes Netz von Arrangements (Grundlage: ökonomisches Verhaltensmodell). Wichtige Begriffe seiner Theorie: „Spontane Ordnung" (Ordnung entsteht unbewusst aus gegenseitigen Anpassen der Akteure – ein Markt kommt nicht aus planendem Willen eines Individuums zustande, sondern er ergibt sich im Rahmen eines natürlichen Selektionsprozesses aus individuellen Angebots- und Nachfrageentscheidungen); „Abstrakte Regeln" (spontane Ordnung braucht Regeln, v.a. Verbote). Nach HAYEK ergeben sich Spontane Ordnung und Abstrakte Regel aus der Evolution (nicht am „Reißbrett"). Regeln einer Gruppe werden demnach zufällig gefunden und die besten Regeln setzen sich durch (vgl. im Gegensatz dazu NORTH, bei dem sich ebenso schlechte Institutionengefüge durchsetzen können), sowohl im bilateralen Bereich als auch bei der Gruppenselektion (die Gruppen mit den besten Regeln setzen sich durch). Kritik an HAYEK: Planungselemente, um individuelle Vorteile zu erreichen, sind nicht ausreichend ausgearbeitet: Selbst das Ausdenken neuer Arrangements hat etwas Planendes in sich; es gibt einen fließenden Übergang zw. evolutorischer Anpassung durch Imitation/Lernen und Planen/Konstituieren; es gibt soziale Dilemma, die durch individuelle Anpassung gerade nicht überwunden werden können (adverse Selektion, öffentliche Güter etc.).

42 Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich" im Sommersemester 2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010b).

43 Es gibt eine Vielzahl an in der Fachliteratur nicht einhellig beurteilten Begrifflichkeiten, Typologisierungen, und dadurch nicht zuletzt Annäherungen an reale Erscheinungsformen von (organisierten) Interessen. Eine Synopse zur Typologisierung von Interessensgruppen (inkl. begriffliche Determinierung „Verband") findet sich in Anhang 1.

44 Die *Demokratietheorie* befürwortet die Notwendigkeit organisierter Interessens für den demokratischen Willensbildungsprozess. Sie geht aber nicht auf die Rolle von individuellen Akteuren ein, und sie berücksichtigen nicht die unterschiedliche Ressourcenausstattung zwischen den Akteuren.

45 Zusammenfassend können die Grundlagen der *Gruppentheorie* wie folgt skizziert werden (vgl. VIELER, 1986, 16-17): (i) Die Grundeinheiten der Gesellschaft sind Gruppen; Interessengruppen bestehen aus interagierenden Individuen, welche gemeinsame Einstellungen haben und Ansprüche an die Gesellschaft stellen. (ii) Neben organisierten Gruppen existieren potentielle Gruppen – die Einstellungen ihrer Mitglieder beziehen sich auf gesellschaftliche Grundwerte und werden bei Bedrohung dieser Grundwerte aktiv. (iii) Politik ist der Prozess des Gruppenwettbewerbs; politische Entscheidungen lassen sich auf den Druck der betroffenen Gruppe zurückführen. (iv) Jedes Individuum gehört einer Mehrzahl von Gruppen an; aus gegenseitig überlappenden Mitgliedschaften ergibt

Als qualifiziertes Verbindungselement zwischen einem Institutionalistisch-politikökonomischen Analysehintergrund (s. Abschn. 3.1) auf der einen Seite und den für die einzelnen Prozessfunktionen der Verbändeorganisationsforschung relevanten Bestimmungen (allem voran: Interessensaggregation, Interessensselektion, Interessensartikulation, Integration)[47] bzw. den tatsächlichen Organisationsstrukturen moderner politischer Systeme auf der anderen Seite können die beiden Erklärungsbögen (Neo-) Pluralismus und (Neo-) Korporatismus als Versinnbildlichung ihrer ideengeschichtlichen Grundlagen konzeptionell gegenübergestellt werden (vgl. die sehr ausgereifte Fachliteratur hierzu; u.a. von HAGUE/HARROP, 2007, oder MICHALOWITZ, 2007).

(Neo-)Pluralismus vs. (Neo-)Korporatismus[48]

Der Pluralismus fand in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts als Forschungsparadigma v.a. als Gegenpol zum Korporatismus Anwendung. Während im Korporatismus ähnlich gelagerte Interessen zusammengefasst und an den politischen Entscheidungen beteiligt werden (kleine Zahl von Akteuren, Interessensvertretungen mit nicht-kompetitiven Beziehungen), wird im Pluralismus von eigenständigen, im Wettbewerb stehenden Interessensvertretungen ausgegangen, welche den Interessen ihrer meist freiwilligen Mitglieder verpflichtet sind.

Die Rolle des Staates wird passiv angenommen. Er sorgt lediglich für die Bereitstellung eines Marktes zum Austausch von Argumenten. Jedem Interesse steht demnach ein Gegeninteresse gegenüber und der Wettbewerb der Argumente stellt sicher, dass Interessen gehört werden. Die Kritiker des Pluralismus bringen gegen diesen allerdings vor, dass nicht alle Interessen auch auf ein Gegeninteresse treffen und dass in diesem Modell hauptsächlich elitäre Interessen vertreten wären. Prominentester Kritiker ist Mancur Olson, der gegen den Pluralismus das Free-Rider-Problem vorbringt, wonach die freiwillige Mitgliedschaft dazu führe, dass Profiteure einer Interessensvertretung dieser keinen Beitrag leisten würden.[49]

Dagegen konzentriert sich das Paradigma des (Neo-) korporatismus weniger auf die Input-Funktion, sondern auf die Steuerungs- und Outputaspekte. Nach neokorporatistischer Diktion übernimmt der Staat eine aktive Rolle in der Gestaltung seiner Beziehungen zu ausgewählten Interessensvertretern, welche die Interessen von sehr großen Bevölkerungsgruppen bündeln. Diese ausgewählten Interessensvertreter werden in die Politikformulierung institutionalisiert eingebunden. Die beteiligten Akteure zeichnen langfristige Beziehungen aus, welche dazu beitragen sollen, zwischen diesen eine homogene Idee des Gemeinwohls zu entwickeln.

Als Beispiel für ein neokorporatistisches System kann das politische System Österreichs in seiner Ausprägung nach dem 2. Weltkrieg gesehen werden (vgl. auch Schweden, Niederlande oder Norwegen).[50]

---

sich, dass die Individuen, von Gruppenkonflikten nur in einer Rolle erfasst werden und Individuen mit verschiedenen konkurrierenden Mitgliedschaften mäßigend auf die Forderungen der jeweiligen Gruppen einwirken. (v) Besteht ein Ungleichgewicht der Kräfte, bilden sich Gegengruppen heraus, welche dieses Ungleichgewicht beseitigen. (vi) Organisierte Gruppen, potentielle Gruppen und Gegengruppen bewirken, dass der politische Prozess trotz aller Konflikte immer wieder zu einem Gleichgewicht führt, in dem politische Entscheidungen zumindest mittel- und langfristig den Interessen der Betroffenen entsprechen.

46 Die revidierte, funktionale Pluralismustheorie sieht Verbände nicht mehr für sich gesetzt. Sondern ihre Existenz wird aus gesellschaftlichen Strukturbedingungen abgeleitet. Gleichgewichtsmomente werden nicht mehr postuliert, sondern in ihren Bedingungen analysiert bzw. nach empirischer Überprüfung relativiert. Die ungleiche Artikulation und Organisation von Interessen sowie in der Folge deren ungleiche Berücksichtigung bei gesellschaftlichen Entscheidungen wird nicht angezweifelt (vgl. VIELER, 1986, 19).

47 In Ihren Grundprozessfunktionen sind Interessenssysteme durch *Interessensaggregation* (in Einklang bringen der heterogenen Mitgliederinteressen), *Interessensselektion* (Entscheidung, welche Interessen in den politischen Prozess einfließen sollen), *Interessensartikulation* (Ausformulieren und Vorbringen der Interessen, u.a. medialer Auftritt) sowie *Integration* (Bindeglied zwischen dem Individuum und politischem System) gekennzeichnet (vgl. STRAßNER, 2006, 11-16). Daneben gibt es Systemfunktionen wie die *politische Kommunikation* oder die *politische Rekrutierung*.

48 Derivate hierzu: Makrokorporatismus (v.a. Zusammenarbeit von Arbeitgeber-, Arbeitnehmerorganisationen und Regierung/Verwaltung im Rahmen tripartistischer Netzwerke mit Fokus auf makroökonomische Aufgaben); Mesokorporatismus (politikfeldspezifische Interaktionsmuster zwischen Interessensorganisationen und der Regierung/Verwaltung).

49 Den langfristigen ökonomischen Niedergang von Staaten führt OLSON (1982) auf „institutionelle Sklerose“ zurück, die seiner Meinung nach deshalb entsteht, weil Lobbyisten die Wettbewerbsordnung verzerren.

50 TÁLOS (2006, 425) erkennt in der Sozialpartnerschaft ein spezifisches Muster der Interessensvermittlung und Interessenspolitik. Sodann ist das System durch Kooperation, Konzertierung und Interessensakkordierung gekennzeichnet. Ihre politische Stärke erwirken Interessensgruppierungen dabei nicht zuletzt durch historisch bedingte systemische Verflechtungen mit politischen Parteien. Z.B. Österreich: Die Beziehungen zwischen den wesentlichen In-

Tab. 3-2: Übersicht: Fragestellungen/Inhalte theoretischer Zugänge der Verbändeorganisationsforschung

Theorien/ Variablen	(Neo-) Pluralismus	(Neo-) Korporatismus	Neue Politische Ökonomie	Konfliktheorie	Theorie der "kritischen Masse"	Dritter-Sektor-Theorie	Netzwerktheorie
Vertreter	Truman, Fraenkel	Lehmbruch, Schmitter	Olson, Salisbury, Mäntz	Offe	Marwell	Zimmer	Pappi, König
Menschenbild	Mensch ist interessensgeleitet	Mensch ist interessensgeleitet	homo oeconomicus (individuelle Nutzenmaximierung)	Mensch durch Klassenstruktur reglementiert	Mensch bereit zum Engagement	Mensch an Überwindung und Fortschritt interessiert	Mensch an Überwindung und Fortschritt interessiert
Inhalte/ Kernaussagen und Stärken	Konfliktives Verhältnis: alle gesellschaftlichen Interessen sind prinzipell organisierbar und besitzen identische Chancen zur Durchsetzung Überwindung des traditionellen Gegensatzes von Staat und Gesellschaft in der Theorie Betonung der Legitimität von Interessen und Demokratie	Konsensuales Verhältnis: institutionalisierte Teilhabe von Interessensgruppen am politischen Entscheidungsprozess Politik als Ergebnis eines Aushandlungsprozesses Erklärung für Vorteile und Bedingungen für Beteiligung von Interessensgruppen	Interessen unterschiedlich gut organisierbar Kleingruppen mit spezifischen Interessen gelingt dies besser als Großgruppen, die öffentliche Güter bereit stellen Problem des Trittbrettfahrers, der öffentliche Güter ohne Gruppenmitgliedschaft konsumiert Lösung durch Aufstiegsmöglichkeit für Mitglieder innerhalb der Verbandsstruktur oder selektive Anreize Erklärung individuellen Verhaltens und Rückschluss auf Makrosystem	Interessensgruppen sind Teil der verfestigten und in der Demokratie legalisierten kapitalistischen Ordnung Interessen aus dem Bereich Arbeit benachteiligt Interessenvertretungen des Kapitals sind aufgrund ihrer Macht konfliktfähiger als andere Gruppierungen Hinweise auf unterschiedlich ausgeprägte Konfliktfähigkeit	Organisation von Interessen und Erstellung eines Kollektivgutes kommt nur dann in Gang, wenn Kern an Mitgliedern oder Ressourcen in ausreichendem Maße zur Verfügung steht Erklärung für Entstehung kollektiver Aktion jenseits von allein individuellem Nutzenstreben	Interessensgruppen sind Teil des Dritten Sektors, der als Unterbau den Sektoren "Markt" und "Staat" beigeordnet ist und zur eigenständigen Problemlösung in der Lage ist Ansatz zur Überwindung eines starren Gesellschaftsbildes, Differenzierung und Verortung der Interessensgruppen in wirtschaftlicher Perspektive	Sicherung des Einflusses von Interessensgruppen in institutionell definierten oder blockierten Ordnungen durch Bildung informeller Netzwerke Erklärung für Entscheidungsfindungen in informellen oder blockierten Entscheidungssystemen
Defizite und Gefahren der Theorie und ihrer Umsetzung	Unterschiedliche Chancen und Machtpotenziale verschiedener Interessen werden nicht angemessen berücksichtigt	Fehlende Erklärung für Veränderungen in der Verbandslandschaft Überbetonung institutionalisierter Teilhabe und der daraus folgenden Ungleichgewichtung Mangelnde Flexibilität korporatistischer Arrangements	Egoismus nicht alleinige Triebfeder des Einzelnen Fehlende Wertsysteme, Einbindung des Individuums in sozialen Zusammenhang nicht berücksichtigt Mangelnde Berücksichtigung von Gruppeninteressen	Einseitig auf den Gegensatz Kapital vs. Arbeit gerichtet Übersicht Errungenschaften des Sozialstaates	Enge Grenze des Ansatzes auf Ressourcen Zeit und Geld gesteckt, auch anderweitige Vorgaben können zur Organisation von Interessen führen	Berücksichtigt Verbindungen von Vereinigungen im Dritten Sektor mit anderen Sektoren nicht	Betonung von allein informell zustande gekommenen Entscheidungen, Ausblendung etablierter Entscheidungsverfahren Demokratietheoretisch bedenklich: Aushandlungsmuster ohne ausreichende Legitimation

Q: Vgl. STRAßNER (2004)

teressensgruppierungen und der Politik hat ihre Wurzeln in der Formierungsphase der Parteien im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert; Verbände und Parteien entwickelten sich in einem koevolutionären Prozess, in welchem das eine Mal Verbände als Organisationshilfen für Parteien dienten, das andere Mal umgekehrt (vgl. KARLHOFER, 2001, 359).

(Neo-)Pluralismus und (Neo-)Korporatismus stellen – wie vorangestellt betont – aber freilich nicht die einzigen bedeutende Theoriefamilien dar. Eine vergleichende Zusammenschau ausgewählter Konzepte liefert deshalb Tab. 3-2.

3.3 Politikberatung als empirisch gerichteter Analyse-Kristallisationspunkt: Ausgewählte theoriebasierte Zugänge zum Thema Politikberatung

Unter wissenschaftlicher Politik(feld)beratung wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit die unternehmensgerichtete anwendungsorientierte Beratungstätigkeit für Organisationen und Entscheidungsträger verstanden, welche in konkreten Handlungsfeldern der Politik bzw. in Politikbereichen wie Wirtschaft, Innovation, Arbeitsmarkt, Qualifikation etc. *Agenda Setting* betreibt und Lösungsvorschläge durchzusetzen sowie spezifische inhaltliche Ziele langfristig zu erreichen unterstützt.[51] Politikberatung im Sinne der prozessorientierten Forcierung und Verbesserung von Wahlkampfstrategien, medialem Auftritt u.Ä. deckt der gegenständliche Untersuchungsbogen damit nicht ab.[52] Dafür setzt er im Rahmen eines *Policy-Cycle-Ansatzes* wieder in der Phase der Evaluation bzw. zur Wirkungs-/Auswirkungsanalyse ein (vgl. Tab. 3-3).

Tab. 3-3: (In)direkte Ansatzfelder für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in den Phasen des Policy Cycle

	Agenda Setting (Problemwahrnehmung/-defintion)	**Policy Formation/ Formulation** (Politikformulierung/ Entscheidung)	**Implementation** (Politikdurchführung/ Umsetzung)	**Evaluation** (Wirkungen/ Auswirkungen)
Definition	Auswahl und Festlegung derjenigen sozialen Phänomene, die vom politischen System als zu bearbeitende „Probleme“ betrachtet werden (issues)	Prozess, in dem politische Ziele formuliert, alternative Handlungsmöglichkeiten entwickelt und als verbindliche Festlegung gewählt werden	Durchführung einer Policy, idR mit Hilfe des politisch-administrativen Apparats; Anwendung von Gesetzen etc.	Überprüfung der direkten Wirkungen (impact) und indirekten Auswirkungen (outcome) stattlicher/ öffentlicher Aktivitäten
Politische Frage	Was kommt auf die politische Tagesordnung?	Was soll zukünftig geschehen? Welche politischen Ziele sollen wie erreicht werden?	Was passiert tatsächlich? Was unternehmen Regierung und Verwaltung?	War die Politik erfolgreich? Was hat sich verändert?
Ansatzfeld für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung	Ja	Ja	Nein	Ja

Q: Vgl. JANN/WEGRICH (2009, 101)

Aufbauend auf Kenntnissen staatlicher Planung sowie der Formulierung, Implementierung, Steuerung und Evaluation politischer Programme[53] findet wissenschaftliche Politik(feld)beratung idealtypisch unter der Voraussetzung inhaltlicher wie analytischer Kompetenz bzw. einschlägiger wissenschaftlicher Qualifikation[54] statt (Vermittlung zwischen Wissenschaft und politischer Praxis).[55]

[51] An dieser Stelle wird auf eine Unterscheidung zwischen direkter Politik(feld)beratung zwischen unternehmensnaher angewandter Industrieforschung und politischen Entscheidungsträgern sowie indirekter Politik(feld)beratung, welche die Beratungsleistung über interessenspolitische Vermittlungsstrukturen an die politischen Entscheidungsträger heranführt, verzichtet. Eine Würdigung dieser Zusammenhänge findet sich in Kapitel 7 der gegenständlichen Untersuchung.

[52] Vgl. SCHNEIDER (2010c). trotzdem wird zur besseren Lesbarkeit in der weiteren Folge im Wesentlichen auf die Formulierung *Politik(feld)beratung* verzichtet und das Wort *Politikberatung* als Synonym verwendet.

[53] Know-how, wie politische Systeme funktionieren, wie politische Entscheidungsstrukturen aufgebaut sind etc. (beginnend bei politischer Bildung bis hin zu Tacit-Knowledge etc.).

[54] Qualifikation ist eine der wichtigsten Voraussetzungen und begründet oftmals den wesentlichen Unterschied zwischen erfahrenen Vertretern der (gemeinnützigen) unternehmensnahen angewandten Industrieforschung und ausschließlich kommer-

Damit handelt es sich stets um inhaltsgebundene Fragestellungen und eine oder mehrere beratende Einheit/Einheiten, welche Antworten auf diese geben.[56] Wissenschaftliche Politik(feld)beratung ist anderen Beratungseinflüssen (z.B. Kampagnenberatung, Public Affairs)[57] häufig zeitlich vorgelagert. [58] Es handelt sich um das Generieren von Informationen und noch nicht um das Kommunizieren ebensdieser.[59] Wobei die Praxis zeigt, dass es über sogenannte Loops bzw. Rückkoppelungen immer wieder zu interessanten realpolitischen Konstellationen kommen kann.

Eine für die Zwecke der gegenständlichen Untersuchung dienliche Grundlagendetemination stellte vor mehr als vier Jahrzehnten HABERMAS (1968) auf: „Politikberatung hat die Aufgabe, einerseits Forschungsergebnisse aus dem Horizont leitender Interessen, die das Situationsverständnis der Handelnden bestimmen, zu interpretieren, und andererseits Projekte zu bewerten, und solche Programme anzuregen und zu wählen, die den Forschungsprozess in die Richtung praktischer Fragen lenken."

Komplementäre Politikberatungsmodelle

Allgemein lassen sich in Rückgriff auf die Arbeiten u.a. von Max Weber (WEBER, 1921) drei wesentliche, einander aber mitunter diametral positioniert ausgerichtete Politikberatungsmodelle formulieren (prominent zusammengeführt/entwickelt in HABERMAS, 1968). Diese beschäftigen sich mit der grundlegenden Interaktion von Fachwissen und politischer Praxis und beschreiben diese; sie werden auch in der neueren Literatur beständig zitiert:

- Das *dezisionistische Modell* unterscheidet streng zwischen politischen und beratenden Tätigkeiten: Vor dem Hintergrund einer über die Zeit evolutorisch gewachsenen Normen- und Wertegerüsts (vgl. Abschn. 3.1) treffen Politiker Entscheidungen vor und nachdem ihnen Berater für Lösungswege nur die notwendigen Informationen zur Verfügung stellen.[60] „In letzter Instanz kann sich das politische Handeln nicht rational begründen, es realisiert vielmehr eine Entscheidung zwischen konkurrierenden Wertordnungen und Glaubensmächten, die zwingender Argumente entraten und verbindlichen Diskussion unzugänglich bleiben. So sehr der Sachverstand des Fachmannes die Techniken rationaler Verwaltung [...] bestimmen und somit auch die Mittel der politischen Praxis nach wissenschaftlichen Regeln erzwingen kann, so wenig kann die praktische Entscheidung in konkreter Lage durch Vernunft zureichend legitimiert werden." (HABERMAS, 168, 121).
- Das *technokratische Modell*, transportiert den Grundgedanken einer unterwerfenden Rationalisierung bzw. Verwissenschaftlichung von politischen Entscheidungen und den dahinter stehenden Entscheidungsstrukturen. „Der Staat scheint die Substanz von Herrschaft [...] zugunsten eines effizienten Einsatzes verfügbarer Techniken im Rahmen sachlich gebotener Strategien preisgeben zu müssen – er scheint nicht länger ein Apparat zu gewaltsamen Durchsetzung prinzipiell unbegründbarer, nur dezisionistisch vertretener Interessen zu bleiben, sondern Organ einer durchgängig rationalen Verwaltung zu werden (HABERMAS, 168, 123). Das technokratische Modell sieht den Politiker also in der Rolle des Quasi-Entscheidungsträgers. Die tatsächliche Entscheidungskompetenz obliegt den Sachverständigen bzw. den internen/externen Beratern.[61]
- Das *pragmatische Modell* hebt die Trennung zwischen Politik und Beratung auf. Es besteht eine Arbeitsteilung zwischen dem von Wertorientierung geleiteten, Entscheidungen treffenden Politiker auf der einen Seite, und dem von Erkenntnisorientierung geleiteten, informationsgenerierenden Sachverständigen auf der anderen Seite. Der politische Prozess besteht aus dem

---

ziellen Unternehmensberatern (welche oftmals nur am Auf- und Ausbau ihrer eigenen Perspektiven bzw. ihrer konkreten Geschäftsfelder interessiert sind).

55 Vgl. Definitionsgerüst u.a. von DE'GE'POL (2005)

56 Z.B. Wie *kann die Forschungs-, Technologie-, und Innovationsperformance des Nationalen Innovationssystem Österreichs signifikant verbessert werden, um langfristig heimische Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern?* Antwort: Bereitstellung einer adäquaten, modernen Fördermatrix/Infrastruktur, Benchmarking-Ansätze etc.

57 Beratung von Politikern bei Kampagnen und Wahlkämpfen sowie anderen Aspekten der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (vgl. *Political Consulting*).

58 Die im Polcy Cycle idR nachgereihte Phase der *Evaluation* kann als Beginn eines neuen Politikprozesses gesehen werden.

59 Allerdings erfolgt wissenschaftliche Politik(feld)beratung in den letzten Jahren nicht alleine durch im (außer)universitären Raum angesiedelte Wissenschaftler, sondern vermehrt durch diverse Lobbyisten oder Unternehmensberater.

60 Die Sachverständigen bestimmen idealerweise wertfrei und zweckrational die Mittel zur Zielrealisierung, d.h. eine optimale, objektiv beste Politik oder eine Liste an Alternativen zur Wahl der Politiker – dieser Ansatz geht allerdings von in praxi selten erfüllten, statischen Voraussetzungen aus: die politischen Ziele sind fix und eindeutig definiert; es besteht eine optimale Informationsgrundlage; es gibt pareto-optimale Lösungssituationen; die vorgeschlagene Politik steht im Einklang mit den vorherrschenden Ideologien und Einstellungen (vgl. ATZMÜLLER et al., 2008, 39).

61 Dies widerspricht dem Selbstverständnis eines demokratisch legitimierten Meinungsbildungsprozesses.

gemeinsamen Finden, Definieren, Entscheiden und Implementieren von kollektiv akzeptierten Zielen und Maßnahmen. Politiker und Berater treten damit in eine kritische Wechselbeziehung. Der Beratungsprozess läuft interaktiv ab. Politiker, Wissenschafter und Öffentlichkeit stehen in einer ständigen Diskussion über die Ziel- und Mittelwahl auf Basis der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Restriktionen. Der Berater vertritt die von ihm angestrebten Lösungen gegenüber dem Politiker und der Öffentlichkeit. Die Politiker müssen in diesen Prozess ihre eigenen Werturteile einbringen, die nicht mit jenen der beratenden Akteure übereinstimmen müssen (vgl. ATZMÜLLER et al., 2008, 40-41). „Weder ist der Fachmann, wie es im technokratischen Modell vorgestellt wird, souverän geworden gegenüber den Politikern, die faktisch dem Sachzwang unterworfen sind und nur noch fiktiv entscheiden; noch behalten diese, wie es das dezisionistische Modell unterstellt, außerhalb der zwingend rationalisierten Bereiche der Praxis ein Reservat, in dem praktische Fragen nach wie vor durch Willensakte entschieden werden müssen. Vielmehr scheint eine wechselseitige Kommunikation derart möglich und nötig zu sein, daß einerseits wissenschaftliche Experten die Entscheidung fällenden Instanzen ‚beraten' und umgekehrt die Politiker die Wissenschaftler nach Bedürfnissen der Praxis ‚beauftragen'."(HABERMAS, 168, 126-127).

Obwohl das pragmatische Interaktionsmodell dem dezisionistischen und technokratischen Modell überlegen scheint, gibt es in der Realität nicht ausschließlich die dazu korrespondierenden wirtschaftspolitischen Beratungsmuster.[62] Welches Modell in Österreich vorherrschend ist, wird unter den handelnden Akteuren daher auch kontroversiell diskutiert. Mitarbeiter z.B. von Regierungskabinetten können mit dieser analytischen Herangehensweise verschiedener Beratungsmodelle mitunter nur wenig anfangen (bei leichter persönlicher Tendenz zu dezisionistischen – anstatt von pragmatischen –Zugängen).[63]

Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung

Die Fachliteratur kennt eine Vielzahl an begrifflichen Determinationen zum Funktionsspektrum von in modernen Politiksystemen etablierter Politikberatung. Nichtsdestotrotz lassen sich hinsichtlich deren Kernfunktionen fünf Abschnitte zusammenfassen, die wie folgt beschrieben werden können (vgl. PAPENFUSS/THOMAS, 2007, 338-345):

- Die *operative oder auch instrumentelle* Beratungsfunktion umfasst Beratungsleistungen an politische Entscheidungsträger bei der Planung und Umsetzung von (wirtschafts-) politischen Maßnahmen (Beratungsadressaten sind v.a. Politiker und Verwaltung). Die Beratungsempfänger erwarten konkrete, politisch realisierbare Vorschläge insbesondere im Konnex wirtschaftspolitischer Instrumentarien. Unter Berücksichtigung der spezifischen Zielvorstellungen der Adressaten steht eine Auswahl von ökonomisch adäquaten Maßnahmen im Sinne erklärender Entscheidungs- und Orientierungshilfen im Blickpunkt. Um die operative/instrumentelle Beratungsfunktion seitens des Beratungsangebots erfüllen zu können, muss ein tagespolitisch aktuelles Informationssystem aufgebaut und sodann genutzt werden können. Im Lichte dessen lassen sich die gewünschten flexiblen Unterstützungsleistungen entwickeln. Es sollte eine direkte Einbindung der Beraterseite in den politischen Entscheidungsprozess ebenso wie ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis gegeben sein.
- Die *strategische oder auch konzeptionelle* Beratungsfunktion zielt auf die Entwicklung langfristiger (wirtschafts-) politischer Handlungsoptionen ab (Beratungsadressaten sind Politiker, Verwaltung und Öffentlichkeit). Die Beratungsseite arbeitet und orientiert sich an Gesamtkonzepten bzw. erfasst komplexe Systeme von Wirkungszusammenhängen (nicht zuletzt bei konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen). Die strategische/konzeptionelle Beratung setzt sich mit grundsätzlichen Veränderungsmechanismen von (politik-ökonomischen) Systemen auseinander (Entwicklung des Ordnungsrahmens etc.), sollte in ihrer Ausrichtung gewissen Kontinuitätsansprüchen nicht zu widerlaufen und ist als Ergebnis behilflich, grundsätzliche Leitlinien der politischen Verantwortung zu erarbeiten. Beraterseitig ist ein hoher Grad an (institutioneller) Unabhängigkeit von Vorteil.
- Die *Aufklärungsfunktion* dient zur breiten öffentlichen Bewusstseinsbildung und ist v.a. an die Bevölkerung gerichtet (obzwar kein unmittelbares Auftraggeberverhältnis besteht). Es steht das Monitoring bzw. die Aufklärung über die Wirkungszusammenhänge und Auswirkungen konkreter (wirtschafts-) politischer Maßnahmen (kurz- wie langfristiger Natur) im Mittelpunkt.

[62] Mitarbeiter von Regierungskabinetten gehen in ihrem Selbstbildnis z.B. tendenziell von dezisionistischen Zugängen aus.

[63] Gem. Experteninterviews mit zwei Vertretern von österreichischen Regierungskabinetten (im April 2010); s. Interviewleitfäden in Anhang 7.

Dies kann neben der bloßen Weitergabe an Informationen durchaus auch auf dem Weg der kritischen Kommentierung erfolgen. Der Berater sollte aus einer weitgehend unabhängigen Position heraus agieren und im Sinne qualifizierter öffentlicher Diskussionen in seiner neutralen Warte als Werkzeug gegen Partikularinteressen verstanden werden.

- Die Ergebnisse der Politikberatung können auch zur ausschließlichen ex post Flankierung bereits getroffener (wirtschafts-) politischen Entscheidungen herangezogen werden. Auf diesem Wege wird die Beratungsangebotsseite gleichsam auf eine *Promotions- oder Propagandafunktion* reduziert. Beratungsnachfrageseitig wird auf einen qualifizierten Input verzichtet, die eigentliche politische Intention ist die Legitimation. Als besonders negative Ausprägung dieser instrumentalisierten Beratungsvariante kann die Erstellung von Gefälligkeitsgutachten bezeichnet werden. Das Feld der Beratungsadressaten ist in der Praxis nicht einzugrenzen und steht in Abhängigkeit zur spezifischen Situation, in welcher sich die beteiligten Akteure befinden. Wichtig für die Nachfragseite ist allerdings in allen Fällen, dass für Außenstehende ein weitgehendes Unabhängigkeitsverhältnis der Beratungsangebotsseite zur Beratungsnachfrageseite angenommen wird (ansonsten Glaubwürdigkeitsverlust und damit obsolete Beratung).
- Gemäß der *Filterfunktion* der Politikberatung sind im Rahmen eines beratenden Begleitungsprozesses aus der Fülle potenzieller (wirtschafts-) politischer Entscheidungen diejenigen herauszunehmen, welche nur zu einer suboptimalen Lösung führen. Die Beratungsfunktion wird im Wesentlich in der Entstehungsphase von Entscheidungen wahrgenommen und setzt in der Praxis einen permanenten bzw. kontinuierlichen Beratungsfluss sowie ein hohes Reputationsmaß des Beratungsangebots voraus. Die Interaktionspartner sind sodann alle am politischen Entscheidungsprozess beteiligten Personen und Instanzen.

Tab. 3-4: Funktionen und deren Erfolgsfaktoren der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung

Beratungsfunktion	***Erfolgsfaktoren***
Operative/ instrumentelle Beratungsfunktion	▪ Kontinuierliche Einbindung in Entscheidungsprozesse ▪ Berücksichtigung der spezifischen Zielvorstellungen der Adressaten ▪ Hohe Flexibilität und tagespolitischer Bezug ▪ (Interne Institutionalisierung)
Strategische/ konzeptionelle Beratungsfunktion	▪ Distanz zur Tagespolitik ▪ Hoher Grad an Unabhängigkeit ▪ Kontinuität
Aufklärungsfunktion	▪ Größtmögliche Unabhängigkeit/Reputation ▪ Glaubwürdigkeit ▪ Externe Institutionalisierung ▪ Allgemeinverständliche Beratungsaussagen ▪ Hohe Breitenwirkung
Promotions- oder Propagandafunktion, Legitimationsfunktion	▪ Externe Institutionalisierung ▪ (Scheinbare) Unabhängigkeit ▪ Möglichkeit zum gezielten Legitimationsauftrag
Filterfunktion	▪ Frühzeitige Beteiligung an Entscheidungsprozessen ▪ Interne Institutionalisierung ▪ Hauptamtlichkeit ▪ Reputation/Akzeptanz

Q: PAPENFUSS/THOMAS (2007, 343)

Public-Choice-Ansätze der Politikberatung[64]

Die Fachliteratur zur Politikberatung (in der Wirtschaftspolitik) ist grundsätzlich in zwei verschiedene Sphären zu unterteilen: Erstens, normative Analysen (Wie soll die Politikberatung aussehen?); zweitens, positive Analysen (Wie sehen die Politikberatung sowie deren Vor- und Nachteile bzw. Probleme und Bedeutung aus?). Die theoretischen Ansätze sind im Wesentlichen von

[64] Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210047 „Die Rolle der Regierungskabinette in den Prozessen der Regierungspolitik“ im Sommersemester 2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010c).

der Public-Choice-Theorie geprägt, welche im Nutzen für die Entscheidungsträger ein wichtiges Entscheidungsmotiv sieht.[65]

Systematischer Politikberatung liegt nach FREY (1996) ein sechsstufiges Ablaufschema zugrunde: Definition des Problems Bestandsaufnahme, theoretische Durchdringung der Problemstellung, Erarbeitung von Lösungsalternativen, Analyse ihrer Auswirkungen, Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile als Grundlage für politische Entscheidungen. Die Literatur suggeriert dabei eine ideale Struktur, welche aber mit den tatsächlichen Abläufen in der Realität nicht übereinstimmen muss. So kennt der Berater oftmals die Problemsituation und damit verbunden die theoretische Durchdringung bereits vor Beratungsbeginn. Auch ist es in praxi wichtig, das Herangehen nicht zu analytisch und den Prozess durchgehend dynamisch zu gestalten (Inputs müssen jederzeit möglich sein).

Die Beratung wird gewöhnlich über drei einander hochschaukelnder Kanäle betrieben: *mündliche Beratung in vertraulichen Gesprächen* („Telefonberatung"), *formelle Auftrags-F&E mit Berichtslegung* (sollte üblich sein, da nachvollziehbare Geldflüsse), *indirekte Kommunikation über die Medien* (wenn nicht abgesprochen, mitunter „unfriendly" empfunden).[66]

Tab. 3-5: Literaturauswahl: *Public-Choice-Basisansätze der Politikberatung*

Autor	*Ausgewählte Kernaussagen*
TINBERGEN (1956)	Politiker und Berater unterstützen einander wechselseitig in ihrem abstrakten Bestreben der gesellschaftlichen Wohlfahrtsmaximierung (Soziales Wohlfahrtsmodell). Von (wissenschaftlichen) Beratern wird erwartet, dass sie die Informationslücken der Politiker auf Grundlage empirischer und ebenso theoretischer Überlegungen füllen, damit diese wohlfahrtsmaximierende Entscheidungen treffen können.
BUCHANAN/ TULLOCK (1962)	Die rationalen Eigeninteressen der beteiligten Akteure stehen im Blickpunkt, wodurch wohlfahrtsmaximierende Entscheidungen beliebig sind bzw. willkürlich entstehen und nicht dem des objektiven paternalistischen Prinzips.
KIRCHGÄSSNER (2003)	Die Gefahr von uneindeutigen Aussagen ebenso wie von Gefälligkeitsgutachten ist vorhanden und muss seitens der wissenschaftlichen Berater nicht zwingend erkannt sein.
HEINE/MAUSE (2004)	Analyse der Politikberatung als eine Form der Innovationsaktivitiät, welche sowohl durch systematische Unterinvestitionen als auch durch systematische Überinvestitionen gekennzeichnet sein kann.

Q: ATZMÜLLER et al. (2008)

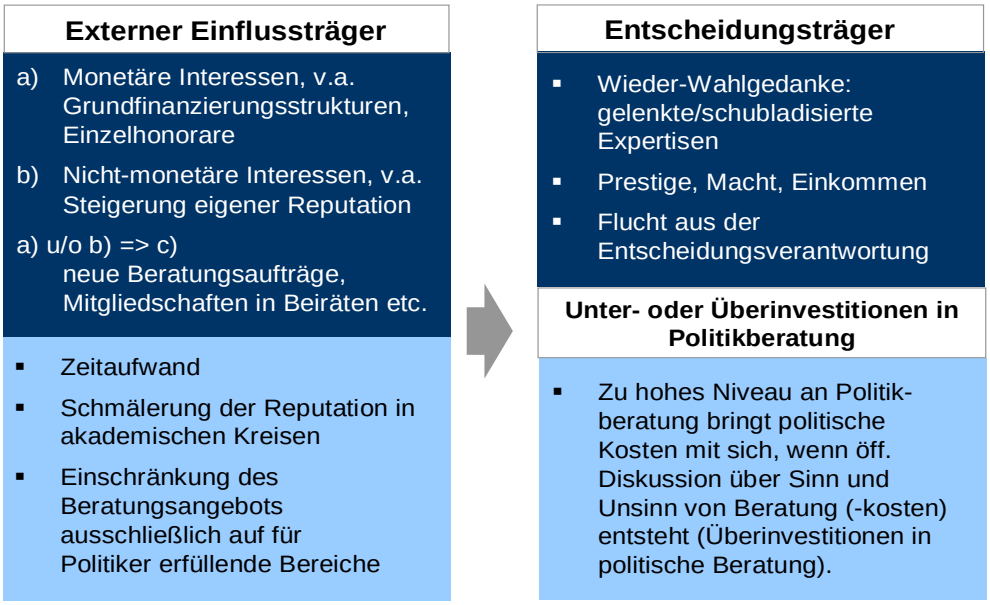
Einfluss- und Entscheidungsträger können sehr unterschiedliche Interessenslagen haben. Häufi wird die Vorstellung modelliert, dass Berater benevolent sowie technokratisch sind, von der Politik die Ziele übernehmen und dann im Streben nach dem gesellschaftlichen Optimum versuchen, adäquate Instrumente zur Zielerreichung zu finden (vgl. ATZMÜLLER et al., 2008). Geht man aber von der realistischen Annahme aus, dass Berater ihre eigenen Präferenzordnungen haben, muss man freilich auch den Nutzen ebenjener aus der Beratungstätigkeit berücksichtigen. Dieser Nutzen entsteht einerseits aus Grundfinanzierungsstrukturen und Einzelhonoraren, andererseits aus nichtmonetären Vorteilen wie zusätzlichen wissenschaftlichen Mitarbeitern oder der Steigerung der eigenen Reputation, die in weiterer Folge dazu führen kann, neue Beratungsaufträge, Mitgliedschaften in Beiräten etc. zu erwerben. Ausschließlicher Idealismus ist nur in den seltensten Fällen der Motivationsgrund.

[65] S. FALK (2006a); daneben gibt es u.a. auch Ansatzpunkte mit philosophisch-wissenschaftstheoretischen Aspekten/Modellen, welche die Marktsituation für das Gut "Politikberatung" analysieren.

[66] Ein beachtlicher Teil der Politikberatung wird in Gremien, Expertenkommissionen, Think Tanks oder Stiftungen geleistet. Einen Beitrag zu dieser Debatte hat die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften geliefert; sie hat Leitlinien guter Politikberatung erarbeitet und veröffentlicht (s. DE'GE'POL, 2008). Einen Überblick zur wissenschaftlichen, aber auch zu anderen Formen der Politikberatung bietet ferner FALK et al. (2006a).

Dem Nutzen der Berater ist der Aufwand gegenüber zu stellen: Der Zeitaufwand für die Beratung ist gewöhnlich beachtlich und kann in den eigenen Kreisen die Reputation schmälern, v.a. wenn akademische Tätigkeiten (in erster Linie Forschungstätigkeit) vernachlässigt werden. Da Politiker ihre Nachfrage nach Beratungsleistungen auf für sie profitable Bereiche konzentrieren, könnten auch die Wissenschaftler ihr Angebot an Beratung an diesen Bereichen ausrichten (Themenlenkung). Doch dieses Verhalten verstärkt das durch die nachfragenden Akteure entstehende Problem der Unter- bzw. Überinvestitionen und führt im Ergebnis zu einer suboptimalen Beraterperformance.[67] Werden dann aber Expertisen, die nicht in vorgegebene Schemen passen, überhaupt noch berücksichtigt? Je nach Ansprechpartner wird man hierzu eine mehr oder weniger kritische Haltung zu hören bekommen.

Abb. 3-1: Nutzen- und Anreizfunktionen externer Einflussträger vs. politische Entscheidungsträger



Q: Eigene Darstellung in Anlehnung u.a. an HEINE/MAUSE (2004), KIRCHGÄSSNER (1993)

Dem gegenüber ist das Handeln des Politikers durch die allseits bekannten Einflüsse gelenkt, welche sich im Wesentlichen an der *Wieder-Wahlambition, Prestige, Macht, Einkommen und Flucht aus der Entscheidungsverantwortung* orientieren. Vor dem Hintergrund dieses Anreizportfolios kann es zu Überinvestitionen[68] in Politikberatung kommen, wodurch dem Politiker durchaus auch ein Schaden entstehen kann (wenn eine öffentliche Diskussion über Sinn und Unsinn von zu hohen Beratungskosten geführt wird – vgl. negative Kritiken für einzelne Bundesminister vergangener Österreichischer Bundesregierungen). Allerdings lassen sich die Gefahren von Überinvestitionen in Politikberatung durch eine Offenlegungspflicht der Ausgaben eindämmen.

Sieht man den politischen Entscheidungsträger z.B. in der Funktion eines politischen Unternehmers, der sich selbst als Experte im Bereich des Managements von Politikprozessen versteht, kann vor dem Hintergrund der gegebenen Anreizfunktionen das in Tab. 3-6 dargestellte Arbeitsweise- und Funktionsbild skizziert werden (vgl. SLEMBECK, 2000). Daraus lassen sich in ausgewählten Dimensionen signifikante Konfliktlinien ableiten.

Es ist ersichtlich, dass die hier gewählten Zugänge durch empirische Beispiele bzw. Beobachtungen gelenkt sind. Im Sinne der Beantwortbarkeit der zentralen Forschungsfragen der gegenständlichen Analyse ist die ehestmögliche und weitgehende Zusammenführung von Theorie und Praxis zu empfehlen.

[67] Vgl. ATZMÜLLER et al. (2008, 45-46); wenn die Beratungsleistungen zu stark an der Agenda des Politikers orientiert sind, unternimmt der Berater nicht mehr nur das, was er eigentlich kann.

[68] Für einen ausführlichen Diskurs zu den Dimensionen der Über- und Unterinvestition in Politikberatung s. ATZMÜLLER et al. (2008).

Tab. 3-6: Arbeitsweise- und Funktionsbild zum Zusammenspiel externer wissenschaftlicher Politikfeldberater und politischer Entscheidungsträger

	Externe wissenschaftliche Politikfeldberater	Politiker
Orientierung	Erklärungen, Prognosen	Politische Aktionen
Allgemeinziele	Regelmäßigkeiten finden, in der Anwendung auf spezifische Probleme	Entscheidungen treffen oder verhindern; spezifische Probleme lösen, organisatorische Strukturen und Prozeduren etablieren; Interpretation und Erklärung in nicht-eindeutigen Situationen
Ziele des Beratungsprozesses	Konzeption langfristiger rationaler Lösungen	Kurzfristige Problemlösung in Bezug auf verschiedene Restriktionen
	Effektivität und Effizienz der Lösungen	Verteilungseffekte von Lösungen
Kriterien für das Erreichen der Ziele	Logik und Konsistenz	Allgemein akzeptierte Normen und Verhaltensregeln
	Einklang mit Paradigmen theoretischer Denkschulen	Einklang mit täglicher Intuition und herrschender, dominanter Ideologie
Restriktionen	Abstrakt und zumeist selbstgewählt	idR vorgegebene finanzielle, persönliche und politische Aspekte von Organisationsgruppen/Bürger
	Kein großer Zeitdruck	großer Zeitdruck

Q: Vgl. SLEMBECK (2000, 20-21)

3.4 Zwischenresümee

Kapitel 3 („Einbettung der Forschungsfragen in politikwissenschaftliche Theoriegebäude“) dient zur theoriebasierten politikwissenschaftlichen Standortbestimmung dieser Arbeit und setzt drei Theoriegroßfamilien in das Zentrum der Betrachtung: (i) *Institutionentheorie* (*Welche gesamtheitliche Basistheorie bildet das Fundament für die gegenständliche Untersuchung, unter Bedachtnahme welches Basisziels?); (ii) Konzepte der Verbändeorganisationsforschung (Welche Systematik kann als Beobachtungshilfe funktionaler Akteursaspekte genutzt werden, um eine darauf folgende Interpretation zu ermöglichen?); (iii) Politikberatungsmodelle, Funktionen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung und Public-Choice-Ansätze (Wie gestaltet sich der analytische Grundsatzdiskurs im Zusammenhang mit Systemstärken wie -schwächen und dem damit verbundenen Bedarf an Handlungsempfehlungen?).*

Gemäß NORTH (1998) ist der pluralistische Wettbewerb zwischen (interessens-) politischen Einheiten und Ideen zu begrüßen. Denn daraus erwachsen im Sinne einer evolutorischen-gesamtwirtschaftlichen Wachstumsphilosophie wesentliche Impulse für langfristige(n) Wohlstand und Beschäftigung.[69] Damit einher gehend liefern im Rahmen der Verbändeorganisationsforschung (neo-) pluralistische Konzepte eine Grundlage für einen Gruppenwettbewerb von interessensgeleiteten Konzepten und Ideen, welcher allerdings mitunter in Kritik steht (restriktive Annahme der optimalen Information). Letztendlich können im spezifischen Zusammenhang mit der Politik(feld)be-

[69] Performanceorientierte Kernaussagen aus NORTH (1998): Die einzelnen Akteure handeln aufgrund unvollständiger Information (subjektive Vorstellungsmuster); diese Akteure beeinflussen das institutionelle Gefüge bzw. werden vom bisher schon bestehenden institutionellen Gefüge beeinflusst; das Institutionengefüge wird auch und v.a. geschaffen, um Transaktionskosten in einer immer komplexer werdenden Wirtschaft zu vermindern; das Institutionengefüge schafft ökonomische Anreize und ist damit für Wirtschaftsleistung bzw. wirtschaftlichen Wandel verantwortlich; der wirtschaftliche Wandel ist pfadabhängig (Lerneffekte, zunehmende Erträge); in einem evolutionären Prozess setzen sich gewisse Institutionen durch.

ratung verschiedene idealtypische Beratungsmodelle einer vergleichenden Betrachtung unterzogen werden (dezisionistisches, technokratisches, pragmatisches Modell), wobei sich die Anreizfunktion des Einflussträgers signifikant von jener des Entscheidungsträgers unterscheiden kann.[70]

Für komplexe Aufgaben kann nicht ein einzelner wissenschaftlicher Zugang alleine die Lösungen ausreichend darlegen. Erst die Kombination unterschiedlicher Herangehensweisen kann den Blick auf entsprechende Problemkomplexe schärfen. Technisch empfiehlt sich bei allen späteren Bearbeitungsschritten dieser Studie ein hier angesiedeltes konzeptionelles Abgleichen.

Kapitel 3 endet mit dem Hinweis, dass es keine klare analytische Grenzziehung zwischen einer weitgehend abstrakten Beleuchtung im Sinne der hier betrachteten politikwissenschaftlichen Theoriegebäude und der konkreten empirischen Beobachtung gibt (bzw. geben soll). In diesem Sinne verzahnen sich etwa Arbeitsweise- und Funktionsabbildungen (zum Zusammenspiel externer wissenschaftlicher Politikfeldberater und politischer Entscheidungsträger) mit der konkreten Situationsbeschreibung zur Struktur und Qualität industriepolitischer Beratung in Österreich später in Kapitel 7 („Struktur und Qualität der industriepolitischen Beratung unter gegebenen Rahmenbedingungen in Österreich“).

[70] Darüber hinaus gehend folgen Beratungsprozesse Ablaufschemata, welche die Definition des Problems, die Bestandsaufnahme, die theoretische Durchdringung der Problemstellung, die Erarbeitung von Lösungsalternativen, Analyse ihrer Auswirkungen sowie die Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile umfassen. IdR folgt die Beratung konventionellen Beratungskanälen (mündliche Beratung in vertraulichen Gesprächen, Auftrags-F&E mit Berichtslegung, indirekte Kommunikation über die Medien).

4 Institutionelle Systembetrachtungen zu den forschenden und interessenbekundenden Trägern der Industriepolitik in Österreich

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen theoretischen Überlegungen bietet Kapitel 4 einen Einblick in die internen Strukturen und Qualitäten der im Rahmen der gegenständlichen Untersuchung im Blickpunkt stehenden Träger der Industriepolitik ieS. In der realitätsnahen Beschreibung des institutionellen wie funktionalen Gefüges werden Hinweise auf industrierelevante Potenziale und gegebenenfalls Problemstellungen offeriert. Es werden die Hauptakteure (und später in Kapitel 5 deren Interaktionsmuster) beschrieben, um verstehen zu können, wo und warum Stärken/Schwächen in der interessengerichteten Industriepolitik präsent sein können. Mit den Beschreibungen soll nicht zuletzt die Wichtigkeit des Systemgedankens dieser Arbeit vermittelt werden.

Im Sinne deskriptiver Systemforschung und aufbauend auf einer Sekundäranalyse besteht hier das Untersuchungsziel in einer qualifizierten dynamischen ebenso wie Status-quo-Betrachtung von wichtigen Systemkomponenten (inkl. Festlegung von Aufgaben- und Tätigkeitsgebieten sowie Darstellung von Zielsystemen bzw. grundlegenden strategischen Akteursausrichtungen). Im Zuge dessen werden stilisierte Basisfakten erarbeitet (Organisationsform, Mitgliederumfang, Adressaten, Inhalte und Ideologien, Mittel der Durchsetzung u.Ä.). Die Analyse wird vorrangig auf nationaler und punktuell ergänzend auch auf internationaler Ebene durchgeführt; ferner bei weitgehendem Verzicht auf regionalen Schwerpunktsetzungen.

Folgende Fragestellungen werden fokussiert: *Welche(n) qualifizierten Akteur(e) gibt es auf der Seite der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung in Österreich? Welche qualifizierten Spieler (Spielergruppen) agiert (agieren) auf der Seite des gemischten Interessenssystems in Österreich? Welche Ansprechpartner, Gegner und sonstige Akteure/Akteursgruppen stehen in den betrachteten Systemen im Kontext?*

4.1 Organisation unternehmensnaher angewandter Industrieforschung

Es gibt eine Reihe von Institutionen, welche auf qualifiziertem Niveau der angewandten[71] Wirtschaftsforschung in Österreich zugehörig ersehen werden können.[72] In der für die gegenständliche Analyse bestimmenden Abgrenzung der fokussierten Industrieforschung auf der einen Seite und der unternehmensnahen[73] Arbeitsphilosophie sowie marktorientierter Finanzierungsmechanismen auf der anderen Seite schränkt sich der Akteurskreis jedoch deutlich ein. Letzten Endes gibt es in Österreich derzeit und in den letzten 25 Jahren nur eine Institution, welche dieses identitätsstiftende Profil aufweist – das Industriewissenschaftliche Institut (IWI). Andere Akteure sind keine kontinuierlichen industriewissenschaftlichen Informationslieferanten und stellen – aufgrund ihrer Größe, Tradition und v.a. Eigentümer-/ Subventionierungs-/ Finanzierungsstruktur –

- einen mehr sozialpartnerschaftlich eingebetteten universalen Themenanspruch (WIFO, IHS) und sind im Lichte dessen real nur selten – und wenn, dann zeitlich eingeschränkt – in eindeutig industriewissenschaftlicher Mission aktiv,[74]
- konzentrieren sich über weite Teile auf wirtschaftliche Branchen und Sektoren außerhalb industriell konfigurierter Produktionsprozesse (KMFA) bzw. sind nur – eher zufällig – in bestimmten thematischen Schnittflächen präsent oder
- stehen in einem starken institutionellen Einflussbereich einer Landesregierung eines der neun österreichischen Bundesländer bei gleichzeitiger (partieller) Kriterienerfüllung der vorangestellten beiden anderen Punkte (JR).[75]

---

71 „Angewandt“ im Sinne zumeist außeruniversitärer Forschungsanstrengungen, die sich inhaltlich nicht ausschließlich mit Wirtschaftstheorie auseinandersetzen und zu einem signifikanten Anteil nicht basissubventioniert sind.

72 Unter ihnen befinden sich die beiden größten und bekanntesten außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstitute Österreichs, das WIFO und das IHS.

73 „Unternehmensnah“ im Sinne eines intensiven Kommunikationsprozesses bzw. rückkoppelungsgeprägten Dialogs zwischen Forschungsinstitution und gewinnorientierten Akteuren der Unternehmenslandschaft (Sensorium für wirtschaftliche Problemsituationen); dies setzt eine (nicht zuletzt sprachlich) fordernde und mitunter komplizierte Arbeitsphilosophie voraus.

74 Unabhängig davon sind die notwendigen Kompetenzen in namhaften Methoden wie inhaltlichen Bereichen.

75 Jedoch ist zu bemerken, dass auch das IWI abseits seiner unternehmensnahen angewandten Industrieforschung Projektinitiativen realisiert, welche unmittelbar keinen Bezug zur heimischen Industrie aufweisen. Diese Projekte werden

Dieses Bild wird nicht zuletzt durch die für die gegenständliche Untersuchung unternommenen Stakeholderinterviews bestätigt (s. Frageprogramm 2 in Anhang 7; Erhebungszeitraum März/April 2011). Die Frageprogrammbatterie „Bitte schätzen Sie für folgende Wirtschaftsforschungsinstitute in Österreich deren Fokussierung auf industriewissenschaftliche Aktivitäten (Schätzung z.B. anhand von kommunizierten Studienergebnissen; eingesetztem Personal o.Ä.)“ wird dahingehend beantwortet, dass die industriewissenschaftliche Durchdringungsrate des IWI zwischen 81% und 90% liegt, während sie sich bei WIFO und IHS bei 31% bis 40% bzw. bei KMFA bei 21% bis 30% befindet; und JR wurde bei zwei Antwortverweigerungen (die auf einen generellen Informationsmangel zu industriewissenschaftlichen Aktionen dieser Institution hinweisen) mit einem Wert von 11% bis 20% bedacht. Die Respondenten wurden dabei gebeten zu berücksichtigen, dass industriewissenschaftliche Inhalte in Projekten der angewandten außeruniversitären Wirtschaftsforschung auch mittelbar von Relevanz sein können.

Im Jahr 1986 wurde das IWI mit der Zielsetzung gegründet, in Österreichs (außer)universitärer Institutslandschaft einen industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt zu setzen. Seit damals konnte, trotz diverser Gutacherfouls seitens der eingesessenen Wirtschaftsforschungsinstitute und deren wissenschaftliche Grundregeln widerstrebende verweigerte Weitergabe öffentlich finanzierter Datenbanken, eine Fülle von Arbeiten bewältigt werden.[76]

Beginnend als „An-Institut“ der Wirtschaftsuniversität Wien bestand das Tätigkeitsfeld in der ersten Dekade des Institutsbestehens v.a. in der Forschung, der partiellen Publikation von aus der universitären Tätigkeit des Führungspersonals vorhandenen Wissens bzw. in Kongress- und Vortragsengagements. Erst Anfang der 1990er Jahre konnte die wissenschaftliche Auswertung im Rahmen von unternehmensnahen angewandten Expertenuntersuchungen langsam forciert werden. In den Jahren 1999 und 2000 gab es nach Jahren der Stagnation auf unterkritischem Niveau sodann Institutsrekorde an Projekten wie Umsätzen; dies hatte in den damaligen Zeiten des aufstrebenden Fachhochschulwesens aber seinen Ursprung in einem besonders schnell wachsenden Fachbereich „Humankapital und Qualifikation“.[77] Danach folgte rasch ein inhaltlicher wie wirtschaftlicher Abstieg, der im Beinaheinstitutskollaps in den Jahren 2002/2003 resultierte. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das Institut patriarchisch geführt und litt an einer ausnehmend hohen Fluktuationsrate des Personals (was einen kontrollierten Kompetenzaufbau verunmöglichte). Nach dem Abgang beinahe der gesamten operativen Führungsebene (wissenschaftliche und kaufmännische Leitung plus Stäbe und weite Teile der Bereichsleiter) konnten seitens der immer noch funktionierenden Gremien neue Forschungs- und Entscheidungsstrukturen etabliert werden. Mit einer altersmäßig weit unter dem Branchenschnitt befindlichen angewandten Führung wurden unter der Leitung einer methodenstarken universitätsnahen wissenschaftlichen Leitung die industriewissenschaftlichen Inhalte neu ausgerichtet und langfristige Kompetenzlinien entwickelt bzw. sodann in die Realität umgesetzt.[78] Das IWI gilt heute als einer der wenigen Akteure seiner Community, welcher in der Zeit der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise – bei bis dato anhaltendem methodischen, inhaltlichen und wirtschaftlichen Erfolg – gewachsen ist bzw. den unternehmensnahen angewandten Industrieforschungsbereich nachhaltig besetzen und ausbauen konnte.

Das IWI, dessen Tätigkeit nach wie vor nicht auf Gewinn gerichtet ist, bewegt sich in einer Branche, in der sich starke Aufs und Abs nicht auf die Konjunkturforschung beschränken, als Signal für langfristige Kooperation zwischen Theorie und Praxis. Gemäß IWI-Vereinsstatuten (IWI, 2009e) wird die Förderung der Wissenschaft und der Lehre auf dem Gebiet der Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und Beschäftigung sowie ihrer physischen und immateriellen Infrastruktur bezweckt. Tätigkeiten zur Erreichung des gemeinnützigen Vereinszwecks sind folgende:

- Das Betreiben eigener Forschung und Auftragsforschung, insbesondere die Durchführung von Analysen in den Bereichen Produktions- und Dienstleistungswirtschaft sowie Human- und Wissensressourcen.

---

allerdings nur dann ausgeführt, wenn industriewissenschaftliche Methoden in die Forschungslandschaft diffundieren sollen bzw. es eine klar definierte strategische Komponente gibt, die der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung nicht entgegen stehen.

76 S. Kap. 5 und Kap. 6

77 Und die basissubventionierte finanzielle Ausstattung war bis dahin nach heutigen IWI-Maßstäben unvergleichlich hoch.

78 In den 25 Jahren des bisherigen Bestehens des IWI wurden zwei Spin-offs gegründet – eines im Bildungs- und Qualifikationsbereich, ein anderes im Feld der Pharmaökonomie –, die heute mehr oder weniger erfolgreich agieren, zum IWI aber in keiner Verbindung mehr stehen.

- Wissenschaftliche Weiterbildungsaktivitäten auf den o.g. Bereichen. Diese umfassen die Veranstaltung von Einzelvorträgen, Vortragsreihen, allgemeinen Weiterbildungsseminaren, maßgeschneiderten Seminaren in und außerhalb von Unternehmen und von Konferenzen.
- Die Herausgabe von Schriftenreihen, Dokumentationen und Fachpublikationen.
- Der Austausch von Forschungsergebnissen, der Austausch von Forschern und Führungskräften und die Kooperation mit österreichischen und internationalen Forschungsstellen, insbesondere Universitäten und Hochschulen.
- Weiters kann der Verein Forschung und Lehre in o.g. Bereichen fördern und sonstige diesbezügliche wissenschaftliche Aktivitäten durchführen.
- Weiters kann der Verein Forschung und Lehre im Bereich der Industrieökonomie fördern und sonstige diesbezügliche wissenschaftliche Aktivitäten durchführen.

Unter der Voraussetzung der Beherrschung des Spektrums relevanter Methoden, sollte dies mit Eigenschaften wie *Themenflexibilität*, *Bottom-up Wirtschaftsforschung*, der *Orientierung an idealen Entwicklungspfaden* sowie einer weit gefassten *systemorientierten Untersuchungsphilosophie* funktionieren.

Die Mitgliederstruktur des IWI ist durch die verschiedenen Fachverbände der BSI wesentlich gekenzeichnet. Der *Fachverband Maschinen & Metallwaren* ist z.B. ebenso Teil der IWI-Generalversammlung wie der *Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie* oder der *Fachverband der chemischen Industrie*. Daneben sind die *Oberösterreichische Technologie- und Marketinggesellschaft m.b.H, die Österreichische Kontrollbank AG, Infineon Technologies Austria AG* u.a. im wichtigsten Entscheidungsgremium des Instituts vertreten (für komplettes Mitgliederverzeichnis s. www.iwi.ac.at).

Tab. 4-1: Vereinsorgane des IWI (Stand: Jänner 2011)

General-versammlung	• Sitzung einmal jährlich • genehmigt den Rechnungsabschluss • beruft, entlastet Mitglieder des Vorstands, der Geschäftsführung etc. • legt die Mitgliedsbeiträge fest • etc.	
Vorstand	• führt die Beschlüsse der Generalversammlung aus • besteht aus 6-10 Mitgliedern • der Geschäftsführer ist Teil des Vorstandes, er ist das ständig arbeitende Organ, (obliegen die laufenden Geschäfte) etc.	Aktuelle Zusammensetzung: • Hon. Prof. Dr. Wilfried STADLER (Vorstandsvorsitzender) • Gen.-Sekr. Mag. Markus BEYRER • Dr. Wolfgang DAMIANISCH • Mag. Christian DOMANY • GF Dr. Manfred ENGELMANN • Dr. Erhard FÜRST • Gen.-Sekr. Mag. Anna Maria HOCHHAUSER • Dipl. Ing. Mag. Johannes MILLER • GF Dr. Herwig W. SCHNEIDER (Geschäftsführer)
Kuratorium	• bestimmt die grundsätzliche Orientierung der Aktivitäten des Vereins • überwacht die laufende Geschäftsführung • erstellt Wahlvorschläge • verwaltet das Vereinsvermögen • etc.	
Abschlussprüfer	• obliegen die Kontrolle der finanziellen Gebarung	
Beirat	• Beratungsgremium	
Schiedsgericht	• entscheidet in allen etwaigen Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnis	

Q: IWI (2011)

Als die zentralen Gremien sind neben der Generalversammlung, der Vorstand und das Kuratorium zu erachten. Zudem sehen die Statuten einen (externen) Abschlussprüfer, einen Beirat und ein Schiedsgericht vor (vgl. Tab. 4-1). Die Governance-Strukturen sind für einen gemeinnützigen Verein dieses Formats typischen und entsprechen geltendem österreichischem Recht. Die interne Willensbildung erfolgt demokratisch. Die Funktionsausübung sämtlicher beteiligter Personen ist mit Ausnahme der

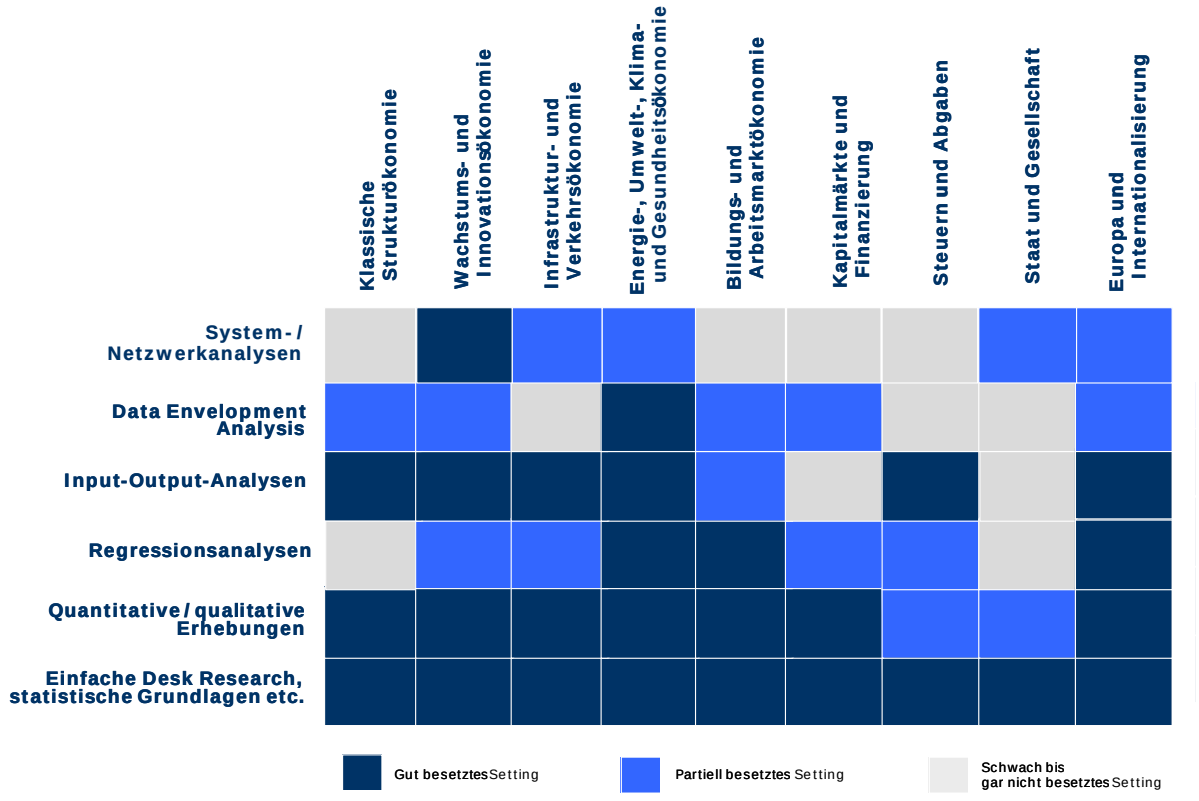
Geschäftsführung und der von Seiten einer Wirtschaftsprüfungskanzlei übernommenen externen Rechnungsprüfung ehrenamtlich.

Das IWI fährt traditionell eine Drei-Säulen-Finanzierungsstrategie:

- Säule 1: Forschungsinitiativen und eigenfinanzierte Vorhaben (z.B. geförderte Projekte des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank bzw. institutseigene Publikationen und Veranstaltungen).
- Säule 2: Projekte im Auftrag hoheitlicher Entscheidungsträger (z.B. angewandte Forschungsprojekte im Auftrag von Bundesminiserien, Landesregierungen, EU-Kommission).
- Säule 3: Projekte im Auftrag und Kooperation mit unternehmensgerichteten Interessensvertretungen (inkl. BSI und deren Fachverbände; IV) sowie mit ausgewählten Industrieunternehmen oder Intermediären.

In Krisenzeiten tendieren Ministerien, Landesregierungen u.Ä. Forschungs- und Beratungsgelder in die den jeweiligen Akteursgruppen eigenen, unmittelbar nachgereihten oder nahe stehenden Strukturen zu investieren (AIT, JR etc.), zum Preis eines mitunter suboptimalen Preis-Leistungsverhältnisses – Säule 2 ist dann ein verhältnismäßig unsicherer Strategiefaktor für das IWI. Im Lichte dessen bietet sich dem IWI ein Wettbewerbsnachteil. Dieser kann allerdings teilweise wettgemacht werden, weil das IWI eine intensivere und im Verhältnis zur Konkurrenz besser ausgeprägte Arbeitsebene mit den verschiedenen Akteursgruppen der unternehmensgerichteten Interessensvertretungen pflegt (relativ sicherer Strategiefaktor, Säule 3). Außerdem setzt das IWI generell ein unterdurchschnittlich niedriges Honorarniveau an; wodurch nicht ausgeschlossen ist, dass sich der Erfolg konjunkturunabhängig auch bei den wichtigen Akteuren der Säule 2 einstellt (was in der Realität im Rahmen der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise auch der Fall war – auch Ministerien müssen letztendlich budgetäre Restriktionen beachten).

Abb. 4-1: Industriewissenschaftliches Methodensetting des IWI, zugeordnet zu ausgewählten Themenschwerpunkten



Q: Eigene Darstellung

Zwischen 80% und 90% der finanziellen Mittel des IWI müssen über den Markt im Wettbewerbsprinzip eingebracht werden (nationale und internationale Studien-Ausschreibungen). Hier gibt es einen Wettbewerbsnachteil im Verhältnis z.B. zu WIFO oder IHS, die beide eine vergleichsweise hohe Basissubventionierung genießen, und diese Gelder nutzen, um sich im Rahmen derselben Projekt-Ausschreibungen zu positionieren.

Das Methodenkostüm des IWI beinhaltet u.a. *System-/Netzwerkanalysen,*[79] *Data Envelopment Analysen,*[80] *Input-Output-Analysen*[81] sowie *Regressionsanalysen*[82] *(s.* SCHNEIDER, 2009a). Daneben sind *quantitative* wie *qualitative Erhebungstechniken* sowie qualifiziertes *Desk Research* von Bedeutung. Zumeist findet ein zur jeweiligen analytischen Fragestellung entwickelter Methodenmix Anwendung (z.B. im Rahmen von Evaluierungen).

Das Aufgaben- und Themenspektrum bzw. die fachliche Gliederung ist weit, reicht bis hin zu politikwissenschaftlichen Zusammenhängen und ist grundsätzlich flexibel bzw. offen dimensioniert.[83] Verschiedene Konzepte und Lösungen haben ihren Ursprung in unternehmensnahen angewandter Industrieforschung (s. Ausführungen zu den Themenschwerpunkten der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung in Kapitel 6).

Das Qualifikationsprofil der beinahe ausschließlich akademischen Mitarbeiter des IWI (mit Veröffentlichungen in nationalen wie internationalen Journals) ist dem Methoden-, Aufgaben- und Themenspektrum angepasst und interdisziplinär. Bei flachen Hierarchien gibt es neben der selbst wirtschaftsforschenden Geschäftsführung eine Ebene der Senior Researcher (Abteilungsleiter) und eine Ebene der Projektassistenz. Am IWI wird Wert auf Informationsaustausch nicht nur zwischen einzelnen thematischen Schwerpunktfeldern, sondern auch zwischen älteren erfahrenen und jüngeren noch nicht so erfahrenen Mitarbeitern gelegt.

Die internationale Vernetzung des Institutes (v.a. Deutschland, Schweiz, Slowakei) ist projektbezogen vorhanden und jedenfalls noch ausbaufähig.

4.2 Organisation industriepolitischer Interessen ieS

In ihren Grundfunktionen ist das gemischte Interessenssystem Österreichs wie jedes andere Interessenssystem durch *Interessensaggregation* (in Einklang bringen der heterogenen Mitgliederinteressen), *Interessensselektion* (Entscheidung, welche Interessen in den politischen Prozess einfließen sollen, *Interessensartikulation* (Ausformulieren und Vorbringen der Interessen, u.a. medialer Auftritt) sowie *Integration* (Bindeglied zwischen dem Individuum und dem politischen System) gekennzeichnet (vgl. STRAßNER, 2006, 11-16). Dabei finden institutionalisierte (u.a. Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen, Mitgliedschaften in Beiräten und Kommissionen) ebenso wie informelle Tätigkeiten (u.a. direkte Kontaktebene zu Ministern, personelle Verflechtungen) statt.

---

79 Die *Soziale Netzwerk Analyse (SNA)* findet u.a. in Evaluationsstudien – bzw. erstmals in diesem Kontext auch bei der Beschreibung und Analyse von Auftraggeber-/Kooperationsnetzwerken einer außeruniversitären Forschungsinstitution – Einsatz (s. Kap. 5). Eine Aufarbeitung des SNA-Zugangs bieten WASSERMAN/FAUST (1994).

80 *Data Envelopment Analysis (DEA)* ist ein Ansatz zur vergleichenden Messung der Effizienz von Organisationseinheiten auf der Mikroebene oder ganzer Regionen und Volkswirtschaften auf der Makroebene. Die Methode hat ihre Ursprünge in *Operations Research* und basiert auf Techniken der linearen Optimierung unter Nebenbedingungen. Die untersuchten Einheiten werden durch In- und Outputs charakterisiert. Ausgehend von den Ergebnissen lassen sich z.B. Effizienzsteigerungspotentiale oder Rückschlüsse auf Größenvorteile ermitteln.

81 Zur Ermittlung und Quantifizierung der Bedeutung einzelner systemischer Faktoren, Branchen oder Unternehmensgruppen kann auf das konzeptionelle Fundament der *Input-Output-Analysen (IO-Analysen)* und deren Derivate (z.B. SMFA) zurückgegriffen werden. Die IO-Analyse gewährt statistische Einsicht in die vielfältigen Liefer- und Leistungsströme, die in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen bestehen (vgl. Abschn. 8.2 und 8.3).

82 *Regressionsanalysen* geben die Beziehung zwischen einer zu erklärenden Variable und der oder den erklärenden Variablen an. Die Anwendungen erstrecken sich von der Überprüfung von ökonomischen Theorien über einfache Zusammenhänge bis zum Testen und Quantifizieren von Beziehungen. Die ermittelten Angaben können für die Durchführung von Prognosen und Simulationen verwendet werden.

83 Das Aufgabenspektrum enthält u.a. folgende Bereiche: Analytische Aufbereitung von Informationen über den Status quo der Industrie; Bereitstellung von Wissen über die theoretischen und empirischen Zusammenhänge zwischen einzelnen Bereichen und Vorgängen in der Wirtschaft im Allgemeinen und der Industrie im Speziellen; Interpretation von industriellen Entwicklungen in der Praxis und Ausarbeitung von Optionen für Maßnahmen der Industriepolitik; Fördern der Einsicht über die kurz- und langfristigen Wirkungen der Industriepolitik und die Erfordernis einer in die Zukunft gerichteten industriepolitischen Strategie; Bewertung von industriepolitischen Maßnahmen bzw. objektivierendes Abwägen von Positionen auf Grund voraussehbarer Kriterien.

Es gibt in Österreich kein gesetzliches Interessensvertretungsmonopol (verfassungsrechtlich verankerte Vereinsfreiheit) und deshalb die Möglichkeit der Existenz freier Wirtschaftsverbände. Als gemischtes Interessenssystem wird ein gleichzeitiges Wirken von durch Hoheitsakt errichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts als gesetzliche berufliche Vertretungen im Sinne des Neokorporatismus (im autonomen wie nicht-autonomen Raum) auf der einen Seite und von privatrechtlich organisierten freien Unternehmensverbänden ohne Pflichtmitgliedschaft, abseits der Sozialpartnerschaft, auf der anderen Seite verstanden. Daneben gibt es iwS kollektive Hybrid-Akteursformen als systeminterne oder bestimmte Unternehmens- und Politikberater sowie auch Public-Relations-Firmen u.Ä. als systemexterne Faktoren.

Politisch starke Interessensgruppierungen existieren in Österreich seit 1945 in allen wichtigen Bereichen. Neben Wirtschaftsinteressen werden jene des *Arbeitssystems* (Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer etc.) formuliert. Ferner bestehen *soziale Verbände* (Caritas, Volkshilfe, Hilfswerk, Rotes Kreuz etc.) und *ideelle Verbände wie neue soziale Bewegungen* (Greenpeace, Global 2000, SOS Mitmensch etc.) (s. KARLHOFER, 2001, 339-349).[84] Inhaltliche und taktische „Gegnerschaft" findet Organisation industriepolitischer Interessen in der Regel in Gewerkschaften.[85]

Organisationsprinzip und innerverbandliche Entscheidungsstrukturen der BSI

Das erste definitive Handelskammergesetz (HKG) trat im Jahr 1868 in Kraft.[86] Dieses wurde 1937 zur Schaffung einer Bundeshandelskammer als Dachorganisation neu beschlossen, wurde jedoch aufgrund der Besetzung Österreichs im März 1938 nicht mehr aktiv. Erst im Juli 1946 wurde das neue HKG dann vom österreichischen Nationalrat verabschiedet, womit die *Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft* errichtet wurde, Fachorganisationen mit eigener Rechtspersönlichkeit und Budgethoheit einbezogen werden konnten und allgemein der Startschuss zur österreichischen Sozialpartnerschaft abgegeben wurde. Die ersten freien Kammerwahlen durch die Kammermitglieder fanden sodann im Jahr 1950 statt. Mehr als 40 Jahre später kam es zu einem signifikanten Ausbau des Wahlrechts (u.a. Einführung von Vorzugsstimmen und Streichungen) und der Mitglieder-, Minderheiten- und Kontrollrechte.[87] 1993 wurde die Bundeskammer in „Wirtschaftskammer" umbenannt und im Zuge dessen wurde sogleich die Finanzierung neugeregelt. Zur Jahrtausendwende im Jahr 2000 folgte das Reformprojekt „WKO neu" für eine neu, gestraffte Wirtschaftskammerorganisation. Danach gab es einige WKG-Novellen, bis schließlich die nunmehr geltende Fachorganisationsstruktur mit den WKO-Wahlen 2010 Gültigkeit erlangte (vgl. WKO, 2010, 28). Die Wirtschaftskammerorganisation besteht aktuell aus einer Wirtschaftskammer Österreich (mit Sitz in Wien) – der Bundeskammer – sowie neun Wirtschaftskammern in den österreichischen Bundesländern – die Landeskammern.

Die WKO sind ein auf Dauer eingerichtetes hochorganisiertes Interessen- und Aktionssystem. Sie agieren auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Mitgliederstruktur folgt institutionellen Zuteilungskriterien.

In ihren jüngsten Imageprodukten präsentieren die WKO folgende zentrale Grundsätze (s. WKO. 2010, 4):

- Leistung fördern und solidarisch handeln (wirkungsvoller Ordnungsrahmen, der sowohl faire Wettbewerbsbedingungen als auch ein ausgewogenes Miteinander von großen, kleinen und mittleren Unternehmen sichert);
- Europäisch denken (europäische Vision mit einem Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das sich dem System der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet fühlt);
- International agieren (gerechte Standards bei Menschenrechten, Umwelt, Soziales, internationalen Wettbewerbsregeln, Fairnessabkommen im Handel mit Waren und Dienstleistungen etc.);

---

84 Weiters: Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sport- und Freizeitverbände, Automobilverbände u.Ä.

85 Z.B. wurde 1945 der ÖGB als überparteiliche Interessenvertretung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegründet. Er ist als Verein errichtet und gliedert sich in sieben Teilgewerkschaften. Der ÖGB und seine Einzelgewerkschaften vertreten die Interessen der arbeitnehmenden Mitglieder in den Bereichen *Wirtschaft*, *Politik*, *Kultur* und *Soziale Fragen*. Der ÖGB sucht die Interessen seiner Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern auf der einen Seite und dem Staat auf der anderen Seite durchzusetzen.

86 Mit der Errichtung der ersten österreichischen Handelskammer 1848 in Wien wurden der Interessensausgleich und eine obligatorische Mitgliedschaft formuliert. 1850 wurde ein Gesetz für die Errichtung von Handelskammern im gesamten Staatsgebiet beschlossen; branchenmäßig gegliederte Fachorganisationen waren nicht in die Kammern eingebunden (sie waren regional und allgemein zersplittert bzw. konnten das Gesamtinteresse nicht wirkungsvoll vertreten) (vgl. WKO, 2010, 28).

87 Zudem kam es zu Erleichterungen bei Eintragungsgebühren und Grundumlagen.

- Selbst verwalten und Subsidiarität leben (Erfüllung des gesetzlichen Auftrages zur Selbstverwaltung von gesetzlich verankerten Interessenvertretungen; Pflichtmitgliedschaft);
- Sozialpartnerschaft weiterentwickeln – Wandel aktiv gestalten („Produktivitätspartnerschaft"; Gestaltungsspiel auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene sowie auf EU-Ebene);
- Soziale Verantwortung übernehmen (Konzept der Verantwortung von Unternehmen für Staat und Gesellschaft).

Vor diesem Hintergrund avisieren die WKO (s. WKO. 2010, 5):

- Maßnahmen für ein nachhaltiges, stetiges Wirtschaftswachstum;
- den Schutz des Privateigentums, um die unternehmerische Freiheit zu garantieren;
- eine Wettbewerbsordnung, welche wirtschaftliche Machtkonzentration beschränkt und Missbrauch verhindert;
- die Förderung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur mit kleinen und mittleren Unternehmen sowie Großbetrieben;
- flexible Arbeitsmodelle, die branchen- und betriebsspezifische Erfordernisse berücksichtigen;
- eine menschengerechte Arbeitswelt, welche auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber Rücksicht nimmt;
- ein hohes Niveau der beruflichen, schulischen und universitären Aus- und Weiterbildung;
- die Förderung von F&E, IKT und der Kreativwirtschaft, damit neue innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden;
- eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik, welche Kosten/Nutzen im Sinne einer Partnerschaft von Mensch und Natur abwägt;
- soziale Absicherung für alle Menschen.

Mit der aktuellen Fassung des umfassenden gesetzlichen Regelwerks über die Kammern der gewerblichen Wirtschaft (WKG 1998)[88] sind konkret

- in Hauptstück 1 (Wirtschaftskammern und Fachorganisationen) der Zweck, die Mitgliedschaft, die Kammerorganisation, die Rechte und Pflichten der Mitglieder, der Sitz, der räumliche Wirkungsbereich, der eigene und übertragene Wirkungsbereich, die Bezeichnung bzw. Wappenführung, die Führung der Bezeichnung Kammer sowie das Begutachtungsrecht der Organisationseinheiten des Wirtschaftskammersystems in Österreich bestimmt.
- Hauptstück 2 (Organisation) gibt Auskunft über die allgemeine institutionelle Organisation der Interessen (fachliche Gliederung – Spartenordnung, Fachorganisationen, Fachorganisationsordnung, Arbeitsgemeinschaften, fachliche und sparteneigene Angelegenheiten, gemeinsame Angelegenheiten), über die konkrete institutionelle Organisation der Interessen (inkl. Organe, gegebenenfalls Wirtschafsparlamente etc.) in Hinblick auf Landes-/Bundeskammern sowie Fachgruppen/-verbände, die konkrete personelle Organisation der Interessen (Funktionäre, Personal) sowie gemeinsame organisatorische Bestimmungen (Geschäftsordnung, Interessenausgleich, Sitzungen, Beschlusserfordernisse, Stellvertretung, Kooptierung, Dringlichkeitskompetenz, Delegierung, Übertragung von Aufgaben der Einzelorgane, Übertragung von Aufgaben der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft, Beharrungsbeschlüsse, Übergang der Zuständigkeit, Verhältnis zu Behörden und Körperschaften, Verschwiegenheitspflicht, Auskunftspflicht, Statistik, Datenschutz).
- Sodann regeln Hauptstück 3 die Wahlen (Wahlbehörden, Zustellungsbevollmächtigter, Ausschreibung der Wahlen, aktives und passives Wahlrecht, Nachwahlen und Nachbesetzungen etc.), Hauptstück 4 die Finanzen und Kontrolle (Kammerumlagen, Grundumlagen, Gebarung und Kontrolle etc.), Hauptstück 5 die Aufsicht (Aufsichtsbehörde, aufsichtsbehördliche Fachgruppenzuordnung, Parteistellung) sowie Hauptstück 6 Sonstiges (Schiedsgerichtsbarkeit, paritätische Ausschüsse, Genehmigung und Verlautbarung von Satzungen, Anpassung betraglicher Regelungen, sprachliche Gleichbehandlung, generelle Verweisungsbestimmung, Zustellung, Fristen, Stempel- und Rechtsgebühren) bzw. diverse Übergangsbestimmungen.

[88] S. BGBl. I Nr. 103/1998 (NR: GP XX RV 1155 AB 1267 S. 129. BR: AB 5701 S. 642.); Änderungen in: BGBl. I Nr. 29/2001 (NR: GP XXI IA 371/A AB 508 S. 58. BR: AB 6326 S. 673.); BGBl. I Nr. 153/2001 (NR: GP XXI IA 501/A AB 849 S. 83. BR: 6490 AB 6525 S. 682.); BGBl. I Nr. 78/2006 (NR: GP XXII IA 830/A AB 1450 S. 150. BR: AB 7578 S. 735.); BGBl. I Nr. 2/2008 (1. BVRBG) (NR: GP XXIII RV 314 AB 370 S. 41. BR: 7799 AB 7830 S. 751.); BGBl. I Nr. 58/2010 (NR: GP XXIV RV 771 AB 840 S. 74. BR: 8354 AB 8380 S. 787.).

Tab. 4-2: Kernaufgaben der WKO im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich

	Bundeskammer	Landeskammern
Eigener Wirkungsbereich	• Alle für die Landesgruppen formulierten Aufgaben (s.r.), soweit sie über den Zuständigkeitsbereich einer Landeskammer hinausreichen. Weiters: • Beratung und Information der Mitglieder in außenwirtschaftlichen Angelegenheiten im In- und Ausland sowie die Förderung des Außenhandels und der Wirtschaftsbeziehungen im Binnenmarkt und mit Drittstaaten, insbesondere durch die Einrichtung einer AWO. • Vertretung der Interessen der Mitglieder in und gegenüber der EU, internationalen Organisationen und Vereinigungen. • Pflege der Beziehungen zu ausländischen Interessenvertretungen. • Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichts, • Geschäftsführung der per Gesetz gebildeten Körperschaften und Regelung der Ausübung der Aufsicht über diese. • Beaufsichtigung der per Gesetz gebildeten Körperschaften, unbeschadet der anderen Organen zustehenden Rechte. • Aufhebung von rechtswidrigen Beschlüssen von Landeskammern, Bundessparten, Fachverbänden und Arbeitsgemeinschaften, deren Satzung die Bundeskammer zu genehmigen hat. • Regelung der Dienstverhältnisse der Mitarbeiter, einschließlich der diesbezüglichen haushaltsmäßigen Erfordernisse der per Gesetz gebildeten Körperschaften, nach einheitlichen Grundsätzen. • Genehmigung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Fachverbände zu sowie deren Gebarungsprüfung. • Unterstützung der Tätigkeit der im Wirtschaftsparlament vertretenen Wählergruppen. • In Fällen besonderer Dringlichkeit die unmittelbare Abgabe von Berichten, Gutachten und Vorschlägen gemäß Abs. 2 (bei Information der betroffenen Landeskammern und Bundessparten sind).	• Vertretung der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Mitglieder; Hinwirken auf die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens; Förderung der auf die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens abzielenden Maßnahmen (u.a. durch Förderung entsprechender Einrichtungen). • Erstattung von Berichten, Gutachten und Vorschlägen über die Anliegen der Mitglieder sowie über alle die Wirtschaft betreffenden Belange an Behörden und gesetzgebenden Körperschaften des Wirkungsbereiches. • Erstattung von Gutachten über die Errichtung und Organisation von Einrichtungen, welche die Förderung der Wirtschaft oder des ihr dienenden Bildungswesens zum Gegenstand haben sowie diesbezügliche Maßnahmen, entsprechende Einrichtungen zu schaffen. • Förderung der Wirtschaft, insbesondere auch durch das Anbieten von Aus- und Weiterbildung sowie das Gewähren von allgemeiner, technischer und betriebswirtschaftlicher Wirtschaftsförderung durch entsprechende Einrichtungen, insbesondere durch Wirtschaftsförderungsinstitute. • Entsendung von Vertretern in andere Körperschaften und Stellen sowie Erstattung von Besetzungsvorschlägen für solche Körperschaften und Stellen. • Pflege regionaler Beziehungen zu ausländischen Interessenvertretungen, Institutionen sowie internationalen Organisationen nach vorheriger Information der Bundeskammer. • Abwicklung von wirtschaftsfördernden EU-Programmen. • Mitwirkung an den die Wirtschaft betreffenden statistischen Aufnahmen und Erhebungen sowie Führung von Statistiken dieser Art. • Führung der Verzeichnisse der Mitglieder. • Beratung und Unterstützung der Mitglieder in rechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, einschließlich der Vertretung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten (im Rahmen der Möglichkeiten). • Information in allen die Gründung und Erweiterung von Unternehmen betreffenden Angelegenheiten und Betrieb von Einrichtungen zur Gründungsberatung.
Übertragener Wirkungsbereich	• Mitwirkung an der staatlichen Verwaltung in den durch besondere Rechtsvorschriften vorgesehenen Fällen und im Auftrag internationaler Organisationen tätig zu werden.	• Mitwirkung an der staatlichen Verwaltung in den durch besondere Rechtsvorschriften vorgesehenen Fällen mitzuwirken und im Auftrag internationaler Organisationen tätig zu werden. • Ausstellung von nicht präferentiellen Zeugnissen über den Ursprung einer Ware.

Q: WKG (§§ 31-32 und 19-20)

Die Landeskammern, die Bundeskammer, die Fachgruppen und die Fachverbände sind Körperschaften öffentlichen Rechts.[89] Sie bilden in ihrer Gesamtheit die Wirtschaftskammerorganisation. Deren Mitgliedern kommen gemäß § 4 Abs. 1 WKG insbesondere folgende Rechte zu: *das aktive und*

[89] Diese Organisationen sind allesamt selbständige Wirtschaftskörper. Sie haben das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Bundes- bzw. Landesgesetze Vermögen zu besitzen, zu erwerben und darüber zu verfügen, Leistungen gegen Entgelt auszuführen, wirtschaftliche Unternehmungen zu betreiben und im Rahmen der Bestimmungen des WKG ihren Haushalt selbständig zu führen und Umlagen vorzuschreiben (s. § 2 Abs. 2 WKG).

passive Wahlrecht, die Mitwirkung an der Willensbildung der Organe in den Wirtschaftskammern und Fachorganisationen, der Zugang zu den Leistungen der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft, die Einsichtnahme in die genehmigten Voranschläge und Rechnungsabschlüsse und *das Recht auf Auskunftserteilung.* Dem stehen gemäß § 4 Abs. 2 WKG insbesondere folgende Pflichten gegenüber: die *Anzeige der Aufnahme einer unternehmerischen Tätigkeit* gemäß § 2 Abs. 1 bis 3 (s.u.),[90] *die Entrichtung von Umlagen, die Erteilung von Auskünften* und *die Mitwirkung an statistischen Erhebungen*.

Exkurs:
Kammertypologien

ZELLENBERG (2006, 137-138) bietet vor dem Hintergrund der vielfältigen, in der österreichischen Rechtsordnung ausgebildeten Kammerstrukturen einen Überblick zu verschiedenen (idealtypischen) Ausformungen. Dahingehend kann zwischen dem Einkammermodell, dem Mehrkammermodell und dem Primus-inter-pares-Modell unterschieden werden:

Das *Einkammermodell* stellt eine einfache Möglichkeit der Schaffung einer gesetzlichen beruflichen Vertretung dar. Es ist durch die Existenz einer einzigen Kammer gekennzeichnet. Der territoriale Wirkungsbereich erstreckt sich auf das gesamte Bundesgebiet. Es kann dann zur Anwendung kommen, wenn die zu organisierende Berufsgruppe zahlenmäßig zu klein ist, um den mit dem Aufbau und dem Unterhalt einer territorial gegliederten Kammerstruktur verbundenen Aufwand sachlich zu rechtfertigen. Die auf Länderebene anfallenden Aufgaben werden durch Geschäftsstellen besorgt, welche bürokratische Hilfsapparate sind. Das Einkammermodell findet sich in den österreichischen Kammerorganisationen mancher freier Berufe (Apothekerkammer, Kammer der Wirtschaftstreuhänder u.a.).

Das *Mehrkammermodell* ohne organisationsrechtliche Verklammerung ist durch die Existenz mehrerer, organisationsrechtlich unverbunden parallel zueinander stehende Kammern gekennzeichnet. Ursächlich dafür sind in der Regel kompetenzrechtliche Gründe. In Österreich ist dieses Prinzip im Bereich der Landwirtschaftskammern realisiert (da die Schaffung von Landwirtschaftskammern in die Zuständigkeit der Landesgesetzgeber fällt und deshalb keine bundeweite Kammer geschaffen werden kann, ist ein organisationsgesetzlicher Verbund der in den einzelnen Bundesländern bestehenden Kammern nicht möglich). Jedoch behelfen sich diese Landeskammern damit, erforderliche Koordinationsaufgaben im Wege eines separaten Vereins wahrzunehmen (Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern). Im Gegensatz zum Mehrkammermodell ohne organisationsrechtliche Verklammerung ist für das Mehrkammermodell mit organisationsrechtlicher Verklammerung die Existenz mehrerer autonomer Kammern, welche durch Organisationsrecht insofern miteinander verbunden werden, dass ein koordiniertes Handeln möglich gemacht wird, kennzeichnend. Dieses System ist an der Existenz einer Bundeskammer (neben mehreren Landeskammern) zu erkennen, welche den Verbund herstellt. Die Vertreter der Landeskammern erhalten Sitz und Stimme in den Organen der Bundeskammer. Das Modell kann in zwei Varianten existieren: Erstens, die Landeskammern selbst sind die (einzigen) Mitglieder der Bundeskammer (Ärztekammer, Rechtsanwaltskammer u.a.); zweitens, die Mitglieder der Landeskammern sind zugleich auch Mitglieder der Bundeskammer (s. WKO).

Denkbar ist auch das sogenante *Primus-inter-pares-Modell*, welches durch die Existenz von Landeskammern gekennzeichnet ist, von welchen eine auch bundesweite Aufgaben wahrnimmt. Es ist, dies (allerdings nur ansatzweise), auf der Ebene der Hilfsapparate in der Arbeiterkammerorganisation verwirklicht. Diese besteht aus neun Landeskammern und einer Bundeskammer mit getrennten Organstrukturen, doch ordnet § 90 Abs. 1 AKG an, dass der Geschäftsapparat der Bundesarbeitskammer mit dem der Kammer für Wien zusammenfällt.[91]

Die WKO wirken in einer Doppelfunktion sowohl in einem eigenen (Interessensvertretung, Interessensausgleich, Service und Information) als auch übertragenen Wirtschaftsbereich (Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die ihnen durch gesetzliche Vorschriften zur Besorgung übertragen werden: Meisterprüfungen, Lehrlingsweisen etc.) (s. § 7 Abs. 1 und 2 WKG).

---

[90] Sofern nicht eine behördliche Meldung gemäß § 68 Abs. 2 vorgesehen ist.

[91] § 86 AKG sieht vor, dass der Präsident der Bundesarbeitskammer aus dem Kreis der Präsidenten der Arbeiterkammern zu wählen ist. Im Falle der Identität der Person des Präsidenten der Bundeskammer und der Wiener Kammer ergibt sich damit faktisch ein Übergewicht der Kammer Wien.

Die Zugehörigkeit zur jeweiligen Körperschaft ist grundsätzlich per Gesetz geregelt und folgt dem Prinzip der Pflichtmitgliedschaft. Konkret regelt dies § 2 Abs. 1 bis 5 des WKG:

- Mitglieder der Wirtschaftskammern und Fachorganisationen sind alle physischen und juristischen Personen sowie sonstige Rechtsträger, die Unternehmungen des Gewerbes, des Handwerks, der Industrie, des Bergbaues, des Handels, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, des Verkehrs, des Nachrichtenverkehrs, des Rundfunks, des Tourismus und der Freizeitwirtschaft sowie sonstiger Dienstleistungen rechtmäßig selbständig betreiben oder zu betreiben berechtigt sind.
- Zu den Mitgliedern gemäß Abs. 1 zählen jedenfalls Unternehmungen, die der Gewerbeordnung unterliegen (sowie insbesondere solche, die in der Anlage des Gesetzes angeführt sind).
- Mitglieder sind auch alle im Firmenbuch eingetragenen Holdinggesellschaften, soweit ihnen zumindest ein Mitglied gemäß Abs. 1 angehört.
- Unternehmungen im Sinne der Abs. 1 bis 3 müssen nicht in der Absicht betrieben werden, einen Ertrag oder sonstigen wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen.
- Die Mitgliedschaft wird in der Bundeskammer sowie in jenen Landeskammern und Fachorganisationen begründet, in deren Wirkungsbereich eine Betriebsstätte vorhanden ist, die der regelmäßigen Entfaltung von unternehmerischen Tätigkeiten im Sinne des Abs. 1 dient.

Gemäß § 13 Abs. 1 WKG gliedern sich die Bundeskammer und jede Landeskammer in fachlicher Hinsicht in Sparten, wobei Spartengliederungen der Bundeskammer und aller Landeskammern einander zu entsprechen haben. Anzahl, Bezeichnung und Wirkungsbereich der Sparten werden unter Bedachtnahme auf die Anforderungen der Vertretung von Mitgliederinteressen, das Vorliegen gleichartiger Interessen der erfassten Berufszweige, deren wirtschaftliche Bedeutung und Mitgliederanzahl sowie auf die Zusammenarbeit mit internationalen Wirtschaftsverbänden in einer Spartenordnung festgelegt (§ 13 Abs. 2 WKG). Derzeit gibt es 7 Sparten: *Bank und Versicherung, Gewerbe und Handwerk, Handel, Industrie, Information und Consulting, Tourismus und Freizeitwirtschaft, Transport und Verkehr.* Die Sparten fungieren als Verbindungsglieder zwischen der Bundes-/Landeskammer und den in den Sparten zusammengefassten Fachorganisationen.

Die tatsächliche Zuteilung vertretener Unternehmenseinheiten zu einer dieser sieben Sparten ist nicht immer klar nachvollziehbar und folgt insbesondere zwischen der Sparte *Gewerbe und Handwerk* auf der einen Seite und der Sparte *Industrie* auf der anderen Seite mitunter historischen, KV-politischen oder persönlichen Gesichtspunkten. So kann es der Fall sein (und es ist tatsächlich so), dass Unternehmenseinheiten, welche eigentlich der Sparte *Industrie* zugehörig sein sollten, offiziell der Sparte *Gewerbe und Handwerk* zugehörig sind. § 7 der Gewerbeordnung (GewO) bestimmt diesbezüglich nur allgemein, dass ein Gewerbe in Form eines Industriebetriebs ausgeübt wird, wenn folgende Merkmale überwiegend zutreffen:[92]

- hoher Einsatz von Anlage- und Betriebskapital;
- Verwendung andersartiger als der dem Handwerk und den gebundenen Gewerben gemäßen Maschinen und technischen Einrichtungen oder Verwendung einer Vielzahl von Maschinen und technischen Einrichtungen gleichen Verwendungszweckes;
- Einsatz von Maschinen und technischen Einrichtungen überwiegend in räumlich oder organisatorisch zusammenhängenden Betriebsstätten;
- serienmäßige Erzeugung, typisierter Verrichtungen;
- weitgehende Arbeitsteilung im Rahmen eines vorbestimmten Arbeitsablaufes;
- größere Zahl von ständig Beschäftigten oder automatisierte Betriebsweise.

[92] Diese Auflistung gibt die wesentlichen Charakteristika eines Industriebetriebs wieder (s. BGBl. Nr. 194/1994 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 111/2002).

Innerhalb der Sparten sind auf Grundlage der Fachorganisationsordnung die einzelnen Fachorganisationen eingerichtet (zur Wahrung und Vertretung der fachlichen Interessen der Mitglieder)[93], im Falle der BSI (Fachverbände) und der Landessparten Industrie (Fachgruppen):[94]

- Fachverband/Fachgruppe der Bauindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe Bergwerke und Stahl,
- Fachverband/Fachgruppe der chemischen Industrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Elektro- und Elektronikindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Fahrzeugindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmungen,
- Fachverband/Fachgruppe der Glasindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Gießereiindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Holzindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe Maschinen & Metallwaren,
- Fachverband/Fachgruppe der Mineralölindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Film- und Musikindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der NE-Metallindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Papierindustrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Papierverarbeitenden Industrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Stein- und keramischen Industrie,
- Fachverband/Fachgruppe der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie.

International sind v.a. die einzelnen Fachverbände der BSI in einer Vielzahl an thematisch gruppierten interessenpolitischen Dachverbänden vertreten und damit transnational institutionell vernetzt (s. Anhang 3).

In Hinblick auf die Unterscheidung zwischen *fachlichen* und *sparteneigenen* Aufgaben liefert § 17 Abs. 1 bis 5 WKG Aufschluss. Dahingehend sind Angelegenheiten, welche die Interessen der Mitglieder nur einer Fachorganisation berühren, fachliche Angelegenheiten dieser Fachorganisation. Angelegenheiten, welche die Interessen der Mitglieder von mehr als einer Fachorganisation derselben Sparte berühren, sind dagegen sparteneigene Angelegenheiten dieser Sparte.[95] Wenn weder von fachlichen noch von sparteneigenen Angelegenheiten auszugehen ist, liegen gemeinsame Angelegenheiten vor, welche in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Landeskammer oder der Bundeskammer fallen. Gemäß § 16 Abs. 1 WKG können zur Behandlung von Angelegenheiten, die verschiedene Organisationen der gewerblichen Wirtschaft (Bundeskammer, Landeskammern, Fachverbände, Fachgruppen) gemeinsam berühren, Arbeitsgemeinschaften errichtet werden.[96]

Die wichtigsten Organe in jeder Sparte, und damit auch der BSI, sind der *Spartenobmann*, das *Spartenpräsidium* und die *Spartenkonferenz* (s. auch Anhang 3). Die Aufgabenzuteilung ist rechtlich determiniert bzw. formaljuristisch geregelt. Sie findet sich bei Belangen der Bundesebene in § 38 WKG, der Landesebenen in § 26 WKG. Da die Organe einer einzigen Sparte allerdings nicht alleine im Blickfeld des Kammersystems stehen – andere wichtige Organe hier auf Bundesebene:[97] *Präsident, Präsidium, Erweitertes Präsidium, Wirtschaftsparlament, Kontrollausschuss* – treten sie parallel und ex ante nicht

---

93 § 14 Abs. 2 WKG: Wenn von der Errichtung oder Aufrechterhaltung einer Fachgruppe abgesehen wird, ist die Vertretung der einschlägigen fachlichen Interessen dem gleichartigen Fachverband übertragen, der sich in dem betreffenden Bundesland eigener Organe (Fachvertreter) zu bedienen hat. Diesen Organen stehen die gleichen Befugnisse zu, wie sie im § 45 Abs. 3 für den Fachgruppenausschuss festgelegt sind. Die Mitglieder des Fachverbandes in einem Bundesland, für die in diesem Bundesland keine Fachgruppe errichtet ist, bilden in ihrer Gesamtheit die Fachvertretung. Für die Fachvertretung gilt § 1 Abs. 2; ihr kommt jedoch keine Rechtspersönlichkeit zu.

94 S. Anhang 3. In der Landes- bzw. Bundessparte *Gewerbe und Handwerk* heißen die Fachorganisationen nicht *Fachgruppen* oder *Fachverbände*, sondern zumeist *Innungen*. In der Landes- bzw. Bundessparte *Handel* heißen die Fachorganisationen zumeist Gremien.

95 Wenn derselben Sparte angehörige Fachorganisationen für dieselbe Angelegenheit eine fachliche Zuständigkeit beanspruchen, hat das betreffende Spartenpräsidium der Bundeskammer nach Anhörung der Landeskammern zu entscheiden, ob es sich um eine fachliche Angelegenheit einer Fachorganisation oder eine sparteneigene Angelegenheit der Sparte handelt.

96 Diese haben ebenfalls eine eigene Rechtspersönlichkeit.

97 Für Rechte, Pflichten und Funktionen s. §§ 34 bis 37 § WKG.

gezwungenermaßen im Einklang mit Vertretern anderer WKO-Gruppierungen/Organen im interessenspolitischen Spiel auf. Die Funktionärstätigkeiten sind ehrenamtlich, bei Vergütung von bei der Ausübung ihrer Tätigkeit erwachsenden Auslagen.[98]

Tab. 4-3: Organe der BSI (Stand: Jänner 2011)

Spartenobmann	• Dem Spartenobmann obliegen folgende Aufgaben: Leitung der Sparte, Überwachung der Geschäftsführung, Beurkundung und Vollziehung der Beschlüsse der Organe der Sparte und die Fertigung der von der Sparte ausgehenden Schriftstücke grundsätzlichen Inhalts gemeinsam mit dem Spartengeschäftsführer.	
Spartenpräsidium	• hat in Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu entscheiden. • besteht aus dem Spartenobmann, zwei Spartenobmann-Stellvertretern und den gemäß § 63 WKG kooptierten Mitgliedern.	Aktuelle Zusammensetzung • Bundesspartenobmann KR Ing. Wolfgang WELSER • Bundesspartenobmann-Stv. KR DI Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER Dr. Veit SORGER • Mitglied (koopt. mit Stimme) Günter DÖRFLINGER, MBA KR Ing. Dr. Paul RÜBIG
Spartenkonferenz	• ist zur Behandlung grundsätzlicher sparteneigener Angelegenheiten berufen. • besteht aus dem Spartenpräsidium und den übrigen Mitgliedern der Spartenkonferenz.	

Q: WKO (2011)

Im Rahmen der WKO-Organisation und zur interessenspolitischen Profilbildung sieht sich die BSI ebenso als aktiver Mitgestalter der österreichischen Industriepolitik wie auch als Koordinator für die inhaltliche Artikulierung von industrierelevanten Interessen zuständig (v.a. in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der FTI-Politik oder in der Infrastrukturentwicklung).[99] Die Interessenspolitik erfolgt im Sinne der Einflusslogik entlang aller relevanten interessenspolitischen Achsen (in erster Linie aber *Interessensaggregation, Interessensselektion* und *Integration)*, bzw. im Sinne der Mitgliedschaftslogik durch das Anbieten von Service- und Dienstleistungen. Die Zielgruppenmatrix ist

[98] Aufwandsentschädigungen als pauschalierter Auslagenersatz und Funktionsentschädigungen können nur Funktionären mit erheblicher Inanspruchnahme durch ihre Funktion gewährt werden. Aufwands- und Funktionsentschädigungen gebühren zwölfmal pro Jahr. Abfertigungen und Ruhe- oder Versorgungsgenüsse dürfen nicht gewährt werden. Die nähere Regelung hat das erweiterte Präsidium der Bundeskammer unter Berücksichtigung des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, zu treffen (s. § 50 Abs. 4 WKG).

[99] Die BSI fokussiert aktuell auf zehn plus eins kombinierte Aufgabenkomplexe (in Abstimmung mit den und Ausrichtung auf die Kompetenzprofile(n) der BSI-Mitarbeiter):
(i) Abfall, Abfallwirtschaft; Boden; Bodenschutz; Änderungen im Betriebsanlagenrecht; Anlagenrecht allgemein; Umweltmanagementsysteme;
(ii) Arbeitsrecht der Industrie; Sozialversicherung; inländischer Arbeitsmarkt; KV-Betreuung: Nahrungs- und Genussmittel; Papier und Pappeverarbeitung; KV-Gemeinschaft Eisen-Metall;
(iii) Wasserrecht (EU und national); Luftqualität; Luftemissionen; NEC; Biodiversität und Naturschutz; Lärmschutz, Lärmemissionen; REACH, GHS, Chemikalienrecht; Allgemeine Umweltpolitik;
(iv) Arbeitsmarkt; Behindertenrecht; Arbeitnehmerschutz; Gleichbehandlung; Ausländerrecht; KV-Betreuung: Bekleidung und Leder;
(v) Energie- und Klimapolitik; UVP; Nachhaltigkeit und Rohstoffe;
(vi) Arbeitnehmerschutz; Arbeitsgestaltung; Betreuung aller Fachverbände in technischen Belangen der Berufsausbildung; Industrielehre;
(vii) Arbeitgeberpolitik; arbeitsrechtliche Grundsatzfragen; KV-Politik; Arbeitsrecht der Industrie; Arbeitsverfassung; Arbeitsvertrags, Arbeitszeit- und Urlaubsrecht; KV-Betreuung: Chemie, Glas, Papier, Elektro- und Elektronikindustrie, KV-Gemeinschaft Eisen/Metall;
(viii) Allgemeine Rechtsfragen; allgemeine Verkehrspolitik; Werkverkehr; ARGE Palettenpool; VÖVW; Gütezeichen; Bundesvergabegesetz; Gentechnik; Gesellschaftsrecht; Gewährleistung; Produkthaftung; Produktsicherheit; Gewerbeordnung; Kartellrecht; Konsumentenschutz; Normen; österreichisches Normungsinstitut; Umweltzeichen; Bauangelegenheiten; Vergabewesen; Baurecht; Wettbewerbsrecht; Zertifizierungswesen; Zivilrecht; Strichcode auf Produkten;
(ix) Exportförderung; Exportpreis; FTI; FTI-Kooperationen/-Netzwerke; EU-Forschungsprogramme; Forschungsschwerpunkte; Forschung-Werkstoffe; Industriekennzahlen und Industriestatistik; handelspolitische Angelegenheiten; Luftfahrt; Wirtschaftspolitik;
(x) Arbeitsrecht der Industrie; Sozialversicherung; KV-Betreuung: Bau, Holz, Stein/Keramik, Mineralöl, Film, Textil;
(xi) Spartengeschäftsführung; Strategieentwicklung; Koordination der Interessensvertretung Industrie; Industriepolitik; Öffentlichkeitarbeit; Grundsätzliche Fragen der Arbeitgeber- und KV-Politik; Arbeitsrechtliche Grundsatzfragen; KV-Betreuung: KV-Gemeinschaft Eisen/Metall.

determiniert durch die gesetzlich bestimmte Klientel, durch ein komplexes Spiel einer WKO-internen, intra-institutionellen Abstimmung sowie auf breiter Ebene durch politische Entscheidungsträger und deren nachgelagerte Strukturen. Zu den Medien allgemein und ausgewählten Journalisten im Speziellen (Journalistenseminare) bestehen gewachsene Relationen.

In Ihren Grundfunktionen ist das gemischte Interessenssystem Österreichs wie jedes andere Interessenssystem durch *Interessensaggregation* (in Einklang bringen der heterogenen Mitgliederinteressen), *Interessensselektion* (Entscheidung, welche Interessen in den politischen Prozess einfließen sollen), *Interessensartikulation* (Ausformulieren und Vorbringen der Interessen, u.a. medialer Auftritt) sowie *Integration* (Bindeglied zwischen dem Individuum und politischem System) gekennzeichnet (vgl. STRAßNER, 2006, 11-16). Dabei finden institutionalisierte (u.a. Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen, Mitgliedschaften in Beiräten und Kommissionen) ebenso wie informelle Tätigkeiten (u.a. direkte Kontaktebene zu Ministern, personelle Verflechtungen) statt.

Die Strategien der Interessensdurchsetzung fußen auf zwei von drei für Interessensvertretungen sehr üblichen Säulen, auf *Information* und *Kommunikation*. Personalsubventionen (z.B. in Regierungskabinette) wären aufgrund des gesetzlich determinierten Arbeits- und Funktionsauftrages und den damit verbundenen öffentlichen Kontrollbedingungen dagegen mit zahllosen Schwierigkeiten behaftet. Der BSI gelingt dauerhafte öffentliche Präsenz v.a. im Rahmen von Konjunkturpresskonferenzen.

In der territorialen Aufteilung zeigen sich gegenwärtig die in Tab. 4-4 angeführten Persönlichkeiten in Industriesparten-Obmannverantwortung des jeweiligen Bundeslandes. Wie oben angeführt, haben die Spartengliederungen der Bundeskammer und aller Landeskammern einander zu entsprechen (Strukturübereinstimmung).

Tab. 4-4: Territoriale Gliederung der Sparte Industrie der WKO (Bundesorganisation, Landesorganisationen; Stand: Jänner 2011)

Territoriale Gliederung	Aktuelle Spartenobmänner
Bundesorganisation	KR Ing. Wolfgang WELSER (Welser Profile Austria)
Burgenland	KR Anton DALLOS (Sanochemia Pharmazeutika)
Kärnten	KR Dr. Reinhard IRO (Treibacher Industrie)
Niederösterreich	Thomas SALZER (Salzer Papier)
Oberösterreich	KR Dr. Anton HELBICH-POSCHACHER, MBA (Poschacher Natursteinwerke)
Salzburg	Mag. Rudolf Vinzenz ZROST (Zementwerk Leube)
Steiermark	Mag. Christian KNILL (Knill Energy Holding)
Tirol	KR Mag. Hermann LINDNER (Traktorenwerk Lindner)
Vorarlberg	DI Christoph HINTEREGGER (Doppelmayr Seilbahnen)
Wien	Mag. Stefan EHRLICH-ADÁM (EVVA Sicherheitstechnologie)

Q: www.wko.at

Bei Struktur-Kategorisierung in große, mittlere und kleine Organe bzw. das Einzelorgan an der Spitze der Organisationen und daran anschließender Projektion oben ausgewiesener Organstrukturen auf das gesamte WKO-System zeigt sich trotz der großen Komplexität des Wirtschaftskammerrechts ein wiederkehrendes, relativ einfaches funktionelles Organisationsschema (s. Tab. 4-5).

Tab. 4-5: Organaufbau der WKO in verschiedenen Dimensionen

Territorial	WKÖ	Landeskammer	Bundessparte	Landessparte	Fachverband	Fachgruppe
Einzelorgan	Präsident	Präsident	**Sparten-obmann**	Sparten-obmann	Fachverbands-obmann	Fachgruppen-obman
Kleines Organ	Präsidium	Präsidium	**Sparten-präsidium**	Sparten-präsidium		
Mittleres Organ	Erweitertes Präsidium	Erweitertes Präsidium	**Sparten-konferenz**	Sparten-konferenz	Fachverbands-ausschuss	Fachgruppen-ausschuss
Großes Organ	Wirtschafts-parlament	Wirtschafts-parlament				Fachgruppen-tagung

Q: WKO (2010, 9)

In einem Fünfjahresrhythmus werden die Funktionäre sämtlicher WKO neu gewählt. Wahlberechtigt sind alle WKO-Mitglieder. Die Wahlen erfolgen auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Verhältniswahlrechts (vgl. WKO, 2010, 14):[100]

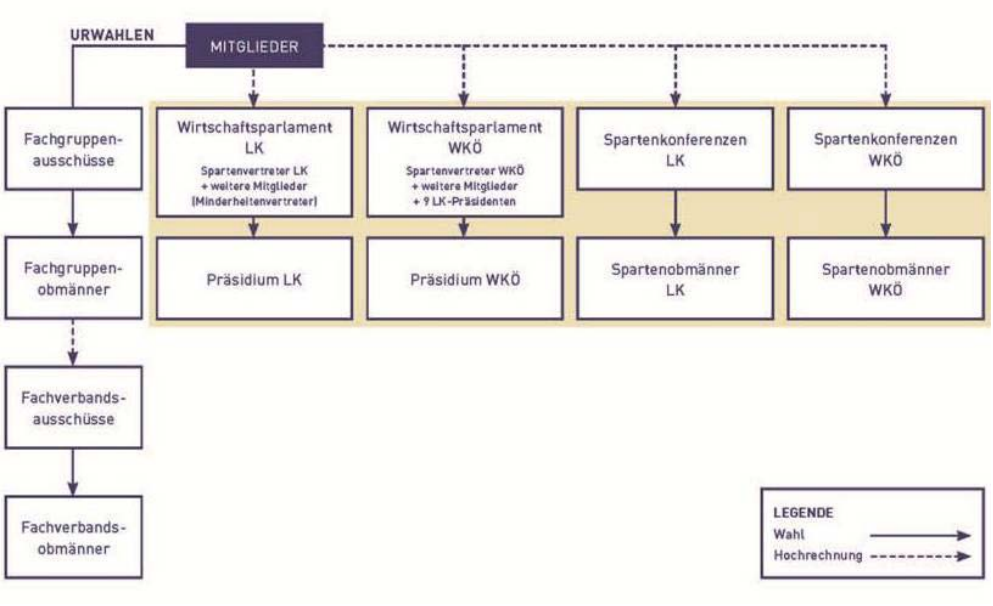
- Wahlen in einzelne Fachgruppenausschüsse und Fachvertretungen erfolgen direkt durch die Mitglieder, die übrigen Wahlen indirekt (durch bereits gewählte Funktionäre).
- Jedes Mitglied einer Fachorganisation ist wahlberechtigt (allgemeines Wahlrecht) und hat nur eine Stimme (gleiches Wahlrecht), die Stimmabgabe erfolgt schriftlich durch Stimmzettel (geheimes Wahlrecht).
- Die Mandatsberechnung wird auf Basis und im Verhältnis der erzielten Stimmen durchgeführt, sodass jede Wählergruppe die ihrer Stärke entsprechenden Mandate bekommt (Verhältniswahlrecht).

Das Personal der WKO arbeitet mit den Funktionären in einem dualen System zusammen, wobei es den Organen zu Beginn die Entscheidungen vorbereitet und am Ende Organ-Beschlüsse umsetzt.[101] In fachlicher Hinsicht unterstehen die Mitarbeiter dem Obmann jener Körperschaft (hier v.a. der Sparte), in welcher sie eingesetzt sind (s. WKO, 2010, 15). Die personellen Qualifikationen sind den Aufgaben entsprechend oftmals auf einen juristischen Wissenspool ausgerichtet. Aber auch Volkswirte oder Fachleute mit naturwissenschaftlich-technischem Wissen finden Ihre Betätigungsfelder. Viele Mitarbeiter der WKO (bzw. der Sparten etc.) haben vor dem Hintergrund der teilweise jahrzehntelang erarbeiteten Erfahrungswerte aus der sozialpartnerschaftlichen Stellung des Hauses bemerkenswerte Kontakte zum „Gegenüber". Das lässt sich nicht zuletzt daraus schließen, dass profunde Kenntnisse und Vorausschauen über (interessens-) politische Positionen z.B. des ÖGB vorhanden sind. Auch findet man in den WKO viele Wissensträger, die mit Spezifika des politischen Entscheidungssystem Österreichs vertraut sind.

[100] Eine Kernfunktion in den demokratischen Entscheidungsstrukturen sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene nehmen sogenannte Wirtschaftsparlamente ein. Gemäß § 37. Abs. 2 WKG fallen in die Zuständigkeit des Wirtschaftsparlamentes etwa der Bundeskammer: Grundsätzliche Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Bundeskammer; Erlassung der Kontrollausschussordnung; Erlassung der Wahlordnung; Erlassung der Fachorganisationsordnung; Beschlussfassung über den Voranschlag und Rechnungsabschluss; die Angelegenheiten, die eine über den Voranschlag hinausgehende Belastung des Haushalts der Bundeskammer nach sich ziehen, sofern hierfür kein anderes Organ zuständig ist; Bestellung der Mitglieder des Kontrollausschusses; weitere dem Wirtschaftsparlament zugewiesene Aufgaben. Dessen Mitglieder sind: Mitgliedern des Präsidiums der Bundeskammer; Präsidenten der Landeskammern; Mitglieder der Spartenvertretungen der Bundeskammer und weitere Mitglieder gemäß § 112 WKG (vgl. § 37. Abs. 1 WKG).

[101] Dienstgeber für das gesamte Personal ist die WKO.

Abb. 4-2: Mehrschichtiges Wahlsystem der WKO



Q: WKO (2010, 15)

Ein Vorteil besteht in den prinzipiell möglichen (im Tagesgeschäft mitunter aber nicht immer einfach realisierbaren) Synergiepotenzialen. Neben etwa den in Tab. 4-5 und Abb. 4-2 ausgewiesenen Organen und den daraus entstehenden Möglichkeiten zur Zusammenarbeit gibt es Abteilungen, welche politische, organisatorische und serviceorientierte Aufgaben erfüllen (vgl. Kapitel 5 *Relationsbetrachtungen der forschenden und interessenbekundenden Träger der Industriepolitik in Österreich*).

Zur Finanzierung des WKO-Systems bzw. der darin verankerten interessenspolitischen Organisationseinheiten (und damit auch der BSI) haben die gesetzlich verpflichteten Mitglieder durch so genannte Umlagen beizutragen (nach Maßgabe entsprechender Beschlüsse der zuständigen Organe; s. § 121 Abs. 1 WKG).[102] Konkret gibt es eine *Kammerumlage 1*[103], eine *Kammerumlage 2*[104] und eine *Grundumlage*[105], die sich in erster Linie hinsichtlich ihrer Bemessungsgrundlagen unterscheiden. Die Kammerumlagen 1 und 2 werden von den Finanzämtern eingehoben und an die WKO überwiesen; die Grundumlagen werden von den Landeskammern vorgeschrieben.[106] Die Trittbrettfahrerproblematik ist im herkömmlichen Sinne damit nicht gegeben (vgl. privatrechtlich organisierte freie Unternehmensverbände ohne Pflichtmitgliedschaft).

Allgemein sind die WKO und ihre vielen Fachorganisationen ein Kernelement der österreichischen Sozialpartnerschaft und damit der traditionellen Form des interessenspolitischen Ausgleichs in Österreich. Die WKO fokussieren auf das materielle Wohlergehen der durch Gesetz bestimmten Gruppenmitglieder und dienen in ihrer rechtlichen Bindung direkt und indirekt der gesamten heimischen Volks-

[102] Die finanzielle Inanspruchnahme der Mitglieder durch Umlagen darf nur in jener Höhe erfolgen, welche zur Deckung der den betreffenden Organisationen erwachsenden Aufwendungen und zur Bildung angemessener Rücklagen erforderlich ist. Dabei sind sonstige Erträge und Einnahmen sowie die Einnahmen der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft als Träger von Privatrechten einschließlich der Leistungsentgelte zu berücksichtigen (vgl. § 121 Abs. 2 WKG).

[103] Unternehmer, welche Mitglied der WKO sind, haben bei einem Umsatz von mehr als 150.000 Euro jährlich eine vorsteuerabhängige Kammerumlage quartalsmäßig zu berechnen und zu bezahlen. Die Bemessungsgrundlage richtet sich dabei nach den in der Umsatzsteuervoranmeldung ermittelten Beträgen für die Vorsteuer, Einfuhrumsatzsteuer und Erwerbssteuer. Die *Kammerumlage 1* beträgt zurzeit 3‰ dieser Bemessungsgrundlage (vgl. WKO, 2010, 17).

[104] Unternehmer, welche in ihrem Betrieb Arbeitnehmer beschäftigen und dafür Löhne und Gehälter von insgesamt mehr als 1.095 Euro pro Monat bezahlen, haben monatlich die so genannte lohnabhängige Kammerumlage oder *Kammerumlage 2* zu entrichten. Die Höhe richtet sich nach den vom Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammern in den Bundesländern beschlossenen Umlagensätzen (Höchstsatz von 0,29%). Dazu kommt ein Anteil der WKO von 0,15% (vgl. WKO, 2010, 17).

[105] Jedes Mitglied der WKO hat zumindest einmal jährlich die Grundumlage zu zahlen. Die Grundumlage wird von der Fachgruppentagung der Fachgruppe, welcher das Mitglied angehört, beschlossen (vgl. WKO, 2010, 17).

[106] Für die Kontrolle der Gebarung der WKO-Körperschaften ist der Kontrollausschuss der WKO zuständig. Zur Durchführung der Kontrolle bedient er sich einer separaten Geschäftsstelle. Die Organisationen der WKO unterliegen ferner der Kontrolle durch den Rechnungshof (vgl. WKO, 2010, 17).

wirtschaft. Sie heben sich als forcierende Interessensgruppe von spontanen oder nicht organisierten bzw. nicht heterogenen Interessensgruppen ab und in diesem Sinne erfüllen sie die Anforderungen und Interessen ihrer Mitglieder (vgl. STRAßNER, 2004, oder HAGUE/HARROP, 2007). Die Organisation der Interessen betrifft die gesamte Palette wirtschaftsrelevanter Agenden und ebenso internationale Dimensionen. Die WKO und ihre Teilorganisationen versuchen in der Öffentlichkeit langfristig akkordiert vorzugehen; dies ist aufgrund der Vielzahl an rechtlich unabhängigen Körperschaften sowie unzähliger Themenverflechtungen aber nicht einfach – wenn nicht unmöglich – zu realisieren.

Exkurs:
Voraussetzungen für die Herausbildung neo-korporatistischer Politikvermittlung in Österreich[107]

Die Zeit nach dem II Weltkrieg brachte für Österreich einen pragmatischen sozial- und wirtschaftspolitischen Rahmen für den späteren österreichischen Wohlfahrtsstaat. In einer Zeit des Aufbruchs gab es genügend Gründe, um über verschiedene Gesellschaftsgruppen hinweg an einem gemeinsamen Strang zu ziehen. Die Phase war geprägt durch eine homogene Matrix an Zielvorstellungen (allem voran die Wiederherstellung einer nachhaltigen Lebens- und Produktionsgrundlage), die auf einer gemeinsamen Grundhaltung basierte. Diese Allgemeinsituation führte zu Kompromissbereitschaft zwischen bürgerlichen und sozialistischen Politkern; zwischen Wirtschaftsverbänden, Interessensgruppen u.a. sowie zur Entwicklung der österreichischen Sozialpartnerschaft.[108] Allerdings etablierte sich auch ein Stil des „Durchwurstelns“ zwischen verschiedenen Konzepten, weit mehr als die Ausarbeitung eines klar umrissenen sozial- und wirtschaftspolitischen Leitkonzeptes: „Markt vs. Plan“; „Subsidiarität vs. Wohlfahrtsstaat“ etc.[109]

Die Eckpunkte der heimischen Politik waren einerseits von dem Wunsch nach Wirtschaftswachstum geprägt (inkl. Stabilisierung der Währung und Nutzung der Nähe zu Ostmärkten), andererseits gab es auch verteilungspolitische Agenden. Die Gewerkschaften passten sich bei über längere Zeit relativ hohen Arbeitslosenraten mit einer moderaten Lohnpolitik an.

In diesem Zusammenhang nennt TÁLOS (2006, 429-431) folgende Voraussetzungen für die Herausbildung und Verbreitung sozialpartnerschaftlicher Strukturen in Österreich:

- Hoher Konzentrations- und Zentralisierungsgrad des Verbändesystems;
- Politische Privilegierungen der großen Dachverbände;
- Grundkonsens, dass neben der Verfolgung jeweiliger genuiner Partikularinteressen gemeinsame gesamtwirtschaftliche Ziele zu erreichen sind;
- Übereinstimmung, dass ein Kompromiss als zentrales Element der Strategie zur Interessensdurchsetzung zu sehen ist;
- Vorhandensein vertikaler Netzwerke (ausgeprägte Naheverhältnisse und institutionalisierte Interaktion zwischen Dachverbänden und Parteien);
- Abstützen des sozialpartnerschaftlichen Konsenses auf Betriebsebene;
- Ökonomische Struktur und Entwicklung (Zeit der verstaatlichten Industrie);
- Allgemeine Akzeptanz seitens der Politik und Bevölkerung.

Einige der vorangestellten Aufzählungspunkte besitzen auch heute noch Gültigkeit.

---

[107] Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich“ im Sommersemester 2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010b).

[108] Vgl. mit ROTHSCHILD (1989), UNGER (1999), TÁLOS/FINK (2001).

[109] Im Vergleich dazu kam es in der BRD zur sozialen Marktwirtschaft mit Betonung des Marktmechanismus oder in Großbritannien zur deutlich erkennbaren Politik des Keynesianismus.

Organisationsprinzip und innerverbandliche Entscheidungsstrukturen der IV[110]

FAULHABER (1980) in Kombination mit IV (2005a) liefern einen Einblick in die Organisationsgeschichte der freien Industrieverbände Österreichs. Diese historischen Abhandlungen zitierend, veranlasste bereits der französisch-preußische Handelsvertrag im Jahr 1862 die Gründung eines *Vereins der Österreichischen Industriellen*, der einen süddeutschen Zollverein mit Österreich zu seinem vordringlichsten Ziel erklärte und die erste überregionale und freiwillige industrielle Interessenvertretung verkörperte. In der Folge wurden im Raum der österreichischen Reichshälfte der Österreich-Ungarischen Monarchie zahlreiche Industrievereine regionaler oder branchenmäßiger Orientierung gegründet.[111] 1934 wurde schließlich der „Bund der Österreichischen Industriellen" geschaffen; nach dem Anschluss 1938 teilten die neuen Machthaber diesen aber auf die einzelnen Abteilungen der WKO auf. Im Jahr 1946 wurde dann die „Vereinigung Österreichischer Industrieller" gegründet. Privatrechtlich organisierte freie Unternehmensverbände übernahmen in der Geschichte oftmals eine Tempomacher-Funktion bei wichtigen politikökonomischen Entscheidungen, so auch z.B. im Jahr 1986, als die Vereinigung Österreichischer Industrieller als einziger österreichischer Verband dem Europäischen Industrie- und Arbeitgeberdachverband UNICE beitrat und im selben Zeitraum als erste achtbare Befürworterin den EU-Beitritt Österreichs forcierte. 1996 änderte die Interessensvertretung der Österreichischen Industrie schließlich ihre Bezeichnung auf „Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung)", kurz IV.

Die überlokale IV ist heute eine auf Dauer eingerichtete und organisierte Interessensgruppe in Körperschaft eines Vereins und besitzt kein mit der WKO bzw. BSI vergleichbares (umfangreich regulierendes) Regelwerk.[112] Sie fokussiert ihre nationalen und internationalen[113] Aktivitäten auf den Wirtschaftsstandort Österreich. Trotz des Vereinsnamens ist die IV-Mitgliederstruktur aber nicht ausschließlich von Unternehmen der österreichischen Industrie bestimmt, sondern sie ist mit Vertretern industrienaher Dienstleistungen, Energieversorger, Luftfahrtunternehmen etc. durchmengt.[114] Diese Mitgliederstruktur folgt anders als bei den Fachverbänden der BSI keinen institutionellen Zuteilungskriterien.

Standortfaktoren (v.a. in deren indirekten Ausprägungen) in deren kurz-, mittel- und langfristigen Dimensionen stehen im besonderen Blickpunkt des Interesses (der IV-Mitglieder wie der IV selbst). Im Lichte dessen wird der Neutralität hinsichtlich unternehmerischer Allokationsentscheidungen (Arbeit versus Kapital) große Bedeutung zuteil. An der Verbesserung der Industriegesinnung wird ferner mit breiten Gesellschaftsthemen gearbeitet.

IV-Mitglieder können Unternehmen gleichermaßen wie Unternehmer (in deren Eigenschaften) sein,[115] wobei die Mitgliedschaft selbst – im Unterschied zur Pflichtmitgliedschaft im Wirtschaftskammersystem – nicht gesetzlich geregelt ist. Es gibt laut Statuten demokratische Entscheidungsstrukturen. Während die Wirtschaftskammer(n) Österreich(s) ihre Rechte und Pflichten bzw. ihre rechtliche Existenz durch Gesetz begründet (Körperschaften öffentlichen Rechts), basiert die IV auf privater Vereinbarung (Organisation privater Natur). Die Tätigkeiten sind durch Vereinsstatut geregelt, wodurch andere Möglichkeiten zum Beitritt, zur Kündigung oder zum Ausschluss bestehen.[116]

Im Wortlaut der Vereinsstatuten liest sich der IV-Vereinszweck wie folgt (§ 2 Abs. 1): „*Die IV bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu för-*

---

110 Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich" im Sommersemester 2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010b).

111 1875 wurde der „Industrielle Club" gegründet, 1892 der „Centralverband der Industriellen Österreichs", 1897 der „Bund österreichischer Industrieller", 1918 der „Reichsverband der österreichischen Industrie", aus dem kurze Zeit später der „Hauptverband der Industrie Österreichs" wurde.

112 ZVR-Zahl: 806801248

113 V.a. auf EU-Ebene

114 Obzwar der Kern der IV-Mitgliederstruktur durch die ehemals verstaatlichte Industrie gegeben ist.

115 Es gibt verschiedene Formen der Mitgliedschaft: beitragende Mitglieder, persönliche Mitglieder, Jugendmitglieder, außerordentliche Mitglieder, körperschaftliche Mitglieder, Ehrenmitglieder.

116 Ein Verein kann sich prinzipiell durch Beschluss selbst auflösen oder in bestimmten Fällen von der zuständigen Behörde aufgelöst werden. Körperschaften öffentlichen Rechts können nur durch eine Gesetzesänderung gelöscht werden.

dern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.“

Die wichtigsten Gremien sind die *Vollversammlung*, der *Vorstand*, das *Präsidium*, der *Präsidialrat* sowie diverse *Ausschüsse* (s. auch Anhang 3). Die Aufgabenzuteilung ist den typischen Vereinsstrukturen in Österreich entsprechend (s. Tab. 4-6), wenn sich auch der Vorstand aus verhältnismäßig vielen Mitgliedern zusammensetzt.[117] Die Funktionärstätigkeiten sind ehrenamtlich.

Tab. 4-6: Vereinsorgane der IV Österreich (Stand: Jänner 2011)

Vollversammlung	• Sitzung einmal jährlich • genehmigt den Rechnungsabschluss • legt die Mitgliedsbeiträge fest • fasst Beschlüsse über Themen, die ihr vom Vorstand vorgelegt werden alle 3 Jahre wählt sie die Mitglieder des Bundesvorstandes • etc.	
Vorstand	• besteht aus bis zu 120 persönlichen Mitgliedern, von denen max. 100 (auf Vorschlag der Landesgruppen) von der Vollversammlung für Funktionsperiode von 3 Jahren gewählt werden • dem Vorstand gehören der Präsident, die Vizepräsidenten, die Vorsitzenden der neun Landesgruppen, die Ehrenpräsidenten und der Bundesvorsitzende der Jungen Industrie an	
Präsidium	• Präsident und max. 3 Vizepräsidenten werden vom Vorstand für 4 Jahre gewählt. • Präsident kann 1x wiedergewählt werden. • Präsidium führt die laufenden Geschäfte des Vereines. • besteht aus Präsidenten, Vizepräsidenten, Präsidenten der Landesgruppen und Bundesvorsitzenden der Jungen Industrie.	Aktuelle Präsidenten: • Präsident Dr. Veit SORGER • Vizepräsident KR Ing. Wolfgang WELSER • Vizepräsident DI Klaus PÖTTINGER
Präsidialrat	• Beratungsgremium • besteht aus dem Präsidium, dem Ehrenpräsidenten und den Ehrenmitgliedern	
Ausschüsse	• Vorstand kann über Vorschlag des Präsidiums für seine Funktionsperiode aus dem Kreis der Mitglieder Ausschüsse bilden, welchen die Behandlung bestimmter, für die Industrie wichtiger Themenbereiche obliegt • Ausschüsse zu folgenden Bereichen: Sozialpolitik, Umwelt, Steuerpolitik und Kapitalmarktfragen, Bildung, Innovation und Forschung, Rechtspolitik, Gesellschaftspolitik, KMU, Energiepolitik, Infrastrukturpolitik. • Darüber hinaus existieren kurzfristige temporäre Arbeitsgruppen • Ausschüsse sind wichtige Ideenfabriken im Zusammenspiel von Unternehmen und Interessensvertreter	

Q: IV (2011)

Die Mitgliedsbeiträge und Stimmrechte (der beitragenden Mitglieder) sind im Wesentlichen vom Beschäftigungsvolumen in den betreffenden Unternehmen abhängig.[118] Dabei gibt es einen konkreten Österreichbezug (z.B. bei grenzüberschreitenden Konzernen) sowie eine Stimmeneinflussdeckelung im Ausmaß von maximal 10 Stimmen (um großen Unternehmen keinen übermäßigen Einfluss zu gewähren). Die interne Willensbildung erfolgt trotz unterschiedlicher Wertigkeiten von Stimmen demokra-

[117] Die Gremienstruktur ist auf Bundesebene wie auf Ebene der neun Bundesländer sehr ähnlich.

[118] Dafür sind die Jahreslohn-/Jahresgehaltssumme oder andere Maßzahlen für die Größe bzw. Bedeutung der Unternehmen maßgeblich. Unternehmen v.a. mit vielen Beschäftigten (bzw. Unternehmen in humankapitalintensiven Branchen) kommt dadurch ein größeres Gewicht zu als jenen mit geringer Beschäftigungsintensität. Ein in der Fachliteratur zitierter breiter Spielraum für Sondervereinbarungen (vgl. FINK, 2006b) konnte im Rahmen der Gespräche und Recherchen zu dieser Untersuchung nicht empirisch verifiziert werden.

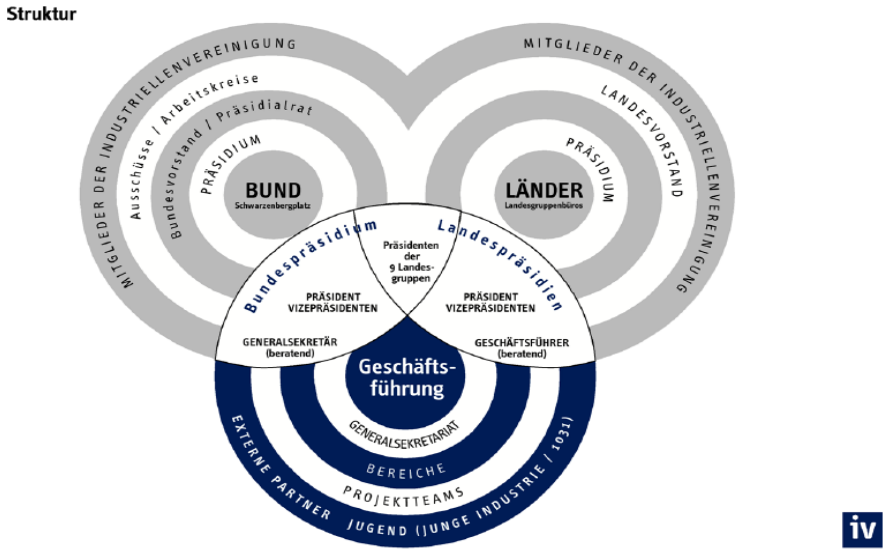
tisch. Und, soweit dies von extern beobachtet werden kann, gibt es dabei einen professionell geführten strukturierten Dialog zwischen Verband und Mitgliedern (Mitgliedschaftslogik).

Die Belegschaftsstrukturen der IV Österreich (sowie der IV-Bundesländergruppen) sind traditionell schlank konzipiert. Die Mitarbeiter sind des Öfteren bereits vor Eintritt in die Organisation mit der Politik, der Wirtschaft oder der Wissenschaft gut vernetzt. Dies schafft Potenziale für die Durchsetzungsfähigkeit. Der Bildungshintergrund der Mitarbeiter ist in der Regel heterogen, wobei hervorzuheben ist, dass es auch akademisch ausgebildete Kompetenzträger mit naturwissenschaftlich-technischer Ausbildung gibt.

Die IV kennt bei Bestehen einer zur WKO (BSI) zurzeit analogen territorialen Unterteilung[119] (s. Tab. 4-7) keine mit den sieben Sparten des Wirtschaftskammersystems vergleichbare fachliche Gliederung.[120] Auf Bundesebene sind die Agenden aktuell allerdings unterteilt in die Abteilungen: *Arbeit und Soziales, Bildung, Innovation, Forschung, Finanzpolitik, Gesellschaftspolitik, Industriepolitik, Internationale Beziehungen, Rechtspolitik und Verwaltungsreform* (Organisationsstruktur der IV Österreich, s. Anhang 3).

Es ergibt sich vor diesem Hintergrund eine weit weniger differenzierte Aufbaustruktur (s. Abb. 4-3),[121] was schlanke Organisationsmuster ermöglicht und die Abstimmung von Bundes- und Landesinteressen vergleichsweise einfach gestalten kann (aber nicht muss). Dafür kann wiederum aber die Integration heterogener Interessensstrukturen erschwert sein.[122]

Abb. 4-3: Zusammenspiel der Strukturen innerhalb der IV-Bundesorganisation/ IV-Landesorganisationen



Q: www.iv-net.at

[119] „Die IV gliedert sich in Landesgruppen, die für die einzelnen Bundesländer oder mehrere Bundesländer gemeinsam gebildet werden. Die Landesgruppen können eigene Satzungen erstellen, die hinsichtlich der Organisation der Landesgruppen von der Satzung der IV abweichende Regelungen enthalten können" (§ 3 Abs. 1 der IV-Vereinsstatuten).

[120] Vgl. Spartenunterscheidung im Wirtschaftskammersystem sowohl auf Bundes- wie auf Bundesländerebene.

[121] Vgl. Anzahl der Gremien und Funktionäre im Wirtschaftskammersystem.

[122] Ausgleich der Interessen von „klassischen" Industrieunternehmen, industrienaher Dienstleister, Energieversorger, Luftfahrtunternehmen etc. Vgl. Sparten der Wirtschaftskammer: *Gewerbe und Handwerk*, *Industrie, Handel, Bank und Versicherung, Transport und Verkehr, Information* und *Consulting*. Die IV repräsentiert letztendlich auch ein heterogenes Unternehmenssample und die Summe der Interessen können z.B. vor dem Hintergrund divergierender bundeslandspezifischer Standortbedingungen auch entsprechend heterogene Interessenslagen hervorbringen.

Die Profilbildung der IV erfolgt in verschiedenen Dimensionen. Sie steht ebenso für Interessensartikulation im Rahmen von Gremienarbeit und seriösem Lobbying (Einflusslogik) wie das Anbieten von Service- und Dienstleistungen. Die Zielgruppenmatrix ist dabei determiniert durch die eigene Klientel, politische Entscheidungsträger (inkl. deren Strukturen bzw. Mitarbeiter, z.B. Kabinettsmitarbeiter) und Medien.

Die Strategien der Interessensdurchsetzung fußen zumindest auf zwei von drei für Interessensvertretungen üblichen Säulen, mit Akzentuierung auf *Information* und *Kommunikation* (vgl. Erläuterungen im Falle der BSI). In über die Zeit abnehmendem Ausmaß sind personelle Durchdringungsstrategien zu beobachten.[123] Generell gelingt es der IV dauerhafte öffentliche Präsenz zu generieren (sowohl auf Bundesebene wie auf Bundesländerebene). Präsidentenfunktion und Sekretariate sind durch medial aktive Akteure besetzt. Aufbau und Unterstützung finden diese Strukturen durch Marketing- und Kommunikationsabteilungen bzw. die Arbeit der einzelnen inhaltlich orientiert Abteilungen.

Tab. 4-7: Territoriale Gliederung der IV (Bundesorganisation, Landesorganisationen, Stand: Juli 2010)

Territoriale Gliederung	Aktuelle Präsidenten	Gründung
Bundesorganisation	Dr. Veit SORGER (Mondi)	11/1946
Burgenland	DI Dr. Werner J. FRANTSITS (Sanochemia)	05/1981
Kärnten	Mag. Otmar PETSCHNIG (Fleischmann & Petschnig Dachdeckung)	05/1947
Niederösterreich	DI Johann MARIHART (Agrana)	05/1981
Oberösterreich	DI Klaus PÖTTINGER (Alois Pöttinger Maschinenfabrik)	02/1947
Salzburg	Mag. Rudolf ZROST (Zementwerk Leube)	05/1948
Steiermark	Mag. Jochen PILDNER-STEINBURG (GAW Grazer Armaturenwerk)	04/1947
Tirol	Dr. Reinhard SCHRETTER (Schretter & Cie)	07/1947
Vorarlberg	Ing. Hubert BERTSCH (Bertsch Holding)	08/1947
Wien	Mag. Georg KAPSCH (Kapsch)	04/1981

Q: ZVR, www.iv-net.at

International ist die IV Österreich – anders als die Wirtschaftskammer(n) Österreich(s) – mit dem europäischen Arbeitgeberdachverband BUSINESSEUROPE[124] (ehemals Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe, UNICE) vernetzt, wodurch sich spezielle Einflussmöglichkeiten auf EU-Ebene ergeben.

Die IV distanziert sich immer wieder von traditionellen Formen interessenspolitischen Ausgleichs (u.a. der Sozialpartnerschaft); nicht nur weil sie kein („gesetzlich verankerter") unmittelbarer Teil davon ist, sondern auch weil sie im interessenspolitischen Positionierungsspiel eine bewusst divergierende Linie

[123] In der Fachliteratur vermerkte Hinweise auf Parteienfinanzierung (s. FINK, 2006b), können im Rahmen der gegenständlichen Untersuchung nicht verifiziert werden – hierzu gibt es aktuell keine belastbare Informationsgrundlage. Einem Gespräch zwischen dem ehemaligen Generalsekretär der IV, Herbert KREJCI, mit der Tageszeitung KURIER (vom 31. August 1980) kann aber folgendes Zitat entnommen werden: „Ja, wir finanzieren Parteien. So wie überall in der westlichen Welt Interessensverbände Parteien unterstützen, mit deren Programmen sie sich identifizieren. Das ist etwas durchaus Legales und Legitimes … Die Industriellenvereinigung versteuert alle Spenden." (nach FAULHABER, 1980, 79).

[124] BUSINESSEUROPE ist ein europäischer Arbeitgeberverband, der seinen Sitz in Brüssel hat (rd. 40 Mitgliedsverbände aus 34 Ländern; s. www.businesseurope.eu).

verfolgen muss.[125] Wie jede andere privatrechtlich organisierte freie Interessensvertretung, leidet aber auch sie an der Trittbrettfahrerproblematik.[126]

In Summe ist die IV eine organisierte Interessensgruppe, welche das materielle Wohlergehen der eigenen Gruppenmitglieder und (nicht zuletzt aufgrund der Bedeutung der Industrie für die gesamte Volkswirtschaft) auch jenes der Gesellschaft insgesamt berücksichtigt. Sie hebt sich ebenso wie die WKO als forcierende Interessensgruppe von spontanen oder nicht organisierten bzw. nicht heterogenen Interessensgruppen ab, und in diesem Sinne erfüllt sie die Anforderungen und Interessen ihrer Mitglieder (vgl. STRAßNER, 2004, oder HAGUE/HARROP, 2007). Die Organisation der Interessen betrifft den Produktions-, Arbeits-, Abgaben-, F&E-, Bildungs- etc. -standort Österreich ebenso wie internationale Relationen. Zudem verwendet die IV polit- und kommunikationsstrategische Methoden, welche Langfristigkeit und Kontinuität voraussetzen.

4.3 Organisation industriepolitischer Interessen iwS

Es gibt im System der durch Hoheitsakt errichtete Körperschaften des öffentlichen Rechts eine geplante, strukturierte und v.a. ausdifferenzierte Aufgabenzuteilung wie Interessensorganisation. Das Parallelsystem der privatrechtlich organisierten freien Unternehmensverbände ist hingegen durch eine heterogene und ungleichrangige Struktur unterschiedlich starker Akteure/Akteursgruppen gekennzeichnet; welches auch zahllose kollektive Hybrid-Akteursformen als systeminterne oder Unternehmens- und Politikberater sowie auch Public-Relations-Firmen u.Ä. als systemexterne Faktoren hervorbringt (s. Tab. 4-8).

Die Vielzahl an Spezial- und Branchenverbänden hat den Vorteil, so gut wie jede Unternehmensgruppe aggregieren bzw. organisieren zu können. Die einzelnen Verbände nehmen einander aber vice versa gegenseitige Wahrnehmbarkeit weg. Die in Tab. 4-8 nicht taxative Auflistung orientiert sich mit den gewählten Kategorisierungsvorgaben (Ziele/Grundsätze; Mitglieder) an folgenden Eigenschaften:

- Verband mit/ohne Pflichtmitgliedschaft
- Verband mit/ohne branchenspezifische Fokussierung
- Verband mit/ohne geografische Fokussierung
- Intermediäre bzw. sonstige Akteursformen[127]

In der interessensorganisatorischen Praxis ist ferner von Bedeutung, ob und wenn ja inwieweit die beobachtete Gruppe als eine einer Hauptstruktur (zumeist WKO oder IV) nachgelagerte Zusammensetzung zu werten ist (Grad der institutionellen Anbindung im Zusammenhang mit Finanzierungsströmen, Entscheidungsträgern, Kommunikationspartnern, Institutionennetzwerken, Mitgliedermanagement/-schnittmengen etc.). Weiters schafft es wohl kein anderes Interessen- und Aktionssystem einen mit den WKO vergleichbar heterogenen Interessenspool zu betreuen (jede andere Interessensvertretung weist signifikante strukturelle Einschränkungen/Schwerpunktsetzungen auf).

Somit zeigt sich bereits in einer schmalen Zusammenstellung, dass neben den konkret bestimmten, durch Hoheitsakt errichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts im Rahmen des WKO-Systems eine Mehrzahl an divergierenden Institutionen bestehen, welche in Österreich als privatrechtlich organisierte freie Unternehmensverbände ohne Pflichtmitgliedschaft agieren. Dies wären ohne branchenmäßige Fokussierung neben der IV z.B. der ÖGV oder das Aktienforum; mit branchenmäßiger Fokussierung z.B. der für die heimische Energiewirtschaft sehr wichtige, mit Sonderverantwortung ausgestattete Verband, „oesterreichs energie“, oder die gemeinschaftliche Vertretung der Medizinprodukteunternehmen Österreichs, AUSTROMED.

---

125 Die IV genießt in vielen Fällen keine rechtliche Privilegierung (gesetzlich garantierte Mitsprache, Begutachtungsrecht von Gesetzesentwürfen etc.). Damit muss sie Alternativstrategien entwickeln.

126 Wenn auch auf einem im Vergleich zu Arbeitnehmerinteressen verfolgenden Organisationseinheiten niedrigerem Niveau (aufgrund des anzahlmäßig komparativ kleineren Mitgliederpools). Da die Mitgliedschaft auf Freiwilligkeit aufgebaut ist, wird sich auf absehbare Zeit daran nichts ändern.

127 Diese können sich in ihrer geografischen Orientierung oder ihrem institutionellen Anbindungsgrad wiederum deutlich voneinander unterscheiden.

Tab. 4-8: Institutionen zur Organisation industriepolitischer Interessen iwS (Stand: Jänner 2011)

		Ziele/Grundsätze[128]	Mitglieder
universal aktiv	Durch Hoheitsakt errichtete Körperschaften des öffentlichen Rechts		
	WKO	*Globalziele*: • Leistung fördern und solidarisch handeln • Europäisch denken • International agieren • Selbst verwalten und Subsidiarität leben • Sozialpartnerschaft weiterentwickeln • Soziale Verantwortung übernehmen	• Alle physischen und juristischen Personen sowie sonstige Rechtsträger, die Unternehmungen des Gewerbes, des Handwerks, der Industrie, des Bergbaues, des Handels, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, des Verkehrs, des Nachrichtenverkehrs, des Rundfunks, des Tourismus und der Freizeitwirtschaft sowie sonstiger Dienstleistungen rechtmäßig selbständig betreiben oder zu betreiben berechtigt sind; • auch alle im Firmenbuch eingetragenen Holdinggesellschaften, soweit ihnen zumindest ein WKO-Mitglied angehört
	Privatrechtlich organisierte freie Unternehmensverbände ohne Pflichtmitgliedschaft, ohne branchenmäßige Fokussierung, auf Bundesebene (Auswahl)		
	IV	• Zusammenfassen in Österreich tätiger industrieller und im Zusammenhang mit der Industrie stehender Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte • ihre Interessen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten/wahrzunehmen • industrielle Entwicklungen zu fördern • Sichern der Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums • Förderung des Verständnisses für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung	• Unternehmen der österreichischen Industrie • Vertreter industrienaher Dienstleistungen • Energieversorger • Luftfahrtunternehmen • u.Ä.
	ÖGV	• Vertretung der Werte der sozialen Marktwirtschaft (Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung) für den österreichischen Mittelstand	• KMU • Vertreter freier Berufe • Familienunternehmen
	Aktien-forum	• Moderne Unternehmensfinanzierung über den Kapitalmarkt	• Börsenotierte Unternehmen Österreichs • Banken und Finanzdienstleister • Berater und Kapitalmarktexperten • Interessenvertretungen
sektoral aktiv	Privatrechtlich organisierte freie Unternehmensverbände ohne Pflichtmitgliedschaft, mit branchenmäßiger Fokussierung, auf Bundesebene (Auswahl)		
	oester-reichs energie	• Entwicklung rechtlicher, regulatorischer, technischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für einen liberalisierten Strommarkt • KV-Verhandlungen; KV-Verträge	• Unternehmen der österreichischen E-Wirtschaft
	AUSTRO-MED	• Förderung und Erhaltung hoher Qualitätsstandards bei der Herstellung und dem Vertrieb von Medizinprodukten in Österreich, die Versorgung der Einrichtungen des Gesundheitswesens mit Produkten entsprechend dem jeweils aktuellen Stand der Technik und Sicherheit und in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden Gesetzen und Normen, weiters die Unterstützung von Innovationen im Gesundheitswesen	• Alle Unternehmen, die in der Produktion und dem Handel mit Medizinprodukten in Österreich tätig sind
	Kollektive Hybrid-Akteursformen, mit branchenmäßiger Fokussierung, auf Bundesebene (Auswahl)		
	ARGE Auto-motive Zuliefer-industrie	• Verbesserung des Images und der öffentlichen Wahrnehmung österreichischer Automobilzulieferer und Optimierung der industriepolitischen Rahmenbedingungen • fachspezifische Betreuung der automotiven Zulieferbetriebe, die in der WKO vertreten sind • Interessenvertretung der gesamten Automobilzulieferindustrie Österreichs in Abstimmung mit den Fachverbänden der WKÖ • Dienstleistungs- und Serviceorganisation • Ergänzung der Aktivitäten der regionalen Clusterorganisationen und partnerschaftliche Kooperation	• WKO • BSI • Fachverband Maschinen und Metallwaren • Fachverband der chemischen Industrie • Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie • Fachverband der Textilindustrie, • Fachverband der Gießereiindustrie • AWO der WKO.
	ARGE proHolz Austria	• Holzwerbung und Imagepflege in der breiten Öffentlichkeit • Information und Beratung der Fachöffentlichkeit • Schaffung und Pflege von Plattformen und Netzwerken • Werbung für heimisches Holz, für Holz-Werkstoffe, Produkte und Anwendungen in Exportmärkten • Kommunikation und Impulsarbeit für Innovationen in Technik und Architektur	• Fachverband der Holzindustrie Österreichs • Bundesgremium des Holz- und Baustoffhandels • Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs • Bundesinnung der Zimmermeister • Bundesinnung der Tischler • Interessenverbände der Holzwirtschaft
diverse	Politikberater, PR-Agenturen etc., ohne branchenmäßige Fokussierung (Auswahl) (Auswahl)		
	KWI	• Organisations- und Standortentwicklung • Innovationsstrategien • General- und Fachplanung	(-)
	BCG	• Entwicklung von *International Good Practices*	(-)

Q: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage des www

[128] Auflistung gemäß Primärauswahl (Schwerpunktsetzung)

Kollektive Hybrid-Akteursformen sind häufig an das WKO-System angeschlossene Körperschaften (und damit zur Vermeidung von Konkurrenzstrukturen gewöhnlich mit branchenmäßiger Fokussierung). Eine der aktivsten, erfolgreichsten und gerade in den letzten Jahren der globalen Finanz- und Konjunkturkrise bedeutendsten Organisationen verkörpert die ARGE Automotive Zulieferindustrie. Definitorisch könnten an diesen Akteursgruppen prinzipiell auch privatrechtlich organisierte freie Unternehmensverbände oder Einzelunternehmen beteiligt sein (Hybride im klassischen Sinne).[129]

Die mit Abstand größte Vielfalt – nicht zuletzt im Zusammenhang mit Qualität und Organisationsprofessionalität – findet sich in der Gruppe der systemexternen Akteure (v.a. Beraterlandschaft).

4.4 Zwischenresümee

Kapitel 4 der gegenständlichen Untersuchungen stellt die Organisation der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung in Österreich auf der einen Seite sowie die Organisation industriepolitischer Interessen ieS wie iwS auf der anderen Seite in den Blickpunkt des analytischen Interesses.

So gibt es einerseits in der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung letztendlich nur einen einzigen identitätsstiftenden Akteur – das überdurchschnittlich marktfinanzierte Industriewissenschaftliche Institut (IWI). Andere außeruniversitäre Wirtschaftsforschungsinstitute haben hinsichtlich der relevanten Methoden, Forschungsagenden u.Ä. eine vergleichsweise geringe industrieökonomische Durchdringungsrate bzw. sind vor dem Hintergrund ihrer institutionellen Tradition sowie v.a. Eigentümer-Subventionierungs-/Finanzierungsstruktur keine kontinuierlichen und verlässlichen industriepolitischen/-ökonomischen Informationslieferanten. Allerdings scheinen die vorhandenen Forschungsstrukturen im Vergleich zur sehr komplex konfigurierten informationsnachfragenden interessenspolitischen Seite klein, mitunter unterkritisch zu sein. Strukturnachteile versucht das Institut deshalb mit Ansätzen wie Themenflexibilität, Bottom-up Wirtschaftsforschung, der Orientierung an idealen Entwicklungspfaden sowie einer weit gefassten systemorientierten Untersuchungsphilosophie aufzufangen.

Es gibt im gemischten Interessenssystem ein gleichzeitiges Wirken von durch Hoheitsakt errichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts als gesetzliche berufliche Vertretungen (WKO) und von privatrechtlich organisierten freien Unternehmensverbänden ohne Pflichtmitgliedschaft, abseits der Sozialpartnerschaft (IV; aber ebenso eine größere Anzahl von kleineren Spezial- und Branchenverbänden).

Die WKO und ihre vielen Institutionen und Fachorganisationen – wozu insbesondere die 18 Fachverbände der BSI bzw. auch die BSI selbst zu zählen sind – sind ein unverzichtbares Kernelement der österreichischen Sozialpartnerschaft und damit der traditionellen Form des interessenspolitischen Ausgleichs in Österreich. Die WKO fokussieren auf das materielle Wohlergehen der durch Gesetz bestimmten Gruppenmitglieder und dienen in ihrer rechtlichen Bindung direkt und indirekt der gesamten heimischen Volkswirtschaft. Sie heben sich als forcierende Interessensgruppe von spontanen oder nicht organisierten bzw. nicht heterogenen Interessensgruppen ab, und in diesem Sinne erfüllen sie die Anforderungen und Interessen ihrer Mitglieder. Die Organisation der Interessen betrifft die gesamte Palette wirtschaftsrelevanter Agenden und ebenso internationale Dimensionen. Das WKG regelt den umfassenden Aufbau, die Zusammensetzung, die Zuständigkeiten oder die Bestellung des Institutionengefüges.

Die IV ist wie die WKO eine auf Dauer eingerichtete, überlokale, organisierte Interessensgruppe, welche das materielle Wohlergehen der eigenen Gruppenmitglieder und aufgrund der Bedeutung der Industrie und ihrer angrenzenden Sektoren für die gesamte Volkswirtschaft aber ebenso auch jenes der Gesellschaft insgesamt berücksichtigt. Auch sie hebt sich als forcierende Interessensgruppe von spontanen oder nicht organisierten bzw. nicht heterogenen Interessensgruppen ab und in diesem Sinne erfüllt sie die Anforderungen und Interessen ihrer Mitglieder, die parallel zur IV auch in der WKO interessenspolitisch vertreten sind. Die Organisation der Interessen betrifft den Produktions-, Arbeits-, F&E-, Bildungs-, Abgaben- etc. -standort Österreich ebenso wie europäische Dimensionen. Österreich kennt kein gesetzliches Interessensvertretungsmonopol und deshalb besteht die Möglichkeit der Organisationsexistenz eines komplexen privatrechtlichen Interessensraums abseits der IV.

[129] Die Satzung einer ARGE kann gemäß § 16 Abs. 7 WKG vorsehen, unter welchen Voraussetzungen Kammermitglieder, sonstige physische und juristische Personen sowie andere Rechtsträger als Mitglieder auf deren Antrag aufgenommen werden können, wenn sie bereit sind, die Ziele der ARGE zu unterstützen.

Die vorliegenden Erläuterungen lassen ohne nähere Beschreibungen der Relationen innerhalb von Netzwerken (z.B. BSI cum IV) bzw. außerhalb (BSI/IV cum Politik) sowie einer qualifizierten Attributsanalyse v.a. des Beziehungsgeflechts (*Wie sieht die Qualität des Interaktionsmusters aus?*) bei einem groso modo kompletten Vertretungsanspruch keine missionsgefährdenden Strukturschwächen auf Seiten der Interessensakteure erkennen. Allgemein wirkt die BSI in einem ausnehmend differenzierten System interessenspolitischer Organisation und sollte hinsichtlich Interessensaggregation, Interessensselektion, Interessensartikulation und Integration eigentlich keine signifikanten Spielräume eröffnen. Aber es gibt sie – nämlich gerade weil die Interessensstrukturen für freie Interessensverbände in Österreich weniger heterogen sind als durch Hoheitsakt errichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die betrifft in einem föderalen Staat nicht zuletzt die notwendige Abstimmung zwischen Bundes- und Landesinteressen.

5 Grundlegende Relationsbetrachtungen der forschenden und interessenbekundenden Träger der Industriepolitik in Österreich

Die notwenigen Bausteine eines Systems sind Komponenten[130] Relationen[131] und Attribute[132]. Netzwerke sind damit nicht nur durch ihren Umfang bzw. ihre Grenze[133] sowie ihre Akteure definiert, sondern auch und v.a. durch die Verbindungen und Verbindungseigenschaften.

Ein komplexes System von Interaktionsmustern sowie Akteursbeziehungseigenschaften steht im Mittelpunkt von Kapitel 5. Aufgabe ist die Status-quo-Betrachtung der Akteurs-/Akteursgruppen-Verflechtungsmustern und dadurch auch von Akteurs-/Akteursgruppen-Attributen der wesentlichen forschenden und interessenbekundenden Träger der Industriepolitik in Österreich (v.a. auf Bundesebene). Dafür werden Intermediärverknüpfungen in deren Kooperations- und Wechselwirkungsdimensionen dargestellt bzw. die Ebene intraorganisationaler Netzwerke (vgl. u.a. Wissensmanagement in lernenden Institutionen) zugunsten interorganisationaler Muster verlassen. Es geschieht in Ergänzung zu Kapitel 4 die systembezogene Beschreibung von Funktions- und Arbeitsweisen sowie des dynamischen Einflusspotenzials von IWI, BSI und IV im politischen System Österreichs.

Einige der in Kapitel 5 angewandten Methoden haben hohen Neuheitscharakter. So werden etwa anhand einer IWI-projektbezogenen Sozialen Netzwerkanalyse (SNA) die wichtigsten Vernetzungsmuster zu und innerhalb von Auftraggebergruppen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung grafisch dargestellt und interpretiert.[134] Allgemein stehen Netzwerke immer öfter und auf Basis fundierter Methoden im Blickpunkt politikökonomischer wissenschaftlicher Betrachtungen. Denn die Wissenschaft hat erkannt, dass die Nutzung von Netzwerken Gestaltungsspielräume sichert, welche nicht zuletzt in unberechenbaren Zeiten globaler Finanz- und Konjunkturkrisen belastbare Aussagen hervorbringen und robustes Handeln ermöglichen, sowie letztendlich resiliente Eigenschaften bei den Akteuren fördern kann.[135] Um Netzwerke aktivieren und nutzen zu können, muss zuvor freilich der Zugang zu und die Positionierung im Netzwerk gelingen, was im Kontext zur unternehmensnahen angewandten Industrieforschung in erster Linie über industriewissenschaftliche Methoden, Themen und Aussagen zu bewerkstelligen ist (vgl. Kap. 6).

Folgende Fragestellungen stehen im Mittelpunkt des Interesses: *Wie gestaltet sich das grundlegende Beziehungs- und Machtgeflecht zwischen den wichtigen industrieökonomischen/-politischen Forschungs- und Interessensgruppen? Wie sieht die Beschaffenheit der Netzwerke z.B. hinsichtlich Umfang und Stabilität aus? Werden vor dem Hintergrund der Organisation unternehmensnahen angewandter Industrieforschung auf der einen Seite sowie die Organisation industriepolitischer Interessen auf der anderen Seite industrieökonomische/-politische Wissensnetzwerke bewirkt? Wie agiert die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung als Co-Sensorium im Prozess der Interessensselektion? Gibt es dynamische Einflussgrößen aufgrund temporärer Entwicklungen?*

---

130 Komponenten stellen die operativen Teile eines Systems dar und treten in den verschiedensten Formen auf. Individuen, Unternehmen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verkörpern gleichermaßen (System-) Komponenten wie gesetzliche Regelungen oder physische bzw. technologische Schöpfungen.

131 Relationen sind die Verbindungskanäle zwischen den verschiedenen Systemkomponenten. Je ausgeprägter die Interaktionen über diese Kanäle stattfinden, desto dynamischer kann sich ein System präsentieren.

132 Attribute charakterisieren das System. Sie beschreiben die Eigenschaften der Komponenten sowie die Beziehungen zwischen diesen.

133 Jedes System wird durch seine Systemgrenze von der Umwelt getrennt. Die Umwelt enthält Faktoren, welche für das System extern sind (Faktoren, die Impulse abgeben, nicht aber aufnehmen). Im Rahmen der nachfolgenden Ausführungen werden die Systemgrenzen nicht explizit vorgegeben, um analytische/interpretative Restriktionen zu minimieren.

134 Das Verständnis einer SNA im Rahmen dieser Arbeit unterscheidet sich von der Herangehensweise z.B. in KRITZINGER/MICHALWOTZ (2009) insofern, als hier keine Interviews durchgeführt werden müssen (anstatt dessen werden bereits bestehende Informationsblöcke/Daten verknüpft). Die technischen Ausführungen zum spezifischen Methodenansatz finden sich in Anhang 6.

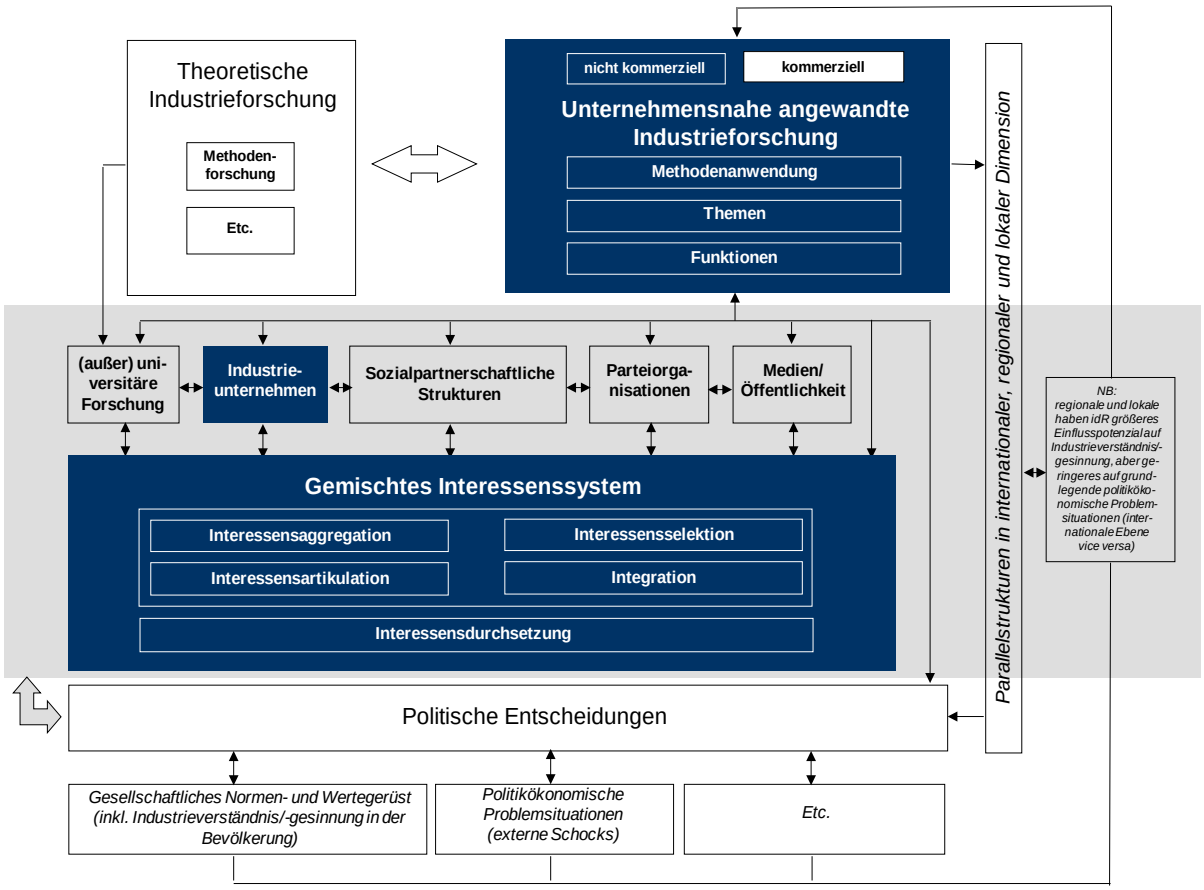
135 „Resilience thinking teaches us about the dynamics and cycles of living systems, about growth and death, creation, innovation and creative destruction, about the up and downs of systems being alive, including our economy and our society. Network theory provides a strict language to describe those dynamics“ (KATZMAIR, 2010).

5.1 Wissensströme über das Projekt- und Forschungsnetzwerk der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung

Eine systematisch geordnete Zusammenschau aller industriepolitisch relevanten Organisationseinheiten und zusätzlich ihrer intermediären wissensbasierten Verflechtungsstrukturen gibt es bis dato nicht und wird es ohne signifikante deterministische Negativabgrenzungen aufgrund der implementierten Variantenvielfalt auch nicht geben können. Inwieweit die einzelnen relevanten Akteure auf einer Metaebene in internationale Wissens-Netzwerke eingebunden sind, ist ebenso (noch) eine Black-Box.[136]

Nichtsdestotrotz findet sich nachstehend eine schematische Darstellung zu den wesentlichen Positionierungen sowie grundsätzlichen Interaktionskanälen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung im industriepolitischen System Österreichs.

Abb. 5-1: Positionierungen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung und grundsätzliche wissensbasierte Interaktionskanäle im industriepolitischen System Österreichs (schematische Darstellung)



Q: Eigene Darstellung

Aus Abb. 5-1 wird ersichtlich, dass sich die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in engem inhaltlichem Zusammenspiel mit der theoretischen Industrieforschung begründet. Im Sinne einer traditionell starken Anbindung an universitäre Strukturen – hier konkret die Wirtschaftsuniversität Wien, mit über die Zeit allerdings wechselnden Lehrstuhlvernetzungen – werden allem voran aus dem Bereich der Methodenforschung wichtige Impulse für die spätere außeruniversitäre Anwendung generiert. In diesem Aspekt gibt es eine strukturelle Unterschiedlichkeit zur Beratungs- bzw. Consultinglandschaft, welche diesen Weg der mühsamen und langfristigen Kompetenzgewinnung in der Regel

[136] Nachdem durch den Beitritt Österreichs zur EU wesentliche Agenden auf supranationale Ebene gehievt wurden, ist dieser Bereich noch sehr unbeleuchtet.

nicht bereit ist zu gehen. Ausschließlich kommerziell lässt sich die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in Österreich mit ihrer Wertschätzung auch für nichtmarktorientierte Tätigkeiten damit nicht realisieren. So wundert es nicht, dass das IWI als gemeinnütziger Verein konzipiert ist, der per se auch gar keinen Gewinnerzielungsanspruch stellt.

Werden die für diese Untersuchung avisierten Wissens-Strukturen in den besonderen analytischen Blickpunkt des mittelbaren Informationstransfers gestellt, so sind es trotzdem die Unternehmen (insbesondere der Industrie) selbst, welche mit ihrem Aussagen- und Bedarfsprofil die wichtigste Macht- und Einflussgröße auf alle vor- und nachgereihten Prozesse bilden. Mit ihnen steht die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung im Sinne einer „Hands-on"-Philosophie auch im intensiven direkten Diskurs (Funktion als Co-Sensorium im Prozess der Interessensselektion), was ihre Position gegenüber interessenspolitischen Akteuren verbessert und so ein verhältnismäßig ausgeglichenes Machtverhältnis begünstigt. Nicht zuletzt für die Politik ist dies, ein Argumentationskriterium, um den (direkten) Kontakt für eine inhaltsgebundene Zusammenarbeit mit der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung zu suchen (Sensoriumpolitik, inhaltliche Repräsentanz).

Die Themen und Inhalte der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung finden in einer Mehrzahl der Anwendungsfälle über verschiedene Interaktionskanäle ihren Weg zu den politischen Entscheidungsträgern:

- Erstens, es bieten sich die Möglichkeit und der Anspruch, mit der Seite der (wirtschafts-) politischen Entscheidungsträger (bzw. in deren Einflussbereich stehenden Strukturen) unmittelbaren Forschungskontakt aufzunehmen. Die Kontaktaufnahme erfolgt dabei direkt bzw. nicht selten informationsnachfrageseitig und unterliegt tendenziell den tagespolitischen Politik-Rhythmen z.B. von Regierungskabinetten (Kurzfristigkeit, Kommunikationstauglichkeit der Aussagen etc.); oder es kommen im Rahmen von Projektausschreibungen (z.B. Evaluierungen von wirtschaftspolitischen Förderprogrammen) die Verbindungen zu Stande,[137] welche sodann den üblichen Gesetzmäßigkeiten der Auftragsforschung unterliegen (inkl. Verfügbarkeit von Zeitbudgets, hohem analytischem Anspruch etc.).[138] In beiden Fällen kann es auftragnehmer- wie auftraggeberseitig zu Konsortialbildungen kommen. In diesem Sinne gelangen die Ergebnisse der unternehmensnahen außeruniversitären Industrieforschung direkt und interessenspolitisch unberührt an die politischen Entscheidungsträger. Die Institutionenbeziehungen sind in der Regel von bereits bestehenden Kontakten geprägt.
- Zweitens, der Informationsfluss erfolgt mittelbar über verschiedene akteursgeprägte Angelpunkte des politischen Systems. Hier kommen unterschiedliche Gruppen- und Beziehungsmuster ins Spiel. Auch und v.a. die in Kapitel 4 beschriebenen zentralen Spieler des gemischten Interessenssystems bzw. die durch Hoheitsakt errichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts als gesetzliche berufliche Vertretungen (BSI im Speziellen) und die privatrechtlich organisierten freien Unternehmensverbände ohne Pflichtmitgliedschaft, abseits der Sozialpartnerschaft (IV im Speziellen) sind diesem Funktionsfeld zugehörig. Ferner messen die Systeme eine immer größere Bedeutung dem Verhalten der Medien bei.

In der Variante zwei findet in der Regel ein inhaltlicher Übersetzungsprozess statt, der für die unternehmensnahen angewandten Industrieforschung Fluch und Segen zugleich sein kann. Einerseits kann die verkürzt-pointierte und/oder politisch eingesetzte Darbietung (komplexer) industriewissenschaftlicher Aussagen zu Missverständnissen führen bzw. mehr Fragen aufwerfen als beantworten – ein Problem der Forschung allgemein. Andererseits weist die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in ihren Aussagen und Strategielinien einen in der Regel nicht allzu großen Bezug zur politischen Maßnahmen-/Instrumentarienebene aus (vgl. Abschn. 6.1), und sie würde daher im politischen Spiel ohne Wissens-Transferriemen weniger Anklang finden.[139] Die Erfahrungen der letzten Jahre (Jahrzehnte) zeigen, dass im Lichte der konkret handelnden Personen (v.a. wenn industriepolitische Interessensvertretungen Forschungsaufträge erteilen) in Summe die Vorteile größer sind als die

---

137 Die Spielregeln zur öffentlichen Vergabe von Auftragsforschungsprojekten für die außeruniversitäre Wirtschaftsforschung sind zwar noch nicht perfekt, haben sich im vergangenen Jahrzehnt aber deutlich verbessert bzw. sind im Sinne der Nachvollziehbarkeit heute ungleich ordentlicher/transparenter und damit professioneller (allgemeingültige vergaberechtliche Vorgaben, Qualität von Ausschreibungsunterlagen, Beurteilungskommissionen, interne Revisionen, Internationalisierungsanspruch etc.). Trotzdem gibt es nach wie vor prozedurale Schwachstellen.

138 Ein ebenso möglicher Weg z.B. über Parteiorganisationen (bzw. Vorfeldorganisationen der Parteien) wird dagegen relativ selten beschritten.

139 An mit der Interessensdurchsetzung zu vergleichenden Strategien wie der persönlichen Durchdringung ist gar nicht zu denken (Prinzip „Geld für die Forschung und nicht für den Netzwerkumfang"). Allerdings bildet die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung Fachpersonal aus, welches mit zeitlicher Verzögerung auch in Positionen der Auftraggebersphäre gelangt.

Nachteile (sowohl in Bezug auf die Forschungs- als auch die gesamtwirtschaftliche Wirkungsebene).[140]

Für die gegenständliche Analyse von primärer Beachtung: IWI, IV und BSI begründen in ihren inhaltsbezogenen Aktivitäten ein Wissensnetzwerk (s. auch Abschn. 5.3),[141] wobei in Hinblick auf Themen wie FTI-, Beschäftigungs- und Produktionsstandort ein im internationalen Vergleich sogar hoher Themenentwicklungsgrad erreicht wird (vgl. industriepolitische Themen- und Maßnahmenbetrachtung in Kapitel 6). Die entsprechenden Themenpfade werden über die Zeit verhältnismäßig kontrolliert entwickelt und über Impulse bzw. Rückkoppelungen der industriepolitischen Anwendungsseite angereichert. Für die Etablierung robuster Wissensnetzwerke muss aber das Vorhandensein einer kritischen Größe an industrierelevanten Themen sowie eine größere Anzahl an Querschnittsinhalten vorausgesetzt sein.[142]

Ein Blick auf das konkrete Projekt- und Forschungsnetzwerk des IWI bestätigt die voranstehende Skizze in der Praxis. In den vergangenen acht Jahren zeigt sich ein intensives Zusammenspiel zwischen IWI, IV, BSI und kleineren branchengerichteten Spezialverbänden ebenso wie zwischen IWI und verschiedenen Bundesministerien und anderen hoheitlichen Entscheidungsinstitutionen (mit Zuständigkeiten insbesondere für Wirtschaft und Arbeit auf der einen Seite sowie Innovation, Verkehr oder Qualifikation auf der anderen Seite). Ersichtlich wird freilich ebenso die IWI-Sonderfunktion im Rahmen von Akkreditierungssprozessen für Fachhochschulstudiengänge sowie die gelegentliche Zusammenarbeit des IWI mit kleineren Randakteuren. Obzwar ein stets intensiver Kontakt mit den Unternehmen der Volkswirtschaft im Allgemeinen und den Unternehmen der Industrie im Speziellen gehalten wird, schlägt sich dieser nur gering in Auftraggeberrelationen nieder.[143]

Die Zusammenfassung der Vernetzung über alle IWI-Projekte kann als Soziales Netzwerk, bestehend aus Knoten (Institutionen) und Kanten (Verbindungen) aufgefasst werden. Unter Berücksichtigung der wichtigsten internen Vernetzungsstrukturen im WKO-Netzwerk ebenso wie im IV-Netzwerk[144] präsentieren sich die Ergebnisse einer SNA-Betrachtung zu den anwendungsbezogenen Beteiligungsgruppen unternehmensnaher angewandter Industrieforschung in Österreich wie in Abb. 5-2 dargestellt. Zu beachten ist dabei, dass jeder einzelne graue Punkt für ein zählbares IWI-Forschungsprojekt steht, jeder einzelne blaue Punkt entspricht einem Förderer/Geldgeber (über die Zeit können mehrere Projektvorhaben mit ein und demselben Financier[145] realisiert werden; die unterschiedliche Dimensionierung ist nicht berücksichtigt) und jeder rote Punkt ist Ausdruck für einen IWI-Kooperationspartner (unabhängig von der Partnergröße und Bedeutung in der jeweiligen Initiative).

- Der linke untere Quadrant C_1 weist die verhältnismäßig homogene IWI-Projektvernetzung mit Körperschaften der WKO aus. Im gegebenen Beobachtungszeitraum werden die meisten Projekt-

---

140 Dies gilt insbesondere auch für interessensgerichtete Wissenstransferstrukturen auf Bundesländerebene, wobei mit manchen Bundesländern – struktur- und themenbedingt v.a. jene mit prominenten industrieökonomischen/-politischen Belangen – ein intensiver Kontakt besteht (Oberösterreich, Steiermark, Niederösterreich etc.; oder auch Burgenland oder Vorarlberg).

141 *Wissensgemeinschaften* (engl. Knowledge Communities) sind über einen längeren Zeitraum bestehende Personengruppen, die Interesse an einem gemeinsamen Thema haben und Wissen gemeinsam aufbauen und austauschen wollen. Die Teilnahme ist freiwillig und persönlich. Wissensgemeinschaften sind um spezifische Inhalte gruppiert (vgl. NORTH et al., 2000). Gemäß NORTH et al. werden Wissensgemeinschaften als *Communities of Practice* (CoPs) bezeichnet. Es handelt sich idR um eine überschaubare Anzahl von Mitgliedern. Über die gemeinsame Aufgabe bzw. Arbeit erschließt sich die gemeinsam geteilte Art und Weise zu arbeiten. CoPs sind nur schwer steuer- und kontrollierbar, wenn sie auch ausgezeichnete Plattformen für Wissensarbeit darstellen (vgl. ZUCKER/SCHMITZ, 2000). *Wissensnetzwerke* (engl. Knowledge Networks) sind dagegen inter- und intraorganisationale Netzwerke, in denen Wissen zwischen den Beteiligten – sogenannten Wissensträgern – ausgetauscht wird (vgl. SEUFERT/SEUFERT, 1998). Als Wissensträger werden dabei die Personen bezeichnet, die auf einem bestimmten Themengebiet als Experten angesehen werden (Themen-Netzwerke oder Experten-Netzwerke). Das Wissen mit anderen zu teilen beruht aber ebenso auf Freiwilligkeit (SCHÜTT, 2000). Für weiterführende Betrachtungen s. BRÜHL (2003).

142 Zur Bestätigung beider Kriterien s. die seitens der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung behandelte Themenmatrix (Kapitel 6).

143 Der Unternehmenskontakt wird als Forschungsgegenstand intensiv und kontinuierlich gehalten (empirische Schwerpunktsetzungen in angewandten Forschungsprojekten, unabhängig von der konkreten Auftraggebersituation).

144 In Abb. 5-2 sind Vernetzungsmuster innerhalb des Systems der WKO (BSI cum Fachverbände der BSI, Stabsabteilungen der WKO, Landesorganisationen der WKO im Allgemeinen und der Sparten Industrie im Speziellen) sowie innerhalb des Systems der IV (IV-Bundesorganisation cum IV-Landesorganisationen) dargestellt. Die Annahme dahinter: Forschungsergebnisse für einen Teilsystembereich dieser beiden Subsysteme können unter relativ geringem Aufwand im gesamten BSI- bzw. IV-System diffundieren. Die ausgewiesenen Kanten drücken damit nicht nur die Verbindungen zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern, sondern auch interne Auftraggebernetzwerkrelationen aus.

145 Ein Financier eines Forschungsprojektes zu sein, bedeutet nicht zwingend eine ex ante determinierte Gegenleistung zu erhalten, die Interessen im Sinne interessenspolitischer Strategien dienen. Es kann auch der Wille eines Financiers sein, dass sich die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung mit Lösungen auseinandersetzt, die dann sofort im Sinne eines öffentlichen Gutes der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden (inkl. Methodenarbeiten).

vorhaben mit den einzelnen Fachverbänden der BSI realisiert; eine Vielzahl an Projekten wird aber auch unter Beteiligung verschiedener WKO-Stabsabteilungen umgesetzt. Projekte mit WKO-Landesorganisationen „franzen“ etwas in den Quadranten D_1 hinaus, was im Zusammenhang mit etwas komplexeren Auftraggeberkonsortien steht. Es zeigt sich, dass die Dichte an Projektpartnern relativ strukturiert ist. Wenn, dann werden partnerschaftliche Strukturen bemüht, die nicht einmalig sind, sondern über die Zeit immer wieder Bestand haben können.

- Das Netzwerk an IV-Projekten (Bundes- wie Landesebene) des IWI gestaltet sich ähnlich homogen wie im Falle der WKO; auch die Gesamtdimension und das partielle Ausfranzen der Grenzen sind vergleichbar. Die Strukturen erstrecken sich im Wesentlichen im Schnittbereich zwischen den beiden Quadranten B_1 (rechts oben) und D_1 (rechts unten). Umfang und Intensität von Kooperationsbeziehungen sind vergleichbar mit der Situation des WKO-Projektnetzwerkes.
- Im Zwischenfeld der IWI-Projektvernetzungen mit Körperschaften der WKO sowie mit den einzelnen Institutionen der IV (inkl. Landesgruppen) – v.a. im Quadranten D_1 – präsentiert sich das Wissensgeflecht zwischen IWI und verschiedenen Bundesministerien (v.a. Bundesminiserien für wirtschaftliche Angelegenheiten; aktuell BMWFJ), mit Institutionen wie dem RAT-FTE oder der ABA. Aber auch Vorhaben im Auftrag der WU Wien oder einzelne Bedarfs- und Akzeptanzanalysen für diverse Fachhochschulträger finden sich in diesen heterogenen Strukturmustern. Interessanterweise gibt es in diesem Feld häufige und sehr unterschiedliche Auftraggebervernetzungen. Kooperationsbeziehungen sind tendenziell singulär und im Kontext zur konkreten Aufgabenstellung zu sehen.
- Der obere Bereich des Quadranten B_1 hin zum Quadranten A_1 spiegelt die IWI-Aktivitäten im Rahmen von Akkreditierungssprozessen für Fachhochschulstudiengänge wider. Die Tätigkeiten haben Tradition in der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung, müssen aber nicht zwingend in unmittelbaren Bezug industriepolitischer Fragestellungen stehen.
- Verschiedene konzentrierte Initiativen sowie zahlreiche Einzelbeziehungen finden sich über sämtliche Quadranten in den Randbereichen der Darstellung. Hier zeigen sich Vorhaben, die ausschließlich zwischen dem IWI und einem speziellen Auftraggeber über mehrere Jahre in abgrenzbarer Weise bzw. in mehreren Projektteilen realisiert werden, ebenso wie Kooperationsknoten, die sich im Zusammenspiel einer größeren Anzahl an Projektpartnern mit einem einzelnen Financier bilden.
- Zwischen den einzelnen Schwerpunktstrukturen verteilt finden sich Grundlagenforschungsprojekte, finanziert z.B. vom Jubiläumsfonds der OeNB.

In Summe sind es 38 Kooperationspartner (unter ihnen befinden sich auch WIFO, IHS, KMFA oder JR), die in den Jahren 2003 bis 2010 gemeinsam mit dem IWI für 97 unterschiedliche Auftraggeber bzw. Financiers Forschungsprojektergebnisse hervorgebracht haben. Das Netzwerk besteht in Summe aus 318 Knoten und 574 Kanten. Die Gesamtbetrachtung belegt einen Kontrast zwischen zentralen und gut vernetzten Institutionen einerseits (IWI, BSI, IV, verschiedene hoheitliche Akteure) und im Randbereich der Darstellung positionierten „Außenseitern“ andererseits.[146] Es sind zudem innerhalb der zentralen Bereiche der Analyse Strukturen erkennbar, indem in der Mitte jene Institutionen angeordnet sind, die in zahlreichen Projekten in viele Richtungen verbunden sind, und am Rand der Zentralkomponente die nur schwach vernetzten Institutionen.

Werden die internen Vernetzungsstrukturen bei BSI und IV dagegen außer Acht gelassen, ergeben sich auf Grundlage der gegenständlichen SNA-Anwendung trotzdem sehr ähnliche Strukturen (s. Abb. 5-3). Nur die Quadrantenzuteilung ist in Einzelfällen divergierend.[147] Das Netzwerk besteht in Summe zwar immer noch aus 318 Knoten, die Anzahl der Kanten hat sich aber definitionsgemäß verringert.

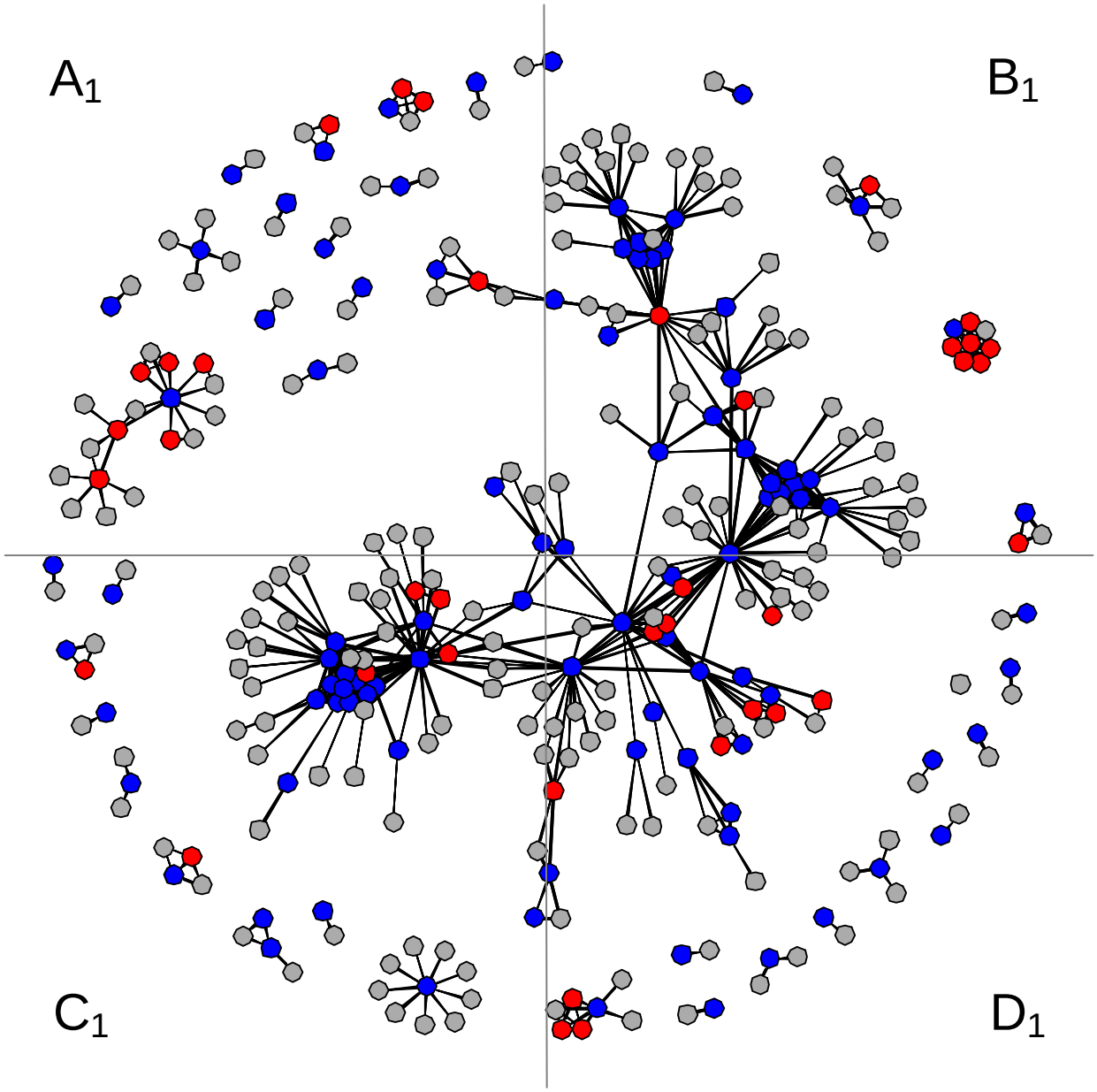
Die Qualität der Informationsströme kann aufgrund der Vielzahl an inhaltlich nur schwer vergleichbaren Projektaktivitäten im Rahmen einer SNA nicht oder nur sehr unübersichtlich dargestellt werden. Im Rahmen verschiedener, tendenziell qualitativer Untersuchungspartialen in den nachfolgenden Kapiteln (s. u.a. Kapitel 6) dieser Arbeit wird deshalb speziell auch dieser Frage nachgegangen. Vor diesem Hintergrund wird sodann auch jener Aspekt beleuchtet, der die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in der Wahl von Methoden und Themen in den analytischen Blickpunkt stellt.

---

[146] Was in dieser Betrachtung allerdings keine Berücksichtigung findet ist, dass Forschungsergebnisse aus Außenseiterstrukturen über das IWI sodann in Projektvorhaben mit zentralen und gut vernetzten Institutionen einfließen können. Dies ist in der Realität sogar oft der Fall.

[147] Dies hängt im Einzelfall auch daran, dass die verwendeten EDV-Programme hinsichtlich der grafischen Anordnung von Netzwerkstrukturen mit Zufallsgeneratoren arbeiten.

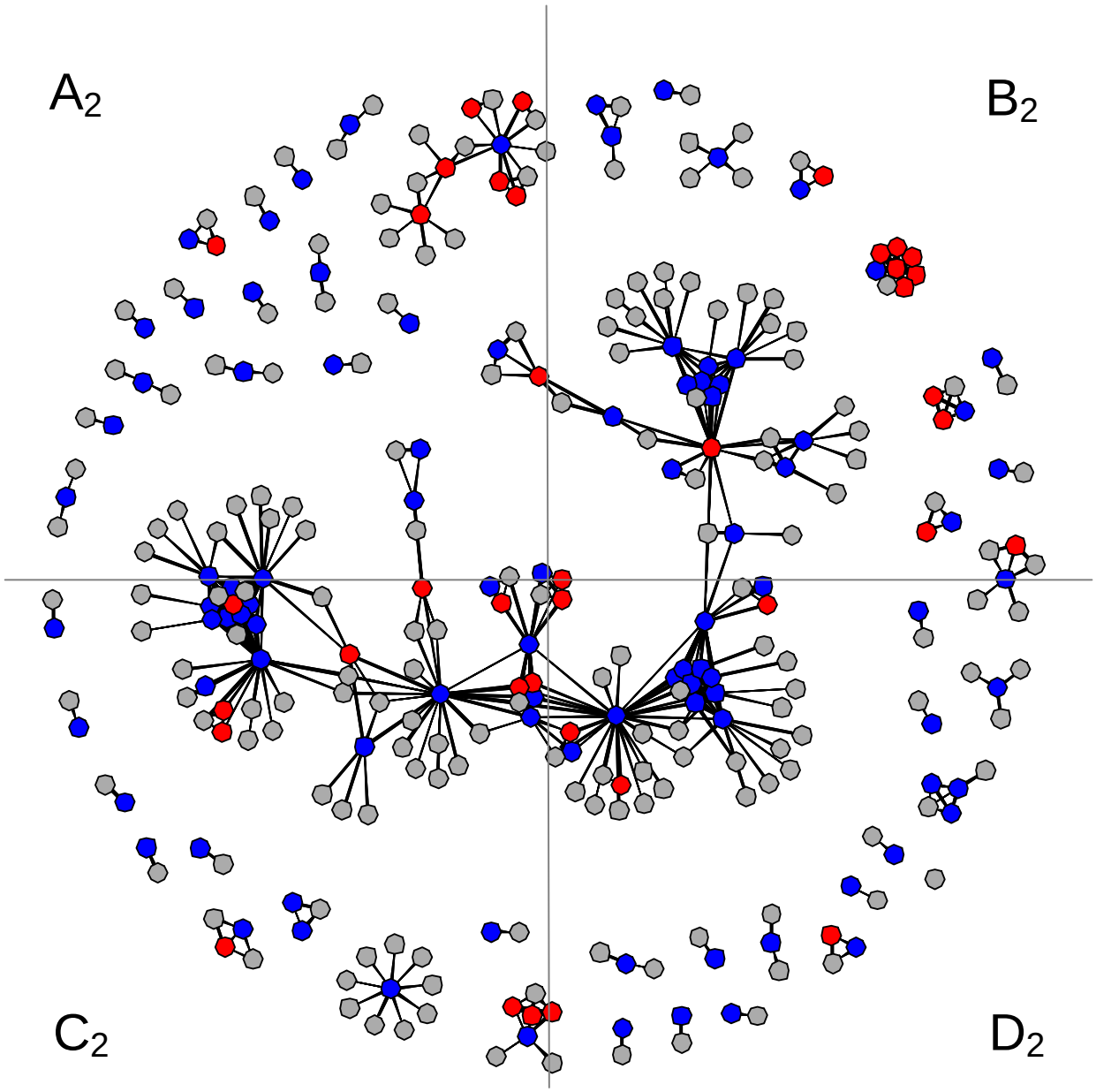
Abb. 5-2: IWI-Projekt bezogene SNA-Analyse (Zeitrahmen 2003 bis 2010), inkl. Vernetzungsmuster innerhalb der wichtigsten Auftraggebergruppen



Q: Eigene Darstellung

Partiell korrespondiert das hier ausgewiesene Projekt- und Forschungsnetzwerk der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung mit den Strukturen und Zusammensetzungen des betreffenden Leitungsgremiums (Vorstand) des IWI. Im Zeitraum 2000 bis 2010 wurden 13,95% der IWI-Vorstandsmandate (gemessen in jahresmäßig ausgewiesenen Funktionsperioden) von Personen übernommen, welche im selben Zeitraum im Dienste der IV (v.a. Generalsekretäre und Chefökonomen) tätig waren. Analog dazu sind es 11,63% der IWI-Vorstandsmandate, die eine Nähe zur BSI als Teilorganisation (v.a. BSI-Geschäftsführer) und 9,30% eine Nähe zur WKO als Hauptorganisation aufweisen (v.a. WKO-Generalsekretäre). Im Beobachtungszeitraum entfallen ebenso 9,30% auf Vertreter des IWI selbst. Der Rest (55,81%) ist z.B. unmittelbar unternehmensbezogen (Vertreter von Industrieunternehmen).

Abb. 5-3: IWI-Projekt bezogene SNA-Analyse (Zeitrahmen 2003 bis 2010), exkl. Vernetzungsmuster innerhalb der wichtigsten Auftraggebergruppen



Q: Eigene Darstellung

Unabhängig von der langfristigen Zusammensetzung des IWI-Vorstandes gilt als strenge interne Vorgabe, dass das IWI in der Wahl von Methoden und Industriethemen frei sein muss und es keine Einflussnahme z.B. von Interessensvertreter in dieses grundlegende Prinzip des industriewissenschaftlichen Forschungsalltages geben darf.

5.2 Interorganisatorische Vernetzungsmuster im Rahmen der Organisation industriepolitischer Interessen ieS [148]

Es gibt über einen Funktionärshebel (Unternehmensvertreter in den Interessensvertretungen) und durch das WKO-Wahlsystem traditionell hochrangige personelle Verschränkungen des IV-Netzwerkes (Bundes- und Landesebene) mit jenem der Bundessparte bzw. Landessparten Industrie der WKO, allen voran auf Präsidenten- bzw. Vizepräsidentenebene (aktuell auf Bundesebene; s. Tab. 5-1).

Tab. 5-1: WKO-Funktionsspektrum der Mitglieder der Präsidien von BSI und IV

	Dr. Veit SORGER	KR Ing. Wolfgang WELSER	DI Klaus PÖTTINGER	KR DI Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER
IV	Präsident	Vizepräsident	Vizepräsident	
WKO	Bundessparten-obmann-Stv.	Bundessparten-obmann		Bundesspartenobmann-Stv.
WKO-Basisfunktionen	Bundessparten-obmann-Stv. (Spartenpräsidium) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Mitglied (Spartenkonferenz) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Spartenvertreter Industrie (Spartenvertretung) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie	Bundesspartenobmann (Spartenpräsidium) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Mitglied (Spartenkonferenz) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Spartenvertreter Industrie (Spartenvertretung) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie	Mitglied (Spartenkonferenz) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Spartenvertreter/-in Industrie (Spartenvertretung) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie	Bundesspartenobmann-Stv. (Spartenpräsidium) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Mitglied (Spartenkonferenz) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Spartenvertreter Industrie (Spartenvertretung) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Obmann (Ausschuss) Wirtschaftskammer Österreich, Maschinen & Metallwaren, Fachverband Mitglied (Ausschuss) Wirtschaftskammer Österreich, Berufsgruppe Landmaschinen (gem. § 49 WKG) Vizepräsident (Präsidium) Wirtschaftskammer Oberösterreich Mitglied (Spartenkonferenz) Wirtschaftskammer Oberösterreich, Sparte Industrie Vorsitzender (Fachvertretung) Wirtschaftskammer Oberösterreich, Maschinen & Metallwaren, Fachvertretung Fachvertreter (Fachvertretung) Wirtschaftskammer Oberösterreich, Maschinen & Metallwaren, Fachvertretung Mitglied (Finanzausschuss) Wirtschaftskammer Oberösterreich
Weitere WKO-Funktionen	Spartenvertreter Industrie (Wirtschaftsparlament) Wirtschaftskammer Österreich Bundesspartenobmann -Stv. (Spartenkonferenz) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie	Mitglied (Erweitertes Präsidium) Wirtschaftskammer Österreich Spartenvertreter/-in Industrie (Wirtschaftsparlament) Wirtschaftskammer Österreich Bundesspartenobmann (Spartenkonferenz) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie	Spartenvertreter/-in Industrie (Wirtschaftsparlament) Wirtschaftskammer Österreich	Spartenvertreter Industrie (Wirtschaftsparlament) Wirtschaftskammer Österreich Bundesspartenobmann-Stv. (Spartenkonferenz) Wirtschaftskammer Österreich, Bundessparte Industrie Mitglied (Ausschuss) Wirtschaftskammer Österreich, Maschinen & Metallwaren, Fachverband Vizepräsident (Erweitertes Präsidium) Wirtschaftskammer Oberösterreich Vizepräsident (Wirtschaftsparlament) Wirtschaftskammer Oberösterreich

Q: www.wko.at

[148] Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich“ im Sommersemester 2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010b).

Trotzdem gab es Ende der 1990er Jahre eine seitens der IV initiierte öffentliche Diskussion zur Abschaffung der Kammerumlagen sowie zur Abschaffung der Wirtschaftskammer-Pflichtmitgliedschaft. Dies führte im gemischten Interessenssystem Österreichs zu damals erschwerten interessenspolitischen Konstellationen (s. nachfolgender Exkurs, oder rauch FINK, 2006b, u.a.).

Exkurs:
Konfliktlinien vs. Koordinationslinien zwischen WKO und IV

Ende der 1990er Jahre gründeten einige prominente, in der WKO weniger stark verankerte Vertreter großer österreichischer Industrieunternehmen die „Initiative Modernes Österreich". Kernelement war die Forderung nach einer WKO-Reform, im Zuge dessen es zu einer deutlichen Beitragssenkung insbesondere für die Unternehmen der Sparte Industrie kommen sollte. Unter Anerkennung der Notwendigkeit von Solidarität großer Unternehmen gegenüber kleineren ging die Argumentation dahingehend, dass im Rahmen einer Interessensvertretungs-Pflichtmitgliedschaft das Prinzip der Verhältnismäßigkeit nicht übermäßig durchbrochen werden dürfte.

Mit öffentlich präsentiertem Nachdruck wurde auf Grundlage einer Konzentrationsmessung darauf hingewiesen, dass 0,1% der WKO-Mitglieder (die 400 größten Industrieunternehmen Österreichs) für etwa ein Drittel der WKO-Beiträge aufzukommen haben bzw. dass sich Österreich im Vergleich zu andere europäischen Staaten mit Pflichtmitgliedschaften (Deutschland, Frankreich, Italien oder den Niederlanden) ein ungleich bzw. wettbewerbsverzerrendes System leiste. Auch eine vor diesem Hintergrund offensiv agieren wollende neue Bewegung, die zur damals anstehenden WKO-Wahl antreten hätte sollen, stand im Raum. Zudem sollen EU- Klagen überlegt worden sein.

Für die BSI kann diese Situation keine einfache gewesen sein. Sie musste einerseits im Kontakt mit ihren eigenen, in den Fachverbänden vertretenen Mitgliedern sowie in Abstimmung mit ihren aus dem Unternehmensbereich stammenden Spitzen-Funktionären den gesetzmäßigen Auftrag erfüllen. Andererseits konnte sie als Teil der WKO keine abgekoppelte Strategie verfolgen und musste in diesem Sinne mit den anderen Sparten bzw. der WKO-Spitze akkordiert agieren.

Schlussendlich kam ein neuer, bis heute agierender WKO-Präsident in sein Amt. Ihm gelang vor dem Hintergrund eines Reform- und Entwicklungsplans die weitgehende Beruhigung der industriebezogenen Innen- wie Außenverhältnisse;[149] obzwar sich im Zuge der jüngsten Verankerung der Sozialpartner in der österreichischen Verfassung erneut Konfliktlinien gezeigt haben. Auch zur Hochzeit der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise erhoben einige Industrieunternehmer ihre kritische Stimme (diesmal allerdings in kleineren Kreisen).

Unabhängig von diesen Gegebenheiten treten BSI und IV im interessenspolitischen Tagesgeschäft in vielen Fällen in einem auf Dialog gegründeten Rahmen von Arbeitsgruppen, Auftraggeberkonsortien oder Presseauftritten (v.a. auf Bundesländerebene) koordiniert als gleichberechtigte Partnerorganisationen auf. Dies führt zu erhöhter Schlag- und Strahlkraft für beide Organisationseinheiten und wird von Seiten der betroffenen Mitgliedsunternehmen mitunter auch gerne gesehen. In jedem Dialog ergeben sich Synergien, die nicht immer planbar sein müssen.

---

[149] Mit der WKG-Novelle 2001 (BGBl. I 153/2001) wurden jene Reformen umgesetzt, welche der Präsident der WKO initiiert hatte. Die zentrale Stoßrichtung lag in einer 30%igen Umlagensenkung. Dies machte sodann die Realisierung von Synergieeffekten und die Senkung von Organisationskosten durch die Bündelung von administrativen und systemerhaltenden Leistungen erforderlich. § 65b WKG schuf die Voraussetzung dafür: Auf dieser Grundlage können die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft Aufgaben ausgliedern, welche zur Besorgung im eigenen Wirkungsbereich übertragen sind. Es ist damit neben der Gründung einer WKO-Service-GmbH und einer WKO-Immobilienmanagement GmbH auch die Errichtung einer WKO-Inhouse GmbH ermöglicht. Die Erbringung interner Leistungen für alle Kammern, aber auch für Fachorganisationen (insbesondere in den Bereichen *Personal, Marketing, Statistik* und *Informationstechnologie*) kann dergestalt überantwortet werden (vgl. ZELLENBERG, 2006, 140-141).

WKO intern besteht ein besonderer, organisatorischer Vorteil in möglich zu realisierenden Synergiepotenzialen. Neben BSI-internen und spartenübergreifenden Informations- und Kooperationsstrukturen sowie den daraus entstehenden Möglichkeiten zur Zusammenarbeit,[150] gibt es im WKO-System verschiedene Querschnittsabteilungen, welche politische, organisatorische und serviceorientierte Aufgaben erfüllen (vgl. WKO, 2010, 7):

- Das Büro des Präsidiums, die EU-Koordination mit dem EU-Büro der WKÖ in Brüssel, Presse, Statistik, Strategie sowie Wirtschaftspolitik sind koordinierende Stabsabteilungen und unterstehen den WKO-Generalsekretären.
- Politische Abteilungen: Bildungspolitik, Finanz- und Handelspolitik, Rechtspolitik, Sozialpolitik und Gesundheit, Umwelt- und Energiepolitik, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik.
- Zentrale Serviceeinrichtungen: AWO, WIFI, Junge Wirtschaft, Gründer-Service, Frau in der Wirtschaft, das Internationale Schiedsgericht, Service GmbH zum Vertrieb von Serviceprodukten, Organisation von Veranstaltungen.
- Interne Organisation: Finanz- und Rechnungswesen, Personal und Organisationsentwicklung, Recht und Organe, Marketing und Kommunikation, Geschäftsstelle des Kontrollausschusses.

Im Vergleich dazu ist die IV-Organisationsstruktur schlanker strukturiert (vgl. Anhang 3). Als Äquivalent zu organisationsinternen Synergiepotenzialen werden die assoziierten IV-Netzwerke aktiv genutzt.

5.3 Netzwerk Industrie, Industrieforschung und Industriepolitik

Entwickelte Beziehungsgeflechte zu Institutionen mit politischer Entscheidungsverantwortung sind (im Gegensatz zum IWI) für IV gleichermaßen wie BSI auf verschiedenen (Arbeits-) Ebenen vorhanden.

Für Interessensverbände wie die IV gibt es keine institutionelle Anbindung an politische Parteien. Es gibt (sowohl auf Funktionärs- als auch auf Mitarbeiterebene) selten bis gar nicht personelle Verflechtungen mit politisch besetzten hoheitlichen Organen (z.B. zum Österreichischen Nationalrat oder zu Landtagen der österreichischen Bundesländer). In Hinblick auf das Vernetzungssystem der WKO im Allgemeinen zeigt sich hingegen ein differenzierteres Bild. So weisen Politiker des Öfteren eine parallele oder eine unmittelbar vergangene WKO-Karriere auf. Abseits der großen politischen Kraft des WKO-Präsidenten bekleidete der jetzige Wirtschaftsminister (BMWFJ) vor seinem Amtsantritt als Bundesminister für einige Jahre die Position des stellvertretenden Generalsekretärs der WKO, in einer Zeit als er gleichzeitig im österreichischen Nationalrat saß. Und eine anderes Beispiel: in den vergangenen 50 Jahren bekleidete die Leiter einer wirtschaftspolitischen WKO-Abteilung später überdurchschnittlich häufig das Amt eines Wirtschaftsministers einer österreichischen Bundesregierung. Für die Funktionäre und Mitarbeiter konkret der BSI gelten in der Regel aber wieder erstgenannte institutionell-organisatorische Grundsätze – nämlich ein vergleichbarer Zustand wie im Zusammenhang mit der IV[151] – wobei durch das System der WKO-Wirtschaftsparlamente entlang des bekannten Parteienspektrums durch die einzelnen wahlwerbenden Fraktionen (außer es gibt parteiübergreifende Wählergemeinschaften) zumindest mittelbarer Einfluss der Politik auf die Interessensvertretung vorhanden ist (s. Abschn. 4.2).[152]

Jene der BSI wie IV gegenüberstehenden interessenspolitischen Häuser sind personell gut ausgestattete und politisch gut vernetzte Arbeitnehmerinteressen verfolgende Organisationseinheiten wie der ÖGB. Unabhängig von den Argumentationssettings kommt es im „Häuserkampf“ häufig zu taktischen Aktionen (wenn z.B. im Vorfeld von Budgetverhandlungen durch Arbeitnehmerinteressen gerichtete „Ablenkungsmanöver“ Ressourcen der Gegenseite blockiert werden oder im Zuge dessen eine primäre Verteilungskampfrhetorik angestimmt wird). Lösungsorientierte Berührungspunkte zwischen

---

150 Z.B. ist hierzu eine Auskunftsverpflichtung gesetzlich geregelt Gemäß § 70. Abs. 2 WKG haben die nach dem WKG gebildeten Organisationen der gewerblichen Wirtschaft einander die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Informationen zur Verfügung zu stellen sowie in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen. Die näheren Bestimmungen hat die Geschäftsordnung zu treffen.

151 Im Vergleich z.B. zur Lehrergruppe haben Manager von Unternehmen weit weniger zeitliche Ressourcen (und vielleicht auch Interesse), um sich im mitunter wenig sachbezogenen parteipolitischen Kräftemessen einzubringen – in diesem Sinne ist diese Akteursgruppe im politischen Prozess systemimmanent benachteiligt. Und die Mitarbeiter von BSI und IV haben aufgrund schlanker Personalkonstruktionen kaum Betätigungsmöglichkeiten in diesem Bereich (wobei die politische Betätigung auch nicht begrüßt sein mag).

152 Generell ist zu berücksichtigen, dass die Gründung und Geschichte des politischen Parteienspektrums in Österreich über die Zeit in einem evolutionär getriebenen Verflechtungs- und Entwicklungsverhältnis zur Gründung und Geschichte des Spektrums an Interessensvertretungen steht. Allerdings nehmen die Interdependenzen immer stärker ab und es bilden sich Äquidistanzen.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sind allerdings auch vorhanden. Denn eine Kooperation lässt manchmal einen höheren Erfolg erwarten als eine Konfrontation (z.B. Kollektivvertragsverhandlungen im Falle der Fachverbände der BSI).

Anders als die WKO hat die IV Österreich keine (offizielle) sozialpartnerschaftliche Funktion (s. nachfolgender Exkurs sowie Zeittafel in Anhang 2) inne. Die IV ist in vielen paritätisch besetzten Kommissionen und Beiräten nicht vertreten; zumindest unmittelbar. Denn mittelbar gibt es personelle Tangenten durch Verschränkungen an der Spitze der beiden Interessensvertretungen BSI und IV (indirekte Einflussnahme auf sozialpartnerschaftliche Akkordierung, s.o.). Allerdings tritt die IV in den letzten Jahren vermehrt auch als Mitglied diverser gesetzlicher Gremien auf (z.B. Ausländerausschuss, Verwaltungsrat des AMS, Beirat für Asyl- und Migrationsfragen).

Exkurs:
Koordinationsprinzip der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft

Die österreichische Sozialpartnerschaft hat lange Tradition mit historisch spezifischem Entstehungshintergrund[153] und beschreibt sich selbst folgendermaßen (vgl. www.sozialpartner.at).[154]

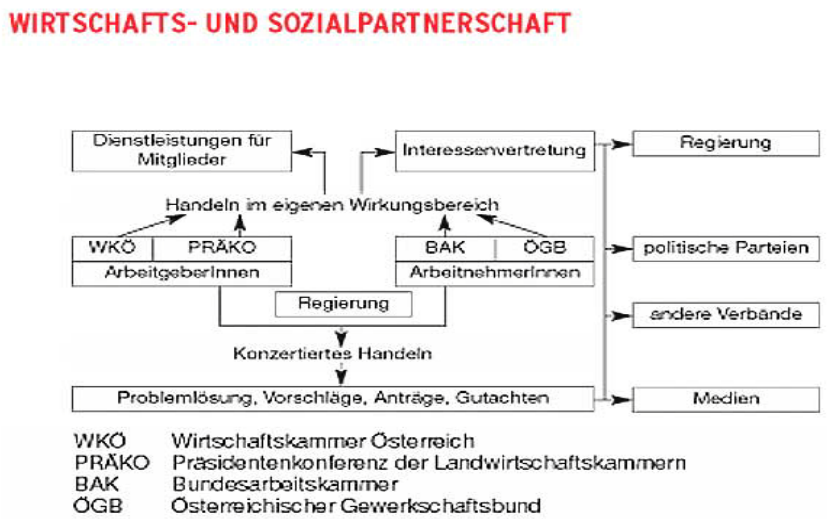
1. Österreich verfügt über ein ausgeprägtes System der Zusammenarbeit der großen wirtschaftlichen Interessenverbände untereinander und mit der Regierung. Diese Zusammenarbeit bildet die Basis für das wirtschaftliche Wachstum und für sozialen Frieden.
2. Dieses System der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft (kurz „Sozialpartnerschaft“), beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit: das Zusammenwirken der Interessenverbände ist weitestgehend informell und nicht durch Gesetze geregelt.
3. Die Sozialpartnerschaft beschränkt sich nicht auf die Regulierung von Arbeitsbeziehungen.
4. Die österreichische Besonderheit liegt darin, dass sich die Sozialpartnerschaft darüber hinaus auf praktisch alle Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik erstreckt.
5. Die vier großen Interessenverbände ÖGB, WKÖ, BAK und LK sind nicht bloß Interessenvertretungen im engeren Sinne, sondern sie sind darüber hinaus in vielfältiger Weise im politischen System Österreichs verankert.
6. Der ÖGB ist vereinsrechtlich organisiert, die drei Kammerorganisationen sind öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörper mit gesetzlicher Mitgliedschaft.
7. Das Wesen der Sozialpartnerschaft besteht darin, dass sich die vier großen Interessenorganisationen zu gemeinsamen längerfristigen Zielen der Wirtschafts- und Sozialpolitik bekennen und die Überzeugung teilen, dass diese Ziele durch Zusammenarbeit und durch koordiniertes Handeln der großen gesellschaftlichen Gruppen auf dem Dialogweg besser erreicht werden können als durch offene Austragung von Konflikten.
8. Sozialpartnerschaft bedeutet jedoch nicht, dass Interessengegensätze negiert werden. Vielmehr soll sie eine Methode sein, wie zwischen gegensätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen ein Ausgleich gefunden werden kann (durch das Bemühen um gemeinsame Problemlösungen zum Vorteil aller Beteiligten, durch die Bereitschaft zum Kompromiss).
9. Die Zusammenarbeit der Verbände hat sich seit 1957 wesentlich in den Einrichtungen der Paritätischen Kommission vollzogen, in welcher die Spitzenrepräsentanten von Regierung und den vier großen Interessenverbänden vertreten sind.
10. Die Paritätische Kommission verfügt über vier Unterausschüsse: den *Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen*, den *Unterausschuss für internationale Fragen*, den *Lohnunterausschuss* sowie den *Wettbewerbs- und Preisunterausschuss*.
11. Während früher der Preiskontrolle und Inflationsbekämpfung große Bedeutung zukam, so ist die Paritätische Kommission heute eine institutionalisierte Gesprächsebene zwischen Sozialpartnern und Regierung, in welcher zu gewichtigen Anlässen gemeinsame Strategien und Maßnahmen oder allfällige Konflikte ebenso diskutiert werden wie Empfehlungen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen.
12. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ist ein Gremium, in welchem im Auftrag der Präsidenten der vier Interessenverbände oder auf Ersuchen der Regierung zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen grundsätzliche Studien und gemeinsame, einvernehmliche Empfehlungen der

[153] S. Exkurs: Voraussetzungen für die Herausbildung neo-korporatistischer Politikvermittlung in Österreich in Abschn. 4.2.
[154] Für eine Chronologie der österreichischen Sozialpartnerschaft seit 1945 s. Anhang 2.

Sozialpartner erarbeitet werden. Für die Ausarbeitung solcher Studien werden gewöhnlich Arbeitsgruppen mit Experten aus allen Bereichen von Wissenschaft und Praxis eingesetzt. So wird Expertenwissen in einem politiknahen Gremium genutzt, um Grundlagen zu erarbeiten, um Daten und Fakten außer Streit zu stellen, und um zur Versachlichung der wirtschaftspolitischen Diskussion beizutragen.

13. Darüber hinaus sind die Sozialpartner in vielfältiger Weise im politischen System Österreichs verankert:
    - *Gesetzgebung*: Die Verbände haben u.a. das Recht auf Begutachtung von Gesetzesvorlagen, zur Einbringung von Vorschlägen in gesetzgebenden Körperschaften, zur Formulierung von Gesetzesentwürfen im zentralen Interessenbereich der Sozialpartner.
    - *Verwaltung*: Die Sozialpartner wirken in zahlreichen Kommissionen, Beiräten und Ausschüssen mit, etwa im Lehrlingswesen, bei der Kontrolle von Arbeitsbedingungen, bei der Ausstellung von Ursprungszeugnissen, in Wettbewerbspolitik und Kartellwesen, Arbeitsmarktpolitik, Konsumentenpolitik und in Förderungseinrichtungen.
    - *Gerichtsbarkeit*: Die Sozialpartner erbringen Vorschläge für die Ernennung von Laienrichtern bei Arbeits- und Sozialgerichten, und sie stellen Beisitzer im Kartellgericht.
    - In der *Sozialpolitik* (Sozialversicherung) besteht ein wichtiger Tätigkeitsbereich der Verbände in der Entsendung von Vertretern in die Pensions-, Kranken- und Unfallversicherungen, die als öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörperschaften organisiert sind.

Abb. 5-4: Koordinationsprinzip der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft



Q: www.arbeiterkammer.com

Das WKO-Netzwerk kann im Unterschied zur IV auf einen gesetzlich klar bestimmten Informationspool zurückgreifen, muss aber seinerseits definiertes Informationsmaterial weitergeben.[155]

[155] In § 68 Abs. 1 WGK ist hinsichtlich des Verhältnisses der WKO zu Behörden und Körperschaften festgelegt, dass die Behörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden, die Arbeiterkammern, die Landwirtschaftskammern und alle sonstigen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen berufenen oder auf Grund freier Vereinbarung hierzu errichteten Körperschaften sowie die Träger der Sozialversicherung, soweit nicht besondere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, verpflichtet sind, den Organisationen der gewerblichen Wirtschaft auf Verlangen die zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten erforderlichen Auskünfte zu erteilen und sie in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen. Diese Verpflichtung erstreckt sich insbesondere auch auf die Übermittlung von Daten, die mit der Vorschreibung und Einhebung von Umlagen in Zusammenhang stehen. Zu dem gleichen Verhalten gegenüber den vorgenannten Behörden, Körperschaften und Anstalten sind die Organisationen der gewerblichen Wirtschaft verpflichtet. Ferner sind die Behörden gemäß § 68 Abs. 2 WGK verpflichtet, der zuständigen Landeskammer unverzüglich alle Vorgänge bekanntzugeben, die zur Begründung oder Beendigung einer Mitgliedschaft nach § 2 führen.

Es hat sich in den vergangenen (Wirtschaftskrisen-) Jahren gezeigt, dass das interessenpolitische Tagesgeschäft in Österreich nicht zuletzt aufgrund der Themenunterstützung des IWI stabile Strukturen hervorgebracht hat. Die intra-[156] und interorganisatorischen Spielregeln wurden im Rahmen der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise nirgendwo grundlegend geändert, dafür in manchen Bereichen temporär intensiviert (wenn z.B. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen im Sinne eines zu verhindernden Beschäftigungsrückganges zueinander finden – Thema Kurzarbeit). Gewisse Verbindungen können sich aber auch gar nicht in kurzer Zeit verändern (u.a. aufgrund ex ante festgelegter Funktionsperioden). Die analytische Begründung dafür findet sich in der allseitigen Befolgung der grundlegenden System-Leitwerte *Existenz*, *Wirksamkeit*, *Handlungsfreiheit, Sicherheit, Wandlungsfähigkeit* und *Koexistenz*.[157]

In einer erweiterten Systembetrachtung sind IWI, BSI und IV in einem Subsystem zusammenfassbare, miteinander und mit anderen Institutionen gut vernetzte Institutionen, die aufgrund ihrer Aufgaben-, Betätigungs- und Vernetzungsprofile (s. Kap. 4 und 6) im Sinne der Wissensnetzwerktheorie auch als die drei „koordinierenden Ionen des industrie-politikökonomischen Raums“ bezeichnet werden können.[158] Denn sie bilden ein sogenanntes *Cross-Scale Network*[159] für den Austausch und die anwendungsorientierte Interpretation von Informationen. IWI, BSI und IV haben in vielen Bereichen ein gemeinsames Themenverständnis und wissen in der Regel, wie und was sie wohin kommunizieren sollen (Diffusion von Wissen über Organisations- und Netzwerkgrenzen). Sie treten dabei als Wissensgemeinschaft auf; sie entwickeln Kompetenzen weiter bzw. tragen neue Entwicklungen in ihre Organisationen hinein.[160]

Dieses wissensbasierte systemische Beziehungsgeflecht lässt sich anhand einer plakativen Netzwerkanalyse von FAS Research[161] annähern (s. Abb. 5-5). Dahingehend zeigen sich signifikanten Relationen innerhalb der Industrieinteressen organisierenden Verbandsstrukturen (orange; z.B. IV-Landesgruppen), aber auch zu anderen Verbänden (orange; u.a. Föhrenbergkreis), der Wirtschaft (gelb; u.a. Siemens Österreich oder voestalpine) oder der übrigen Wissenschaft (grün; u.a. WIFO). Zu politischen Institutionen (rot; v.a. diverse Clubs der österreichischen Parlamentsparteien) kann in der gewählten Betrachtung – im Zusammenhang mit IWI, IV und BSI (nicht WKO) – erwartungsgemäß ein vergleichbar schwaches institutionelles/personelles Vernetzungsmuster ausgewiesen werden (keine/wenige parlamentarische Vertreter u.Ä.).

Das größte und stärkste Machtzentrum als Knotenpunkt im politischen Bereich verkörpert im „Netzwerk Österreich“ aber erwartungsgemäß der österreichische Nationalrat. Das Subsystem IWI, BSI und IV ist nichtsdestotrotz auch als System-Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik zu interpretieren, welches nicht auf allen Ebenen im unmittelbaren Kontakt zum politischen Entscheidungszentrum stehen muss (v.a. bezüglich der mittelbaren Kontaktebene der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung). Allgemein gilt für alle drei Akteure, dass eine gewisse Äquidistanz zu politischen Parteien prinzipiell zu empfehlen ist. Letztendlich gibt es keine politische Partei, die ein Monopol auf Fragestellungen zur industriellen Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung hat.

---

156 Die jüngste WKO-Reform begann freilich bereits vor Ausbruch der letzten Finanz- und Konjunkturkrise.

157 Vgl. BOSSEL (2004).

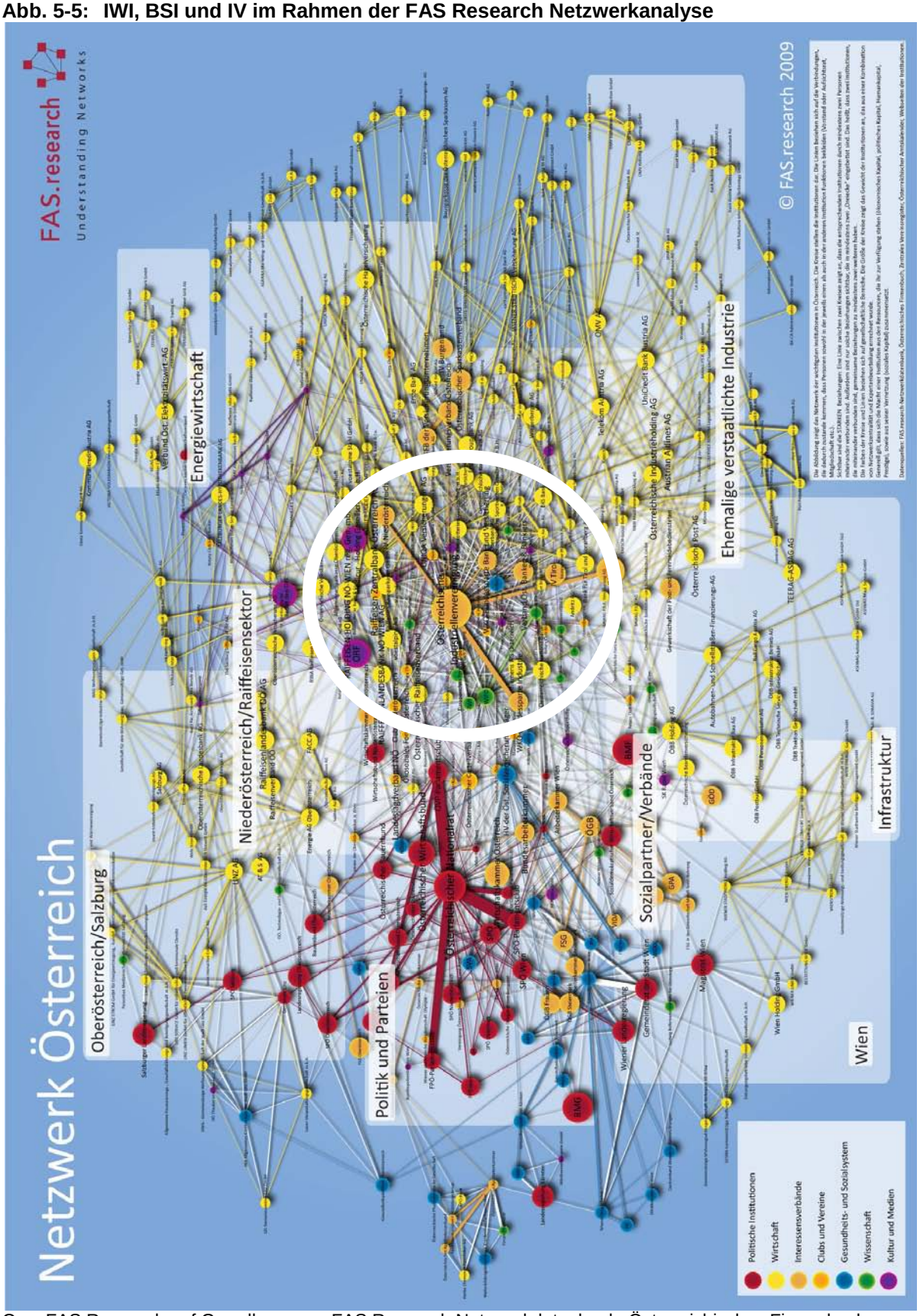
158 In der Chemie werden Ionen, die Wechselwirkungen mit anderen Molekülen oder Ionen eingehen, als *koordinierende Ionen* bezeichnet.

159 Als *Cross-Scale Network* ist ein horizontales Netzwerk v.a. zwischen den unterschiedlichen Sektoren Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu verstehen.

160 Zur weiterführenden Beschreibung funktionierender Wissensnetzwerke s. u.a. NORTH (2000).

161 FAS Research analysiert jährlich die Netzwerke der wichtigsten österreichischen Institutionen. Kreise stellen dabei Institutionen dar; die Linien beziehen sich auf personellen Verflechtungen und kommen dadurch zustande, dass Personen in der jeweils einen als auch der anderen Institution Funktionen bekleiden (Vorstand, Aufsichtsrat, Mitgliedschaft etc.). Sichtbar gemacht werden nur die starken Beziehungen (eine Linie zwischen zwei Kreisen zeigt an, dass die entsprechenden Institutionen durch mindestens zwei Personen verbunden sind, Filter 1). Darüber hinaus werden nur solche Beziehungen dargestellt, wenn zwei Institutionen, die miteinander verbunden sind, gemeinsame Beziehungen zu mindestens zwei weiteren haben (Filter 2). Die Farben der Kreise/Linien geben die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche wider; die Größe der Kreise zeigt das Gewicht der Institutionen an, das aus einer Kombination von Netzwerkzentralität und Expertenbeurteilung errechnet wurde. Generell gilt, dass sich die Macht einer Institution aus den Ressourcen, die ihr zur Verfügung stehen (ökonomisches Kapital, politisches Kapital, Humankapital, Prestige) sowie aus seiner Vernetzung (soziales Kapital) zusammensetzt (s. www.fas.at).

Abb. 5-5: IWI, BSI und IV im Rahmen der FAS Research Netzwerkanalyse



Q: FAS Research auf Grundlage von: FAS Research Netzwerkdatenbank, Österreichisches Firmenbuch, Zentrales Vereinsregister, Österreichischer Amtskalender, Webseiten der ausgewiesenen Institutionen etc.

5.4 Zwischenresümee

Die systemische Lösungskompetenz in der österreichischen industriepolitischen Interessenspolitik entsteht nicht alleine aus den Hauptakteuren, sondern v.a. aus der Interaktion zwischen diesen. In Kapitel 5 dieser Untersuchung stehen die Verbindungen der Institutionen industriepolitischer Interessen ieS (BSI und IV) untereinander sowie jeweils einzeln bzw. im gepaarten Zusammenwirken in Beziehung zur unternehmensnahen angewandten Industrieforschung im Mittelpunkt – nicht aber die Elemente des Systems selbst (s. Kapitel 4).

Im über Forschungsprojekte initiierten Austausch zwischen den drei „Ionen des industriepolitikökonomischen Raums“ (IWI, BSI und IV) entsteht ein weitgehend wirtschafts- und konjunkturkrisenstabiles Wissensnetzwerk mit eigener fachlicher Identität (durch z.B. die Nutzung gemeinsamer Ressourcen oder den forschungsbasierten abgestimmten Aufbau neuer Aktionsfelder, in welche das generierte Wissen einfließen kann). Dieses durch ihr spezifisches Aufgaben-, Betätigungs- und Vernetzungsprofil gekennzeichnete *Cross-Scale Network* wird in letzter Konsequenz immer durch die Industrieunternehmen selbst bestimmt, welche mit ihrem Aussagen- und Bedarfsprofil die wichtigste Macht- und Einflussgröße auf alle Prozesse bilden.

Aus Sicht der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung schaffen die Vernetzungsstrukturen zur Organisation industriepolitischer Interessen ieS einen inhaltsgetriebenen Übersetzungsprozess, der Vor- und Nachteile mit sich bringen kann: Zum einen weist die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung einen tendenziell geringen Bezug zur politischen Maßnahmen-/Instrumentarienebene aus (s. später Kapitel 6), und sie würde daher im politischen Spiel ohne Wissens-Transferriemen in vielen Fällen ihre Funktion als Systemhebel nicht oder nur abgeschwächt finden. Zum anderen kann eine verkürzt-pointierte Darbietung komplexer industriewissenschaftlicher Aussagen zu Missverständnissen führen bzw. neue Fragen aufwerfen – deshalb ist das intensive Abstimmen beider Seiten trotz kontinuierlich abnehmender Zeithorizonte sehr wichtig.

Die politische Koordination wird im Wesentlichen von Seiten der Interessensvertretungen bewerkstelligt, obzwar es für die IV keine definitive institutionelle Anbindung an politischen Parteien gibt – es sind über die Zeit sowohl auf Funktionärs- als auch auf Mitarbeiterebene z.B. kaum bis keine personelle Verflechtungen mit politisch besetzten hoheitlichen Organen gegeben. Dagegen ist das WKO-System durch Wirtschaftsparlamente gekennzeichnet, welche durch die einzelnen wahlwerbenden Fraktionen entlang des bekannten Parteienspektrums konfiguriert sind (allerdings gibt es auch parteiübergreifende Wählergemeinschaften). Konkret für die BSI gelten dann jedoch wieder ähnliche institutionell-organisatorische Gestaltungsprinzipien wie für die IV.

Auch wenn Konfliktlinien zwischen WKO und IV bestehen, macht es Sinn, wenn BSI und IV im interessenspolitischen Tagesgeschäft in einem auf systemischen Dialog gegründeten Rahmen von Arbeitsgruppen, Auftraggeberkonsortien, Presseauftritten etc. koordiniert als gleichberechtigte Partnerorganisationen auftreten. Dies führt im „Netzwerk Österreich“ zu einer erhöhten interessenspolitischen Schlag- und Strahlkraft für beide Organisationseinheiten.

In Kapitel 5 finden sich nicht zuletzt konkretisierende Betrachtungen zum im politischen System Österreichs traditionell stark verankerten sozialpartnerschaftlichen Zusammenspiel der Institutionenkräfte zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.

6 Industriepolitische Themen- und Maßnahmenbetrachtung unter besonderer Berücksichtigung von unternehmensnaher angewandter Industrieforschungsnachfrage

Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung lässt sich idealerweise über die getragenen Themen sowie die avisierten industriepolitischen Maßnahmen/Instrumentarien bestimmen und kann im Lichte dessen unter besonderer Berücksichtigung der entsprechenden Zusammenhänge betrachtet werden.

Kapitel 6 stellt folgende Untersuchungsfragen in den Blickpunkt der analytischen Betrachtung: *Wie fassettenreich arbeiten die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung auf der einen Seite bzw. die industrie-interessenpolitischen Akteure auf der anderen Seite? Arbeitet die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung an ihrer interessenspolitischen Nachfrage vorbei? Gibt es themenstrukturbedingte Hinweise darauf, dass die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung dem interessenspolitischen Themen-/Instrumenten-Setting des gemischten Interessenssystem Österreichs vorgelagert ist? Inwiefern unterscheiden sich im Sinne eines dynamischen Themenspiels industriewissenschaftliche/-politische Elemente in der historischen Betrachtung von der aktuellen Situation (unter besonderer Berücksichtigung von Zeiten mit externen Systemschocks – Finanz- und Konjunkturkrise)?*

Das Erkenntnisziel besteht vor dem Hintergrund einer schier unendlichen Anzahl an relevanten Begriffsbestimmungen wie Bedeutungszusammenhängen (vgl. Auswahl in Abb. 6-1) neben einer qualifizierten Determination adäquater Themenraster (inkl. Typologisierung, Grund- und Detailscreening des industriewissenschaftlichen/-politischen Themenbogens) sowie umfangreicher Archivstudien in einer medienanalytischen Gegenüberstellung industriewissenschaftlicher mit -politischen Inhalten und Maßnahmenbetrachtungen.

Abb. 6-1: Begriffsbestimmungen und Bedeutungszusammenhänge (Auswahl)

Q: Eigene Darstellung

6.1 Themen- und Maßnahmensetting der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung

Die Praxis zeigt, dass in Hinblick auf unternehmerische Allokationsentscheidungen folgende Faktorengruppen von zentraler Bedeutung sind (1. Rang): *Produktionskosten; Infrastruktur; Humanpotential/Human Resources; Bedingungen für Forschung, Technologie und Innovation (FTI); Netzwerk- und Kooperationsmuster; Wettbewerbskonstellation/Konjunkturentwicklung; Gesetzgebung, Förderungen und öffentliche Verwaltung; gesellschaftliches Umfeld*.

Idealerweise orientieren sich unternehmensnahe angewandte Industrieforschung und industriepolitische Interessenspolitik an eben diesem Themenprofil. Obzwar diese Akteursgruppen mit einer derart aggregierten Zusammenführung in der Regel nur wenig anfangen können. So besteht Bedarf an einem detaillierteren Themenschirm (2. und 3. Rang), wie:[162]

- Produktionskosten im Sinne von:
  Arbeit (v.a. unmittelbare Arbeitskosten, Kurzarbeit), *Kapital* (inkl. Finanzierung: VC, IPO/SPO, Bankenperformance), *Umwelt/Gesundheit und Energie/Rohstoffe* (inkl. Emissionszertifikate), *Steuern und Abgaben* (Unternehmensabgaben ebenso wie Ausmaß der persönlichen Einkommenssteuerpflicht oder Steuersituation für Expatriates);
- Infrastruktur im Sinne von:
  netzwerkgebundener Infrastruktur (Qualität und Kosten der Energieversorgung, IKT-Einrichtungen/-Infrastruktur, Qualitäts- und Preisniveau von Telekommunikationsdiensten u.a.), *Transport und Verkehr* (Personen ebenso wie Güterverkehr), *Sonstiges* (z.B. Verfügbarkeit und Preisniveau geeigneter Büroimmobilien und Betriebsflächen);
- Humanpotential/Human Resources im Sinne von:
  Bildungswesen (u.a. Bildungsniveau/-potenziale am Standort; Internationalisierung des Bildungswesens*), Verfügbarkeit von Humankapital* (v.a. Verfügbarkeit von akademischem Forschungspersonal, [hoch-] qualifizierten/m Arbeitskräften/Personal, Personal im mittleren Ausbildungssegment), *Arbeitsmarkt* (inkl. Lohnpolitik, Flexibilität des Arbeitsmarktes [nicht zuletzt im Zusammenhang mit Lebenslangem Lernen, Entgeltsystemen, Arbeitszeit], konsensorientierte Lösung bei Arbeitskonflikten);
- Bedingungen für FTI im Sinne von:
  FTI-Netzwerke (geeignete Kooperationspartner aus Wissenschaft und Forschung für anwendungsorientierte FTI, sonstige FTI-Netzwerke am Standort), *gewerbliche Schutzrechte* (Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums), *Sonstiges* (exkl. FTI-Förderungen, inkl. Umfang bzw. bereits bestehende Spezialisierung der eigenen FTI Aktivitäten am Standort u.Ä.);
- Netzwerk- und Kooperationsmuster (exkl. FTI-Netzwerke) im Sinne von:
  Intelligente Arbeitsteilung (u.a. Verfügbarkeit spezialisierter unternehmensnaher Dienstleister) und *Skaleneffekte* (inkl. Fusionsthematik), *entwickelte Unternehmensnetzwerke* (Cluster-Landschaft, LCU, K-Zentren und anderer Unternehmensnetzwerke), *geopolitische Lage* (u.a. räumliche Nähe/Entfernung zu Herstellern von wichtigen Komponenten und Vorprodukten);
- Wettbewerbskonstellation/Konjunkturentwicklung im Sinne von:
  Wettbewerbssituation Österreich/EU (Wettbewerbs-/Konkurrenzentwicklung und -bedingungen, Freiheit des Austausches von Waren- und Dienstleistungen, Marktanteil am Standort etc.), Konjunkturentwicklungen (u.a. Besetzung traditioneller Sektoren), *Sonstiges* (u.a. Internationalisierungsgrad);
- Gesetzgebung, Förderungen und öffentliche Verwaltung (exkl. Steuern und Abgaben) im Sinne von:
  (De-)Regulierungen (Grad der Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte, Energiemärkte etc.), *sämtliche direkten und indirekten Investitionsförderungen* (inkl. steuerliche F&E-Förderung, Betriebsansiedlungsförderung/-Management, Offenheitsgrad gegenüber ausländischen Investoren), *Verwaltung* (v.a. Umfang *der* Staatsaufgaben, bürokratischer Aufwand), *Rechtssystem* (v.a. Rechtssicherheit);

[162] Klassifizierung als Sukkus aus dem gesamten (un)veröffentlichten Studienbestand des IWI der Jahre 2003 bis 2010.

- Gesellschaftliches Umfeld im Sinne von:
  Sozioökonomische Aspekte ieS (Industriegesinnung, Image des Standortes, Lebensqualität und Sicherheit, Vertrauen [u.a. vor dem Hintergrund der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise], Sonstiges [z.B. New Economy, CSR, partiell demografische Themen]), *politische Stabilität* (inkl. Diskurs zum Wohlfahrtsstaat und dessen neue soziale Fragen), *europäische Werte*.

Ein Themendiskurs in einer ausschließlich aus Sicht der Industrie klassifizierenden Systematik kann im Rahmen einer politikwissenschaftlichen Untersuchung freilich noch zu keinem befriedigenden Ergebnis führen. Daher wird in den nachfolgenden Ausführungen zusätzlich, die voran gestellte Beurteilungsebene erweiternd, ein Perspektivenwechsel in Richtung Sprache und Denkweise von politischen Entscheidungsträgern vorgenommen. Anhand derselben Grundinformationen wird deshalb die Aktivitätenstruktur der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung auch hinsichtlich avisierter industriepolitischer Maßnahmen bzw. Instrumentarien betrachtet und eingeteilt – soweit diese Diskursebene aus industriewissenschaftlichen Analysen qualifiziert herauszulösen ist.

Themenschwerpunkte der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung

Die Akzentuierung der Aktivitäten über einen aus Sicht der Industrie relevanten Themenraster seitens der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung gestaltet sich schwierig und lässt sich – unabhängig vom letztendlichen Niederschlag ebenso wie dem Einsatz konkreter Wissensstrukturen – sehr aufwändig, v.a. aber nur indirekt unter Zuhilfenahme eines ausgereiften Such- und Schlagwortkatalogs[163] (s. Anhang 4) bewerkstelligen. Tab. 6-1 bietet hierzu am Beispiel des IWI eine Annäherung des bearbeiteten Themenprofils aggregiert über die Jahre 2003 bis 2009 (Gesamtzeitraum) bzw. disaggregiert über die Jahre 2003 bis 2007 (Hochkonjunkturzeitraum vor der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise) sowie die Jahre 2008 und 2009 (bisheriger Zeitraum der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise).[164]

Als Maßzahl wird einerseits die Verteilung der thematischen Schwerpunkte über 162[165] durchgeführten *Projektaktivitäten* (Anzahl der Projekte) über den zuvor skizzierten Themenraster (in der Dimension des 1. Ranges), andererseits die Verteilung der *Projektbudgets* (Projektvolumina, inkl. Subaufträge) zur Analyse herangezogen. Beide Variablen sind in Hinblick auf Mehrfachbezüge gewichtet.[166] Generell liegen in 29% der Fälle Untersuchungen mit einem multiplen Aussagenspektrum vor. Die restlichen Analysen sind vergleichsweise fokussiert (mit gezielt eingegrenztem Aussagenspektrum).[167]

Weil sich nicht alle IWI-Aktivitäten einem eingeschränkten Umfang an Themengruppierungen zuordnen lassen, findet sich in Tab. 6-1 auch die Sammelkategorie K1 (Querschnittsarbeiten des IWI). In dieser Kategorie werden Aktivitäten, wie z.B. statistische Abhandlungen zur gesamten Industrie (gegebenenfalls auch für industrielle Großsektoren) subsummiert – diese Werke dienen zumeist als Grundlage für weiterführende Arbeiten (vgl. DAMIANISCH/SCHNEIDER, 2007; ENGELMANN/SCHNEIDER, 2009; oder IWI, 2008a). Die weiteren in Tab. 6-1 neu eingeführten Themenkategorien I1 (Spezialbereich „Qualität, Relevanz und Wirkung von Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitischer Beratung“) und J1 (Methoden-, Geschichts- und Randthemenaktivitäten des IWI) gründen auf der Tatsache, dass sich das IWI im projektbezogenen Hauptfokus nicht ausschließlich mit der Industrieforschungsfrage-

---

163 Das gegenständliche Archivscreening erfolgt auf Grundlage ausgewählter Codes wie Schlüsselworte (inkl. Zählungen) sowie unter Berücksichtigung der in den jeweiligen Texten bestimmten Gesamtzusammenhängen. Aussagen zur konkreten thematischen Lebenszyklen sind auf Ebene der gewählten Aggregationen nicht möglich.

164 Die Zuteilung erfolgt nach der Grundintention und Zielsetzung des jeweiligen Projektes und unterliegt einer weit gehenden Objektivierung.

165 In bestimmten Themenbereichen können mehrere Einzelprojekte zu einer Projekt- und Forschungsreihe zusammengefasst sein (z.B. Bedarf-, Akzeptanz und Kohärenzanalysen in Kategorie C1; LCU-Sonderauswertungen auf Bundesländerebene in Kategorie E1).

166 Gewichtung bedeutet, dass Projekte/Projektvolumina, die hinsichtlich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte einem einzelnen Themenbereich nicht eindeutig zugeordnet werden können, in maximal drei verschiedenen Kategorien gezählt werden dürfen. Die Bewertung/Zählung schlägt sich sodann anteilig nieder. Beispiel: Projekt A beschäftigt sich mit Bildungsstrukturen in der heimischen Clusterlandschaft und bekommt deshalb eine Nennung in der Kategorie C1 (Humanpotential/Human Resources) ebenso wie in der Kategorie E1 (Netzwerk- und Kooperationsmuster) jeweils mit einer Halb-Punktebewertung von 0,5. Erst danach wird die in Tab. 6-1 dargestellte Verteilung auf 100% berechnet.

167 Im Falle der Zuteilung der inhaltlichen Schwerpunkte jeweils ausschließlichen zu einem einzigen bestimmten Hauptthema, würde sich in der hier ausgewiesenen IWI-Projektverteilung nur wenig ändern (mit Ausnahme der Kategorie H1 – Gesellschaftliches Umfeld – lägen sämtliche Abweichungen der Anteilswerte innerhalb einer Bandbreite von maximal 2%-Punkten). Analog (grosso modo sogar mit noch höherem Übereinstimmungsergebnis) verhält es sich im Zusammenhang mit der IWI-Projektbudgetverteilung.

stellung aus der Perspektive von Industrieunternehmen beschäftigt, sondern ebenso reine Grundlagenforschung[168] betreibt bzw. seine Fachexpertise zur Phase der politischen Umsetzung abgibt.

Tab. 6-1: Themenschwerpunkte der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung, Fallbeispiel IWI (Angaben in %)

Industriepolitisch relevante Themengruppe (1. Rang)		IWI-Projektverteilung (gewichtet)			IWI-Projektbudgetverteilung (gewichtet)		
		2003 bis 2009	2003 bis 2007	2008 bis 2009	2003 bis 2009	2003 bis 2007	2008 bis 2009
Variablenbezeichnung: IWI1_		_Projekt 03/09	_Projekt 03/07	_Projekt 08/09	_Budget 03/09	_Budget 03/07	_Budget 08/09
A1	Produktionskosten	15,48	12,94	18,57	12,88	11,45	15,38
B1	Infrastruktur	8,71	11,76	5,00	8,03	10,25	4,12
C1	Humanpotential/ Human Resources	12,37	12,55	12,14	16,83	16,78	16,91
D1	Bedingungen für FTI	10,97	10,00	12,14	12,24	9,46	17,14
E1	Netzwerk- und Kooperationsmuster	12,47	15,10	9,29	14,64	14,98	14,03
F1	Wettbewerbskonstellation/ Konjunkturentwicklung	3,76	3,92	3,57	2,71	3,17	1,90
G1	Gesetzgebung, Förderungen und öffentliche Verwaltung	7,74	5,88	10,00	5,54	4,33	7,67
H1	Gesellschaftliches Umfeld	5,91	8,43	2,86	5,91	7,77	2,64
I1	Spezialbereich „Qualität, Relevanz und Wirkung von Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitischer Beratung“	2,26	2,35	2,14	2,17	3,20	0,34
J1	Methoden-, Geschichts- und Randthemenaktivitäten des IWI	6,77	7,65	5,71	7,88	8,56	6,68
K1	Querschnittaktivitäten des IWI	13,55	9,41	18,57	11,19	10,04	13,20
	Summe	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*

Anm. 1: $n_{IWI1_03/09} = 162$; $n_{IWI1_03/07} = 94$; $n_{IWI1_08/09} = 68$
Anm. 2: Ursprünglich Zuteilung auf Rang-2-Faktoreneben – Daten aus Gründen der Geheimhaltung aber ausschließlich im 1. Rang ausgewiesen (Mehrfachnennungen innerhalb jeder Kategorie des 1. Ranges bereinigt)
Q: Zuteilungen und Berechnungen v.a. auf Grundlage von IWI (2003, 2004a, 2005a, 2006a, 2007a, 2008c und 2009b) sowie dem IWI-MIS (IWI-Management-Informationssystem)

Es ist zu beachten, dass die einzelnen Themenkategorien in variierender analytischer Tiefe und mit unterschiedlichen Grundlagenforschungselementen angereichert sind bzw. über die Zeit nicht zwingend gleichmäßig bearbeitet werden. Zum einen laufen z.B. Bedarfs-, Akzeptanz- und Kohärenzanalysen (C1) oder über weite Bereiche auch FTI-Evaluierungen (D1, G1) nach vorgegeben Analyseschemata, während etwa Untersuchungen zu industriellen Netzwerk- und Kooperationsmuster (E1) in vielen Fällen neue methodische Zugänge erfordern. Zum anderen steht die Kontinuität der thematischen Befassung auch in Abhängigkeit zur Finanzierung eben dieser Tätigkeiten ebenso wie zur jeweiligen Rahmensituation (z.B. Hochkonjunktur vs. elementare Wirtschaftskrise).

Unternehmensnahe angewandte Industrieforschung findet im Kontext zur gegenständlichen Projektion und in der zeitlichen Gesamtbetrachtung 2003 bis 2009 schwerpunktmäßig in den Kategorien A1, C1 bis E1 und K1 statt. Im 2. und 3. Rang strukturieren sich die Themenschwerpunkte folgendermaßen (vgl. Tab. 6-1 bzw. sämtliche IWI-Literaturverweise des Quellenverzeichnisses):

- Es werden Eigenkapital-Finanzierungsmöglichkeiten (im Sinne von Börsegängen, der Akquisition von Venture Capital u.Ä.)[169] unter dem Dach der Funktionsfähigkeit von Kapitalmärkten ebenso

[168] Neben reinen Grundlagenforschungsprojekten (v.a. Methodenforschung) werden Grundlagenforschungsmodule idR in Projekte der Kategorien A1 bis K1 hintergründig eingebaut.

[169] Beispiel, IWI-Untersuchung „Börseaffinität des Österreichischen Mittelstandes“ (IWI, 2008b): Die Finanzierung mittelständischer Unternehmen ist einem rasanten Wandel unterworfen. Die Ursachen dieses Wandels sind zum einen auf Veränderungen innerhalb des Unternehmenssektors, zum anderen auf Veränderungen auf den Finanzmärkten zurückzuführen. Anknüpfend an die vom IWI durchgeführte Studie „Mittelstand und Kapitalmarkt – Ergebnisse einer Befragung nicht-börsenotierter Unternehmen in Österreich“ (IWI, 2005f) wurde im Rahmen einer Primärerhebung das Potential an Unternehmen

wie die Rolle von Banken als Partner für Fremdkapitalfinanzierungen, Kreditgarantien oder Haftungsfragen substanziell in das analytische Blickfeld gestellt.

- Zugehörig zum komplexen Spektrum an Umweltauflagen (sowohl auf nationaler wie auf internationaler bzw. EU-Ebene) ergibt sich etwa zum Thema „Öko-Effizienz" ein breites Feld an industriepolitischen Aufgabenstellungen.[170] Darüber hinaus wird dem in den letzten Jahrzehnten in vielen Studien sehr wichtig gewordenen unternehmerischen Kostenfaktor Energie zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt.
- Der Produktionsfaktor Arbeit ist neben dem Kapitalinput für jeden Wirtschaftsforscher ein zentrales Untersuchungselement. Wenn auch Bildungs- und Qualifikationsfragen ebenso wie die Struktur und Entwicklung des Arbeitsmarktes prominente Querschnittsthemen in Projekten sind, welche hinsichtlich ihrer Hauptfragestellungen auch anderen Kompetenzfeldern zuzuordnen sind, so ist auch eine signifikante Anzahl von Aktivitäten mit speziellen Humankapitalfragestellungen beschäftigt.[171] Traditionellerweise erstellt das IWI darüber hinaus ein großes Maß an Bedarfs-, Akzeptanz- und Kohärenzanalysen für den österreichischen Fachhochschulbereich.
- Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung beschäftigte sich traditionell intensiv damit, Wege zu finden, um die österreichische FTI-Performance signifikant zu verbessern; Informationen zu den Stärken und Schwächen des österreichischen FTI-Standortes hervorzubringen sowie umsetzungsorientierte Beiträge zur politikökonomischen Strategiefindung zu liefern. Neben der Co-Erstellung des 1. Nationalen Forschungs- und Innovationsplanes für Österreich[172] sowie der Schaffung von Grundlagen zur Formulierung nationaler IKT-Strategien, verkörpert das IWI das führende Kompetenzzentrum in Fragen anspruchsvoller Evaluierungen sowie der indirekten steuerlichen Begünstigung von F&E (inkl. erstmalige Aufarbeitung der Einreichungen zum Forschungsfreibetrag).[173]
- In den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts implementierte das IWI als führende Einrichtung die unternehmensbezogene Cluster- und Netzwerkphilosophie in Österreich; zuerst in der außeruniversitären Forschungslandschaft, danach in der regionalen und nationalen Wirtschaftspolitik. Berücksichtigend *Porter's Diamanten* (PORTER, 1990) wurden angewandte Konzepte erarbeitet und ein Bogen von der Theorie in die Praxis gespannt. In verfeinerten Betrachtungen stehen heute die impulsgebenden Zentren dieser Netzwerke (v.a. LCU) im analytischen Blickpunkt. Wer sich in Österreich mit dem Thema Leitbetriebe beschäftigen möchte, kommt an der Kompetenz der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung nicht vorbei. Die Analyseeinhei-

---

untersucht, die sich in Zukunft über die Börse bzw. Private Equity finanzieren könnten. Als Stichprobe der empirischen Erhebung sind Unternehmen definiert, die nicht an einer Börse notiert sind, aber bereits eine gewisse Größe erreicht haben (Umsatz mehr als 25 Mio. EUR), die für eine Kapitalmarktnutzung zielführend wäre.

170 Beispiel, IWI-Untersuchung „Measurement of Eco-Efficiency Using Data Envelopment Analysis" (IWI, 2009d): Ziel ist die Weiterentwicklung von Modellen zur Messung von Öko-Effizienz und ihre Veränderung über die Zeit anhand der DEA. Die Neuheit des Vorhabens und die Schwerpunkte liegen erstens auf der Einbindung von öko-relevanten Inputs; so wurden Konzepte und Daten der Materialflussrechnung übernommen. Zweitens wurden intertemporale Modelle zur Messung der Öko-Effizienz entwickelt; im Zentrum steht dabei die Weiterentwicklung des Malmquist-Luenberger-Indexes. Drittens erfolgte die Integration des Einflusses der Umweltregulierung auf die Ökoeffizienz in ein DEA-Modell erfolgen, hier wurde eine Berücksichtigung einer so genannten Rate-of-Return-Regulierung im Rahmen der Effizienzanalyse vorgenommen. Empirische Applikationen anhand von Länder-Samples unterstützen die Modellbildung und zeigen die Möglichkeiten einer praktischen Anwendung auf.

171 Beispiel, IWI-Untersuchung „Potenziale für qualifizierte Teilzeitarbeit in Österreich" (IWI, 2008d): Ziel dieser Studie ist es, die unterschiedlichen Facetten qualifizierter Teilzeitarbeit zu beleuchten und konstruktive Anregungen für eine attraktivere Gestaltung der „Teilzeitarbeitswelt" zu liefern. Dabei wird aufgezeigt, dass qualifizierte Teilzeitarbeit sowohl den Unternehmensinteressen als auch den individuellen Bedürfnissen der Menschen entsprechen und sich für beide als vorteilhaft herausstellen kann. V.a. geht es darum, brachliegende Potenziale sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite zu ermitteln. Letztendlich sollte es gelingen, durch qualifizierte Teilzeitarbeit einen besseren Einklang von beruflichen und privaten sowie familiären Bedürfnissen zu schaffen, aber auch individuelle Karriereplanung zu ermöglichen, ohne auf Kosten der Existenz- und Pensionssicherung zu gehen. Diese Untersuchung liefert einen Beitrag dazu.

172 Beispiel, IWI-Untersuchung „Co-Erstellung des Nationalen Forschungs- und Innovationsplans 2001" (RAT-FTE, 2001): Im Zuge der Erstellung des „Nationalen Forschungs- und Innovationsplans" durch den Rat für Forschung und Technologieentwicklung wurde das IWI als wirtschaftswissenschaftliches Analyse- und Beratungsorgan hinzugezogen. Die Leistung erfolgte im Zusammenhang mit dem Verfassen von wirtschaftstheoretisch fundierten Diskussionspapieren, der Analyse von strukturellen forschungs-, technologie- und innovationspolitischen Lösungswegen, Überlegungen hinsichtlich einer langfristigen strategischen Ausrichtung in Szenarien, der Aufbereitung von rezenten Datensätzen, die ein breites Bündel an ausgewählten Innovationsindikatoren abdecken, etc.

173 Beispiel, IWI-Untersuchung „Der Forschungsfreibetrag als Instrument zur Hebung der österreichischen F&E-Quote" (IWI, 2001): Zum ersten Mal seit Bestehen des österreichischen Forschungsfreibetrages wurde dessen Förderstruktur vom IWI empirisch untersucht. Im Blickfeld stehen branchen-, unternehmensgrößen- und regionalspezifische Indikatoren. Die Studie enthält zudem einen Katalog von Verbesserungsmaßnahmen bzw. eine qualifizierte Betrachtung im Lichte der Entwicklungen in der österreichischen Technologiepolitik.

ten können in Best-Pracitce-Manier die vorhandenen Kontakte zu unternehmerischen Entscheidungsträgern in wissenschaftlich fundierte Ergebnisse umsetzen.[174]

- Die strukturökonomischen Querschnittsaktivitäten der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung wurden bereits vorangestallt erwähnt. Sie gehören zu einer der Kernaktivitäten des IWI und fließen in vielfacher Weise in den politikökonomischen Raum ein. In den vergangenen Jahren fanden insbesondere die Basisarbeiten zur Automotiven Zulieferindustrie Österreichs große Beachtung.[175]

Fragen etwa zu *Steuern und Abgaben* (im Rahmen von Kategorie A1) werden seitens des spezialisierten unternehmensnahen angewandten Industrieforschung im Hauptfokus signifikant unterdurchschnittlich bearbeitet (mit Ausnahme zu abgehandelten Fragen der steuerlichen F&E-Förderung, welche allerdings den Kategorien D1 und G1 zugeteilt sind). Dies lässt sich zwar mit der diesbezüglich traditionell stark ausgeprägten Orientierung politischer Entscheidungsträger in Richtung Institutionen wie WIFO und IHS erklären (Prinzip der kurzen Wege), muss ob der großen realpolitischen Bedeutung aber als einer der inhaltlichen Schwachstellen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung Österreichs diagnostiziert werden.

Ferner werden relativ selten qualifizierte *Konjunkturbetrachtungen* unternommen, Fragen zur Privatisierungssituation abgehandelt oder Aufgaben zur Wettbewerbskonstellation bearbeitet (F1). Obzwar eine Erklärung (insbesondere im Zusammenhang mit Konjunkturanalysen) in der intensiven und qualifizierten Befassung von BSI und IV in der Thematik (mit eigenen spezialisierten Fachkräften) zu finden ist, ist hier eine weitere thematische Schwachstelle im vergangenen und gegenwärtigen Raum der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung zu sehen. In Anbetracht des zur Verfügung stehenden Informationspools könnte nicht zuletzt der Einfluss von industriepolitisch relevanten weichen und zukunftsgerichteten Faktoren – diese werden von anderen Institutionen tendenziell in den Hintergrund gerückt, was eine Begründung für die oftmals fehlerhaften Einschätzungen liefert – zu wichtigen Erklärungen führen.

Weitere in der gegenständlichen Betrachtung unterdurchschnittlich repräsentiere Betätigungsfelder sind in der Kategorie H1 (Gesellschaftliches Umfeld) sowie dem für diese Untersuchung wichtigen Aufgabenbereich I1 (Spezialbereich „Wirkung und Relevanz von Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitischer Beratung“)[176] zu sehen. Die Begründung hierfür ist am ehesten in der spezifischen industriellen Prioritätensetzung und damit der Finanzierungskonstellation bei gleichzeitig eingeschränkter Eigeninitiative der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung in einem Randgebiet der Ökonomie an der Grenze zu den Politikwissenschaften oder auch zur Soziologie zu sehen.[177]

---

174 Beispiel, IWI-Untersuchung „Leading Competence Units - Wichtige Knotenpunkte im Wirtschaftsgeflecht Österreichs“ (IWI, 2004c): Als Leading Competence Units (LCU; häufig in Form von Headquarters) sind Entscheidungs- und Kompetenzzentren u.a. von multinationalen Unternehmen (-sgruppen) zu verstehen. Die öffentliche Diskussion im Zusammenhang mit LCU wird kontrovers und teilweise emotional geführt. Mit dieser Untersuchung wird eine analytische Grundlage als Input für den stattfindenden Diskurs zur Verfügung gestellt. Es werden volkswirtschaftliche Zusammenhänge erläutert sowie quantitative Aussagen getroffen. Dabei richtet sich der Untersuchungsfokus auf die Funktion und Positionierung von 14 ausgewählten LCU in gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten (damit verbunden sind Aussagen im Zusammenhang mit direkten und indirekten Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekten) und die Bedeutung von LCU am FTI-Standort Österreich (inkl. Beobachtungen im Zusammenhang mit Themen wie „Wissens- und Technologietransfer“ oder „Bildung und Qualifikation“). Für eine weiterführende Betrachtung s. Abschn. 7.4).

175 Beispiel IWI-Untersuchung „Automotive Zulieferindustrie als Motor der Österreichischen Volkswirtschaft“ (IWI, 2008a): Die Automotive Zulieferindustrie durchläuft weltweit große strukturelle Veränderungen, die zu einer umfangreichen Neuordnung des Wertschöpfungsraumes geführt haben. Mit der Automobilindustrie befindet sich auch die Automotive Zulieferindustrie in einem tiefgreifenden Wandel. Neben fortschreitender Internationalisierung, rasanter Technologieentwicklung, steigenden Qualitätsanforderungen, der Zunahme der Modellvielfalt und kürzeren Produktzyklen betrifft dieser insbesondere die Kunden-Lieferantenbeziehung, die sich deutlich intensiviert hat. Aus der Summe dieser Veränderungen ergeben sich für die Zulieferindustrie im Kern drei wesentliche Herausforderungen: Steigender technologischer/innovatorischer Anspruch, Zunahme von Verantwortung/Risiko sowie steigender Kosten- und Wettbewerbsdruck. Die österreichischen Automotiven Zulieferer haben sich den Herausforderungen, die dieser Wandel mit sich bringt, bisher erfolgreich gestellt. In einem zunehmend wettbewerbsintensiven Umfeld punkten die Unternehmen vor allem durch neue Produktideen, Entwicklungs-Know-how sowie durch die Erfüllung höchster Qualitätsstandards. Das IWI untersuchte mit dieser Initiative in einer umfassenden Primärerhebung die Struktur und Entwicklung der Automotiven Zulieferindustrie Österreichs, ihre spezifischen Herausforderungen sowie ihre volkswirtschaftliche Bedeutung (Input-Output-Berechnungen). Auf Basis einer Bruttostichprobe $N_{gesamt_bereinigt}$=670 Unternehmen wurde eine repräsentative Stichprobe gezogen und Befragungsergebnisse von 191 Befragungseinheiten für n=216 Unternehmen eingeholt.

176 Dies mag ein Hauptgrund für die Erstellung der gegenständlichen Dissertation sein. Wenn der Markt (noch) zu wenige oder keine Projektbudgets zur Verfügung stellt, liegt es an idealistischen Forschern, Antworten auf wichtige Fragen zu liefern.

177 Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass in der Industrieforschung manche Themen grundsätzlich mehr im Querschnitt behandelt werden als andere (in den letzten Jahren z.B. Fragen zum Faktor *Arbeit* oder zur *Infrastruktur*); diese finden aufgrund deren Wichtigkeit sodann in so gut wie jeder Untersuchung Beachtung.

Eine signifikante krisenbedingte Neugewichtung des IWI-Themensettings ist disaggreggiert im Vergleich der beiden Beobachtungszeiträume „2003 bis 2007“ versus „2008 bis 2009“[178] nicht zu beobachten. Dass schnell wirksame Hardfact-Themenschwerpunkte wie Produktionskosten (A1) oder Förderungen (im Rahmen von G1) in Krisenzeiten ein relativ höheres Gewicht bekommen (müssen) ist neben der Tatsache, dass sich das angewandt-wissenschaftliche Themenprofil einer außeruniversitären Forschungsinstitution in ein paar Monaten nicht grundlegend ändern kann, nahe liegend.

Nichtsdestotrotz fällt auf, dass in der Hochzeit der Krise z.B. bedeutende Projektmittel in die qualifizierte Diskussion im Kontext v.a. zu *Forschung, Technologie und Innovation* – gleichsam als Rettungsanker für zukünftige Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung – zur Verfügung gestellt bzw. abgearbeitet wurden. Ferner ist zu bemerken, dass für Wirtschaftsforscher die jüngste Finanz- und Konjunkturkrise in ihrer letztendlich globalen Dimension anfänglich zwar schwer absehbar war, das IWI im Jahr 2008 dann aber jenes österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut war, welches seine Untersuchungsprozesse am schnellsten und flexibelsten umgestellt hatte (starker Fokus auf empirische Untersuchungen aufgrund unbrauchbar gewordener offizieller Statistiken; Themenfokus in Richtung *Automotiver Zulieferindustrie* etc.); und das Institut in den Monaten des größten Krisen-Impacts somit Wettbewerbsvorteile herausarbeiten konnte.

Industriepolitische Maßnahmen-/Instrumentarienaffinität der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung

Das in Tab. 6-2 verwendete zugrundeliegende Instrumentenraster wurde im Unterschied zum vorhergehenden thematischen Klassifikationsschema seitens des Autors nicht selbst entwickelt und lehnt sich anstatt dessen in Hinblick auf Formulierung, Beschreibung und Zuteilung bzw. in schlüsselwortanalytischer[179] Hinsicht in der mikro- und makroökonomischen Dimension an KLUMP (2006) an (Kategorie A2 bis I2). Wie zuvor ist die analytische Annäherung aggregiert über die Jahre 2003 bis 2009 (Gesamtzeitraum) bzw. disaggregiert über die Jahre 2003 bis 2007 (Hochkonjunkturzeitraum vor der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise) sowie die Jahre 2008 und 2009 (bisheriger Zeitraum der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise) ausgewiesen.[180] Für jene Fälle, in welchen IWI-Projekte/-Budgets nur mittelbar bzw. im allgemeinen Querschnitt den politischen Maßnahmenbogen berühren oder gar keine erkennbarer Affinität zu industriepolitischen Instrumentarien vorhanden ist, sind ferner die beiden Zusatz-/Ergänzungskategorien J2 und K2 definiert.

Als Maßzahl wird nun einerseits die Verteilung der industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarienaffinitäten über 162[181] durchgeführten IWI-Projektaktivitäten (Anzahl der Projekte; in der Dimension des 1. Ranges), andererseits die Verteilung der korrespondierenden IWI-Projektbudgets (Projektvolumina, inkl. Subaufträge) zur Analyse herangezogen. Erneut sind beide Variablen in Hinblick auf Mehrfachbezüge gewichtet.[182] Nunmehr liegen in 28% der Fälle Untersuchungen mit einem multiplen Maßnahmen-/Instrumentarienbezug vor. Die restlichen Analysen sind vergleichsweise fokussiert (mit gezielt eingegrenztem Aussagenspektrum).[183]

---

178 Aufgrund der mittel- bis langfristigen Natur von unternehmensnahen angewandten Wirtschaftsforschungsprojekten und der Tatsache, dass die Wirtschafsforschung die grundsätzlichen Möglichkeiten besitzt, Zeitpunkt und Dimension größerer Wirtschaftskrisen bereits im Vorfeld zu erkennen, findet im Zuge der gegenständlichen Unterscheidung für Aussagen zum Zeitraum der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise das gesamte Kalenderjahr 2008 Berücksichtigung.

179 S. Anhang 4

180 Die Zuteilung erfolgt nach der Grundintention und Zielsetzung des jeweiligen Projektes und unterliegt einer weit gehenden Objektivierung.

181 In bestimmten Themenbereichen können mehrere Einzelprojekte zu einer Projekt- und Forschungsreihe zusammengefasst sein (z.B. Bedarf-, Akzeptanz und Koherenzanalysen in Kategorie C1; LCU-Sonderasuwertungen auf Bundesländerebene in Kategorie E1).

182 Gewichtung bedeutet, dass Projekte/Projektvolumina, die hinsichtlich ihrer industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarienaffinitäten einem einzelnen Themenbereich nicht eindeutig zugeordnet werden können, in maximal drei verschiedenen Kategorien gezählt werden dürfen. Die Bewertung/Zählung schlägt sich sodann anteilig nieder. Beispiel: Projekt B avisiert wachstumspolitische ebenso wie wechselkurspolitische Maßnahmen und bekommt deshalb eine Nennung in der Kategorie G2 (Wachstumspolitik durch Investitionsförderung) ebenso wie in der Kategorie E2 (Zahlungsbilanz- und Wechselkurspolitik) jeweils mit einer Halb-Punktebewertung von 0,5. Erst danach wird die in Tab. 6-2 dargestellte Verteilung auf 100% berechnet.

183 Im Falle der Zuteilung der industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarienaffinitäten jeweils ausschließlichen zu einem einzigen bestimmten Maßnahmenblock, würde sich weder in der ausgewiesenen IWI-Projektverteilung noch im Zusammenhang mit der IWI-Projektbudgetverteilung etwas ändern. Alle Anteilswert-Abweichungen würden sich innerhalb einer Bandbreite von maximal 2%-Punkten bewegen (mit Ausnahme einer marginalen, im Kommastellebereich befindlichen Überschreitung bezüglich der IWI-Projektbudgetverteilung in der Kategorie G2 – Wachstumspolitik durch Investitionsförderung)

Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung hat in ihren Aussagen und Strategielinien einen verhältnismäßig geringen (un)mittelbaren Bezug zu industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarien. Im Gesamtbeobachtungszeitraum ist bei in summa weit mehr als der Hälfte der Projekte (bei überdurchschnittlich hoher Dotierung) in den Hauptaussagen kein direkter Bezug zur konkreten politischen Umsetzung erarbeitet. Dies bedeutet nicht, dass derartige Relationen gar nicht vorhanden sind, sie werden nur in einer Vielzahl der Fälle durch (angewandt) forschungsanalytische Aspekte überlagert oder die „Übersetzung" der Ergebnisse und Erkenntnisse erfolgt auf Seiten der Auftraggeber (nicht selten aufgrund deren dezidierter Vorgaben).[184]

Will die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in Österreich in Zukunft aber allgemein (inkl. medial) durchschlagskräftiger sein, wird an dieser Situation gearbeitet werden müssen.[185] Dass mehr möglich ist, zeigt das empirisch nachweisbare, relativ kurzfristige Umschalten in der Zeit der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise. Der gelebte Pragmatismus in jenen Zeiten, in denen Vieles übermäßig schnell und effizient zu funktionieren hat, zeigt, dass die Kompetenzen prinzipiell vorhanden sind und Dementsprechendes möglich ist.

Tab. 6-2: Industriepolitische Maßnahmen-/Instrumentarienaffinität der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung, Fallbeispiel IWI (Angaben in %)

Industriepolitisch relevante Instrumentengruppe (1. Rang)			IWI-Projektverteilung (gewichtet)			IWI-Projektbudgetverteilung (gewichtet)		
			2003 bis 2009	2003 bis 2007	2008 bis 2009	2003 bis 2009	2003 bis 2007	2008 bis 2009
Variablenbezeichnung: IWI2__			_Projekt 03/09	_Projekt 03/07	_Projekt 08/09	_Budget 03/09	_Budget 03/07	_Budget 08/09
Mikro-ökonomische Dimension	A2	Preispolitik	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	B2	Regulierungspolitik	0,97	1,18	0,71	0,55	0,80	0,11
	C2	De-Regulierungspolitik	3,12	2,94	3,33	3,32	3,18	3,57
	D2	Wettbewerbspolitik	4,62	2,16	7,62	3,74	3,27	4,58
Makro-ökonomische Dimension	E2	Inflationsbekämpfung durch Geldpolitik	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	F2	Zahlungsbilanz- und Wechselkurspolitik	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	G2	Wachstumspolitik durch Investitionsförderung	18,92	14,31	24,52	14,76	10,03	23,10
	H2	Konjunkturelle Stabilisierung durch Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Angebots	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	I2	Konjunkturelle Stabilisierung durch Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage	1,29	1,76	0,71	0,65	0,70	0,55
	J2	Stark mittelbare Forcierung/Mechanismen	20,00	23,73	15,48	20,21	19,72	21,08
	K2	*Kein (un)mittelbar erkennbarer Bezug zu industriepolitischen Instrumentarien*	51,08	53,92	47,62	56,76	62,30	47,02
		Summe	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00%*	*100,00*	*100,00*

Anm. 1: $n_{IWI1_03/09} = 162$; $n_{IWI1_03/07} = 94$; $n_{IWI1_08/09} = 68$
Anm. 2: Ursprünglich Zuteilung auf Rang-2-Faktoreneben – Daten aus Gründen der Geheimhaltung aber ausschließlich im 1. Rang ausgewiesen (Mehrfachnennungen innerhalb jeder Kategorie des 1. Ranges bereinigt)
Q: Zuteilungen und Berechnungen v.a. auf Grundlage von IWI (2003, 2004a, 2005a, 2006a, 2007a, 2008c und 2009b) sowie dem IWI-MIS (IWI-Management-Informationssystem)

[184] *Wo beginnt und wann endet ein angewandt-wissenschaftlicher Auftrag (einer gemeinnützigen Institution)?*
[185] Obzwar das IWI im Jahr 2003 de facto neu gegründet wurde (erst im Anschluss daran wurde das Zusammenspiel mit dem gemischten Interessenssystem Österreichs neu definiert) und innerhalb des Beobachtungszeitraumes 2003 bis 2007 ein positiver Bezugstrend zu erkennen ist.

Ansonsten konzentrieren sich die Arbeiten insbesondere an wachstums- und investitionspolitischen Maßnahmen-/Instrumentarien:

- Konkrete direkte Investitions-Forcierungen z.B. im Zusammenhang mit Fragen der Klima- und Energiepolitik[186] auf der einen Seite wie indirekte steuerpolitische Maßnahmen z.B. im Kontext zu F&E[187] auf der anderen Seite stehen konstant im analytischen Blickpunkt der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung. Häufig wird dabei eine internationale Kontextebene hergeleitet bzw. die Positionierung österreichischer Lösungen in transnationaler Dimension beurteilt. Am Ende derartiger Untersuchungsanstrengungen werden in der Regel sehr spezifische Maßnahmenempfehlungen für den wachstumspolitischen Raum entwickelt bzw. strategische Lernkurven skizziert.
- In Hinblick auf strukturpolitisch sektorale Diskurse finden und fanden in den vergangenen (Krisen-) Jahren vielerlei Aspekte v.a. der *Automotiven Zulieferindustrie Österreichs* große Beachtung – auch in der wirtschaftspolitischen Dimension der seitens der öffentlichen Hand zur Anwendung gebrachten (Krisen-) Maßnahmen und Instrumentarien (Unternehmensliquiditätsgesetz, Verschrottungsprämie u.Ä.).[188]
- Akteursgruppenspezifisch sind allem voran die Maßnahmen-/Instrumentarienüberlegungen im Zusammenhang mit *Leading Competence Units (LCU)* in Österreich präsent.[189]

Dagegen werden qualifizierte Aussagen und Strategien z.B. zur Senkung der Lohnnebenkosten im Rahmen der Lohn- und Einkommenspolitik oder spezifische Aspekte im Rahmen der Finanzpolitik ebenso wie Fragen zu Exporterleichterungen u.Ä. traditionell aus der vorhandenen Wissensbasis innerhalb von Interessensvertretungen bzw. aus internen Arbeits- und Beratungsstrukturen generiert (Positionierung von Stabsabteilungen der WKO, der AWO, der IV-Abteilung „Finanzpolitik“ etc.).

---

186 Beispiel, IWI-Untersuchung „Die Forschungsförderung durch den Klima- und Energiefonds. Analyse der Schwerpunktsetzungen und Zielbeiträge“ (IWI, 2010b): Mit dem Klima- und Energiefonds hat die österreichische Bundesregierung ein Instrument der nationalen Klima- und Energiepolitik geschaffen, das besonders auf die Unterstützung der Erreichung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen ausgerichtet ist. Eine wichtige Aufgabe des Klima- und Energiefonds besteht in der Förderung der Energieforschung. Hier werden Maßnahmen unterstützt, die das ganze Energiesystem betrachten und Innovationen ermöglichen, die den Technologiestandort Österreich sichern und die Qualität der Energieforschung weiter verbessern. Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine vorwiegend quantitative Analyse der durch den Klima- und Energiefonds geförderten Projekte aus den beiden Energieforschungsförderprogrammen Energie der Zukunft (1. Ausschreibung und Wiedervorlagen) sowie Neue Energien 2020 (1. und 2. Ausschreibung). Es werden insgesamt 700 Projekte, davon mehr als 250 genehmigte Projekte, untersucht. Ziel ist die Schaffung einer detaillierten Daten- und Faktenbasis zu den ausgeschriebenen Teilprogrammen hinsichtlich ihres Zielbeitrages sowie die Analyse der thematischen Schwerpunktsetzungen und die Einbettung der geförderten Energieforschung in das Nationale Innovationssystem. Die Untersuchung ist in fünf Module gegliedert und umfasst neben der statistischen Analyse der vom Klima- und Energiefonds bereitgestellten Datenbasis auch die Durchführung von Fallstudien und einer Befragung.

187 Beispiel, IWI-Untersuchung „International Good Practices in der steuerlichen F&E-Förderung unter besonderer Berücksichtigung junger und innovativer Unternehmen“ (IWI, 2004a): Der steuerlichen Förderung von jungen und innovativen Unternehmen wird in vielen Ländern große Beachtung zuteil. So hat Frankreich im Jahr 2004 Bestimmungen eingeführt, um diese Unternehmensgruppe im Speziellen zu unterstützen (z.B. gänzliche Befreiung von der Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer und Sozialabgaben für Forscher). In dieser Studie werden steuerliche Regelungen bzw. good-practice Beispiele aus anderen Ländern diskutiert und dargestellt, welche für Österreich zukünftig als Vorbild dienen können. Nach der Klärung notweniger analytischer Fragestellungen (ad Matchingvergleich: Fördernachfrage versus Förderangebot in unterschiedlichen Nationalen Innovationssystemen etc.) werden – unter Bezugnahmen auf diese internationalen Referenzmodelle und zukünftiger fiktiver Anpassungen in der österreichischen steuerlichen F&E-Förderung – die potenziellen innovationsökonomischen Effekte betrachtet.

188 Beispiel, IWI-Untersuchung „Die Automotive Zulieferindustrie – Strategien aus der Finanz- und Konjunkturkrise“ (IWI, 2009a): Im Zeitraum von April bis Mai 2009 wurde eine dritte IWI-Umfrage in der Automotiven Zulieferindustrie innerhalb nur eines Jahres durchgeführt. Sie stellt ein Update der zu Jahreswechsel durchgeführten Befragung zu den Auswirkungen der Finanz- und Konjunkturkrise auf die Automotiven Unternehmen dar. Behandelt werden dabei Kernthemen wie die Veränderung der Automotiven Aktivitäten 2007, 2009 und 2011 sowie die Revision der Prognosen zu Umsatz, Mitarbeiter und Inlandsinvestitionen vom ersten auf das zweite Quartal 2009. Weiters: die Maßnahmen der Unternehmen gegen die negativen Auswirkungen der Krise, das Bedrohungspotenzial der Krise auf die befragten Unternehmen, konkrete Themen wie Kurzarbeit, Finanzierungsmöglichkeiten und Lehrstellen für Industrieberufe sowie eine qualifizierte Bewertung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen die Krise.

189 Beispiel, IWI-Untersuchung „Leading Competence Units und die Finanz- und Konjunkturkrise (inkl. der Partiale: F&E-Produktionsfunktion − Wirkungen von F&E-Förderungen)“ (IWI, 2009c): Zielsetzung ist es, ein Bild der LCU am Wirtschaftsstandort Österreich im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld der Finanz- und Wirtschaftskrise zu zeigen, ebenso wie die Veränderungen der Wettbewerbssituation und die spezifischen Herausforderungen zu analysieren. Es werden im Rahmen einer Primärerhebung neben den quantitativen Auswirkungen (z.B. Umsatzrückgang, Rückgang der Aus- und Weiterbildungsausgaben, Investitionsrückgang im In- und Ausland) auch Maßnahmen um der Krise entgegenzusteuern abgefragt. Auf Basis der Unternehmensangaben werden sodann die negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise (Soft-Case-Szenario vs. Worst-Case-Szenario) geschätzt. In Form einer zusätzlichen Partiale wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Wirkungen von F&E-Förderungen gelegt, um folgende Fragestellungen zu behandeln: Gibt es so ein crowding-in von privater F&E durch öffentliche Finanzierung unternehmerischer F&E in LCU? Tragen interne und externe F&E von LCU zur Wirtschaftsleistung der LCU bei? Bringt öffentlich finanzierte F&E in LCU zusätzliche Wirtschaftsleistung von LCU? Erneut soll auf Abschn. 7.4 hingewiesen sein.

6.2 Kommuniziertes Themensetting der industriepolitischen Interessensvertretung

In Anlehnung an jene in Abschnitt 6.1. zur Anwendung gebrachten industriewissenschaftlichen/-politischen Themen- und Maßnahmenraster, lässt sich ein analoges Profil zu den beiden wichtigsten industriepolitischen Interessensvertretungen projizieren (die Kategorien I1 bis K1 werden dafür angepasst). Da allerdings keine Informationen in Hinblick auf Umfang, Intention und Budgetierung spezifischer Aktivitätsräume zur Verfügung stehen bzw. für Außenstehende generell nicht zugänglich sind, müssen alternative Behelfe zugezogen werden.

Im Rahmen dieser Arbeit fällt die Entscheidung auf eine Annäherung der Themenstruktur anhand der Leitartikel bzw. Coverthemen zu den beiden interessenspolitischen Hauptperiodika von BSI („Die Industrie aus erster Hand", s. BSI, div. Jahre) und IV („iv-positionen", s. IV, div. Jahre a).[190] Bei der Interpretation der Daten ist damit zu beachten, dass es sich im gegenständlichen Zusammenhang in erster Linie um kommunizierte Inhalte handelt. Im Einzelfall müssen diese nicht zwingend mit dem tatsächlich bearbeiteten Themenprofil ident sein (es ist aber wahrscheinlich). Als Kontrollgruppe fungiert die im Beobachtungszeitraum 2003 bis 2009 in Zusammenarbeit zwischen IWI, BSI und IV (bis Mitte 2008 zudem Investkredit Bank AG) herausgegebene Fachpublikation „industrie aktuell" (IWI, div. Jahre).

Exkurs: Ausgewählte Strategiepapiere des gemischten Interessenssystem Österreichs

Es gibt eine Vielzahl von Memoranden, Pflichtenheften und Strategiepapieren im System der durch Hoheitsakt errichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts ebenso wie von privatrechtlich organisierten freien Unternehmensverbänden ohne Pflichtmitgliedschaft. Sie alle werden laufend aktualisiert (nicht zuletzt wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ändern) und sind mehr oder weniger öffentlich zugänglich.

Abb. 6-2: IV-Strategielinien (Auswahl)

Q: www.iv-net.at

[190] Eine andere Möglichkeit wäre, anhand von Schlüsselbegriffen eine Messung im Rahmen einer Medien-Impact-Analyse vorzunehmen. Leitartikel selbst können kein komplettes kommunikationsstrategisches Bild wiedergeben, denn in anderen Rubriken der beiden hier eingebrachten Periodika werden ebenso wichtige industriepolitische Agenden behandelt.

Da die BSI mit ihren 18 Fachverbänden Teil der WKO ist, zählen für sie auf der einen Seite die großen Strategielinien der gesamten WKO (s. Abschn. 4.2) und auf der anderen Seite fachspezifische Orientierungen, welche im branchenübergreifenden Bereich auf die konkreten Interessen der industriellen WKO-Mitgliedsunternehmen abzielen. U.a. hat die BSI mit der „Strategie 2013 für Wachstum und Beschäftigung“ ein umfassendes Positionspapier für die Zukunft der österreichischen Industrie erarbeitet (s. BSI, 2008). Darin finden sich unter Aufzählungspunkten wie „Arbeits- und Sozialrecht“, „Bildungspolitik“ oder „Umwelt und Energie“ detailreiche Maßnahmenvorschläge.

Auch die IV formuliert Strategiepakete (s. z.B. Abb. 6-2). Ihre Ideen und Anliegen werden in verschiedenen Formaten einerseits gesamtheitlich kommuniziert (z.B. IV-Maßnahmenprogramme, IV-Effizienzpakete, IV-Programmoffensiven); andererseits gibt es themenspezifische Strategiepakete, welche einen hohen Detailgrad aufweisen können (v.a. spezifische IV-Broschüren).

Die einzelnen Strategieprogramme von BSI und IV (s. obenstehender Exkurs) sind für die gegenständliche Arbeit per se interessante Informationsquellen. Die Begründung, warum sie für eine Detailanalyse in Kapitel 6 nicht intensiv herangezogen werden können, ist darin zu sehen, dass sie zwar die relevante Themenbreite transportieren („Menü-Karte“ für Politik), die Themennuancierung in der gewünschten analytischen Unterteilung aber nicht ersichtlich machen (eine technisch saubere Einzelzuteilungen ist nicht möglich; es stehen zu viele Themen gleichrangig im Raum). Darüber hinaus wird die Zeitkomponente verwischt (Anspruch, dynamische Entwicklungstendenzen zu erfassen) bzw. stehen Strategieprogramme in deren Sprache, Argumentreihungen, interessenpolitischen Grundintention etc. häufig in unmittelbarer Abhängigkeit zur gerade vorherrschenden politischen Situation (Regierungskonstellation, Regierungsprogramme, Positionierung anderer interessenspolitischer Spieler etc.) – dieser Effekt sollte durch die angestrebte Medienanalyse über die Zeit aber neutralisiert werden.

Ähnlich wie Tab. 6-1 bietet auch Tab. 6-3 eine Annäherung des bearbeiteten Themenprofils aggregiert über die Jahre 2003 bis 2009 (Gesamtzeitraum) bzw. disaggregiert. Wurde für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung allerdings mit dem Jahreswechsel 2007/2008 abgrenzt, so fällt nun – weil eine konkrete zeitliche Bestimmung bei einem Periodikum besser möglich ist, als im Fall von teilweise mehrjährigen Projektaktivitäten in der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung – der Stichtag auf den 31. Juli 2008. Die Aggregate lauten daher: 2003 bis Mitte 2008 (Hochkonjunkturzeitraum vor der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise) bzw. Mitte 2008 und 2009 (bisheriger Zeitraum der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise).

Als Maßzahlen gelten die Verteilungen der Themenschwerpunkte der Leitartikel/Coverthemen zu den besagten Periodika „Die Industrie aus erster Hand“ und „iv-positionen“. Sämtliche Variablen sind im 1. Rang ausgewiesen und in Hinblick auf Mehrfachbezüge gewichtet.[191] Generell liegen in beiden Fällen in mehr als der Hälfte der Texte multiple Aussagenspektren vor.[192]

Grosso modo gibt es in einigen Themenfeldern sowohl bei „Die Industrie aus erster Hand“ als auch bei den „iv-positionen“ viele belastbare Hinweise darauf, dass die Ergebnisse der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung des IWI den Kommunikationsprozessen der industriepolitischen Interessensvertretung zeitlich vorgelagert sind. Das IWI wird in den Periodika häufig zitiert.[193]

---

[191] Gewichtung bedeutet, dass Leitartikel/Coverthemen, die hinsichtlich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte einem einzelnen Themenbereich nicht eindeutig zugeordnet werden können, in maximal drei verschiedenen Kategorien gezählt werden dürfen. Die Bewertung/Zählung schlägt sich anteilig nieder.

[192] Im Falle einer Zuteilung der inhaltlichen Schwerpunkte jeweils ausschließlichen zu einem einzigen bestimmten Hauptthema, würden sich die betreffenden Verteilungsstrukturen weitgehend ähneln und in fast allen Fällen eine Abweichungsbandbreite von 2%- bis 3%-Punkten nicht unter-/überschreiten (vgl. Bandbreiten bei der Verteilung der IWI-Projektinhalte) – eine einzige Ausnahme bildet die Kategorie F1 (Wettbewerbskonstellation/Konjunkturentwicklung) bei „Die Industrie aus erster Hand“, da das Thema „Konjunktur und Wettbewerbsfähigkeit“ in diesem Periodikum querschnittsmäßig in vielen Ausgaben als Zweitthema bestimmt ist.

[193] Es kommt natürlich auch vor, dass neben jenen des IWI die Untersuchungs- und Gutachterergebnisse anderer Wirtschaftsforschungsinstitute in interessenspolitischen Belangen zitiert werden. Das IWI ist (nicht nur im Vergleich zu seiner Institutsgröße) allerdings überproportional vertreten.

Tab. 6-3: Kommunizierte Themenschwerpunkte der industriepolitischen Interessensvertretung am Beispiel der Leitartikel/Coverthemen zu den Periodika „Die Industrie aus erster Hand", „iv-positionen" und „industrie aktuell" (Angaben in %)

Industriepolitisch relevante Themengruppe (1. Rang)		Leitartikel-Themenverteilung v. „Die Industrie aus erster Hand" (gewichtet)			Cover-Themenverteilung v. „iv-positionen" (gewichtet)			Industrieforum-Themenverteilung u. Konjunkturteil v. „industrie aktuell", (gewichtet)		
		2003 bis 2009	2003 bis Mitte 2008	Mitte 2008 bis 2009	2003 bis 2009	2003 bis Mitte 2008	Mitte 2008 bis 2009	2003 bis 2009	2003 bis Mitte 2008	Mitte 2008 bis 2009
Variablenbezeichnung:		BSI1 03/09	BSI1 03/M08	BSI1 M08/09	IV1 03/09	IV1 03/M08	IV1 M08/09	IA1 03/09	IA1 03/M08	IA1 M08/09
A1	Produktionskosten	23,58	26,04	14,81	12,37	11,76	14,44	18,88	20,61	12,54
B1	Infrastruktur	4,07	5,21	0,00	4,55	5,23	2,22	3,17	4,04	0,00
C1	Humanpotential/ Human Resources	15,45	14,06	20,37	16,16	15,69	17,78	8,57	3,64	26,67
D1	Bedingungen für FTI	4,88	6,25	0,00	4,55	5,23	2,22	3,17	2,02	7,41
E1	Netzwerk- und Kooperationsmuster	3,25	4,17	0,00	5,30	3,92	10,00	12,14	15,45	0,00
F1	Wettbewerbskonstellation/ Konjunkturentwicklung	34,55	30,21	50,00	5,05	4,90	5,56	20,55	22,07	14,99
G1	Gesetzgebung, Förderungen und öffentliche Verwaltung	6,91	7,81	3,70	9,60	9,80	8,89	8,40	5,66	18,46
H1	Gesellschaftliches Umfeld	3,66	3,13	5,56	15,40	15,36	15,56	10,31	9,70	12,54
I1	Spezialbereich „Qualität, Relevanz und Wirkung von Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitischer Beratung"	0,00	0,00	0,00	0,76	0,98	0,00	2,86	3,64	0,00
J1	Industriewissenschaftliche Methoden-, Geschichts- und Randthemenaktivitäten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K1	Querschnitte (Präsentationen von Strategieprogrammen, [seriösen] Lobbyingpaketen, Leistungsbilanzen u.Ä.)	3,66	3,13	5,56	26,26	27,12	23,33	11,94	13,18	7,41
	Summe	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*

Anm. 1: $n_{BSI1_03/09} = 41$; $n_{BSI1_03/M08} = 32$; $n_{BSI1_M08/09} = 9$; $n_{IV1_03/09} = 66$; $n_{IV1_03/M08} = 51$; $n_{IV1_M08/09} = 15$; $n_{IA1_03/09} = 28$; $n_{IA1_03/M08} = 22$; $n_{IA1_M08/09} = 6$
Anm. 2: Ursprünglich Zuteilung auf Rang-2-Faktoreneben – Daten in Anlehnung an Tab. 6-1 ausschließlich im 1. Rang ausgewiesen (Mehrfachnennungen innerhalb jeder Kategorie des 1. Ranges bereinigt)
Anm. 3: „industrie aktuell" weist pro Ausgabe jeweils zumindest zwei Schwerpunkte auf (Industrieforum plus Konjunkturteil)
Anm. 4: Es fehlen bei IV einige Ausgaben ad 2003, BSI nur eine Ausgabe 2003 fehlend (lt. Auskunft der BSI nicht erschienen)
Q: Eigene Zuteilungen und Berechnungen auf Grundlage von BSI (div. Jahre), IV (div. Jahre a), IWI (div. Jahre)

Betreffend den Kontrollgruppenansatz („industrie aktuell") finden die jeweiligen „Industrieforen"[194] in Kombination mit den entsprechenden heftspezifischen Konjunkturrubriken Berücksichtigung. Es ist ex ante bereits ersichtlich, dass dieses quartalsweise[195] erscheinende Fachjournal aufgrund dreier im Wesentlichen gleich berechtigter Herausgeber (IWI, BSI und IV) über die Jahre auch ein zwischen den inhaltlichen Orientierungen der betreffenden Akteure kompromissgerichtetes, ausgewogenes Profil aufweist.

Kommuniziertes Themensetting der BSI

Die BSI fokussiert auf ein breites kommunizierbares Themenspektrum, welches neben Arbeits- und Kollektivvertragsagenden, den Umwelt- und Energiebereich, FTI und Bildung/Qualifikation oder auch Fragen der Internationalisierung in den zugrunde liegenden Komplexitäten abdeckt.[196] Aktuell stehen Anforderungen wie eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung (im notwendigen Konsens mit der Gewerkschaftsseite), die nahezu unüberschaubare Flut an Bestimmungen im Umwelt- und Energiebereich (Abwehren von industriefeindlichen, praxisfernen Regelungen), die Dotierung der (in)direkten F&E-

[194] S. Themenbogen „industrie aktuell" (2000 bis 2010) in Anhang 5.
[195] Thematische Ausreißer schlagen sich im Vergleich zu monatlich/zweimonatlich erscheinenden Periodika im Ergebnis verhältnismäßig stark nieder.
[196] S. zehn plus eins kombinierte Aufgabenkomplexe der BSI in Abschn. 4.2.

Förderung (die Politik müsse laufend an das akkordierte Ziel der Steigerung von F&E in Österreich erinnert werden) oder die Absicherung von Exporten durch die OeKB (wenn die grundsätzlich marktfähige Risiken von Exportprojekten in den OECD-Ländern von privaten Kreditversicherern aus konjunkturellen Gründen nicht übernommen werden) im Blickfeld (vgl. WELSER, 2010, 3).

Im Lichte der gegenständlichen Projektion und in der zeitlichen Gesamtbetrachtung 2003 bis 2009 positioniert sich die BSI schwerpunktmäßig (teilweise als Berichterstatter) in den Kategorien A1, C1 und F1. Im 2. und 3. Rang strukturieren sich die Themenschwerpunkte folgendermaßen (vgl. Tab. 6-3):

- Noch stärker als die IV schenkt die BSI in ihrer Arbeit und unter Maßgabe der gegebenen institutionellen Strukturen dem Faktoren *Humankapital*[197] (v.a. in Verbindung mit Kollektivverträgen)[198]
- sowie dem Faktor *Energie und Umwelt*[199] große Beachtung.
- Ferner setzt die BSI auf Grundlage des ihr zur Verfügung stehenden Datenmaterials deutliche Akzente in Fragen der *Wettbewerbskonstellation und Konjunkturentwicklung*.[200]

Neben dem Themencluster *Gesetzgebung, Förderungen und öffentliche Verwaltung*[201] werden aber auch die Bereiche *FTI*[202] oder auch die *Infrastruktur*[203] prominent bespielt.

Eine thematisch verstärkte Gewichtung ist vor dem Hintergrund der Finanz- und Konjunkturkrise im Kontext zum *Humankapital* (Kurzarbeit als Krisenbrücke etc.) oder der allgemeinen *Wettbewerbskonstellation und Konjunkturentwicklung* (Öffnung von Märkten etc.) zu beobachten. Modernen Interessensvertretungskonzepten entsprechend rief die BSI in der Krise nicht reflexartig nach Förderungsmaßnahmen (z.B. direkte Förderungen, die nur der eigenen Interessensgruppe zugutekämen), sondern konzentrierte sich auf standortverbessernde Wege im Sinne einer gesamtvolkswirtschaftlichen Sichtweise.

---

197 Beispiel, Coverstory „Interessenspolitik in schwierigen Zeiten“, in: „Die Industrie aus erster Hand“ Nr. 3/2009 (BSI, div. Jahre): „Das Thema Kurzarbeit stellt einerseits eine vielfach in Anspruch genommene Überbrückung der Beschäftigungsschwierigkeiten auf Grund der Auslastungsrückgänge dar, ist aber insbesondere durch die Zusatzkosten auf Grund von Gewerkschaftsforderungen auf der Betriebsebene ein zunehmend unattraktives Element betrieblicher Krisenstrategien angesichts der unabsehbaren weiteren Konjunkturentwicklung. Hier muss kurzfristig eine kostenmäßig deutlich günstigere Ausformung gefunden werden, beginnend auf der gesetzlichen Ebene […]. In diese Richtung weist auch ein Kostenvergleich der Kurzarbeitsregelungen mit Deutschland und der Schweiz für Arbeitgeber. Kurzarbeit ist auch eine strategische Maßnahme, doch muss sie ausreichend kostenmäßig verkraftbar sein. Sonst ist zu befürchten, dass große Betriebe derzeit laufende Kurzarbeitsvereinbarungen […] nicht mehr verlängern und ein erheblicher Teil der derzeit rund 58.000 ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit arbeitslos wird. Dies ist für alle Beteiligten der eindeutig schlechteste Weg.“

198 Beispiel, Coverstory „Kollektivvertragsabschluss in schweren Zeiten“, in: „Die Industrie aus erster Hand“ Nr. 6/2009 (BSI, div. Jahre): „Da im Vergleich mit internationalen Standorten, insbesondere mit Deutschland, die Rahmenbedingungen der Arbeitszeit-Gestaltung in Österreich immer wieder zurückbleiben, war schon alleine deshalb das Einbringen der Forderung von Arbeitgeberseite notwendig.“

199 Beispiel, Coverstory „Das EU Klima- und Energiepaket“, in: „Die Industrie aus erster Hand“ Nr. 1/2008 (BSI, div. Jahre): „Die geplante Erweiterung des Anwendungsbereichs des EU-Emissionshandels und der unzureichende Vorschlag der Herausnahme von Kleinemittenten [sind] nicht tauglich.“

200 Beispiel, Coverstory „Freier Welthandel unter fairen Bedingungen“, in: „Die Industrie aus erster Hand“ Nr. 6/2005 (BSI, div. Jahre): „Der freie Welthandel steigert den Wohlstand. Dies gilt sowohl im kleinräumigen Bereich, wie auf globaler Ebene. Aber eine wichtige Nebenbedingung darf nicht übersehen werden: Die Handelsteilnehmer sollten unter (einigermaßen) gleichen Rahmenbedingungen agieren, da sonst nicht wünschenswerte Verzerrungen auftreten.“

201 Beispiel, Coverstory „Zukunft der österreichischen Forschungsförderung“, in: „Die Industrie aus erster Hand“ Nr. 5/2007 (BSI, div. Jahre): „Die Industrie begrüßt, dass die Bundesregierung eine Evaluierung der Forschungsförderung vornehmen will. Dabei kann und wird sich herausstellen, dass die wirtschaftsnahe Forschungsförderung die besten Ergebnisse zeitigt und den Innovationsstandort Österreich bestmöglich festigt. Die Evaluierung wird dann hoffentlich auch Basis für den künftigen effizienten Einsatz öffentlicher Forschungsmittel sein.“

202 Beispiel, Coverstory „Wachstumsstrategie für Österreich“, in: „Die Industrie aus erster Hand“ Nr. 3/2005 (BSI, div. Jahre): „Österreichs Industrie hat im relativ kleinen Umkreis von 500 km Konkurrenten, die billiger produzieren können. Und dies wird sich auch bei steigenden Lohnkosten in den östlichen Nachbarländern auf absehbare Zeit nicht ändern. Eine zentrale Antwort darauf ist die verstärkte Investition in Forschung und Technologie.“

203 Beispiel, Coverstory „Netzkosten gefährden Wettbewerbsvorteile bei Strom“, in: „Die Industrie aus erster Hand“ Nr. 5/2003 (BSI, div. Jahre): „Kurzfristig festzustellende Vorteile aus der Liberalisierung des Strommarktes und die preissenkende Wirkung des Wettbewerbs beim reinen Produktpreis werden leider durch die im internationalen Vergleich überhöhten Netzgebühren […] zunichte gemacht.“

Kommuniziertes Themensetting der IV[204]

Einige aktuelle Beispiele für Resultate aus den industriepolitischen Akzentuierungen der IV sind (auch im Zusammenspiel mit der BSI erwirkt): Verhinderung von signifikanten Standortverschlechterungen im aktuellen Regierungsprogramm; Aktivierung einer Leitbetriebe-Diskussion im Sinne der Forcierung von Produktionsnetzwerken; Umsetzung der Unternehmensteuerreform 2006 und nachfolgende Diskussionsführungen (KöSt-Niveau, Gruppenbesteuerung, Forschungsfreibeträge/-prämie).

Der IV verfolgt dabei ein primäres Ziel- und Inhaltsspektrum, welches sich auch in der Eigendefinition an folgenden Eckpunkten orientiert (vgl. www.iv-net.at oder auch FINK, 2006): Schlanker/effizienter Staat, Privatisierung, steuerliche Entlastung von Unternehmen, Senkung der Lohnnebenkosten, Arbeitsmarktflexibilisierung, effiziente FTI- und Bildungssysteme, unternehmerische Netzwerkvorteile nutzen, moderne Energiesysteme schaffen etc. Diese Zusammenstellung lässt sich auch im Rahmen der gegenständlichen Medienanalyse empirisch belegen. In Tab. 6-3 findet sich analog zu den vorhergehenden Überlegungen die thematische Zuteilung der ausgewählten Medienbeiträge (Coverthemen des IV-Periodikums „iv-positionen“).

- Es zeigt sich, dass dem Faktor *Humankapital*[205] als konkreten Produktionsfaktor und
- dem Faktor *gesellschaftliches Umfeld* (inkl. interne und externe *Corporate Social Responsibility*)[206] als allgemeinen Rahmenfaktor in der institutionellen Kommunikation die meiste Aufmerksamkeit zuteil wird.
- Auch *Netzwerk- und Kooperationsthemen*[207] werden verhältnismäßig stark avisiert.
- Generell betreibt die IV auf vielen verschiedenen Ebenen Interessenspolitik. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass häufig ein Komplettbezug zu *Regierungsprogrammen*[208] hergeleitet wird, oder
- eigene *Gesellschafts- und Wachstumspakete*[209] präsentiert werden.
- Ferner wird im Generalthema *Produktionskosten* ein breites Spektrum bearbeitet. Überlegungen im Kontext zur *Arbeitszeitflexibilität*, zur *Funktionsweise von Kapitalmärkten* und den gerade im vergangenen Jahrzehnt wichtigen Faktoren *Energiekosten, Umweltauflagen u.Ä.* stehen ebenso im Kommunikationsblickfeld wie das Großthema *Steuern und Abgaben* (KÖSt, Ausmaß der persönlichen Einkommenssteuerpflicht etc.)[210].

---

[204] Die nachfolgenden Ausführungen im Zusammenhang mit der IV beinhalten partiell Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich“ im Sommersemester 2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010b).

[205] Beispiel, *In Kürze* der Coverstory „Das Industrieland Österreich braucht die besten Köpfe“ der iv-Positionen aus März 2007 (IV, div. Jahre a): „In zahlreichen Regionen Österreichs finden Betriebe schon jetzt keine geeigneten Fachkräfte mehr. Dass sich Österreich aber nicht nur kurzfristig darum kümmern muss, ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, macht die Industriellenvereinigung mit ihrer Initiative „Die besten Köpfe für Innovation“ deutlich. Aus IV-Sicht muss eine Strategie zur Sicherung hoch qualifizierter Fachkräfte in drei Bereichen ansetzen: Aus- und Weiterbildung, Bewusstseinsbildung und Internationalisierung des Arbeitsmarkts.“

[206] Beispiel, *In Kürze* der Coverstory „Verantwortung ist Industriesache: Wirtschaft und Gesellschaft“ der iv-Positionen aus Juni 2008 (IV, div. Jahre a): „Die Industrie setzt sich schon lange mit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auseinander. Durch zahlreiche Initiativen und Projekte ist *Corporate Social Responsibility* fixer Bestandteil im Alltag vieler österreichischer [sic] Industriebetriebe geworden. Unternehmen aus dem produzierenden Sektor entwickeln oft besonders innovative und wirksame Zugänge zur Umsetzung einer von Verantwortung getragenen Wirtschaftsauffassung.“

[207] Beispiel, *In Kürze* der Coverstory „Die Schrittmacher des Wachstums, Leading Competence Units“ der iv-Positionen aus Mai 2005 (IV, div. Jahre a): „Leading Competence Units (LCUs) sind Entscheidungszentralen internationaler, standortmobiler, großer Unternehmen. Sie sind ein bestimmender Initialzünder des anhaltenden Strukturwandels und zentrale Schaltstellen in Forschungs-, Technologie- und Innovationsnetzwerken. Sie sind auch Beschäftigungsmotoren durch die mit ihnen verbundenen KMUs. Vor diesem Hintergrund ist das standortpolitische Ziel der Industriellenvereinigung klar: Es geht uns darum, LCUs in Österreich zu halten, zu weiteren Investitionen zu ermutigen und Österreich als Standort für neue Ansiedelungen noch attraktiver zu gestalten.“

[208] Beispiel, *In Kürze* der Coverstory „Im Blickpunkt: Das Regierungsprogramm“ der iv-Positionen aus Dezember 2008-Jänner 2009 (IV, div. Jahre a): „Das neue Regierungsprogramm verzichtet auf visionäre Ideen, präsentiert sich dafür aber pragmatisch. Neben einem Bekenntnis zu Europa steht auch die Drei-Säulen-Strategie – ausgeglichener Haushalt, wirtschaftsfördernde Investitionen [sic] und Sicherung des Sozialsystems – an vorderster Stelle der Arbeit der neuen Regierung. Aber auch andere Punkte, wie der hohe Stellenwert der Standortsicherung und die Entbürokratisierung des Wirtschaftslebens, sind durchaus im Sinne der Industrie. Was das neue Regierungsprogramm aber in der Praxis bringt, wird sich noch zeigen: Bei der Umsetzung der Pläne herrscht noch hoher Konkretisierungsbedarf.“

[209] Beispiel, *In Kürze* der Coverstory „Programm statt Populismus (IV-Regierungsprogramm)“ der iv-Positionen aus September 2008 (IV, div. Jahre a): Ein Wahlversprechen jagt das andere. Notwendige substanzielle Entlastungen und eine nachhaltige Wachstumspolitik bleiben dabei auf der Strecke. Die Industrie präsentiert daher ihre politische Agenda für die nächste Legislaturperiode.“ Im Lichte dessen werden folgende Kernaussagen getroffen: 1. Attraktivität für Leitbetriebe verbessern; 2. Privatisierung fortsetzen; 3. Forschung forcieren; 4. Fachkräfte sichern; 5. Energieeffizient wachsen; 6. Leistungsfähige Infrastruktur; 7. Wachstumsfreundliche Steuerreform; 8. Verlässliche Europapolitik.

[210] Beispiel, *Fazit* der Coverstory „Umverteilung aber gerecht!“ der iv-Positionen aus Dezember 2009-Jänner 2010 (IV, div. Jahre a): „Österreich braucht in vielen gesellschaftlichen Bereichen keine Umverteilungsdebatte von gestern, sondern eine

Eine grundlegende Neu- oder Umgewichtung vor dem Hintergrund der Finanz- und Konjunkturkrise kann im Zuge der gegenständlichen Analyse für die IV nicht nachgewiesen werden. Erwartungsgemäß erfahren die Aufgaben- und Themenkomplexe *Humankapital* (die Industrie benötigt auch in Krisenzeiten gut ausgebildetes Fachpersonal etc.) sowie *Produktionskosten* (finanzielle Belastungsprobe Kurzarbeit etc.) eine signifikante Aufwertung. Interessant ist, dass die IV in Mitten der Krise im Bereich der unternehmerischen Vernetzung/Kooperation (bzw. im Bereich der produktiven Zusammenarbeit) besondere Kommunikationspotenziale erkannt hat. Damit geht sie in Einklang mit jungen systemischen Wachstumsansätzen der Industrieökonomie bzw. trifft thematisch einen wesentlichen und vielversprechenden Aspekt gerade für die heimische Volkswirtschaft.

Exkurs: Kurzfristige interessenspolitische Kommunikation der IV (Auswahl)

In Tab. 6-4 findet sich eine exemplarische Zusammenstellung zu Pressemitteilungen der IV Österreich aus einer späteren Phase der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise. Es zeigt sich ein kommunikationsstrategisches Spektrum, welches Defensivlinien ebenso wie Offensivaktionen, Aussagen zu volkswirtschaftlich wichtigen Generalthemen wie Kommentierungen sehr konkreter Gesetzesänderungen und gleichsam ergänzend tagesbezogene gesellschaftspolitische Positionierungen, Äußerungen, Reaktionen umfasst. Es ist kein Widerspruch zu jenen im Haupttext getroffenen Aussagen in Hinblick auf das langfristig kommunizierte Themen- und Maßnahmensetting zu erkennen.

Tab. 6-4: Pressemeldungen der IV Österreich (20.04. bis 01.06.2010)

Eye Catcher	Teaser	Datum
Industrie: Gruppenbesteuerung entscheidender Standortvorteil für Österreich	IV-Präsident Sorger: Gerade kleines Land muss in Steuerfragen besser und intelligenter sein; Nicht Betriebe und Beschäftigte gegeneinander ausspielen – RHI-Vorstandsvorsitzender Fahnemann: Konzept Gruppenbesteuerung funktioniert – Semperit-Chef Zellner: Gerade in Krisenzeiten Standortvorteil	PdI, 15.04.2010
Industrie-Konjunktur: Erholung gewinnt an Breite	IV-Konjunkturbarometer etabliert sich in vorsichtig positivem Terrain – Selbsttragender Aufschwung noch nicht in Sicht – Langsame Stabilisierung von Beschäftigungs- und Ertragslage	PdI, 20.04.2010
Industrie begrüßt Insolvenzrechtsreform	IV-GS Beyrer: Gutes Signal für Standort - Sanierungsgedanke und Arbeitsplätze müssen im Vordergrund stehen	PdI, 21.04.2010
Industrie gratuliert Bundespräsident Fischer	IV-Präsident Sorger: Standortpolitischer Partner für heimische Industrie	PdI, 26.04.2010
Industrie zum Integrationspreis: Großer Erfolg belegt Bedeutung von Integration	IV-Wien-Präsident Kapsch: Eingereichte Beiträge zeigen Bandbreite von Bemühungen um interkulturelles Zusammenleben – Industrie setzt sich aktiv für pluralistische Gesellschaft ein	PdI, 26.04.2010
Mitteleuropäische Industrie: Öffentliche Verschuldung größte Gefahr für wirtschaftliche Erholung Europas	IV-GS Beyrer auf Treffen der mitteleuropäischen Arbeitgeberverbände: Integrierte europäische Industriepolitik notwendig – Wachstumspotentiale entfesseln und Wettbewerbsfähigkeit stärken – Brauchen Bewegungsfreiheit für notwendige Zukunftsinvestitionen – Donauraumstrategie wichtiger Pfeiler	PdI, 27.04.2010
Industrie an Neugebauer: Nur über Dinge reden, die man auch versteht	IV-GS Beyrer: GÖD-Vorsitzender sollte sich lieber mit durchaus notwendigen Einsparungen in der Verwaltung oder Änderungen im Beamtendienstrecht beschäftigen – Skurriles Unverständnis für Fragen des Unternehmens- und Stiftungssteuerrechts	PdI, 28.04.2010
Industrie würdigt Hans Igler als "großen Menschen und Industriellen"	IV-Ehrenpräsident Hans Igler im 90. Lebensjahr verstorben – IV-Präsident Sorger: Großer Österreicher und Europäer – Homo politicus und prägender Zeitzeuge der 2. Republik	PdI, 06.05.2010
Industrie: Börsenumsatzsteuer wäre gravierender Nachteil für heimische Unternehmen	IV-GS Beyrer: Steuer mit gutem Grund abgeschafft – Gegen nationale Alleingänge – Wiedereinführung gefährdet Arbeitsplätze	PdI, 21.05.2010
Industrie weist weitere unilaterale EU-Schritte im Klima-Bereich schärfstens zurück	IV-GS Beyrer: EU-Einschätzung befremdlich – Industrie bekennt sich zu Klimaschutz und Standort Europa – Negative Auswirkungen falscher Klimapolitik nicht herunterspielen	PdI, 26.05.2010
Industrie für leistbare und erwerbsfreundliche Kinderbetreuungseinrichtungen	IV-GS Beyrer: Statt Reglementierungen massiven Bewusstseinswandel vorantreiben - Gleichstellung gesellschaftspolitisch und ökonomisch zentral - Potenzial von Frauen im Erwerbsleben nicht ungenutzt lassen	PdI, 28.05.2010
Industrie: Teilnahme heimischer Unternehmen an globalen Wachstumsmärkten forcieren	IV-GS Beyrer: Internationale Beschaffungsplattformen eröffnen konkrete neue Geschäftsperspektiven – Argumente der Export-Kritiker „geradezu abstrus“ – Exportierende Unternehmen zahlen um 23% höhere Löhne und haben um 72% höhere Investitionsintensität als nicht-exportierende Betriebe	PdI, 01.06.2010

Q: Div. Pressemedlungen der IV (2010)

Fairnessdebatte für morgen. Denn nur wo es ausreichend Fairness für Leistung gibt, ist soziale Sicherheit nachhaltig finanzierbar.“

6.3 Kommuniziertes Maßnahmen-/Instrumentensetting der industriepolitischen Interessensvertretung

Anders als die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung bzw. ihrer größeren Nähe zu politischen Entscheidungsträgern entsprechend, fokussieren die interessenspolitischen Akteure stärker auf konkrete industriepolitische Maßnahmen/Instrumente. Auch lassen sich interessenspolitische Handlungsempfehlungen (inkl. Gewichtungen) relativ gut lesen.[211]

Tab. 6-5: Kommuniziertes industriepolitisches Maßnahmen-/Instrumentensetting der industriepolitischen Interessensvertretung am Beispiel der Leitartikel/Coverthemen zu den Periodika „Die Industrie aus erster Hand", „iv-positionen" und „industrie aktuell", (Angaben in %)

Industriepolitisch relevante Instrumentengruppe (1. Rang)			Leitartikel-Themenverteilung v. „Die Industrie aus erster Hand" (gewichtet)			Cover-Themenverteilung v. „iv-positionen" (gewichtet)			Industrieforum-Themenverteilung u. Konjunkturteil v. „industrie aktuell", (gewichtet)		
			2003 bis 2009	2003 bis Mitte 2008	Mitte 2008 bis 2009	2003 bis 2009	2003 bis Mitte 2008	Mitte 2008 bis 2009	2003 bis 2009	2003 bis Mitte 2008	Mitte 2008 bis 2009
Variablenbezeichnung:			BSI2 03/09	BSI2 03/M08	BSI2 M08/09	IV2 03/09	IV2 03/M08	IV2 M08/09	IA2 03/09	IA2 03/M08	IA2 M08/09
Mikro-ökonomische Dimension	A2	Preispolitik	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	B2	Regulierungspolitik	0,00	0,00	0,00	2,27	2,94	0,00	2,98	3,79	0,00
	C2	De-Regulierungspolitik	16,26	18,23	9,26	8,08	9,15	4,44	3,57	0,00	16,67
	D2	Wettbewerbspolitik	16,67	18,23	11,11	13,38	16,01	4,44	17,26	19,70	8,33
Makro-ökonomische Dimension	E2	Inflationsbekämpfung durch Geldpolitik	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	F2	Zahlungsbilanz- und Wechselkurspolitik	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	G2	Wachstumspolitik durch Investitionsförderung	28,46	29,17	25,93	27,53	24,84	36,67	29,17	23,48	50,00
	H2	Konjunkturelle Stabilisierung durch Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Angebots	2,03	1,56	3,70	2,02	0,00	8,89	0,00	0,00	0,00
	I2	Konjunkturelle Stabilisierung durch Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,79	2,27	0,00
	J2	Stark mittelbare Forcierung/Mechanismen	17,07	20,31	5,56	29,29	28,43	32,22	19,05	17,42	25,00
	K2	*Kein (un)mittelbar erkennbarer Bezug zu industriepolitischen Instrumentarien*	19,51	12,50	44,44	17,42	18,63	13,33	26,19	33,33	0,00
		Summe	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*	*100,00*

Anm. 1: $n_{BSI1_03/09} = 41$; $n_{BSI1_03/M08} = 32$; $n_{BSI1_M08/09} = 9$; $n_{IV1_03/09} = 66$; $n_{IV1_03/M08} = 51$; $n_{IV1_M08/09} = 15$; $n_{IA1_03/09} = 28$; $n_{IA1_03/M08} = 22$; $n_{IA1_M08/09} = 6$
Anm. 2: Ursprünglich Zuteilung auf Rang-2-Faktoreneben – Daten in Anlehnung an Tab. 6-2 ausschließlich im 1. Rang ausgewiesen (Mehrfachnennungen innerhalb jeder Kategorie des 1. Ranges bereinigt)
Anm. 3: „industrie aktuell" weist pro Ausgabe jeweils zumindest zwei Schwerpunkte auf (Industrieforum plus Konjunkturteil)
Anm. 4: Es fehlen bei IV einige Ausgaben ad 2003, BSI nur eine Ausgabe 2003 fehlend (lt. Auskunft der BSI nicht erschienen)
Q: Eigene Zuteilungen und Berechnungen auf Grundlage von BSI (div. Jahre), IV (div. Jahre a), IWI (div. Jahre)

Analog zu Tab. 6-2 und in Anlehnung an die in Tab. 6-3 zur Anwendung gebrachten Beobachtungszeitträume finden sich in Tab. 6-5 Strukturprofile zum interessenspolitisch kommunizierten Maßnahmen- und Instrumentensetting. Erneut werden die jeweiligen Leitartikel/Coverthemen zu den beiden interessenspolitischen Hauptperiodika von BSI („Die Industrie aus erster Hand", s. BSI, div. Jahre) und

[211] Im Sinne der Kapitelkohärenz bzw. vor dem Hintergrund der sich ergebenden Analysemöglichkeiten folgt Abschnitt 6.3 derselben Untersuchungslinie wie Abschnitt 6.1 und 6.2.

IV („iv-positionen“, s. IV, div. Jahre a) der analytischen Betrachtung zugeführt.[212] Ferner fungiert die zwischen 2003 bis 2009 in Zusammenarbeit zwischen IWI, BSI und IV herausgegebene Fachpublikation „industrie aktuell“ (IWI, div. Jahre) als Kontrollgruppe.

Als Maßzahlen gelten die Verteilungen der Themenschwerpunkte der Leitartikel/Coverthemen zu den besagten Periodika. Sämtliche Variablen sind im 1.Rang ausgewiesen und in Hinblick auf Mehrfachbezüge gewichtet.[213] Auch hier liegen bei beiden Periodika in mehr als der Hälfte der Texte multiple Maßnahmen-/Instrumentarienbezüge vor.[214]

Betreffend „industrie aktuell“ finden wieder die jeweiligen „Industrieforen“[215] in Kombination mit den entsprechenden heftspezifischen Konjunkturrubriken Berücksichtigung. Auch im Zusammenhang mit industriepolitischen Maßnahmen/Instrumente zeigt sich dieses Produkt als Kompromiss zwischen IWI, BSI und IV.

Kommuniziertes Maßnahmen-/Instrumentensetting der BSI und der IV

Die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung beobachteten Organisationen industriepolitischer Interessen haben in ihren Strategielinien und Aussagen einen erwartungsgemäß großen unmittelbaren Bezug zu industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarien (vgl. vorangehend die Grundätze, Organisationsprinzipien und Maßnahmenpakete in Abschn. 4.2; oder später das Fallbeispiel „Forschungs- und Kommunikationssprungbrett Leading Competence Units [LCU]“ in Abschnitt 7.3). Sie erfüllen damit einen wesentlichen Zweck ihres Bestehens. In der Regel enthält ein jeder Leit-/Coverartikel deutliche Hinweise auf notwendige Handlungsweisen.[216] Dabei sind die Wege zu den geforderten (politischen) Entscheidungen hinsichtlich Wirkungserwartung, Timing oder Intensität eng miteinander verflochten.

Eine technische Schwierigkeit besteht darin, dass häufig heterogene Maßnahmen/Instrumente in einem und demselben Artikel verarbeitet werden. Eine formale Zuteilung nach maximal drei Hauptfeldern kann sodann nur anhand von bezeichneten Prioritäten oder erkennbaren Nuancierungen erfolgen, erfordert industrieökonomisches/-politisches Fach- und Erfahrungswissen und ist gegebenenfalls normativ geprägt.

Aber davon, dass BSI und IV in erster Linie eine breite makroökonomische Palette an wachstums- und investitionspolitischen Maßnahmen-/Instrumentarien kommunizieren (Maßnahmen im Rahmen der Finanzpolitik zur Senkung von Zinsbelastungen, div. steuerpolitisch Maßnahmen, gezielte Begünstigung von Exporten, Senkung der Lohnnebenkosten im Rahmen der Lohn- und Einkommenspolitik, strukturpolitische Eingriffe zur sektoralen od. regionalen Investitionsförderung etc.), kann unabhängig von der konkreten methodischen Disposition jedenfalls ausgegangen werden. Die verschiedenen seitens der Interessenspolitik formulierten Memoranden, Pflichtenhefte oder Strategiepapiere bestätigen dieses Bild ebenso wie die in Tab. 6-5 ausgewiesenen Analyseergebnisse. In Zeiten globaler Finanz- und Konjunkturkrisen intensiviert insbesondere die IV diesen Strategieweg.

Darüber hinaus bzw. auf verschiedenen Ebenen damit argumentativ verwoben sind indirekt wirkende Werkzeuge z.B. zur Ermöglichung der Zuwanderung von Fachkräften, zur Anhebung der Qualität des Bildungssystems, für Infrastrukturinvestitionen oder für CSR-Investitionen. Generell ist zu beobachten, dass die BSI und die IV als Interessensvertretungen für den Abbau der Steuer- und Abgabenbelastung eintreten, ohne die Gesundung öffentlicher Budgets aus den Augen zu verlieren. Sie rufen in den Diskursen selten nach abgegrenzten Subventionen oder direkte Förderungen für ihre Klientel.

---

212 Bei der Interpretation ist zu beachten, dass es sich im gegenständlichen Zusammenhang in erster Linie um kommunizierte Inhalte handelt. Im Einzelfall müssen sie nicht zwingend mit dem tatsächlich bearbeiteten Themenprofil ident sein (es ist aber wahrscheinlich).

213 Gewichtung bedeutet, dass Leitartikel/Coverthemen, die hinsichtlich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte einem einzelnen Themenbereich nicht eindeutig zugeordnet werden können, in maximal drei verschiedenen Kategorien gezählt werden dürfen. Die Bewertung/Zählung schlägt sich anteilig nieder.

214 Im Falle einer Zuteilung der industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarienaffinitäten jeweils ausschließlichen zu einem einzigen bestimmten Maßnahmenblock, würden sich die betreffenden Verteilungsstrukturen erneut weitgehend ähneln und im Wesentlichen eine Abweichungsbandbreite von 2%- bis 3%-Punkten nicht unter-/überschreiten (vgl. Bandbreiten bei der Verteilung der inhaltlichen Schwerpunkte von „Die Industrie aus erster Hand“ und „iv-positionen“).

215 S. Themenbogen „industrie aktuell“ (2000 bis 2010) in Anhang 5.

216 Im Lichte dessen sei auf dieselben Fußnotenbeispiele in Abschn. 6.2 hingewiesen.

In der mikroökonomischen Dimension werden schließlich (de-) regulierungspolitische auf der einen Seite und wettbewerbspolitische Maßnahme/Instrumentarien auf der anderen Seite offensiv diskutiert. Unabhängig von der Tatsache, ob die Beobachtungen vor, während oder nach einer Wirtschaftskrise stattfinden, sind diese Diskurse aber im Zusammenhang mit konkreten politik-ökonomischen Gegebenheiten zu verstehen.

6.4 Industriewissenschaftlicher bzw. -politischer Themensetting-/Maßnahmen- und Instrumentensettingabgleich zwischen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung und der industriepolitischen Interessensvertretung

Die vorangestellten Ausführungen legen erneut den Schluss nahe, dass sich IWI, BSI und IV in der Vergangenheit zu einem Wissensnetzwerk zusammengeschlossen haben.

Für eine experimentelle Quantifizierung der industriewissenschaftlich/-politischen Themensetting-Unterschiede in den Strukturen einer definierten X-Variable *IWI1_Budget 03/09* – analog auch *03/08* und *08/09* – für die Struktur der IWI-Projektbudgetverteilung (gewichtet) und die definierten Y-Variablen *BSI1 03/09* (Leitartikel-Themenverteilung von „Die Industrie aus erster Hand", gewichtet), *IV1 03/09* (Cover-Themenverteilung von „iv-positionen", gewichtet), *IA1 03/09* (Industrieforum-Themenverteilung von „industrie aktuell", gewichtet) und als Testvariable *IWI1_Projekt 03/09* (IWI-Projektverteilung, gewichtet) – analog auch *03/M08* und *M08/09* – wird der von HAHN (1985, 36f) entwickelte Strukturübereinstimmungsindex berechnet. Dieser auch als Winkelmaß bezeichnete Index kann gemäß

$$\alpha = \arccos \frac{(X_1 \cdot Y_1) + (X_2 \cdot Y_2)}{\sqrt{(X_1)^2 + (X_2)^2} \cdot \sqrt{(Y_1)^2 + (Y_2)^2}}$$

Werte zwischen 0 und 90 annehmen, wobei 0 für perfekte Übereinstimmung und 90 für die geringst mögliche Übereinstimmung und damit den höchst möglichen Unterschied stehen.[217] Als Grenzen für die Beurteilung, ob hohe/niedrige Strukturübereinstimmung vorliegt, wird in Überarbeitung von BREUSS (1997, 9) und MAHLBERG/SCHNEIDER (2003) folgende Wertetabelle herangezogen.[218]

- sehr hohe Überstimmung (0,0 bis 44,9)
- hohe Übereinstimmung (45,0 bis 49,9)
- mäßige Übereinstimmung (50,0 bis 59,9)
- niedrige Übereinstimmung (über 60)

Obzwar IWI, BSI und IV inhaltlich facettenreich operieren, gibt es eine signifikante Ähnlichkeit in deren thematischen Profilen und Schwerpunktsetzungen.[219] Im Lichte der gewählten Maßzahlen gibt es in sämtlichen Beobachtungszeiträumen (inkl. Hochkonjunkturzeitraum- und Finanz- und Konjunkturkrisenbetrachtung) [220] eine etwas größere inhaltsgebundene Strukturübereinstimmung zwischen IWI und IV als zwischen IWI und BSI – daraus ist freilich nicht zu schließen, dass das IWI eine größere institutionelle Nähe zur IV als zur BSI aufweist. Über Abb. 6-3 hinausgehend lässt sich nicht zuletzt auch eine signifikante Ähnlichkeit zwischen BSI und IV empirisch nachweisen.[221]

---

217 Notabene: Voraussetzung für die gegenständliche Betrachtung ist, dass Strukturzusammenhänge von Leistungen und Tätigkeiten gemessen werden, die per se für Industriewissenschaft bzw. -politik stehen. Eine hier in einem konkreten Fall gemessene niedrige Übereinstimmung stünde in einer erweiterten (nicht-kontextspezifischen) Betrachtung z.B. im Themensetting-Vergleich mit dem Institut für Familienforschung immer noch für eine starke Korrelation. Als eventuelle Vergleichsvariable käme am ehesten noch das Strukturprofil der Zeitschrift „Industriemagazin" in Frage.

218 Obzwar die zur Anwendung gebrachte restriktive Abgrenzung im jeweiligen Zusammenhang (z.B. Anzahl der zu vergleichenden Ausprägungen) zu betrachten ist.

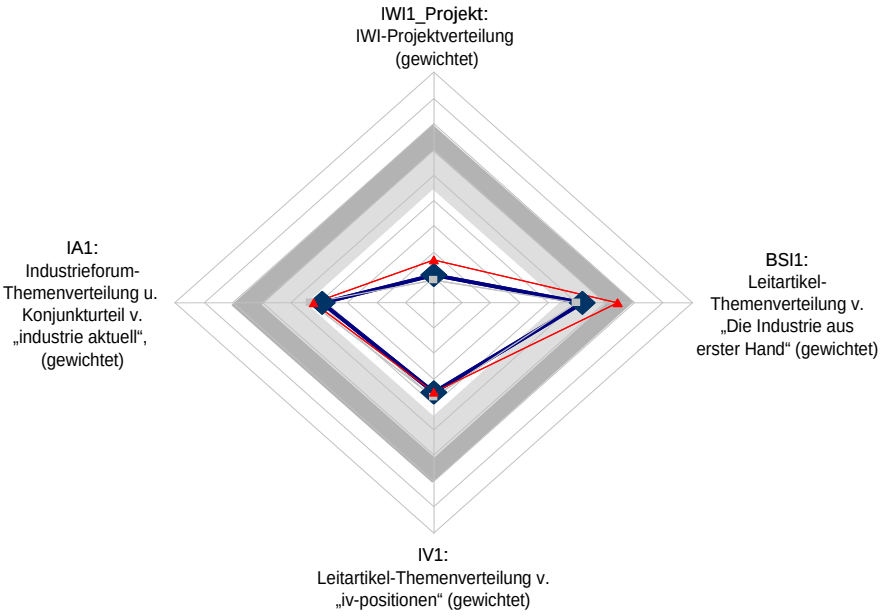
219 Erstens, die IWI-Themenverteilung erreicht im Kontext zur IWI-Budgetverteilung erwartungsgemäß die höchste Strukturübereinstimmung. Zweitens, „industrie aktuell" als Gemeinschaftsproduktion von IWI, IV und BSI weist in seiner Hybridfunktion dementsprechende Strukturübereinstimmungs-Bandbreitenmittelergebnisse auf. Über diese beiden Kontrollvariablen kann die Plausibilität der Berechnungsergebnisse bestätigt werden. Mit Ausnahme des Wirtschaftskrisenzeitraumes Mitte 2008 bis Ende 2009 gilt, dass die Inhaltsstruktur von „industrie aktuell" dem seitens der BSI kommunizierten Themensetting ähnlicher ist, als jenem der IV („industrie aktuell"-Einflusstangente).

220 Die BSI hat in der Zeit der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise eine leichte Themengewichtadjustierung vorgenommen.

221 BSI/IV-Winkelmaß 2003 bis 2009: 56,48 Grad; BSI/IV-Winkelmaß 2003 bis (M)2008: 56,45 Grad; BSI/IV-Winkelmaß (M)2008 bis 2009: 60,15 Grad.

Eine konkrete Kausalitätsbeziehung ist aus Strukturübereinstimmungsüberlegungen zwar nicht abzuleiten. Die Praxis zeigt aber, dass einigen wesentlichen Initiativen auf interessenspolitsicher Ebene Arbeiten der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung (zeitlich) vorausgehen (Bsp. LCU-Forschungslinie des IWI cum LCU-Kommunikationsschiene der IV).[222]

Abb. 6-3: Industriewissenschaftlicher/-politischer Themensettingabgleich anhand des Strukturübereinstimmungsindex von HAHN



	IWI1_Projekt	BSI1	IV1	IA1
Strukturübereinstimmungsindex 2003 bis 2009	11,60	54,70	37,08	41,29
Strukturübereinstimmungsindex 2003 bis (M)2008	9,16	52,49	39,25	45,42
Strukturübereinstimmungsindex (M)2008 bis 2009	17,69	67,61	36,77	44,30

Q: Eigene Berechnungen und Darstellung

Analog zu Abb. 6-3 findet sich in Abb. 6-4 ein Industriewissenschaftlicher/-politischer Maßnahmen-/Instrumentensettingabgleich. Hierzu wird als X-Variable *IWI2_Budget 03/09* – auch *03/08* und *08/09* – für die Struktur der IWI-Projektbudgetverteilung (gewichtet) und als Y-Variablen *BSI2 03/09* (Leitartikel-Themenverteilung von „Die Industrie aus erster Hand“, gewichtet), *IV2 03/09* (Cover-Themenverteilung von „iv-positionen“, gewichtet), *IA2 03/09* (Industrieforum-Themenverteilung von „industrie aktuell“, gewichtet) bzw. als Testvariable *IWI2_Projekt 03/09* (IWI-Projektverteilung, gewichtet) – analog auch *03/M08* und *M08/09* – wird der von HAHN (1985, 36f) definiert.[223]

Wieder zeigt sich eine signifikante Profilübereinstimmung zwischen IWI, BSI und IV.[224] Mit Ausnahme des Krisenzeitraumes Mitte 2008 bis Ende 2009 gilt aber, dass sich BSI und IV in ihrer konkret industriepolitischen Orientierung bzw. in Bezug auf interessenspolitisch geforderte Handlungen weit näher sind als IWI und BSI bzw. IWI und IV.[225] In Hinblick auf das anzunehmende Kausalitätsverhältnis gelten dieselben Annahmen wie zuvor.

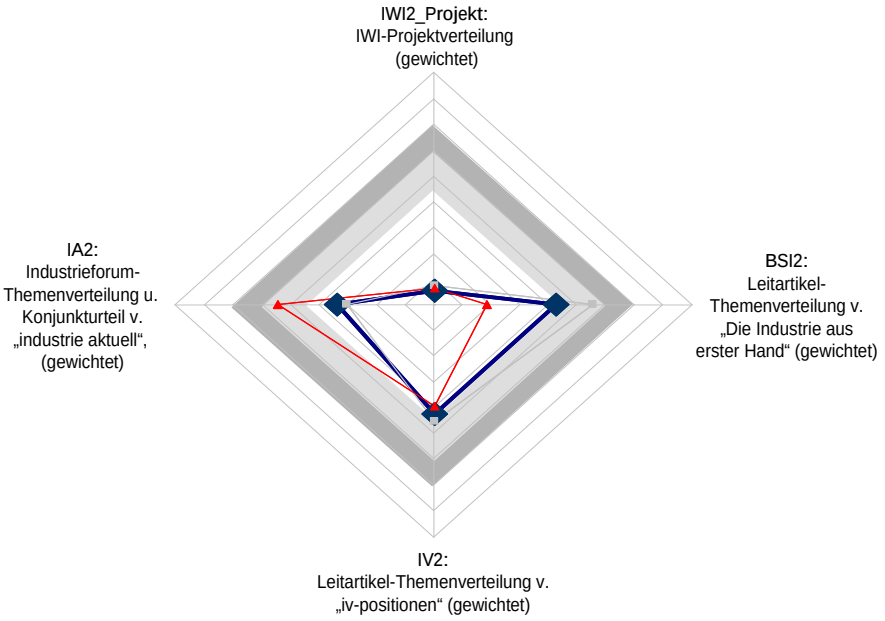
222 Zeitliche Verschiebungen in ein und demselben Thema können in der gegenständlichen Betrachtung zu Strukturabweichungen führen, sofern derartige Effekte über die im Modell gewählten zeitlichen Abschneidegrenzen führen.

223 Im Vergleich zum Themensettingabgleich verteilen sich die Strukturmerkmale nun einerseits auf weniger Untersuchungskategorien. Andererseits sind innerhalb dieser Kategorien die Strukturunterschiede nun mitunter stärker ausgeprägt.

224 Wieder erreicht die IWI-Themenverteilung im Kontext zur IWI-Budgetverteilung die höchste Strukturübereinstimmung (Plausibilitäts-Check). Nun allerdings bewegt sich „industrie aktuell“ als Gemeinschaftsproduktion von IWI, IV und BSI nicht mehr ausschließlich innerhalb der von IWI2_Projekt und BSI2 bzw. IV2 vorgegebenen Winkelmaßbandbreiten. Interessanterweise und im Unterschied zum Themensettingabgleich ähnelt das Maßnahmen-/Instrumentensetting von „industrie aktuell“ in sämtlichen Beobachtungsräumen nun dem seitens der IV kommunizierten Themensetting mehr, als jenem der BSI (Drehung der „industrie aktuell“-Einflusstangente).

225 BSI/IV-Winkelmaß 2003 bis 2009: 19,26 Grad; BSI/IV-Winkelmaß 2003 bis (M)2008: 18,63 Grad; BSI/IV-Winkelmaß (M)2008 bis 2009: 48,55 Grad.

Abb. 6-4: Industriewissenschaftlicher/-politischer Maßnahmen-/Instrumentensettingabgleich anhand des Strukturübereinstimmungsindex von HAHN



	IWI2_Projekt	BSI2	IV2	IA2
Strukturübereinstimmungsindex 2003 bis 2009	5,68	44,80	44,61	35,74
Strukturübereinstimmungsindex 2003 bis (M)2008	7,92	58,33	47,71	32,45
Strukturübereinstimmungsindex (M)2008 bis 2009	6,67	19,09	41,83	57,86

Q: Eigene Berechnungen und Darstellung

Die Periodika „Die Industrie aus erster Hand“ und „iv-positionen“ zielen jeweils auf die Mitglieder der beiden Interessensvertretungen BSI und IV ab. Diese sind für sich unterschiedlich heterogen. „iv-positionen“ stellt zudem einen stärkeren Anspruch, weite Zielgruppen zu bedienen (gesellschaftspolitische Wissensträger, Bildungssystem, breiter versus fokussierten Zugang zur Medienlandschaft etc.). Trotzdem etablieren sich nicht zuletzt aufgrund der Einbindung des IWI in Themen-, Maßnahmen- und Instrumentendiskurse signifikante Wissensnetzwerke.

6.5 Zwischenresümee

Kapitel 6 bietet zu Beginn technische Erläuterungen zur Entwicklung eines industriewissenschaftlichen/-politischen Themenrasters und den damit in Verbindung stehenden avisierten industriepolitischen Maßnahmen/Instrumentarien. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen sodann die drei Ionen des industriepolitikökonomischen Zentrums in Österreich: IWI, BSI und IV.

Unter Nennung konkreter Beispiele zeigt sich, dass IWI, BSI und IV in ihren spezifischen Themenpointierungen facettenreich arbeiten bzw. immer wieder multiple Aussagenspektren bemühen (hinsichtlich *Produktionskosten, Infrastruktur, Humanpotential/Human Resources, Bedingungen für FTI, Netzwerk- und Kooperationsmuster, Wettbewerbskonstellation/Konjunkturentwicklung, Gesetzgebung, Förderungen und öffentliche Verwaltung, gesellschaftliches Umfeld* u.Ä.). Insbesondere ist der Produktionsfaktor *Arbeit* für die angewandte Industrieforschung ebenso ein zentraler analytischer Angelpunkt wie für die Interessensvertretungen eine wichtige argumentative Diskursgröße. In Relation dazu kommen Bildungs- und Qualifikationsfragen ebenso wie Aspekte der Struktur und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Neben klassischen Methodenprojekten sowie grundlegenden Strukturstudien weist die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in ihren Aussagen und Strategielinien einen bis dato verhältnismäßig geringen unmittelbaren Bezug zur industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarienebene aus. In einigen Projekten ist gar keine Tangente zur konkreten politischen Umsetzung erarbeitet. Mitunter fühlen sich die Auftraggeber der Analysen jedoch in der alleinigen Übersetzungspflicht für den politischen Markt und bringen dies von Anfang an markant zum Ausdruck.

Will die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in Österreich in Zukunft allgemein (inkl. medial) durchschlagskräftiger sein, wird an dieser Situation gearbeitet werden müssen. Dass mehr möglich ist, zeigt das empirisch nachweisbare, relativ kurzfristige Umschalten in der Zeit der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise. Der gelebte Pragmatismus in jenen Zeiten, in denen Vieles übermäßig schnell und effizient zu funktionieren hat, zeigt, dass die Kompetenzen prinzipiell vorhanden sind und Dementsprechendes möglich ist.

Dagegen haben die beiden beobachteten Organisationen industriepolitischer Interessen in ihren Strategielinien einen engen Bezug zu industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarien (v.a. wachstums- und investitionspolitisch). Nicht zuletzt rechtfertigen sie auch damit ihr Bestehen. Viele Äußerungen enthalten Hinweise auf Handlungsweisen (die zudem hinsichtlich Wirkungserwartung, Timing oder Intensität eng miteinander verflochten sein können). Exemplarisch sind zu erwähnen: Maßnahmen im Rahmen der Finanzpolitik zur Senkung von Zinsbelastungen, div. steuerpolitisch Maßnahmen, gezielte Begünstigung von Exporten, Senkung der Lohnnebenkosten im Rahmen der Lohn- und Einkommenspolitik, strukturpolitische Eingriffe zur sektoralen od. regionalen Investitionsförderung.

Die Kapiteldramaturgie bietet in der Folge medienanalytische Gegenüberstellungen (gesamt bzw. vor und in der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise) industriewissenschaftlicher mit -politischen Inhalten bzw. Maßnahmenbetrachtungen. Dahingehend zeigen sich signifikante Ähnlichkeiten in den Themenmustern (inkl. inhaltliche Akzentuierungen/Nuancierungen) wie Strategielinien. Grosso modo decken sich die Strukturen von Informationsangebot (Themen und avisierte Maßnahmen/Instrumentarien der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung) und Informationsnachfrage der industriepolitischen Akteure des gemischten Interessenssystems in Österreich.

Es gibt inhaltlich strukturbedingt keine Hinweise darauf, dass die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung – abseits von Methodenforschung und sonstigen angewandt-spezifischen Agenden – an der Nachfrage aus dem interessenspolitischen Raum vorbei arbeitet. Vielmehr gibt es in Anlehnung an die Ergebnisse von Kapitel 5 den Befund, dass sich ein weitgehend funktionierendes Wissensnetzwerk gebildet hat. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung zwar in wichtigen Themenbereichen vorgelagert ist und die Nachfrage des gemischten Interessenssystems sogar aktiv beeinflussen kann (z.B. Strukturanalysen). Aufgrund der angewandten Orientierung geschieht in einer Vielzahl der Fälle hinsichtlich der Ablaufkomponente (Rollenverteilung zwischen Angebots- und Nachfrageseite bleibt bestehen) aber auch der marktgetriebene Prozess (z.B. Fragen zur Qualität und Sicherheit von Energiesystemen), wobei die Impulse von Seiten der interessenspolitischen Akteure und damit auch von den Unternehmen ausgehen.

7 Struktur und Qualität der industriepolitischen Beratung unter gegebenen Rahmenbedingungen in Österreich

Akteure in der Wirtschaftspolitik können entweder Entscheidungsträger sein – sie tragen die Verantwortung für getroffene Maßnahmen – bzw. Einflussträger, die den Entscheidungsträgern (Mitglieder-) Informationen zur Verfügung stellen (v.a. Interessensvertreter), die Entscheidungsträger beraten (Wirtschaftsforschungsinstitute, Think Tanks etc.) oder zur besonderen Kontrolle und Evaluierung der Ergebnisse der Wirtschaftspolitik beitragen (Medien, Zwangsberater wie Rechnungshöfe, div. Abteilungen der OeNB etc.). Kapitel 7 baut auf den vorangeschalteten Untersuchungsteilen auf und setzt die für die aufgespannten Forschungsfragen relevanten Akteure in jenes analytisches Licht, welches eine Potenzialuntersuchung (v.a. hinsichtlich Beratungsqualitäten) bis hin zur Ebene von Maßnahmenempfehlungen erlaubt.[226]

Im Mittelunkt der nachfolgenden Betrachtungen steht die industriepolitische Beratung in Österreich im Sinne *kontinuierlicher Beratung mit Auftrag*.[227] Diese präsentiert sich aufgrund ihrer inhärenten Heterogenität als breites Spektrum an Leistungen. Aber v.a. ist sie nicht ausschließlich an die politischen Entscheidungsträger des Landes gerichtet, sondern in entsprechender akteursgruppenspezifischer Nuancierung auch an das gemischte Interessenssystem (hier in erster Linie BSI und IV) bzw. auch an ausgewählte Industrieunternehmen Österreichs. Sie lässt sich damit allem voran in zwei Varianten denken; industriepolitische Beratung an:

- politischer Entscheidungsträger, Parteien, Fraktionen etc.;
- andere Entscheidungsträger, Organisationen, Unternehmen etc.

Weil sich die gegenständliche Untersuchung besonders mit dem Interaktionsspiel zwischen unternehmensnaher angewandter Industrieforschung und den interessenbekundenden Trägern der Industriepolitik (v.a. BSI und IV) auseinandersetzt, wird eben diesem Zusammenhang auch nachfolgend ein übermäßiges Analysegewicht zuteil. Praktischerweise eigenen sich die meisten theoriebasierte Zugänge zum Thema Politikberatung direkt oder indirekt für beide der oben genannten Akteursbezüge (Beratungsmodelle, Beratungsfunktionen, Beratungsschemata, Anreizstrukturen etc.; s. Abschn. 3.3).

Wenn die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung zwar nicht ausschließlich im mittel- und/oder unmittelbaren Dienste industriepolitischer Entscheidungen denken darf, so sollte sie im Rahmen ihrer politiksystemnahen Auftragsforschungsprojekte für diese doch als unterstützende Kraft agieren (direkt im Kontakt mit den politischen Entscheidungsträgern oder indirekt als Partner der unternehmerischen Interessenvertretungen). Voraussetzung für erfolgreiche industrieökonomische Beratung ist freilich das Wissen über viele Teilbereiche der Ökonomie, Verständnis für die Analyse quantitativer Zusammenhänge, Interesse an aktuellen Fragestellungen und qualifizierte Kenntnisse von Institutionen. Der industriewissenschaftliche Berater kann bestehender Fachmann auf einem speziellen Gebiet sein, muss aber auch die Bereitschaft unter Beweis stellen, sich in neue Bereiche einzuarbeiten. Gleichzeitig darf die industrieökonomische Forschungsarbeit als Befruchtungsfaktor für angewandte Auftragsforschungsprojekte nicht zu kurz kommen.

Die Stärken und Schwächen im Zusammenspiel zwischen (unternehmensnaher angewandter Industrie-) Forschung und v.a. dem gemischten Interessenssystem Österreichs werden in Kapitel 7 unter Einbeziehung der allgemeinen Rahmenfaktoren auf Makro- wie auf Mikroebene untersucht. Es erfolgt dergestalt eine Situationsbeschreibung der aus der Forschungsstruktur und -qualität entspringenden wirtschaftspolitisch orientierten Beratung im Allgemeinen sowie industriepolitischen Beratung im Speziellen.

---

[226] Der größte Teil der Fachliteratur zum Thema „Politikberatung in der Wirtschaftspolitik“ kann in zwei Gruppen eingeteilt werden: Erstens gibt es normative Denkansätze, welche im Wesentlichen die persönliche Meinung Betroffener – Berater wie Politiker – verkörpern (*Wie soll die Politikberatung aussehen?*). Zweitens gibt es positive Untersuchungen (wobei auch hier ein Großteil der Betrachtungen von Betroffenen stammt), welche die Vor- und Nachteile bzw. Probleme und Bedeutung der Politikberatung analysieren (*Wie sieht Politikberatung aus?*). Die behandelten Aspekte sind häufig von der *Public-Choice-Theorie* geprägt (s. Abschn. 3.3), welche im persönlichen Nutzen für die Entscheidungsträger ein wichtiges Entscheidungsmotiv sieht. Ferner gibt es einen Literaturzweig mit tendenziell philosophisch-wissenschaftstheoretischen Ansätzen bzw. Modellen, welche die Marktsituation für das Gut "Politikberatung" analysieren (vgl. ATZMÜLLER et al., 2008, 38).

[227] Andere Beratungsformen wie *kontinuierliche Beratung auf gesetzlicher Grundlage* (vgl. Sachverständigenrat in Deutschland), *kontinuierliche Beratung zu Themen eigener Wahl* (wissenschaftliche Beiräte von Ministerien) oder *unverbindliche Beratung mit oder ohne Einzelauftrag* (Arbeitskreise, Ausschüsse, Kommissionen) werden in Kapitel 7 nicht abgehandelt (s. KLUMP, 2006, 38).

Ein Parallelziel der Ausführungen ist die Erfassung des Stimmungsbogens ausgewählter Stakeholder.[228] Ferner spannen gegen Ende dieses Kapitels zwei ausgewählte Fallbeispiele den Untersuchungsbogen zu einem Allgemeinproblem der Wirtschaftsforschung in Österreich (Fallbeispiel 1, „Das Ansehen der Wirtschaftsforschung in der Finanz- und Konjunkturkrise“) sowie einem konkreten industrieökonomischen/politischen Themen- und Strategiekonzept (Fallbeispiel 2, Diskussion des internationalen Good-Practise-Beispiels „Forschungs- und Kommunikationssprungbrett *Leading Competence Units, LCU*"), welches sodann auch einer Erfolgsmessung unterzogen wird.

Folgende Fragestellungen führen den Inhalt der nachfolgenden Ausführungen an: *Wie sieht industriepolitische Beratung in Österreich aus (im Zusammenhang mit politischen Entscheidungsträgern und mit interessenspolitischen Akteuren)? Welche Beratungsfunktionen werden wahrgenommen? Umspannen die Empfehlungen von Industrieökonomen eine bestimmte Bandbreite (Vorschläge zur Korrektur von Einzelmaßnahmen bis hin zur Erarbeitung umfassender Reformkonzepte)? Soll und kann die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung für interessenspolitische Aktivitäten und/bzw. Lobbying[229] eingesetzt werden, gleichsam als akkumuliertes Gegengewicht zur Negativspirale „mangelnde Industriegesinnung cum mangelnder Industriepolitik“? Wie zufrieden zeigen sich industriepolitische Stakeholder mit der industriepolitischen Beratung in Österreich? Wie sollte industriepolitische Beratung in Österreich aussehen?*

7.1 Ausgewählte Rahmenfaktoren für industriepolitische Beratung in Österreich[230]

Für das Funktionieren von modernen Beratungssystemen sind viele verschiedene Faktoren von Bedeutung.[231] Neben der Voraussetzung einer Mindestausstattung an Systembausteinen (div. Akteursspektren, inkl. Vorhandensein einer qualifizierten Medienlandschaft) und den zwischen den einzelnen Akteuren/Akteursgruppen ausgebildeten Relationen, sind es die Attribute – sowohl in Hinblick auf die beteiligten Einheiten selbst, als auch auf die Qualität der Beziehungen –, welche das Basisgerüst eines jeden Beratungssystems determinieren (s. Kapitel 5).

Die grundlegenden Rahmenfaktoren, welche die Inhalte der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung ebenso wie die Organisation von Interessen im Bereich „industrielle Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung“ bzw. die letztendliche Ebene der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in der Realität beeinflussen, waren auch Thema der für die nun folgenden Ausführungen geführten Interviews. Sie können auf drei zentralen Wirkungsebenen ausgewiesen werden. Jene in den Kapiteln 4 bis 6 dargelegten Strukturbeschreibungen sind in dieses Umfeld eingebettet (Institutionalistisch-politikökonomischer Analysehintergrund; s. Abschn. 3.1).

Ebene der Volkswirtschaft (Makroebene)

Die wesentlichen hier ausgewählten Rahmenfaktoren für industriepolitische Beratung in Österreich weisen auf der Ebene der Volkswirtschaft einen hohen Grad an thematischen Querbeziehungen untereinander auf. Interessenspolitisch avisieren sie die Themen „verständliche Information“ und „Bewusstseinsbildung“. Ein ebenso homogenes Bild ergibt sich unter dem Gesichtspunkt der Langfristigkeit bzw. Nachhaltigkeit. Im speziellen (noch relativ kurzfristigen) Konnex zur gegenwärtigen globalen Finanz- und Konjunkturkrise gibt es dahingehend keine Fokussierung (ausgenommen Faktor der Krisendauer).

---

228 Das Methodenspektrum der gegenständlichen Untersuchung wird im Lichte dessen um leitfadengestützte Expertengespräche erweitert (n = 10 qualitative Tiefeninterviews). Die betreffende Interviewliste findet sich im Quellenverzeichnis, die Frageprogramme sind Anhang 7 zu entnehmen.

229 Das Wort „Lobby“ entstammt der englischen Sprache und bezeichnet die Vorhalle des Parlaments. In der Lobby versuchen Vertreter von Gruppen und individuelle Akteure, Einfluss auf die Abgeordneten zu nehmen, bevor Gesetze beschlossen werden.

230 Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltungen der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich“ sowie 210047 „Die Rolle der Regierungskabinette in den Prozessen der Regierungspolitik“ im Sommersemester 2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010b und 2010c).

231 Die Akzentuierung zwischen den einzelnen Einflüssen ist ursächlich auch vom jeweils betroffenen Verwaltungs- und Entscheidungsfeld abhängig.

Österreich ist unabhängig von der jüngsten globalen Finanz- und Konjunkturkrise eine Industrienation. Wenn auch der Durchschnittsösterreicher mit der Industrie anstatt technischer Leistungen und Ingenieurtalent rauchende Schlote verbindet und eine dem Menschen anonyme Produktionsweise zu diagnostizieren vermag, so beträgt der Anteil des Servoindustriellen Sektors[232] in Österreich an der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung rund 60% – ein Spitzenwert im europäischen Vergleich. Leider wird die heimische Industrie (außer in konjunkturell schwierigen Zeiten, und dann nicht ausschließlich positiv) von vielen nicht wahrgenommen, was in einer traditionell schwachen Industriegesinnung bzw. mangelndem Industrieverständnis begründet ist. Dieses Spezifikum begründet sich in einer historischen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung von Mentalitätsfacetten, welche durch eine traditionell wenig wirtschafts-, innovations- und wettbewerbsfreundliche Art gekennzeichnet ist (vgl. FAULHABER, 1997, 307).[233]

Es gibt die (medial vielfach herbeizitierte) De-Industriealisierung nicht. Dieser Effekt hat seinen Ursprung in einer antiquierten Sichtweise einer Drei-Sektor-Hypothese.[234] Der Produktionsumfang der Industrie im engeren Sinn (Sachgütererzeugung) hat sich unabhängig von Krisen- und Boom-Zeiten in den vergangenen 30 Jahren mehr als vervierfacht – ausgehend von hohem Niveau. Wenn auch der Dienstleistungsbereich im selben Zeitraum noch rascher gewachsen ist (Versechsfachung), darf nicht übersehen werden, dass v.a. jene Bereiche eine übermäßige positive Dynamik aufweisen, die explizit von der Vorleistungsnachfrage der Industrie abhängen.

Die größten heimischen Industriesektoren sind die *Maschinen- und Metallwarenindustrie*, die *Chemische Industrie*, die *Fahrzeugindustrie*, die *Elektro- und Elektronikindustrie* sowie die *Nahrungs- und Genussmittelindustrie*. Im vergangenen Jahrzehnt gab es teilweise enorme Wachstumsraten – auch in üblicherweise als traditionell bezeichneten Sektoren. Wie kann das sein? Die Antwort gibt das österreichische F&E-Wachstumsparadoxon (gute Makroperformance seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts bei vergleichbar schlechter F&E-Performance). Durch marktnahe, inkrementelle, innovatorische Schritte schafft es ein beachtlicher Teil der heimischen Industrie, fernab statistischer Grenzziehungen zwischen F&E und Innovation, trotz globaler Finanz- und Konjunkturkrise (international) erfolgreich zu wirtschaften.

Empirische Untersuchungen des IWI (u.a. 2009a und 2009c) belegen, dass die globale Finanz- und Konjunkturkrise in ihrer Österreichdimension noch nicht ganz vorbei ist (optimistischer Zeithorizont 2011/2012). Die Produktionseinbrüche betrugen während der stärksten Impact-Phase Ende 2008, Anfang 2009 in wichtigen Branchen 30% und mehr, was in der Unternehmenslandschaft (insbesondere für kapitalschwache KMU) unter normalen Umständen eine existenzbedrohende Wirkung entfaltet – sofern unmittelbar darauf keine Aufschwungphase folgt. Tatsächlich gab es vor Ausbruch der aktuellen Wirtschaftskrise aber eine ausgeprägte Hochkonjunktur-Phase; dies in Kombination mit rasch umgestellten gesetzlichen Regelungen (v.a. Kurzarbeit neu) führt zu einem industriewissenschaftlich wie interessenspolitisch zwar schwierigen, aber nicht unlösbaren Aufgabenspektrum.

Ein komplexes Bündel an Erfolgsfaktoren ist dafür verantwortlich, dass aus einer unternehmerischen Betätigung Wertschöpfung, Beschäftigung und damit Wohlstand erwächst. Wenn auch die Art und Gewichtung innerhalb des Settings in Abhängigkeit zur Unternehmensgröße, zur Branchenherkunft, zum Technologiegrad, zur Positionierung im Rahmen der Wertschöpfungskette etc. steht, kristallisieren sich in den vergangenen Jahren v.a. drei „Success-Angelpunkte“ heraus: erstens hochentwickelte *Innovations- und Qualifikationsstrategien*, zweitens Aktivitäten im Bereich *Corporate Social Responsibility* (intern wie extern), drittens das Aktivieren von *Netzwerkvorteilen*.

Für Industrieunternehmen (ebenso wie sämtliche Vertreter des Servoindustriellen Sektors) wäre es im herrschenden Kommunikationszeitalter eigentlich einfacher denn je, mit ihren relevanten Dialoggruppen eine zielgerichtete Kommunikation aufzubauen. Die Praxis zeigt jedoch, dass eine nur geringe Anzahl – aber nicht alle – von Unternehmenseigentümern/-managern im Stande ist, sich in der breiten

---

232 Der Servoindustrielle Sektor beinhaltet neben dem *Produzierenden Bereich* und den *Industrienahen Dienstleistungen* ebenso *Produktionsorientierte Dienstleistungen*. Für eine Begriffsabgrenzungen unterschiedlicher Industriebegriffe s. Anhang 1.

233 FAULHABER (1997, 303) führt z.B. die Gegebenheit als historische Einflussgrößen auf die österreichische Mentalitätsentwicklung an, dass in der ökonomischen Industriegeschichte Innovationselemente häufig aus dem Ausland (bzw. aus anderen Regionen der Monarchie in das Gebiet der jetzigen Republik) kamen – so ein beachtlicher Teil österreichischer Unternehmerfamilien. Ferner ist die österreichische Unternehmenslandschaft KMU-strukturiert, und nicht dominiert von über die Zeit kontinuierlich gewachsenen identitätsstiftenden Konzernen internationalen Ranges.

234 Der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung sind die entsprechenden statistischen Konzepte zu verdanken, welche der Drei-Sektoren-Hypothese von FOURASTIÉ (1954) im Sinne einer arbeitsteilig organisierten Volkswirtschaft und in weiterer Folge der Annahme einer fortschreitenden De-Industrialisierung in Österreich eine Absage erteilt.

Öffentlichkeit in geeigneter Form zu bewegen. Vielfach besteht in den Unternehmen, neben einem zu geringen Stellenwert und der mangelnden Unterscheidung zwischen Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Ratlosigkeit im Umgang mit der Öffentlichkeit insgesamt und dem redaktionellen Bereich der Medien insbesondere. Vor diesem Hintergrund lassen sich wesentliche reale Problemsituationen (z.B. kritische Umfeldbedingungen, wie unsichere Energieversorgung, Fachkräftemangel etc.)[235] nicht oder sehr schwierig unmittelbar aus der Unternehmensposition kommunizieren.

Ebene der Organisation industriepolitischer Interessen (Mikroebene 1)

Auch die nun ausgewählten Rahmenfaktoren auf der Ebene der Organisation industriepolitischer Interessen weisen einen hohen Grad an Querbeziehungen untereinander bzw. ebenso zu den vorangehenden Rahmenfaktoren auf volkswirtschaftliche Ebene auf. Hinsichtlich ihrer zeitlichen Dimension sind Faktoren wie der Wandel des Mitgliederprofils in ihrem langfristigen Entwicklungsmuster hervorzuheben. Im speziellen Konnex zur Finanz- und Konjunkturkrise gibt es im Zusammenhang mit einem vorherrschenden Komplexitätszuwachs, schrumpfenden Zeit- und Planungshorizonten sowie dynamischen Ressourcenausstattungen prominente Schnittflächen. Freilich bedarf es gerade in Krisenzeiten einer effizienten Abstimmung von Bundes- und Landesinteressen.

Im Gespräch mit Experten des interessenspolitischen Interessenssystems wird im Lichte immer neuer Akteurskonstellationen sowie der heterogenen Themenmatrix oftmals die mit der Zeit allgegenwärtig zunehmende Komplexität betont. Darunter ist nicht zuletzt das Zusammenspiel einander bedingender, ergänzender oder auch ausschließender – zusätzlich noch unterschiedlich gewichteter – Informationsflüsse zu verstehen, welche ihre positive/negative Bedeutung in kurz-, mittel- und ebenso langfristiger Dimension entfalten können.[236] Unternehmer wie Interessensvertreter wie politische Entscheidungsträger leiden heute weniger an einem Informationsmangel als an einer Informationsüberlastung. Unabhängig davon, dass dem Umfeld von Politikern verstärkt die Funktion von Informationsfiltern zukommt, gilt es in diesem Prozess die wesentlichen Inhalte von Trivialinformationen zu separieren und sodann qualifiziert zu verarbeiten. Durch eine kluge Konfiguration von Wissensnetzwerken können auch in Zeiten des Informationsübermaßes die richtigen Inhalte zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle landen. Dies bedingt allerdings eine adaptierte Herangehensweise und dabei ein grundlegendes Verständnis der Arbeits- und Funktionsweise der jeweils anderen Seite (Erarbeitung von Policy Papers zu wissenschaftlichen Untersuchungen u.Ä.).

In modernen Industriestaaten gibt es, nicht zuletzt aufgrund von Medieneinflüssen, eine zunehmende Beschleunigung von Themen- und Strategielebenszyklen. Kurzfristige, für die Wähler und die Medien überschaubare Ziele verdrängen in ihrem politischen Gewicht langfristige strategische Zielsetzungen. Somit schrumpfen für alle Beteiligten die verfügbaren Zeit- und Planungshorizonte, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten und letzten Endes allgegenwärtigen globalen Konjunktur- und Finanzkrise. Der daraus resultierende Bedarf an ad hoc Entscheidungen (daher Trend zu Kurzexpertisen mit verkürzten Bearbeitungszeiten) kann seitens wissenschaftlicher Kompetenzträger nur bedingt bedient werden, womit in der Regel nach gereihte Kompetenzträger in die Verantwortung gezogen werden (Qualitätsabstriche).

Grosso modo unterliegen die Besitz- und Managementstrukturen in der Industrie einem zeitlichen Wandel. Der Einfluss von Eigentümerunternehmern nimmt über die Zeit zugunsten von Managern börsenotierter Unternehmen ab. Zwar haben beide Gruppen v.a. hinsichtlich Standortfaktoren ähnliche Bedürfnisprofile (Flexibilität bei der Arbeitszeit, Investitionen in Bildung und Qualifikation, Erhöhung der Mittel für F&E, gezielte Struktur- und Projektförderung, Sicherheit bei der Energieversorgung und faire Energiepreise etc.; vgl. SCHNEIDER, 2007). Jedoch gibt es ebenso Unterschiedlichkeiten, welche entsprechende interessenspolitische Nuancierungen bedürfen (stärkere regionale/lokale Verwurzelung der Aktivitäten, problematische Besetzungsverfahren, Joint Venture nur mit Partnern ähnlicher Unternehmenskultur, generationenübergreifender Anspruch etc. bei Eigentümerunternehmen).

---

[235] Vgl. HARTMANN (2009). Unternehmen gehen nicht in die Öffentlichkeit und skizzieren Problemsituationen, welche unmittelbar negativen Auswirkungen auf den Kunden haben können.

[236] FALK et al. (2006b) sehen die Problemlösungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft mit neuartigen Herausforderungen konfrontiert. Der Komplexitätszuwachs von Problemen stelle Anforderungen an politische Entscheidungsträger und ihre internen Helferstrukturen in Administration und Verwaltung, die ohne qualifizierte Unterstützung von außen praktisch nicht zu bewältigen sind. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer Verbreiterung des Spektrums von Beratungsunternehmen und Beratungsgebern sowie einer Diversifizierung der Beratungsformen. Hinzukommen ein anhaltender Selbstverständniswandel der Politikberatung und veränderte Formen der Verbreitung politisch relevanten Wissens.

Abseits der Intensität und Qualität der direkten[237] Kommunikation industriepolitischer Interessensvertreter mit politischen Entscheidungsträgern gewinnt die auf professionellem Kommunikationswissen basierte indirekte Einflussnahme industriepolitischer Interessen über öffentliche Meinung immer mehr an Bedeutung (Mediengesellschaft). Dies geht zu lasten indirekter Einflusswege über politische Parteien (gesetzlich bestimmter Transparenzanspruch) oder Personalsubventionen z.B. für Regierungskabinette[238]. Allgemein finden sich heute und in Zukunft die klassischen Informations- und Kommunikationswegen von Interessensgruppen in liberalen Demokratien.

Es gibt (uninformierte) Bevölkerungsschichten, die industriepolitische Interessensvertretungen als ausschließliche Lobbyingorganisationen sehen und dazu mit unlauteren Wettbewerbsvorteilen in Verbindung bringen. Freilich ist Lobbying in demokratischen Systemen erst durch diese möglich (in Abhängigkeit des politischen Institutionensettings) bzw. dringend an rechtliche und moralische Normen gebunden. Dahingehend sind Praktiken, die zur Umgehung des demokratischen Willensbildungsprozesses dienen, jedenfalls unerwünscht.[239]

Interessenspolitische Institutionen wie die BSI oder die IV haben im *High-level*-Bereich im Vergleich zur Politikebene andere/bessere Strukturvoraussetzungen, sich mit außeruniversitären Forschungsstrukturen zu verknüpfen (z.B. im Rahmen der Übernahme von gesellschaftsrechtlichen Funktionen)[240] und dergestalt Wissensnetzwerke zu begründen. Gewöhnlich ist die Fluktuation oberster politischer Verantwortungsträger etwa in Ministerien über die Zeit größer als an der Spitze von Interessensvertretungen, was entsprechende Kontinuitätsmuster in der Vernetzungsstruktur erwarten lässt. Auch sind Politiker in der Regel medienabhängiger (nicht zuletzt deshalb inhaltlich opportuner) und v.a. für ein breiteres Interessensportfolio verantwortlich als klar bestimmte Interessensvertreter (Deklarierungsproblematik).[241] Generell ist es zu begrüßen, wenn Forschungs- und Interessensstrukturen zusammenwachsen – Voraussetzung dafür ist die Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Arbeit, der Abbau von Berührungsängsten seitens der forschenden Akteure oder der Wille auf Seiten der Interessensvertreter, komplexe mehrjährige Initiativen zur unterstützen (vgl. LCU-Initiative[242] der IV oder Automotive Forschungs- und Strategieline der ARGE Automotive Zulieferindustrie).

Bei allen handelnden Akteuren wird der Druck der zunehmenden Komplexität auf der einen Seite und der schrumpfenden Zeit- und Planungshorizonte auf der anderen Seite durch einen antizyklischen Druck auf die Personalentwicklung verstärkt. In wirtschaftlichen Krisenzeiten[243] müssen sich bei den gegebenen Spielregeln weniger Kompetenzträger mit durchschnittlich umfangreicheren Aufgabengebieten auseinandersetzen.

Ebene der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger (Mikroebene 2)

Unabhängig davon, ob Politiker den Wissenstand eines Laien oder eines Fachmannes (hier Ökonomen) aufweisen, machen Sie in erster Linie Politik für Laien und nicht für Fachleute.[244] So kann es geschehen, dass Politiker im Sinne des Wiederwahlgedankens unwissentlich ebenso wie wissentlich die „falsche“ wirtschaftspolitische Entscheidung treffen (müssen). Problematisch ist dies dann, wenn die Ansichten zwischen den beiden Gruppen besonders stark divergieren (vgl. Tab. 7.1).

---

237 Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Medien, Werbe- und Informationskampagnen, Sponsoring, Presseerklärungen, Kongresse etc.

238 Organisierte Interessen können auf die politischen Entscheidungen Einfluss nehmen, wenn sie mit (personalgesponserten) Kompetenzträgern z.B. in Regierungskabinetten vertreten sind.

239 S. u.a. *Europäische Transparenzinitiative* (Register der Interessensvertreter).

240 Oft stehen (persönliche) Haftungsfragen im Zentrum der Diskussion um die Beteiligung der öffentlichen Hand (bzw. ihrer Vertreter) an privatwirtschaftlich organisierten Organstrukturen.

241 Wenn dann doch ein Minister in einem Gremium eines außeruniversitären Forschungsinstitutes zu finden ist, dann ist dafür oftmals der persönliche Karriereweg vor Übernahme des politischen Amtes ausschlaggebend.

242 S. Abschn. 7.4 „Fallbeispiel: Forschungs-und Kommunikationssprungbrett Leading Competence Units (LCU)“.

243 In Finanz- und Konjunkturkrisen werden trotz negativ-dynamischer Entwicklungseinflüsse zunehmend hohe inhaltliche wie strategische Anforderungen gestellt.

244 „Und doch scheint häufig ein nicht unbedeutender Unterschied zwischen der allgemeinen (der „politischen“) Politik und der Wirtschaftspolitik zu bestehen. Fragen der „allgemeinen“ Politik beherrschen in der öffentlichen Diskussion ebenso wie in den Medien die „Frontseiten“, während wirtschaftliche Grundsatz- und Detailfragen weit weniger ausgebreitet werden. Dies liegt nicht daran, dass Wirtschaftsfragen als weniger bedeutend angesehen werden, sondern hängt damit zusammen, dass Zusammenhänge im modernen Wirtschaftsprozess angesichts ihrer komplizierten Natur für den „Mündlichen Bürger“ weit weniger durchschaubar und daher auch weit weniger kritisierbar sind als dies bei allgemeinen politischen Fragen (einschließlich wirtschaftlicher Tagesfragen) der Fall ist, bei denen er sich auf Grund von Erfahrungen und gesundem Menschenverstand weit eher eine eigenen Meinung bilden kann.“ (ROTHSCHILD, 1996, 7).

Gleichzeitig steht die Industrie für multiple politische Dimensionen. Die politischen Anforderungen umspannen wachstums- und innovations-, infrastruktur- und verkehrs-, energie-, umwelt-, klima- und gesundheits-, bildungs- und arbeitsmarkt- und nicht zuletzt kapitalmarkt- und finanzpolitische Materien. Im Querschnitt interessieren Agenden wie „Steuern und Abgaben“ sowie „Staat und Gesellschaft“, und alle Überlegungen stehen für die kleine offene Volkswirtschaft natürlich unter dem Aspekt Europa und Internationalisierung.[245] Letzten Endes ist die wirtschaftspolitische Zielmatrix auf einer Metaebene zur Steigerung der ökonomischen Wohlfahrt durch Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, Zahlungsbilanzausgleich, eine optimale Güterversorgung, Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Verteilungsgerechtigkeit gekennzeichnet.[246]

Tab. 7-1: Zustimmungsverhalten zu ausgewählten wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen (Laien vs. Ökonomen)

Zustimmung von Ökonomische Laien (Ökonomen) zur Aussage	Akzeptanz	Positiv im Hinblick auf …				
		… die Arbeitslosigkeit	… das Wirtschaftswachstum	… die Staatsverschuldung	… die Gerechtigkeit	… den eigenen Nutzen
„Zölle auf ausländische Produkte und Dienstleistungen sollten vollständig abgeschafft werden“	29% (75%)	43% (73%)	47% (83%)	44% (86%)	53% (78%)	19 (34%)
„Der Staat sollte Unternehmen unterstützen, die ausschließlich in Deutschland produzieren und nicht im Ausland“	73% (8%)	79% (17%)	79% (10%)	68% (8%)	74% (6%)	30% (4%)
„Arbeitgeber sollten nur dann Ausländer einstellen dürfen, wenn sich keine Deutschen auf die Stelle bewerben“	25% (3%)	63% (23%)	57% (1%)	57% (7%)	42% (3%)	12% (0%)
„Die Anzahl der in Deutschland lebenden Ausländer sollte so stark wie möglich reduziert werden“	36% (1%)	63% (24%)	49% (3%)	55% (16%)	32% (3%)	8% (0%)

Anm.: n (Laien) = 290 (Aussage 2 bis 4); n (Laien) = 170 (Aussage 1); n (Ökonomen) = 80
Q: ERNSTE et al. (2009, 71)

Das Handlungsportfolio eines Politikers orientiert sich einerseits an der Sicherstellung öffentlicher Güter und Ressourcen (Hoheitsrecht des Staates, Staat als Anbieter von Gütern und Dienstleistungen), andererseits an der Beeinflussung gesellschaftlichen Handelns (direkt: regulative Politik; indirekt: Finanzierung, Strukturierung bzw. prozedurale Steuerung, Überzeugung).[247] Die Politiker treffen ihre Entscheidungen sodann unter Einwirkungen der verschiedenen bereits formulierten Einflussgrößen (v.a. zunehmende Komplexität, Beschleunigung von Themen- und Strategielebenszyklen; s.o. Mikroebene 1).

[245] Bei dynamisierten Veränderungsprozessen führt ein derart umfassender Themenbogen zu einem komplexen System an Zielbeziehungen, welches politische Entscheidungsträger nicht selten überfordert und dazu veranlasst, aus einem Übermaß letztendlich eine industriepolitische Nullhandlungsstrategie zu entwickeln (v.a. in konjunkturell günstigen Zeiten, wenn das mediale Interesse industriefernen Blickpunkten zugewandt ist). Industriepolitik existiert dann als untergeordnete Querschnittsmaterie.

[246] Vgl. KLUMP (2006, 246-248) hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Ziele zur konjunkturellen Stabilität, allokativen Effizient sowie Verteilungsgerechtigkeit unter dem Generalziel der Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt (abhängig von den gesellschaftlichen Grundwerten *Freiheit, Gleichheit* und *Sicherheit*); auch ROTHSCHILD (1996) folgt diesem Zielmuster, indem er das „Magische Vieleck“ der Wirtschaftspolitik beschreibt.

[247] Vgl. BRAUN/GIRAUD (2009).

„Eiserne Dreiecke“, die als geschlossene Zirkel bestehend aus Spezialisten für bestimmte Politikfelder aus dem politischen Bereich, aus dem Bereich der Bürokratie und dem Bereich der Interessensgruppen bezeichnet werden, (vgl. GERLICH, 1995, 5), können im aufgeklärten Medienzeitalter immer weniger bestehen. Die Politik wird zunehmend unter Einbindung eines breiten Akteursspektrums ausverhandelt und durchgeführt.

Etwa in Regierungskabinetten wird der Eindruck der zunehmenden Komplexität auf der einen Seite und der schrumpfenden Zeit- und Planungshorizonte auf der anderen Seite durch den allgemeinen Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung verstärkt. Immer weniger Leute setzen sich mit durchschnittlich umfangreicheren Aufgabengebieten auseinander. Jedenfalls können in den vergangenen Jahren die Möglichkeiten der internen Beratung mit dem dynamischen Bedarf an politikbezogener Lösungsunterstützung nicht immer mithalten. Dadurch entsteht grundsätzlich ein erhöhter externer Beratungsbedarf.

Die externe (außeruniversitäre) Beratungslandschaft ist durch traditionell gewachsene, mitunter wettbewerbsverzerrende öffentliche Finanzierungsflussstrukturen gekennzeichnet. Obwohl sich klassische Wirtschaftsforschungsinstitute in viel größerem Ausmaß am Markt bedienen können als z.B. Institutionen im sozialen oder kulturellen Bereich, finanzieren sich insbesondere die großen Wirtschaftsforschungsinstitute vor dem Hintergrund guter Zugänge zu politischen Entscheidungsträgern (Wissenschaftslobbying) schon seit Jahrzehnten über öffentliche Basissubventionstöpfe (sowohl auf Bundes- wie Landesebene).[248] Aktuell gibt es einen intensiven politischen Diskurs in Hinblick einer zukünftigen Strukturbereinigung bzw. potenzieller Exit-Strategien für einige außeruniversitäre Organisationsmuster (weniger in der angewandten Wirtschaftsforschung).[249] Das Unterfangen, die Funktionstüchtigkeit der externen Beratungssysteme durch eine Neukonzeption öffentlicher Finanzierungsstrukturen zu verbessern, könnte konkret in der Wirtschaftsforschung aber an verschiedenen Faktoren scheitern (gewachsene Monopolstrukturen; politische Drohungen per Medien; bewusstes Vermengen von angewandter Wirtschaftsforschung mit nicht über Markt finanzierbarer Forschung etc.). Feste Vorgaben z.B. im Zusammenhang mit einer verbindlich zeitlichen Begrenzung von Beratertätigkeiten wird es in Österreich wahrscheinlich noch länger nicht geben.

Von einem erfolgreichen Beratungsprozess ist dann auszugehen, wenn das politische Ziel durch die Nutzung der vorhandenen relevanten Informationen erreicht wird und dies von der Öffentlichkeit auch so gesehen wird (s. PAPPONETTI/PINELLI, 2004). Die Öffentlichkeit nimmt die (politisch) gewählten Positionen eher an, wenn Wissenschafter diese Meinung unterstützen. Die Zustimmungsgewichtung dieses Aspektes kann allerdings stark ressortabhängig sein.

7.2 Situationsbeschreibung der Struktur und Qualität industriepolitischer Beratung in Österreich

In der Fremd- ebenso wie Selbstbetrachtung wird von einem Wirtschaftsforschungsinstitut in Österreich im Wesentlichen Folgendes erwartet (vgl. BMF et al., 2002, 10):

- Wissenschaftlicher Fortschritt auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen.
- Aufbau/Pflege von (Individual-) Datensätze.[250]
- Ausbildungsfunktion (z.B. in Form von Assistenten und Praktikanten).
- Lehrtätigkeiten an Fachhochschulen und Universitäten.
- Kurzfristige Reaktion auf aktuelle wirtschaftspolitisch relevante Themen und Aufgabenstellungen
- Wissenstransfer an Politik, Unternehmen, Verbände und Wissenschaft auf dem Wege der politischen Beratung.

Im Lichte der spezifischen vorangestellten Rahmenbedingungen bzw. der damit verbundenen mehrdimensionalen Kausalitätsbeziehungen lassen sich die Struktur und Qualität der industriepolitischen Beratung in Österreich aus den Perspektiven des Angebots und der Nachfrage analytisch und interpre-

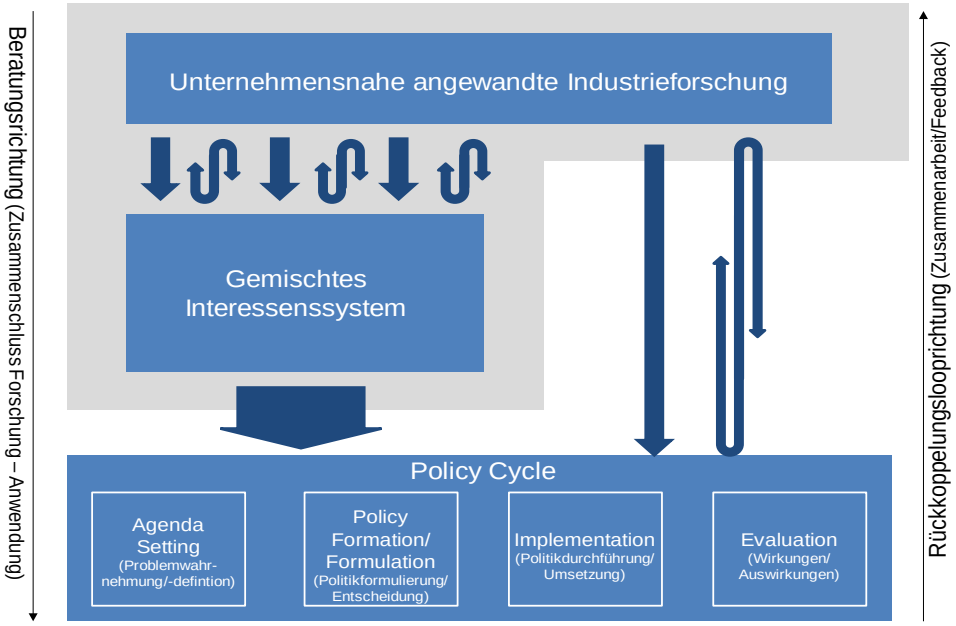
[248] Es stellt sich die Frage, inwieweit dann die Bezeichnung NGO zutreffend ist.

[249] Die ehemalige Wissenschaftsministerin Beatrix Karl beabsichtigte ab dem Jahr 2011 Basissubventionen aus Geldtöpfen der Ministerien für außeruniversitäre Vereinen und Institute reduzieren bzw. auslaufen zu lassen. Das Ministerium beruft sich dabei auf einschlägige Empfehlungen des RFTE sowie des RH. Die betroffenen Einrichtungen (nicht Fachhochschulen, ÖAW oder LBG) sollten davor allerdings einer qualifizierten Evaluierung unterzogen werden.

[250] Universitätswissenschaftler sind an diesen Arbeiten wegen „mangelnder wissenschaftlicher Innovationen“ häufig weniger interessiert.

tativ aufspannen. Dabei ist zu beachten, dass die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung sowohl mit der Akteurslandschaft des gemischten Interessenssystems Österreichs in Kontakt tritt als auch mit den politischen Entscheidungsträgern selbst (u.a. Bundesminister und deren Kabinette).

Abb. 7-1: Beratungs- und Rückkoppelungsmechanismen der industriepolitischen Beratung in Österreich durch die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung



Q: Eigene Darstellung; Policy Cycle Schema gemäß Abbildung des politischen Phasenmodells (Politikprozess) in JANN/WEGRICH (2009)

Die Position und Einschätzung des industriepolitischen Beratungsangebots zur industriepolitischen Beratungsnachfrage (von Politikern wie Interessensvertretern)

Die Wirtschaftstheorie gibt auf Fragen wie die eines gesamtwirtschaftlichen Industriekonzeptes und seiner langfristigen Auswirkungen keine eindeutige Antwort. Historisch gewachsene Entwicklungspfade, Institutionen oder akteursspezifische Interessenslagen und v.a. die Komplexität und Dynamik der gesellschaftlichen und damit auch wirtschaftlichen Zusammenhänge machen es sehr schwierig, belastbare Gesetzmäßigkeiten bzw. Prognosen auszuarbeiten (ROTHSCHILD, 1996, 12-13). [251]

Empirische Studien (FREY et al. 2007 auf Basis von 570 Interviews von in Deutschland wohnenden Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik, die aber noch vor Ausbruch der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise geführt wurden) geben Hinweise darauf, dass der neoklassische Einfluss in der deutschen Ökonomen- bzw. einschlägigen Professorenlandschaft der bestimmende ist.[252] Danach folgen bereits diverse Public Choice Ansätze (vgl. Abschn. 3.3 betreffend Public-Choice-Ansätze der Politikberatung) sowie institutionenökonomische Einflüsse (vgl. Abschn. 3.1 zum institutionalistischpolitikökonomischen Analysehintergrund dieser Untersuchung). Diese drei einflussreichen Denkschulen schließen einander

[251] „Was die analytische Wissenschaft zu leisten imstande ist, wenn es um die schwierigen Fragen gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge und Prozesse geht, ist die Herausarbeitung verschiedener theoretischer Modelle, um durch Vereinfachung und Abstraktion der wichtigsten aus der Erfahrung gewonnenen Erkenntnisse gewisse wahrscheinliche Zusammenhänge abzuleiten, welche für die Erklärung vergangener und die Prognose künftiger Entwicklungen herangezogen werden können. Infolge der Komplexität des Wirtschaftslebens erfordern aber solche Modelle sehr beachtliche Vereinfachungen und Restriktionen, die je nach Problem- und Fragestellung verschieden ausfallen können. Das führ zu einer Mehrzahl von (gesamtwirtschaftlichen) Theorien, die zwar in vielen Punkten übereinstimmen, in anderen aber Widersprüche aufweisen.“ (ROTHSCHILD, 1996, 13).

[252] Neoklassische Theorieansätze verfolgen das Konzept der freien Marktwirtschaft uns sehen sich in der Tradition gesamtwirtschaftlicher Gleichgewichtsmomente. Im Gegensatz dazu sind nicht-gleichgewichtsorientierte Ansätze im Wesentlichen durch hoheitliche Interventionen gekennzeichnet (vgl. keynesianistische wirtschaftspolitische Denkmuster). Für eine aktuelle Zusammenschau der wesentlichen (v.a. fiskalwissenschaftlichen) Zugänge der beiden Theoriefamilien s. BRANDNER (2010).

nicht aus. Ordo-Liberalismus und Keynesianismus stehen hingegen im wesentlichen Gegensatz v.a. zur Neoklassik.[253]

Tab. 7-2: Verbundenheit von deutsche Ökonomen zu wirtschaftswissenschaftlichen Denkschulen (wissenschaftliche Grundeinstellungen)

Denkschule		Denkschule	
Neoklassik	42%	Supply Side Economics	7%
Public Choice/Institutionelle Ökonomik	37%	Monetarismus	5%
Ordo-Liberalismus	24%	Sozialismus/Marxismus	1%
Keynesianismus	12%	*Keine Angabe*	*12%*

Q: FREY et al. (2007)

Zu den vorherrschenden, auch die Politikberatung beeinflussenden ökonomischen Denkschulen haben FREY et al. (2007) auch die dahinterstehenden Ökonomenvorbilder bestimmt (s. Tab. 7-3). Demnach kommen die wichtigsten Ökonomen aus dem anglosächsischen Raum. Persönlichkeiten wie *Paul Krugman* werden allerdings differenziert beurteilt (weniger Wertschätzung im akademischen Raum, mehr von in der Privatwirtschaft tätigen Ökonomen).

Tab. 7-3: Vorbilder für deutsche Ökonomen

Ökonom	Sehr/einigermaßen wichtig	Eher unwichtig/ unwichtig	Keine Meinung
Paul Samuelson	87%	10%	2%
John Maynard Keynes	85%	13%	2%
Milton Friedman	84%	11%	4%
Joseph Stiglitz	82%	13%	5%
Paul Krugman	77%	15%	8%
Gary Becker	77%	14%	9%
Friedrich von Hayek	74%	21%	5%
James Buchanan	71%	19%	10%
Amartya Sen	68%	18%	14%
Gerard Debreu	60%	25%	15%
Jean Tirole	60%	19%	21%
Douglas North	53%	23%	23%
Daniel Kahneman	53%	19%	27%
Andrei Shleifer	43%	27%	31%

Q: FREY et al. (2007) auf Basis von 570 Interviews von in Deutschland wohnenden Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik

Auf Basis einer parallel zur oben zitierten Untersuchung stattgefundenen Online-Erhebung unter n=260[254] Mitgliedern des *Vereins für Socialpolitik* sowie der *Nationalökonomischen Gesellschaft Österreichs* sowie n=9 qualitativen Interviews mit österreichischen Experten wurden im Frühjahr/Sommer 2006 die Stärken und Schwächen des wirtschaftspolitischen Entscheidungssystems in Österreich, Deutschland und der Schweiz aus Sicht des Beratungsangebots einer Untersuchung zugeführt.[255]

[253] Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Konjunkturkrise und der damit einhergehenden wirtschaftspolitischen Notwendigkeit von hoheitlichen Interventionen wird das in Tab. 7-2 ausgewiesene Bild wohl in einigen Punkten (v.a. keynesianistische Ansätze) neu gewichtet sein.

[254] 66% der Respondenten bezogen ihre Bewertung über das wirtschaftspolitische Entscheidungssystem auf Deutschland, 23% auf Österreich und 6% auf die Schweiz. Die restlichen 5% können diesem Ländersampel nicht zugeteilt werden.

[255] S. die vom Jubiläumsfonds der OeNB geförderte und unter der Schirmherrschaft des IWI erarbeitete Untersuchung Nr. 11378 oder ATZMÜLLER et al. (2008). Der Autor der gegenständlichen Arbeit war für dieses Projekt verantwortlich und hat inhaltlich mitgewirkt.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenführen (vgl. ATZMÜLLER et al., 2008):

- Das wirtschaftspolitische Entscheidungssystem Österreichs wird in der Gesamtheit tendenziell negativ bewertet; allerdings bei vergleichsweise hoher Varianz (die Experten sind sich in ihren Bewertungen teilweise uneinig). Die Respondenten gehen teilweise von ineffizienten, ineffektiven, widersprüchlichen und intransparenten wirtschaftspolitischen Entscheidungen aus, welche keine langfristige Strategiekomponente und damit einhergehend kaum strategische/konzeptionelle Beratungsinhalte aufweisen.
- Trotz der Existenz der österreichschen Sozialpartnerschaft wird dem politischen Entscheidungssystem keine herausragende Konsensorientierung attestiert (die Befragung fand allerdings noch im damaligen Erinnerungsfeld einer Pensionsreform sowie der Einführung der später wieder abgeschafften Studiengebühren statt). Obzwar allgemein der Konsens größere Bedeutung zu haben scheint als die raschen Maßnahmen-Umsetzung.
- Im bürokratisch bzw. parteipolitisch organisierten Kontinentaleuropa spielt Politikberatung eine im internationalen Vergleich geringe Rolle (vgl. angelsächsischer Raum). Wenn, dann werden für die kurzfristige Wirtschaftspolitik im Wesentlichen interne und/oder kommerzielle Berater zugezogen;[256] Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (darunter auch die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung) und andere externe Berater kommen selten und in der Regel erst im Zuge langfristig angelegter Überlegungen zum Zug.
- Laut Experten ist das wirtschaftspolitische Beratungssystem in Österreich streckenweise durch nachgefragte ideologisch/parteipolitisch geprägte Beratung mit Tendenz zur Promotions- oder Propagandafunktion bzw. als ausschließliche Legitimation bereits vordefinierten Positionen oder zur Verzögerung unpopulärer Entscheidungen gekennzeichnet. An langfristigen Perspektiven wird verhältnismäßig selten gearbeitet. Sowohl Beratungsnachfrage als auch Beratungsangebot tragen aber ihre Verantwortung daran.
- Seit den frühen 1990er Jahren haben sich die Einflussfaktoren auf die Wirtschaftspolitik deutlich verändert: Konnte man früher mit einer festen ideologischen Basis, aber großer Offenheit für Beratung über die konkrete Politik rechnen, gewinnt mittlerweile eine Kombination aus nicht kategorisierbaren ideologischen Vorurteilen und relativ engen Vorstellungen über konkrete Maßnahmen an Bedeutung. Dadurch *hat Beratung generell an Bedeutung verloren*. Berater ist jetzt vielfach nicht mehr ein visionärer Ökonom, sondern ein Rechtsexperte, der die rechtliche und technische Umsetzung einer Maßnahme vorzubereiten und zu vollziehen hat. Das Agenda-Setting hat sich zudem in weiten Teilbereichen der Wirtschaftspolitik – bei formaler Zuständigkeit der Mitgliedstaaten – auf die EU-Ebene verlagert. Auch dort ist aber eher Beratung durch Rechtspolitiker gefragt, wogegen der Beratungsspielraum für Ökonomen enger geworden ist.
- Externe Beratungsleistungen werden grosso modo zögerlich initiiert, weil erwartet wird, dass der Mehrwert mitunter nicht klar ersichtlich ist oder weil der Mehrwert nicht in erwünschter Weise (Intensität, Periode) eintritt.
- Die Interessenverbände und die Medien haben laut der Studie einen großen Einfluss auf das wirtschaftspolitische Entscheidungssystem. Danach folgen Berater mit *Manager-Speak* noch eher als Uni-Professoren. Der Einfluss von EU-Institutionen und internationalen Organisationen steigt erst im Konnex längerfristiger Konzepte.

Freilich kann die Beratungsnachfrage konkret aus dem Raum der industriepolitischen Interessensvertretung auch durch ein partiell divergierendes Nachfrageprofil bestimmt sein, doch findet sie im Wesentlichen unter den oben bestimmten Rahmenfaktoren statt, bzw. es ist zu erwarten, dass diese durch die Beratungsendnachfrage letztendlich bedeutend mitbestimmt ist.[257]

[256] Laut den n=2 befragten aktuellen/ehemaligen Mitgliedern von Regierungskabinetten gibt es allerdings keine Bevorzugung von *Consultants* gegenüber Kompetenzträgern des wissenschaftlichen Raums.

[257] Dass die Zwischenschaltung industriepolitischer Interessensvertreter zu verbesserten Ergebnissen führen kann belegt Abschn. 7.4.

Die Position und Einschätzung der industriepolitischen Beratungsnachfrage (von Politikern wie Interessensvertretern) zum industriepolitischen Beratungsangebot[258]

Ökonomen stehen im Verdacht, entweder zu stark an theoretischen wie mathematischen Arbeitsinhalten orientiert zu sein (und sie tragen somit wenig bis gar nichts zur Problemlösung aktueller wirtschaftspolitischer Fragen bei), oder zu sehr empirisch zu arbeiten (ohne die analysierten wirtschaftspolitischen Fragestellungen mit Hilfe theoretischer Ansätze zu beleuchten) (s. FREY et al, 2007).

Die für die gegenständliche Untersuchung im März/April 2011 befragten n=8 Experten des industriewissenschaftlichen/-politischen Raumes in Österreich (s. Frageprogramm 2 in Anhang 7) sehen die heimische Wirtschaftsforschung in Bezug zu industriepolitischen Interessensvertretungen gegenwärtig allem voran in einer *operative/instrumentellen Beratungsfunktion*.[259] Mit Abstrichen wird ihnen auch eine *strategische/konzeptionelle Funktionalität*[260] bescheinigt. Indifferent ist dagegen das Bild in Hinblick auf *Aufklärungs-*[261] sowie *Promotions-/Propagandaagenden*[262]. Industriewissenschaftliche Wirtschaftsforschung als *Filterfunktion*[263] wird seitens der ausgewählten Gesprächspartner aktuell dagegen kaum bescheinigt. Dieses Gesamtbild passt nicht ganz zur Skizze des zukünftigen Bedarf: Dahingehend werden *operative/instrumentelle* und *strategische/konzeptionelle Aufgaben* sowie *aufklärende Betätigungen* als gleichbedeutend erachtet, dahinter folgt das Erfüllen einer *Filterfunktion*. Die gerichtete Legitimationsarbeit soll laut den (offensichtlich optimistischen) Respondenten zukünftig dagegen an Bedeutung verlieren.

Auf industriepolitische Interessensvertretungen in Österreich haben laut Expertenmeinung (Frageprogramm 2) in der kurzfristigen Zeittangente *EU-Institutionen, Medien* (Zeitungen, Fernsehen u.Ä.) sowie *interne wissenschaftliche Beratungsstrukturen* mehr Einfluss als die *externe wissenschaftliche Beratung*. Zudem werden auch *Meinungsumfragen* als potenter erachtet. Als Spontanäußerungen werden ferner insbesondere der kurzfristige Einfluss führender *Industriefunktionäre* oder in bestimmten Fällen auch spezielle *Partikularinteressen* genannt. Dafür sollen *kommerzielle Berater* (v.a. Consultants) sowie Äußerungen *internationaler Organisationen* (OECD, Währungsfonds etc.) kurzfristig ein verhältnismäßig geringes Gewicht haben. Dieselben Experten sehen in der langfristigen bzw. strategischen Dimension, nach der Wichtigkeit wieder von *EU-Institutionen,* die *interne und extern Beratungsleistung* beinahe gleichauf bedeutend. Dahinter folgen sodann (in dieser Reihenfolge): *Internationale Organisationen, Medien und Meinungsumfrage* sowie am Ende des Ranking *kommerzielle Berater.* Allgemein fällt auf, dass mit zunehmendem Zeitrahmen neben *internationalen Institutionen/Funktionen* nur die *externe wissenschaftliche Beratung* an Bedeutung zulegen kann.

Eine einheitliche Sicht des Kooperationsverhaltens gibt es nicht. Die für diese Untersuchung befragten Experten (Frageprogramm 2) stehen weder für eine Präferenz des *dezisionistischen*, noch des *technokratischen* oder *pragmatischen Politikberatungsmodells*. Am ehesten scheint die Meinung vorherrschend, dass der Interessensvertreter die Entscheidung fällt und der Wirtschaftsforscher Informationen liefern soll. Auf die Frage „Welche Formen der Zusammenarbeit bevorzugen industriepolitische Interessensvertretungen Ihrer Ansicht nach in Richtung Wirtschaftsforschungsinstitute gegenwärtig und warum (z.B. mündliche Beratung und Abstimmung in vertraulichen Gesprächen; Auftrags-F&E mit

---

258 Die nachfolgenden Ausführungen beinhalten im Haupt- und Fußnotenteil partiell Vorarbeiten, Ausführungen und Überlegungen, welche seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210047 „Die Rolle der Regierungskabinette in den Prozessen der Regierungspolitik“ im Sommersemester 2010 erarbeitet wurden (s. SCHNEIDER, 2010c).

259 Die *operative* oder auch *instrumentelle* Beratungsfunktion umfasst Beratungsleistungen bei der Planung und Umsetzung von (wirtschafts-) politischen Maßnahmen. Die Beratungsempfänger erwarten konkrete, politisch realisierbare Vorschläge insbesondere im Konnex wirtschaftspolitischer Instrumentarien (erklärende Entscheidungs- und Orientierungshilfen).

260 Die *strategische* oder auch *konzeptionelle* Beratungsfunktion zielt auf die Entwicklung langfristiger (wirtschafts-) politischer Handlungsoptionen ab. Die Beratungsseite arbeitet und orientiert sich an Gesamtkonzepten bzw. erfasst komplexe Systeme von Wirkungszusammenhängen.

261 Die *Aufklärungsfunktion* dient zur breiten öffentlichen Bewusstseinsbildung und ist v.a. an die Bevölkerung gerichtet. Es steht das Monitoring bzw. die Aufklärung über die Wirkungszusammenhänge und Auswirkungen konkreter wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Mittelpunkt.

262 Die Ergebnisse der Politikberatung können auch zur ex post Flankierung bereits getroffener (wirtschafts-) politischen Entscheidungen herangezogen werden (*Promotions- oder Propagandafunktion*). Die eigentliche politische Intention ist die Legitimation. Dass wissenschaftliche Beratung als Legitimation bereits vordefinierter Positionen oder zur Verzögerung unpopulärer Entscheidungen beitragen kann, wird im persönlichen Gespräch mit n=2 Ministerkabinettsvertreter (Frageprogramm 1) nicht verneint. Dass es in Österreich eine erkennbare Tendenz zu Gefälligkeitsgutachten (ohne langfristige Strategiekomponenten) und/oder ideologisch/parteipolitisch geprägter Beratung gibt, wird dagegen zurückgewiesen bzw. im Einzelfall nur auf konkrete personenbezogene bzw. mitunter ressortabhängige Belange reduziert.

263 Gemäß der *Filterfunktion* der Politikberatung sind im Rahmen eines beratenden Begleitungsprozesses aus der Fülle potenzieller (wirtschafts-) politischer Entscheidungen diejenigen herauszunehmen, welche zu keiner wünschenswerten Lösung führen.

Berichtslegung; indirekte Kommunikation über die Medien)?“ antworten in diesem Zusammenhang drei ausgewählte Respondenten folgendermaßen:

„Mündliche Abstimmung zwischen den aus Partikularinteressen und Tradition resultierenden Meinungen der Interessensvertretung und den Ansichten der – entsprechend vorausgewählten – Forschungsinstituten. In dieser Phase sind moderate Beeinflussungen der Positionen der Interessensvertretungen möglich. Im weiteren Verlauf erwartet die Interessensvertretung einen Forschungsbericht, der in apologetischer Weise ihre Position unterstützt. Grund: Interessensvertretung ist (wie der Name schon sagt) an den Gruppeninteressen orientiert und möchte diese möglichst effektiv vertreten – und sucht sich dafür Unterstützung. Eine "objektive", "wissenschaftliche" Lagebeurteilung und Handlungsanleitung ist hingegen wenig gefragt.“
(Zitat, Interview D)

„Es gibt zwei zentrale Schienen: Erstens: Selbständiges Themenrooting und Aufbereitung der Inhalte durch Wirtschaftsforschung (Herantragen an Interessensvertreter, Start möglicher Kooperation); Zweitens: Interessensvertreter liefert Themenvorschläge, die in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsforschung konkretisiert werden (Start möglicher Kooperation)“
(Zitat, Interview H)

„Auftrags F&E mit Berichtslegung, da Wirtschaftsforschung die grundlegende Information als Basis für die Interessensvertretung liefert. Entscheidung was, wie und wann verwendet wird, hat bei der Interessensvertretung (= Auftraggeber) zu liegen.“
(Zitat, Interview J)

Das *Einholen von Fachkompetenz* wird seitens der n=8 Fachleute (Frageprogramm 2) als der bedeutendsten Grund für die Zusammenarbeit von industriepolitischen Interessensvertretungen mit der Wirtschaftsforschung genannt. Unmittelbar danach und in Verbindung dazu folgen Kriterien wie die *Reputation der Wirtschaftsforschers/Beratungsinstitution* oder die *persönliche Beziehung zum Wirtschaftsforscher bzw. zur Beratungsinstitution* (der sich mitunter in einer traditionellen institutionellen Verbundenheit manifestieren kann). Einem gewissen *gemeinsamen ideologischen Hintergrund zwischen Interessensvertreter und Wirtschaftsforscher/Beratungsinstitution* sowie einem vorherrschenden *Legitimationsdruck zur Untermauerung der Glaubwürdigkeit gegenüber der Öffentlichkeit* werden ebenfalls Bedeutungen beigemessen. Dagegen sehen die Respondenten der Befragung keinerlei Motivation in einer *interessenspolitischen Themensuche für die eigene Öffentlichkeits-/Medienpräsenz* oder in der *Flucht aus der Entscheidungsverantwortung*.

Der wichtigste Erfolgsfaktor für Wirtschaftsforscher in Hinblick auf Beratungstätigkeiten für industriepolitische Interessensvertretungen liegt in der *Verständlichkeit der Beratung* (vgl. Frageprogramm 2). Im Ranking der notwendigen Eigenschaften folgen: *Finanzielle Unabhängigkeit der Beratung, Unabhängigkeit der Beratung von politischen Parteien oder Interessensgruppierungen, Wissenschaftlichkeit der Beratung* und *internationale Ausrichtung bzw. Vernetzung der Beratung.* Eine tendenzielle Geringbeurteilung wird im Zusammenhang mit der *Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit* zum Ausdruck gebracht.

Aus gebotener Freundlichkeit seitens der n=8 Befragten (Frageprogramm 2) vielleicht mehr als aus einer begründeten Haltung heraus wird den betreffenden Beratungsleistungen im Allgemeinen bei *guter Qualität* die *Wissenschaftlichkeit* durchaus bescheinigt (d.h. nicht, dass eine klare Zielorientierung bzw. punktgenaue Maßnahmen zu erkennen sind).[264] Was dann sehr bald zur Sprache kommt ist, dass Gutachten häufig *intransparent*[265] sind, innere *Widersprüche* aufweisen (mangelnde innere Kohärenz), starke Gegensätze zu anderen Gutachten aufweisen[266] und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit[267] nur nach gründlicher Überarbeitung *verständlich dargestellt* werden können.[268] Der daraus resultierende Effektivitätsmangel kann der Grund dafür sein, dass externe wissenschaftliche Politikberatung mitunter in reduzierter Intensität in Anspruch genommen wird. Der für die politische

[264] Andererseits gibt es laut Interview D eine „wachsende Zersplitterung des Anbieterfeldes durch zunehmende Akzeptanz von Hochglanz-Forschungsberichten ohne wissenschaftliche Substanz“.

[265] Es gibt (noch) keine Pflicht zur Veröffentlichung.

[266] „Die Ökonomen sind verschiedener Meinung – daher müssen wir handeln.“ (undatiertes Zitat von Bruno Kreisky, nach MAHLICH/SCHEDIWY, 2008, 194).

[267] Erst wenn Ergebnisse öffentlichkeitswirksam aufbereitet sind, können sie eine breite Diskussion ermöglichen.

[268] Ein nahezu identisches Bild ergeben die n=2 Interviews zu Frageprogram 1. Der Minister selbst ist idR nur an einem *Policy Paper* oder einer *Executive Summary* (über die wirtschaftpolitisch relevanten Ergebnisse) interessiert.

Anwendung wichtige Mittelweg zwischen theoretischen/mathematischen Arbeitsinhalten und empirischer Aussagekraft wird also nur suboptimal beschritten.

Es gibt natürlich das Argument der vom politischen Willen getriebenen Überstrapazierung von wissenschaftlich fundierten Untersuchungsergebnissen. Aber wird es auf Seiten der Wissensentstehung manchmal nicht ein wenig zu oft genannt, um sich hinter den Mauern von (gleichwohl wissenschaftlich anerkannten) Theoriegebäuden auf der einen Seite und dem Drang nach unlesbarer/m Seiteninflation/-dschungel auf der anderen Seite verstecken zu können? So mancher wissenschaftlich geerdeter Politikberater neigt dazu, seine Arbeit als Selbstzweck zu betrachten und die Welt auf den elfenbeintürmischen Nahbereich alleine seines Computer zu beschränken. Dies liest sich später leider im Ergebnis des Beratungsprozesses ab. Die Wissenschaftler müssen es also im gegebenen Zusammenhang bewerkstelligen können, sich nicht ausschließlich auf sich selbst[269] oder nur den akademischen Diskurs zu konzentrieren (ohne Bezug zu den „Niederungen" tagespolitischer Themen)[270] und genauso den starren Blick auf ausschließlich längerfristige Studienaufträge aufzuheben (wenig bzw. verzögerter Bezug zur Politik). Gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen wäre qualifiziertes (Erfahrungs-) Wissen gefragt.

Dem Zusammenspiel zwischen Berater und dem zu Beratenden wird mitunter Unsachlichkeit unterstellt; v.a. dann, wenn die inhaltlichen Ergebnisse bzw. Aussagen dieses Prozesses mit bestimmten (politischen) Grundhaltungen nicht oder nicht einfach in Einklang zu bringen sind. Sodann wird ein gemeinsamer ideologischer Hintergrund zwischen Unterstützer und politischem Entscheidungsträger gesehen, der weit größere Bedeutung haben soll als z.B. die Kompetenz und Reputation des Beraters. Auch gibt es zahlreiche Berater, die mehr in der Rolle des *Followers* agieren als jener des *Front Runners*.[271] Empirisch nachweisbar sind diese Zusammenhang kaum. Was aber aus praktisch allen persönlichen Gesprächen abgeleitet werden kann, ist die Aussage, dass die persönliche Ebene und damit das Faktum *Vertrauen* – wie überall in einer modernen Politikökonomie – ein Angelpunkt ist, welcher dem gesamten Beratungsprozess und damit auch dem Blick auf spezifische Reputations-/Kompetenzprofile voransteht.

Weil Politikberatung in *bürokratischen, parteipolitisch organisierten Systemen* eine typischerweise kleine Rolle spielt (Österreich im Vergleich zu anglosächsischen Ländern) kann der Politikberatung externer wissenschaftlicher Berater bei gegebener Struktur und unter Heranziehung anerkannter Benchmarking-Kriterien auf absehbare Zeit noch keine übermäßige Wichtigkeit zukommen. Wenn sich auch v.a. über das vergangene Jahrzehnt ein Paradigmenwechsel abzuzeichnen scheint.

Auf welche Weise und inwieweit die im konkreten Politikfeld vorzufindenden Strukturen aktiviert werden, hängt in praxi letztendlich von den in Abschn. 3.3 beschriebenen Nutzen- und Anreizfunktionen ab. Grundsätzlich nimmt die Öffentlichkeit interessenspolitische Positionen anders wahr, wenn Wissenschaftler diese Meinung unterstützen (*Public Adviser*).[272] Auch darum nutzen BSI und IV (bzw. deren Landesgruppen) industriewissenschaftliche Strukturen. Allerdings können diese Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit[273] manchmal nur nach gründlicher Überarbeitung und Einpassung in politische Strategieprogramme verständlich dargestellt werden.

---

269 „Als Gott beschloss, alle positiven Eigenschaften in einem Menschen zu konzentrieren, an dem Tag erschuf Gott den [..] Professor. Aber der [..] Professor, seine Vorzüge erkennend, erhob sich in Hochmut gegen Gott. Darauf beschloss Gott, ihn furchtbar zu strafen. Und er erschuf den Kollegen des [..] Professors" (Erich Streissler im Interview von Jörg Mahlich, Robert Schediwy und Werner Teufelsbauer am 6.2.2006, MAHLICH/SCHEDIWY, 2008, 188).

270 „Wenn Sie die Aufgabendefinition einer Universität betrachten und hier ganz bewusst einmal in das Gesetz bzw. in den Zielparagraphen des Universitätsgesetzes hineinschauen, dann finden Sie dort Sätze wie […] dass „Universitäten der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen haben und dadurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen haben. Ende des Zitats. Schon aus diesem kurzen Abschnitt aus dem Universitätsgesetz könne Sie erkennen, dass das Herausgehen aus dem viel zitierten Elfenbeinturm für Universitäten nicht nur das Ergebnis einer klugen Strategie ist, sondern schlichtweg auch gesetzlicher Auftrag!" (BADELT, 2002, 36).

271 Es gibt Stimmen, die meinen, dass Sozialwissenschaftler den gesellschaftlichen Bewegungen der Werturteile nur nachfolgen, jedoch gleichzeitig den Eindruck erwecken, diese zu initiieren (vgl. MAHLICH/SCHEDIWY, 2008, 191).

272 Industrieökonomien haben allerdings ein strukturelles Medienproblem. „Guten Themen" werden in der Regel von Unternehmensvertretern kommuniziert (anders als bei Nachfrageökonomien, die idR als „Sprachrohr der anonymen Kleinen" platziert sind). Als Industrieökonom sollte man deshalb nur ein geringes Maß an Eitelkeit besitzen.

273 Die Ergebnisse müssen für die Öffentlichkeit/Medien verständlich dargestellt sein, um eine breite Diskussion zu ermöglichen.

Exkurs:
Leitlinien zur guten wissenschaftlichen Politikberatung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften[274]

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften betont in ihren Leitlinien zur guten wissenschaftlichen Politikberatung die Notwendigkeit von wechselseitiger Unabhängigkeit von Politik und Wissenschaft (keine Vermischung von partikularen Interessen und wissenschaftlichen Urteilen) und damit zur *Distanz*. Darüber hinaus steht der *Pluralität*sanspruch im Mittelpunkt des Leitlinienspektrums: Unterschiedliche Ausprägungen der Beratung dienen unterschiedlichen Ansprüchen und Funktionen – das breite Spektrum an Disziplinen und eine Pluralität von Beratern müssen themengerecht im Beratungsprozess vertreten sein; dies gewährleistet die Vielfalt von Perspektiven, wissenschaftlichen Theorien und Methoden. Ferner ist die *Transparenz* und damit Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen/Entscheidungsprozesse wesentlich (Seriositätsanspruch). Damit verbunden dient die *Öffentlichkeit* einem gleichberechtigten Zugang zu relevanten Informationen; sie bezieht sich sowohl auf Gremien und deren Beratungsprozesse als auch auf die Ergebnisse.

7.3 Fallbeispiel: Das Ansehen der Wirtschaftsforschung in Zeiten der Finanz- und Konjunkturkrise

„Die Wissenschaft ist frei, aber nicht gratis.
Und wenn ein Wissenschaftler niemanden findet der ihn bezahlen will,
dann kann er diese Freiheit nur in seiner Freiheit nützen.“
(www.diepresse.at, Forum, Ophicus, 06.06.2009, 16:28)

„Wess' brot ich ess, dess lied ich sing …
Das sollten sich diese arroganten Forscher endlich mal merken“
(www.diepresse.at, Forum, Gast: Gaster, 05.06.2009, 19:16)

„Wer unter dem Deckmantel der Wissenschaft seine parteipolitischen Ergüsse unters Volk bringen will hat das Recht auf Steuergeld verwirkt. Entweder bin ich Wissenschaftler oder [..] Schoßhündchen“
(www.diepresse.at, Forum, CanisLumpus, 06.06.2009, 19:07)

Der Stern der bis zur Mitte des Jahres 2008 neoklassisch im Allgemeinen oder deregulierend im Speziellen geprägten Wirtschaftsforschung scheint v.a. aufgrund der augenscheinlich mangelhaften Vorhersagens der Intensität der jüngsten (globalen) Finanz- und Wirtschaftskrise (international wie national) zu verblassen. In der breiten Bevölkerung ebenso wie bei Politikern, intermediären Kommentatoren und sogar manchen Ökonomen selbst sind seit Ausbruch der Krise viele negative Pauschalurteile zu registrieren.

Obzwar die Ausgangsmechanismen des größten Konjunkturtals seit dem II Weltkrieg mittlerweile präzise und qualifiziert beleuchtet sind (s. STADLER, 2011),[275] ist die Krise in ihrer Gesamtheit immer noch nicht ganz erfasst. „Einen Namen für die Geschichtsbücher hat das Ding [..] einstweilen nicht. „Es“ begann als Finanzkrise, wuchs sich dann zur Wirtschaftskrise aus und wird mittlerweile von vielen als tiefergehende soziale, vielleicht auch politische Wendemarke gesehen. Die Erklärungen des

[274] Die im Haupttext ausgewiesenen vier Kriterien guter wissenschaftlicher Politikberatung (Distanz, Pluralität, Transparenz und Öffentlichkeit) finden sich als detaillierte Abhandlung in WEINGART (2008). Obenstehender Exkurs fasst die in diesem Beitrag formulierten Kernaussagen zusammen. Diese Grundlinien richten sich auf fünf Verfahrensaspekte: *Unabhängigkeit des Rats*, *normative Grundlage und Mandat*, *Auswahl und Stellung des beratenden Wissenschaftlers*, *Arbeitsweise beratender Gremien* und *Umgang des Auftraggebers mit den Beratungsergebnissen* (vgl. BERLIN-BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN, 2008, 35-37).

[275] Die Krise hat einen großen Teil der Banken-Gewinne der Jahre davor innerhalb kürzester Zeit durch drastische Verluste ausgelöscht. Offensichtlich gab es in den Jahren davor aus dem Finanzsystem keine reelle Wertschöpfung, sondern lediglich eine durch die prozyklischen Auftriebskräfte herbeigeführte Serie von Augenblickserfolgen. Diese verdanken sich vor allem der Ausweitung der Verschuldungsspielräume und einer extremen Expansion neuen, durch Kredite geschaffenen Buchgeldes. Wertschöpfung, die den Namen verdient, kann in der Finanzwirtschaft nur in jenen Geschäftsbereichen entstehen, in denen sie ihre Funktionen für Unternehmen und Haushalte durch Risikoübernahme und entsprechende Dienstleistungen erfüllt. Der entsprechende Ertrag unterliegt in der Regel keinen großen Schwankungen und verändert sich im Wesentlichen im Gleichklang mit den Entwicklungen der Realwirtschaft (vgl. STADLER, 2011, 107).

sozialökonomischen Einbruchs sind denn auch so vielfältig wie die Reaktionen auf die Krise. Sie reichen vom Überspezifischen zum Übergenerellen und verwirren mehr, als sie wirklich erklären." (DAHRENDORF, 2009, 373).

UNGER (2009) nennt grosso modo drei Aspekte für die aktuelle Positionierung der Ökonomen/Wirtschafsforscher:

- Die verwendeten mathematischen Modelle waren zu kompliziert und konnten der Politik nicht vermittelt werden.[276]
- Es wurden teilweise falsche Modelle z.B. der Geldtheorie oder der Makroökonomie verwendet, mit vielen Vorhersagefehlerquellen.[277]
- Ökonomen, welche die Krise vorhersagen konnten, wurden marginalisiert.[278]

Wesentlich ist zudem, dass die meisten Ökonomen bzw. Wirtschaftsforscher in ihren modellarischen Arbeiten in der Regel mit Bandbreiten arbeiten, innerhalb derer Variablen wie Einkommen, Staatsschulden, Leistungsbilanzen etc. logischen Entwicklungs- und Bewegungsmuster folgen. Die gegenwärtige Finanz- und Konjunkturkrise brachte jedoch Wirkungsketten zu Tage, bei denen Akteure nicht mehr adäquate Erwartungen haben, welche sodann gegenseitig soweit konsistent sind, als dass sie ein Wirtschaftssystem aus der Grundsubstanz heraus stabilisieren können.[279] An diesem Punkt setzt sodann auch die neuere sozialpsychologische Verhaltensökonomie an (s. u.a. KLODT, 2009).

Die Kritik an der Wirtschaftsforschung mag in manchen Fällen berechtigt sein, in anderen aber nicht. Unabhängig davon, dass sich Wirtschaftsforscher bei Angriffen auf ihre Arbeit in der Regel medial suboptimal verteidigen, lässt sich pauschal tatsächlich kein Urteil fällen. So beschäftigen sich nicht sämtliche Wirtschaftsforscher mit Konjunkturanalysen und stellen damit gar nicht den Anspruch auf Vorhersagbarkeit von derartigen Dynamiken. Am unmittelbar Wichtigsten aber ist, dass in der Reaktion auf die potenziell fatalen ökonomischen Auswirkungen des erlebten Wirtschaftseinbruchs mit maßgeblicher Unterstützung externer wirtschaftswissenschaftlicher Berater vielerorts eine Neugewichtung im wirtschafspolitischen Handlungsfokus stattgefunden hat bzw. unter Einbindung der wesentlichen Stakeholder vernünftige wirtschaftspolitische Entscheidungen getroffen wurden (in Österreich u.a. rasch entschiedene Regelungen zur Kurzarbeit oder auch diverse Bestimmungen zur Kredit-Haftungsübernahme; s. Tab. 7-4).

Freilich belasten die in Tab 7-4 aufgeführten Maßnahmen den öffentlichen Staatshaushalt. Damit ist von der Wirtschaftsforschung nicht mehr nur besonders gefordert, auf Maßnahmenebene einem externen Systemschock entgegenzuwirken, sondern es müssen auch langfristige Konzepte zum Schutz zukünftiger Generationen entwickelt werden.[280]

Dass in Österreich der Rang der (außeruniversitären) Wirtschaftsforschung jedoch schon seit vielen Jahren sukzessive abgebaut wird/ist, hat wenig mit der erst kürzlich aufgetretenen Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun. Vielmehr wird den heimischen Wirtschaftsforschern substanziell Negatives unterstellt, dass sie nämlich unter dem Deckmantel der Wissenschaft direkt oder indirekt politische Strategien verfolgen, innerhalb bürokratischer saturierter Systeme im Sinne des Selbstbehaltes wirken, international eine untergeordnete Rolle spielen, im Sinne einer Kosten/Nutzen-Betrachtung für die öffentliche Hand in einem zu großen Ausmaß eine (finanzielle) Last zu sein etc. Leider hat in den letzten Jahren gerade der Auftritt eines bestimmenden General-Wirtschaftsforschungsinstitutes nicht sehr dazu beigetragen, hier substanziell entgegenzuwirken. Kleinere Institutionen wie das IWI, auf die keine dieser Eigenschaften zutrifft, werden vom (nicht vorteilhaften) Profilbild der größeren überstrahlt.[281]

---

[276] In der Komplexheit der modellarischen Ansätze begründet sich die (unabsichtliche) fehlerhafte Politikberatung.

[277] Es gibt vielfältige Fehlerquellen (grundlegende Modellwahl, fehlerhafte Projektionen der internationalen Umfeldbedingungen, Daten-Revisionen etc.)

[278] Manche Ökonomen (z.B. Robert SHILLER) konnten die Krise relativ genau vorherbestimmt – manchmal aber auch mehr durch Zufall, weil es die Rufe der Cassandra wohl zu jedem Thema gibt –; sie wurden in der politischen Entscheidungssphäre aber nicht vernommen.

[279] Vgl. Erläuterungen zur *Korridortheorie* von Axel LEIJONHUFVUD in UNGER (2009).

[280] Mehr denn je prallen dabei im Kleid der Wirtschaftsforschung verpackte ideologische Überzeugungen aneinander.

[281] Dies ändert freilich nichts daran, dass das Akteursumfeld der österreichischen Wirtschaftsforschung ieS (z.B. Ministerien) die einzelnen Wirtschaftsforschungsinstitute sehr gut voneinander unterscheiden kann.

Tab. 7-4: Volumen und Intention von in den Jahren 2008 und 2009 angekündigten Stimulierungsmaßnahmen

	Volumen Kategorisierung		
	2009	2010	
	in Mio. EUR		Kategorisierung
Inflationsbekämpfung			
Senkung Arbeitslosenversicherungsbeitrag	300	300	konsumstärkend
Pensionserhöhung (1)	300	110	konsumstärkend
Teilweise Abschaffung der Studiengebühr	150	150	konsumstärkend
13. Familienbeihilfe	250	250	konsumstärkend
Umsatzsteuersenkung für Medikamente (2)	100	100	konsumstärkend
Erhöhung Pflegegeld	120	120	konsumstärkend
Erhöhter Heizkostenzuschuss	30	0	konsumstärkend
Zusätzliche Ausnahmen bei Lohnsteuer	150	150	konsumstärkend
Konjunkturpaket I			
ÖBB und ASFINAG-Projekte (3)	225	2250	Infrastrukturinvestitionen (8)
Erhöhung Kreditrahmen (EIB, KfW, ERP) (3)	500	500	Investitionsanreiz
Erhöhung Haftungsrahmen AWS (3)	400	400	Investitionsanreiz
Höhere staatliche Förderung beim Bausparen	20	20	Investitionsanreiz
Mittelstandsfonds für Wachstumsprojekte (3)	40	40	Investitionsanreiz
Internationalisierungsoffensive	25	25	Exportförderung
Breitbandoffensive	10	0	Investitionsanreiz
Konjunkturpaket II			
BIG-Projekte (3)(4)	355	520	Infrastrukturinvestitionen (8)
Befristete degressive Abschreibung (5)	250	350	Investitionsanreiz
Thermische Sanierung	100	0	Investitionsanreiz
Forschungsförderung	50	50	Investitionsanreiz
Regionale Beschäftigungsoffensive	75	75	beschäftigungserhaltend, konsumstärkend
Letztes Kindergartenjahr	30	70	konsumstärkend
Steuerreform inklusive Familienpaket (6)	2.910	3.210	konsumstärkend
Sonstige Maßnahmen			
Kurzarbeit	200	200	beschäftigungserhaltend, konsumstärkend
Verschrottungsprämie	20		konsumstärkend
Gesamtvolumen	**6.610**	**6.865**	
davon defizitwirksam (7)	**4.095**	**4.758**	

Anm. 1: Das Volumen der Maßnahmen ist im Vergleich zu 2007 und auf Accrual-Basis

Anm. 2: (1) Einmalzahlung 2009, permanente Erhöhung über Inflationsrate von ungefähr 0,2 Prozentpunkten, Abschaffung des Wartejahres für die 1. Pensionsanpassung"; (2) Von den Mehrwertsteuer-Mindereinnahmen geht ein großer Teil an Krankenkassen; (3) Nicht (oder zum überwiegenden Teil nicht) relevant für Maastricht-Defizit; (4) BIG erhält dafür Mieterhöhung von 20 Mio EUR pro Jahr; (5) Fiskalische Wirkung verzögert (Lag bei Steuereinhebung); (6) Fiskalische Wirkung teilweise verzögert (Lag bei Steuereinhebung); (7) Unter Berücksichtigung der Lags bei Steuereinhebung; (8) Off-Budget: gemäß ESVG 95 nicht im Sektor Staat (und damit nicht Maastricht-relevant).

Q: KÖHLER-TÖGLHOFER/REISS (2009, 99) auf Basis von BMF und OeNB

Es überrascht trotzdem, dass z.B. in der jüngsten öffentlichen Diskussion um Kürzungen von WIFO-Basissubventionen eine nicht zuletzt für ältere Ökonomen (die den Glanz vergangener Jahrzehnte erleben durften) erschreckend negative Grundhaltung der Wirtschaftsforschung im Allgemeinen sowie dem WIFO im Speziellen entgegengebracht wird. Tab. 7-5 weist exemplarisch eine Kategorisierung von Zitaten eines Onlineforums der bekannten österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ zum im Rahmen eines prominenten Artikels behandelten Vorwurf des parteipolitischen Agierens des größten und wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstitutes Österreichs in Mitten der letzten Finanz- und Konjunkturkrise und der Zeit davor. Medialer Anhaltspunkt war das Ansinnen der IV, aufgrund mangelhafter Qualität von Studien und Gutachten eine Kürzung der freiwilligen Förderungen vorzunehmen.

Sofern den einzelnen Postings ein Themenbezug entnommen werden kann, ist dieser mehrheitlich ablehnender Natur, wobei teils heftige Kritik am Personal (das in der Vergangenheit vereinzelt auch schon auf Wählerlisten von politischen Parteien vorzufinden war), an der Ausführung angebliche verpolitisierte Gefälligkeitsgutachten (die wenig bis gar nicht eine Nähe zur Wirtschaft erkennen ließen), an einer zu großen Orientierung in Richtung ORF (struktursichernde Medienauftritte) oder generell am Unvermögen, die Wirtschaftskrise vorhergesehen zu haben, geäußert wird. Auch wird in Einzelmeinungen erwähnt, dass die Qualität der Wirtschaftsforschung z.B. in England ungleich besser zu sein scheint als hierzulande. Häufig wird in den Beiträgen die Kritik am WIFO mit Kritik an linken Ideologien verbunden; umgekehrt greifen die Verteidigungsmeldungen mit Kritik v.a. an liberalen Grundhaltungen ineinander.[282] Welcher Ideologie man als Beobachter dieses Diskurses auch immer anhängen mag, derartige Stimmungen/Gewichtungen sollten als Warnsignal für die gesamte Wirtschaftsforschungs-Branche wahrgenommen werden.

Tab. 7-5: Ausgewählte (Laien-) Reaktionsmuster zur Frage der Basisfinanzierung des WIFO[283]

	Anzahl von Artikel-Postings	Nennanteil
Weitgehend themenbezogene Hauptaussage		
Argumentation contra WIFO (Kritik am Personal; an angeblichen Gefälligkeitsgutachten; an ORF-Nähe; am Unvermögen, die Wirtschaftskrise vorhergesehen zu haben; an Kosten/Nutzen-Relation für die Öffentlichkeit etc.)	48	20,43%
Argumentation pro WIFO I (Bezugnahme zur Unabhängigkeit der Forschung; zur Seriosität des wissenschaftlichen Personals; Wichtigkeit als wirtschaftspolitischer Berater; Zivilcourage u.Ä.)	13	5,53%
Argumentation pro WIFO II (v.a. um indirekt Kritik an der Bankenlandschaft – v.a. RZB – und an unternehmensbezogenen Interessensvertretungen – v.a. IV – zu üben)	20	8,51%
Kritik an linken Ideologien (geringe Bezugnahme auf WIFO; kaum Themenreflexion)	27	11,49%
Kritik an liberalen und rechten Ideologien (geringe Bezugnahme auf WIFO; kaum Themenreflexion)	27	11,49%
Vollständige Themenverfehlung		
Geäußerte Meinung zu aktuellen politischen Themen „Wirtschaftskrise allgemein“ und „politische Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise u.Ä.“ (kein Bezug zum WIFO bzw. WIFO oder vergleichbaren Forschungsinstituten)	14	5,96%
Persönliche Bezugnahme/Beleidigungen betreffend andere User (gegenseitige User-Attacken)	53	22,55%
Aussagen gegen das Medium „die Presse“ (Qualität der Berichterstattung)	4	1,70%
Keine Zuteilung möglich (inkl. Gesamtkritik an Gesellschaftssystem, politischen System etc.)	29	12,34%
Summe	235	100

Anm.: Keine Mehrfachzählungen (Zuteilung gemäß Hauptaussage)
Q: www.diepresse.at; eigene Darstellung auf Basis sämtlicher Postings zum Artikel „Verbreitung linker Ideologie“: Weniger Geld für WIFO (exemplarischer Zeitraum: 5. Juni 2009, 17:38 Uhr, bis 12. Juni 2009, 10:48 Uhr)

[282] Postings mit direkter Bezugnahme zum Thema (pro WIFO ebenso wie contra WIFO) sind idR viel länger und besser aufbereitet als z.B. gegenseitige User-Attacken.

[283] Bereits im Jahr 1927 wurde das heutige WIFO auf Initiative des späteren Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Friedrich A. Hayek, als *Österreichisches Institut für Konjunkturforschung* gegründet. F.A. HAYEK, der das Institut bis zu seiner Berufung auf eine Professur in London leitete, war nicht die einzige prominente Persönlichkeit in den Anfangsjahren der Institution. Auch Ludwig MISES war an der Gründung beteiligt. Ihm wird die Initiative zugeschrieben, das Institut nicht als Abteilung seitens der Interessensvertretungen oder des Statistischen Amtes zu führen, sondern einen eigenen Verein zu gründen, in dem das heutige BMF, die OeNB, die WKO, die BAK, die IV oder weitere Organisationen und einige größere Unternehmen Mitglieder sind. Mit dieser Konstruktion sollte die Unabhängigkeit des Institutes gesichert werden (vgl. BMF, 2002). Gleichzeitig führt diese Organisationstruktur das WIFO aber auch in eine extreme Konsensabhängigkeit. Insofern haben es kleinere Institutionen wie das IWI einfacher, sich zu positionieren, weil für potenzielle Auftraggeber klarer ist, welche inhaltliche Schwerpunktsetzung und damit verbunden welches Kompetenzprofil vorhanden ist.

Die Wirtschaftsforschung bzw. hier konkret das WIFO hatten aber ursprünglich – ab der Zeit nach dem II Weltkrieg – in Österreich eine einzigartig günstige Ausgangsposition für eine langfristig anhaltende hohe Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Dies betraf politische Entscheidungsträger ebenso wie breite Bevölkerungsschichten, die sich im Wesentlichen mit den Aussagen, weniger aber mit dem Zustandekommen der Informationen kritisch auseinandersetzten. „Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung [..] hat […] auf dem Gebiet der gesamtwirtschaftlichen Diagnose und Prognose, in der Konjunkturforschung im weitesten Sinne ein anerkanntes Monopol wirtschaftsempirischer Wahrheit errungen und in den letzten zehn Jahren im Bewußtsein der Öffentlichkeit dieses Monopol der Wahrheitsfindung voll ausgeübt. Jede Tageszeitung Österreichs wird laufend die Pressenotizen der hauptsächlichen Instituts-Verkündigungen abdrucken, und viele werden dies selbst für die Sachartikel des Institutes tun: dies stellt, so glaube ich, ein Weltunikat der Öffentlichkeitswirksamkeit eines Konjunkturforschungsinstitutes dar. […] Die Macht der Publizität des Institutes vermag daher sogar staatliche Zwangsgewalt zu brechen, so daß die nach gängigem Sprachgebrauch als privat zu bezeichnenden Statistiken des Institutes in Wahrheit überamtlich sind. Die Massenmedien sprechen von den Institutspublikationen im ehrendsten Anonym: Wenn sie sagen oder schreiben „die Wirtschaftsforscher haben festgestellt…“, so hört jedermann mitschwingen, Pythia hat gesprochen, ja mehr noch, das Orakel hat etwas unverrücklich festgestellt. Und im übrigen wird der Monopolcharakter wirtschaftsempirischer Wahrheitsfindung in dieser Formel als evidente Wahrheit dargeboten: In Österreich gilt: Du sollst neben mir keine anderen Wirtschaftsforscher haben als die Wirtschaftsforscher. Andere, etwa „freischaffende“, Wirtschaftsforscher sind gesellschaftlich gesehen also nicht existent.“ (STREISSLER, 1973, 28-29).

Im Sinne einer notwendigen, gut ausgebildeten, kritisch reflektierenden öffentlichen Meinung ist es nicht zu empfehlen, aus Wirtschaftsforschern einen zu großen Machtfaktor werden zu lassen. So gesehen kann der „verlorene Glanz“ der Vergangenheit wohl nie wieder zurückgewonnen werden. Doch sollte das Stimmungspendel auch nicht zu stark in die andere Richtung schwingen. Dies wäre ebensowenig gerechtfertigt.

Diejenigen, die in den kommenden Jahren am meisten dem vorherrschenden Trend des aktuell mangelhaften Ansehens der Profession entgegenwirken können, sind die Wirtschaftsforscher selbst. An ihnen wird es liegen, durch hohe qualitative Ansprüche ebenso wie Realitätsnähe zu überzeugen. Mitunter ist damit ein Generationswechsel verbunden. Ganz sicher werden letztendlich aber die Prognosen in Zukunft stärker mit der realen Entwicklung der Volkswirtschaft korrelieren müssen, als es gewöhnlich nur zwischen den Prognosen untereinander der Fall ist.

7.4 Fallbeispiel: Forschungs-und Kommunikationssprungbrett Leading Competence Units (LCU)

„Für die Entwicklung des Standortes spielt die österreichische Industrie als Auftraggeber und KMU als Zulieferbetriebe eine Schlüsselrolle. Dafür müssen die Leitbetriebe (leading competence units) und die in Österreich angesiedelten Konzernzentralen (Headquarter-Politik) in den wirtschafts- und standortpolitischen Maßnahmen ebenso Berücksichtigung finden, wie der weiterhin stark wachsende Dienstleistungssektor“ (ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG, 2008, 14).

„Der Rat empfiehlt […] Instrumente für den Unternehmenssektor: Steigerung des Anteils forschender und innovierender Unternehmen, insbesondere unter KMU und LCU“ (RAT-FTE, 2009, 7).

„Der Rat empfiehlt […] Empfehlung 8.2, Die Rahmenbedingungen für FTI-Investitionen (Humanressourcen, Steuersystem, angepasste Instrumente) sind weiterzuentwickeln, damit Forschungsleitbetriebe (LCU) weiter ausgebaut und neue aus dem Ausland angezogen werden können“ (RAT-FTE, 2009, 44).

Es gibt verschiedene industriewissenschaftliche Konzepte, die Verflechtungsstrukturen zwischen unterschiedlich konfigurierten Wirtschaftsakteuren als zentrale volkswirtschaftliche Komponente betonen und dabei den systemhaften Charakter einer entwickelten (produktionswirtschaftlichen) Leistungsstruktur hervor streichen. Neben *klassischen industrieökonomische Modellen*[284] reflektieren die pro-

[284] Zur Ermittlung bzw. Quantifizierung der Bedeutung einzelner systemischer Faktoren, Branchen, oder (wie im gegenständlichen Zusammenhang) Unternehmensgruppen kann auf das konzeptionelle Fundament der IO-Analyse zurückgegriffen

minentesten Ansätze *systemorientierte Wachstumstheorien*[285]. Die grundlegende Motivation besteht stets darin, herauszufinden, inwieweit bestimmte Unternehmenseinheiten (z.B. Leitbetriebe) in Zusammenarbeit mit anderen Unternehmenseinheiten (u.a. KMU) den Erfolg einer Volkswirtschaft mitbestimmen und wie damit einher gehende Erfolgsfaktoren forciert werden können.

Auf dieser Grundlage führt das IWI in Auftrag und Kooperation der IV seit dem Jahr 2003 die Untersuchungsreihe „LCU in Österreich" durch (s. Tab. 7-6 bis 7-8). Nach der österreichweiten Pilotstudie für 14 LCU (IWI, 2004c) folgten ein gesamtwirtschaftliches Update für 47 LCU (IWI, 2005c) sowie auf Bundesländerebene spezifische Partialen für Oberösterreich (IWI, 2005d), Tirol (IWI, 2005e) und die Steiermark (IWI, 2007b). Ferner nehmen drei analytische Betrachtungen, LEIMÜLLER (2007), GfK Austria GmbH (2007) und IBW (2006), im Untersuchungsfokus unmittelbaren Bezug auf die LCU-Begrifflichkeit im Sinne der gegenständlichen Analyse.[286] Seinen bisherigen imagestrategischen Höhepunkt findet die Projektschiene in HAIDINGER/RIEMER/ SCHNEIDER (2009). Danach wurden erstens aus konjunkturpolitischem Anlass (Beginn der globalen Finanz- und Konjunkturkrise) in kurzen zeitlichen Abständen mehrere Befragungsrunden unter dem Themendach „LCU und die Finanz- und Konjunkturkrise" durchgeführt. Zweitens begann sich im Jahr 2009 ein völlig neues methodisch mehrschichtiges Portfolio zu öffnen, welches sich mit dem spezifischen Zusammenspiel zwischen (öffentlichen) F&E-Impulsen und LCU-Output auseinandersetzt.[287]

Exkurs:
Kriterien zur Bestimmung von LCU

Definitorisch gibt es fünf LCU-Muss-Eigenschaften: *Planungs- und Steuerungskompetenz, Wertschöpfungsintensität, hoher Marktanteil, Internationalität* sowie *Standortmobilität* (vgl. SCHNEIDER, 2009b, 53-56):

- Im Rahmen von intraorgansatorischen Netzwerken verfügen LCU über Koordinations-, Leit- und Entscheidungsbefugnisse; allen voran Kompetenzen betreffend konstitutive Entscheidungen, F&E, Beschaffung, Fertigung und Absatz, Investition und Finanzierung oder Controlling und Rechnungswesen.[288]
- Eine ausschließliche Koordinations-, Leit- und Entscheidungsbefugnis reicht nicht für die LCU-Qualifikation. Mit der unternehmerischen Betätigung muss ein Mindestmaß an direkter Wertschöpfungskraft für die heimische Volkswirtschaft und damit an konkreten Produktionsaktivitäten (die ihrerseits inländische Vorleistungen bedingen) einhergehen.[289]

---

werden. Die IO-Analyse kann dazu verwendet werden, die Wirtschaftskraft, die von einem(r) Unternehmen (-sgruppe) auf die gesamte Volkswirtschaft ausgeht (ausgehen), statistisch zu beschreiben. Die IO-Methode beschreibt die Impulse, die von Unternehmen ausstrahlen und zeigt die Bedeutung innerhalb einer Volkswirtschaft über alle Sektoren. Bei der Interpretation der Ergebnisse darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich um eine statistische Schätzung handelt.

285 Die gängigen systemorientierten Wachstumstheorien entspringen dem Neueren Evolutionären Wachstumsansatz. Sie betonen ebenso wie die IO-Analyse das Prinzip der Interaktion, fokussieren analytischen aber stärker auf das Faktum „Technologischer Wandel". Sie haben den Nachteil, dass sie nur schwach formalisiert sind. Es ist daher schwierig, konkrete Quantifizierungen vorzunehmen – insbesondere im Zusammenhang mit Wissens- und Technologiespillovers. Nichtsdestotrotz lassen sich plausible wirtschaftspolitische Aussagen entwickeln (*Theorie der Kompetenzblöcke*, vgl. ELIASSON, 2000, oder *Theorie der Nationalen und Regionalen Innovationssysteme,* vgl. LUNDVALL, 1992, oder EDQUIST, 1997).

286 Die Industriepolitische Tagung 2005 des IWI, der Investkredit, der IV und der BSI der WKO stand ebenso unter dem LCU-Generalthema wie das „industrieforum 03/05" der industriewissenschaftlichen/-politischen Quartalszeitschrift „industrie aktuell" und die Leitgeschichte der „iv-positionen 05/2005" (s. Tab. 7.6 bis 7.8).

287 Die einzelnen Untersuchungen weichen auf konzeptioneller wie rechnerischer Ebene voneinander ab. Unterschiedlichkeiten gibt es etwa hinsichtlich Datenbezug (Produktionswerte), Umfang und Disaggregation des Untersuchungssamples, geografischen Bezugsraum oder der Modellierung des adäquaten gesamtwirtschaftlichen IO-Modells (im Rahmen späterer Vorhaben findet eine überarbeitete IO-Datenbasis für gesamtwirtschaftliche Berechnungen Anwendung). Nichtsdestotrotz können die Ergebnisse zu einander in Relation gebracht werden (vgl. SCHNEIDER, 2006).

288 LCU bestehen aus zumindest zwei wirtschaftlich/rechtlich zusammenhängenden Unternehmenseinheiten und müssen nicht zwingend die oberste Hierarchiestufe eines Konzerns einnehmen. In sehr großen, multinationalen und polyzentrisch strukturierten Unternehmensnetzwerken können sie einer von mehreren Leitstandorten mit konkret zugeteilten Planungs- und Steuerungskompetenzen (zumeist geografisch eingeschränkt) und relativ hohem Autonomiegrad sein. Die Befugnisse können grundsätzlich in unterschiedlicher geografischer Dimension wirken (global, regional, lokal). LCU weisen hinsichtlich ihrer Planungs- und Steuerungskompetenz Ähnlichkeiten mit Headquarters auf, können diesbezüglich aber auch als Schaltbrettunternehmen einer Volkswirtschaft betrachtet werden.

289 Dergestalt können volkswirtschaftliche Multiplikatoreffekte erwirkt werden. Das IWI legt hierzu einen Grenzwert für systemische Wertschöpfungseffekte fest (direkt, indirekt und induziert) in der Höhe von mindestens 10 Mio. EUR pro LCU. Ab einer gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungskraft von 350 Mio. EUR spricht man von Large-LCU, darunter von Medium-LCU. LCU unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wertschöpfungsintensität von Headquarters, welche ausschließlich Verwaltungs- und Zentralfunktionen übernehmen können.

- Die beobachteten Unternehmenseinheiten sollen relativ zu ihren unmittelbaren Konkurrenten ein hohes Maß an (inter)nationaler Marktmacht und damit an unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeiten (z.B. in mengen- oder wertmäßigem Bezug auf Beschaffungs- oder Absatzmärkte) aufweisen.[290]
- Die nationalen Grenzen überschreitende Wirtschaftsaktivität ist ein weiteres Kriterium der LCU-Determinierung.[291]
- Unabhängig davon, dass LCU per se Standortfaktoren verkörpern, sind sie standortmobil. Sie reagieren verhältnismäßig sensibel auf Umfeldveränderungen (v.a. harte Standortfaktoren wie Arbeitskräftepotenzial, Energieversorgung, Infrastruktur etc.), sind in laufender Abwägung komparativer Vor- und Nachteile und grundsätzlich bereit, ihre Aktivitäten auf einen anderen (Konkurrenz-) Standort zu verlegen.[292]

Der letztendlich ausschlaggebende Impuls für diese Initiative kam im Jahr 2003 von der IV (bzw. den Industrieunternehmen selbst) und nicht aus der Industrieforschung: „Die Industriellenvereinigung hat die Bedeutung dieser Unternehmen schon früh erkannt und bereits vor einigen Jahren begonnen, das Thema Leitbetriebe intensiv zu behandeln und sich in einer eigenen Initiative mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Als erste Institution in Österreich – und vielleicht sogar in Europa – haben wir gemeinsam mit dem Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) anhand konkreter Zahlen den quantitativen Beweis für die Bedeutung dieser Firmen und ihrer gelebten Symbiose mit KMU antreten können. Es ist zu betonen, dass die Durchführung der Initiative ohne die aktive und laufende Unterstützung durch eine große Zahl an international anerkannten Top-CEOs nicht möglich gewesen wäre." (RIEMER/HAIDINGER, 2009, 30).

Und weiter: „Den Start der Initiative im Jahr 2003 markierten immer lauter werdende Stimmen aus den Kreisen von Wirtschaft und Wissenschaft[293], die eine Fokussierung der Wirtschaftspolitik auf zentrale Wertschöpfungs-Knotenpunkte in Österreich einforderten. Dieses Anliegen verstand sich dabei ganz bewusst nicht als Alternative zum national und international immer stärker werdenden Bekenntnis der KMU-Förderung. Im Gegenteil: Die so wichtige Unterstützung von KMU als Rückgrat der europäischen und österreichischen Wirtschaft sollte durch ein neues Konzept ergänzt werden, das durch die Fokussierung auf Firmengeflechte aus großen und kleineren Unternehmen das gesamte Wirtschaftsspektrum moderner Industriestandorte berücksichtigen sollte. […] wurde schließlich von IV und IWI eine völlig neue „Unternehmenskategorie" definiert. „Leading Competence Units, kurz LCU", oder „Internationale Leitbetriebe" wurden als Bezeichnungen für standortmobile Entscheidungs- und Kompetenzzentralen von international tätigen Firmennetzwerken begrifflich eingeführt. Durch diese Definition wurden bewusst österreichische Headquarters als auch Entscheidungszentralen internationaler Unternehmen in Österreich in einer Unternehmenskategorie zusammenfasst." (RIEMER/HAIDINGER, 2009, 30-32).

---

290 Kleinere erfolgreiche Nischenplayer kommen damit ebenso als LCU in Frage wie (weltmarktführende) Nationale Champions, weil sie in ihren angestammten Branchen als Struktur bestimmende Akteure zu sehen sind. Wenn es auch schwierig sein mag, für eine größere Anzahl an Unternehmen die Marktperformance zu quantifizieren (u.a. Abgrenzung der Märkte, konkrete Angaben über Marktvolumina), so sind bei den Kernaktivitäten trotzdem folgende Abschneidegrenzen festgelegt: In den Kernaktivitäten muss das LCU zumindest 1% des globalen Weltmarktanteils innehaben, oder der Produktionswert des LCU darf die 10%-Anteilsgrenze in Bezug zur eigenen heimischen Branche nicht unterschreiten. Die LCU-Eigenschaft „Marktanteil" ist auch dann erfüllt, wenn etwa die F&E-, Bildungs- und Qualifikations-Performance darauf schließen lässt, dass in unmittelbarer Zukunft eine Struktur bestimmende Position erreicht wird.

291 Der Prozess der Internationalisierung kann facettenreich sein (in Abhängigkeit zur Produktgruppe, zum Technologiestatus, zum institutionellen Rahmen etc.) und kann ebenso so genannte Born Globals erfassen. Der Internationalisierungsgrad sollte im Verhältnis zum jeweiligen Branchenmittel überdurchschnittlich dimensioniert sein. Neben dem klassischen Export sind auch Internationalisierungsformen wie v.a. Direktinvestitionen (Unternehmensneugründung, Akquisition, Fusion oder Beteiligung an einem bestehenden Unternehmen etc.) möglich. Wichtig ist, dass die Internationalität von LCU nicht als Einbahnstraße verstanden wird. LCU haben auch die Funktion, realwirtschaftliche Anforderungen, Erfahrungen und Impulse (z.B. Technologieimpulse) aus dem Ausland in die heimische Volkswirtschaft hineinzutragen und damit die mittel- bis langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensnetzwerkes, in welchem sie in der österreichischen Volkswirtschaft verankert sind, zu stärken. Die Bedeutung der Eigenschaft „LCU-Internationalität" verhält sich indirekt-proportional mit der Größe der Volkswirtschaft.

292 Dort schaffen sie es idR, sich rasch in neue Unternehmensnetzwerke einzubinden oder diese neu zu begründen (externe Wachstumswirkungen). LCU sind im internationalen Wettstreit seitens der (regionalen) Wirtschaftspolitik umworben und werden ob ihres Handlungspotentials gemeinhin standortpolitisch gepflegt. Standortmobile LCU sind zumeist in der Produktionswirtschaft oder dessen unmittelbarem Umfeld angesiedelt.

293 Am deutlichsten hat sich das IWI vor dem Hintergrund seines seit Anfang der 1990er Jahre bestehenden industriewissenschaftlichen Cluster- und Netzwerkprogrammes zu Wort gemeldet.

Wesentliche Aussagen werden in SCHNEIDER (2009b, 120-121) aufgeführt und lassen sich wie folgt zusammenführen:[294] LCU in Österreich

- sind ein Ursprung gesamtwirtschaftlicher Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung;
- treffen Entscheidungen in Kernbereichen von Unternehmensnetzwerke, die sich sowohl auf das Inland als auch das Ausland erstrecken; wobei sie in der Regel einen hohen Autonomiegrad aufweisen (dadurch höhere Stabilität bei konjunkturellen Schwankungen);
- sind exportorientiert (Beitrag zur Leistungsbilanz) bzw. Leader im Bereich FDI;
- lagern zu einem überdurchschnittlich hohen Anteil Dienstleistungen aus und wirken dergestalt auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hin zu modernen Produktionsstrukturen – Triebfederfunktion für den Strukturwandel hin zu intelligenter Arbeitsteilung;
- fragen qualifizierte Arbeitskräfte nach und haben im Zuge dessen die Aufgabe, Wissenstransferströme zu dynamisieren (Know-how-Transfer über Köpfe);
- übernehmen am FTI-Standort (Wissens- und Technologietransfer, Bildung und Qualifikation) Verantwortung – dadurch wird die Grundlage für zukünftige Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung geschaffen (direkt, indirekt und induziert); ferner begünstigen LCU durch transnationale Vernetzungsmuster den grenzüberschreitenden Technologieaustausch (nicht nur in Bezug auf die LCU, sondern auf die gesamten Netzwerke, inkl. Zulieferindustrie);
- sind Angelpunkt der beiden Bauprinzipien moderner Innovationsnetzwerke: *Heterogenität* („Groß braucht Klein und Klein braucht Groß"; „Unternehmen brauchen die Verknüpfung mit der Wissenschaft"; Innovationsnetzwerke sind international") und *Vertrauen* („Die Selektion von Netzwerkpartnern basiert auf Vertrauensbeziehungen"; „Partnerschaften in Innovationsnetzwerken sind beständig");
- sind Partner für PPP-Projekte (z.B. Infrastrukturprojekte in den Bereichen Verkehr oder Energie);
- betreiben durch ihre bekannten Namen Standortmarketing (LCU sind mitunter nach dem Standort des Mutterunternehmens benannt);
- treten als Sponsoren kultureller, wissenschaftlicher oder anderer Initiativen auf;
- reagieren in Hinblick auf deren Wettbewerbsfähigkeit sensibel auf Standortfaktoren wie *Arbeitszeitflexibilisierung, Verfügbarkeit von hochqualifizierten aus- und inländischen Arbeitskräften, Energieversorgung*, *F&E-Förderung* (direkt und indirekt), *Verkehrsanbindung/-kosten*, *Umweltvorschriften/-auflagen* oder *Spitzensteuersätze*.
- Das unternehmerische Umfeld (v.a. KMU) sieht das Wirken von und die Zusammenarbeit mit LCU positiv; die Zusammenarbeit mit LCU erhöht die Umsätze und Gewinne, sichert deren Fortbestand und macht konkurrenzfähig.
- LCU werden außerhalb der „Unternehmenswelt" bis dato tendenziell von jüngeren, wirtschaftlich interessierten, gut gebildeten Bevölkerungsschichten als bedeutend erachtet.

LCU scheinen an zentraler Stelle in Produktions- und Leistungsnetzwerken bzw. im Nationalen Innovationssystem eingebettet zu sein und bieten dadurch Potenziale zur mittel- und langfristigen Weiterentwicklung des Standorts. Ihre volks- und regionalwirtschaftliche Bedeutung liegt nicht nur in der eigenen Performance. Im Verbund insbesondere mit KMU können sie den gesamten Wirtschaftsmotor in Gang halten. Eine Symbiose, in der über Rückkoppelungen auch die LCU selbst profitieren.

[294] Die LCU-Studienreihe wurde auch nach dem Beginn der Finanz- und Konjunkturkrise (2008 bis dato) fortgesetzt. Nun stehen aber weniger Imagestrategien im Blickpunkt, sondern mehr der Anspruch, weitere (noch nicht generierte) und detaillierte Informationen über die Untersuchungsgruppe zu generieren, um darauf aufbauend konkrete krisengerichtete Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Tab. 7-6: LCU-Literaturübersicht (Teil 1)

	"LCU 2004"	"LCU 2005"			"Standortsicherung im globalen Wettbewerb: Leading Competence Units"	"Leading Competence Units"	"Leading Competence Units - Was sie für Österreich leisten"	"Leading Competence Units - Kristallisationspunkte in Österreichs Wirtschaft"	"Techniker/innenmangel trotz Hochschulexpansion" (LCU-Partiale)
	„LCU - Wichtige Knotenpunkte im Wirtschaftsgeflecht Österreichs"	„LCU - Garanten des wirtschaftlichen Erfolgs"	„LCU in Tirol"	„LCU in Oberösterreich"					
Zielsetzung	Volkswirtschaftliche Effekte	Volkswirtschaftliche Effekte, Standortfaktoren	Volks- und regionalwirtschaftl. Effekte, Standortfaktoren		Fallstudien "LCU für die Standorsicherung im globalen Wettbewerb"		IV-Mitglieder-information	Diskurs LCU-Methodik, politökonomische Themenrelevanz, Literatursurvey	Trendanalyse mit LCU-Berücksichtung
geografischer Bezugsraum	Ö	Ö	Ö, T	Ö, OÖ	Ö		Ö	Ö, OÖ. T	Ö
LCU-Sektorfokussierung	Industrie	Industrie			Industrie		Industrie	Industrie	(-)
Umfang des LCU-Portfolios	14 LCU	47 LCU	5 LCU (aus 47)	18 LCU (aus 47)	4 LCU		(-)	14 LCU (2004), 47 LCU (2005)	36 LCU
LCU-Aggregate	Gesamt	Gesamt, „Top 10"-LCU-Arbeitgeber	Gesamt	Gesamt, LCU-Konzerne (8), LCU-Familienunternehmen (10)	(-)		Gesamt	Gesamt	(-)
Methode	IWI-IO-Modell 1.0, Tiefeninterviews, Desk Research	IWI-IO-Modell 2.1, Tiefeninterviews, Desk Research	IWI-IO-Modell 2.0, Tiefeninterviews, Desk Research		(-)		(-)	Metaanalyse	Unternehmensbefragung
Erhebungs-/ Beobachtungszeitraum	2003	2004			(-)		(-)	(-)	2006
Urheber	W. Lueghammer, B. Schmidl, H.W. Schneider	Ph. Brunner, S.D. Lengauer, H.W. Schneider			W. Eder, M. Kircher-Kohl, H.W. Schneider, A. Seyfried, H. Sommerer, V. Sorger	W. Eder, M. Kircher-Kohl, H.W. Schneider, A. Seyfried, H. Sommerer	u.a. H. Androsch, W. Eder, A. Hochleitner, K. Stochl	H.W. Schneider	A. Petanovitsch, A. Schneeberger
Trägerinstitution	IWI	IWI			Investkredit, IV Ö, IWI	BSI der WKO, Investkredit, IV Ö, IWI	IV Ö	WKO	IBW
Öffentlichkeitsauftritt	PK, am 30.03.2005 (Wien)	PK, am 20.03.2006 (Wien)	(-)	PK, am 28.05.2006 (Linz)	Industriepolitische Tagung 2005, am 19.10.2005 (Wien)	"industrie aktuell 3/2005" von BSI der WKO, Investkredit, IV Ö, IWI	"iv-positionen, Mai 2005" der IV Ö	"Wirtschaftspolitische Blätter 3/2006" der WKO	(-)
Dokumentation/ Publikation	IV-Broschüre, IWI-Studie 115	IV-Broschüre, IWI-Studie 140	IWI-Studie 128	IWI-Studie 129	Industriepolitische Tagung 2005	industrie aktuell, Industrieforum (Periodikum)	iv-positionen (Periodikum)	Wirtschaftspolitische Blätter (Periodikum)	Bildung & Wirtschaft Nr. 39
Finanzierung der Aktivität	IV Ö	IV Ö	IV Tirol	IV Oberösterreich	Investkredit, IWI	BSI der WKO, Investkredit, IV Ö, IWI	IV Ö	IWI	IV Ö

Q: Eigene Darstellung auf Basis von SCHNEIDER (2009b, 122-123)

Tab. 7-7: LCU-Literaturübersicht (Teil 2)

	"Innovationsnetzwerke in Österreich - Auf dem Weg zu einem neuen Verständnis von Innovation im 21. Jahrhundert"	"Lifestyle 2007 (LCU-Partiale)"	"Die wirtschaftliche Verflechtung von großen, mittleren und kleinen Unternehmen in der Steiermark"	"LCU 2008"									
				„LCU - Internationale Leitbetriebe in Österreich"	„LCU in Burgenland"	„LCU in Kärnten"	„LCU in Niederösterreich"	„LCU in Oberösterreich"	„LCU in Salzburg"	„LCU in der Steiermark"	„LCU in Tirol"	„LCU in Vorarlberg"	„LCU in Wien"
Zielsetzung	Rollenverteilung von LCU und KMU in Innovations-netzwerken	algemine Meinungs-umfrage mit LCU-Berücksichtigung	Netwerkanalyse (LCU/KMU), volks- und regionalwirt-schaftl. Effekte, Standortfaktoren	Umfassende LCU-Abbildung anhand von 12 Themenkomplexen (u.a. FTI, Qualifikation, Internationalisierung), volkswirtschaftl. Effekte, Techno-logieflussanalyse	Umfassende LCU-Abbildung anhand von 12 Themenkomplexen (u.a. FTI, Qualifikation, Internationalisierung), regionalwirtschaftl. Effekte								
geografischer Bezugsraum	Ö	Ö	Ö, ST, Deutschlands-berg/ Fürstenfeld	Ö	B	K	NÖ	OÖ	S	ST	T	V	W
LCU-Sektorfokussierung	Industrie	(-)	Industrie	Industrie									
Umfang des LCU-Portfolios	12 LCU	(-)	2 LCU	103 LCU	6 LCU	10 LCU	4 LCU	28 LCU	8 LCU	17 LCU	5 LCU	6 LCU	23 LCU
LCU-Aggregate	(-)	(-)	Deutschlands-berg (1), Fürstenfeld (1)	Gesamt, Large-LCU, Medium-LCU	Gesamt								
Methode	Tiefeninterviews, qualitativer Netzwerkanalyse	Random Sampling, Befragung der Ö. Bevölkerung (ab 15 Jahren)	IWI-IO-Modell 2.2, Tiefeninter-views, KMU-Befragung, Desk Research	IWI-IO-Modell 2.2, Tiefeninterviews, Desk Research									
Erhebungs-/ Beobachtungszeitraum	2007	2007	2007	2008									
Urheber	G. Leimüller	A. Kofler, M. Löffler	S. Janoschek, S.D. Lengauer, S. Mayer, R. Neuberger, H.W. Schneider	H.W. Schneider									
Trägerinstitution	winnovation consulting GmbH, Harvard University	GfK Austria GmbH	IWI	IWI									
Öffentlichkeitsauftritt	(-)	(-)	PK, am 18.04.2008 (Graz)	PK, am 07.07.2008 (Wien)	PK, am 04.09.2008 (Neufeld a.d. Leitha)	PK, 23.07.2008 (Kla-gen-furt)	(-)	PK, am 10.07.2008 (Linz)	PK, am 29.28.2008 (Salz-burg)	(-)	(-)	PK, am 24.10.2008 (Lustenau)	(-)
Dokumentation/ Publikation	(-)	(-)	(-)	Buchpublikation "Internationale Leitbetriebe in Österreich" der IV (Hrsg. Wolfgang Haidinger, Gerhard Riemer, Herwig W. Schneider)									
Finanzierung der Aktivität	IV Ö	IV Ö	IV Steiermark, Wirtschafts-bund Steiermark, WKO Steiermark	IV Ö plus IV-Landesgruppen									

Q: Eigene Darstellung auf Basis von SCHNEIDER (2009b, 122-123)

Tab. 7-8: LCU-Literaturübersicht (Teil 3)

	"103 LCU: Volkswirtschaftlichen Zahlen, Daten und Fakten"	"LCU & Finanz- und Konjunkturkrise"									"Salzburgs LCU in Zeiten der Finanz- und Konjunkturkrise"	"Volkswirtschaftliche Wirkungen der F&E-Förderungen an Leading Competence Units (LCU)"	„Was sagt die Wissenschaft zum Zusammenhang von F&E-Förderung und F&E-Performance?"	"LCU 2010/2011"		
		"LCU - Leitbetriebe und die Finanz- und Konjunkturkrise"	„LCU im Burgenland und die Finanz- und Konjunkturkrise"	„LCU in Kärnten und die Finanz- und Konjunkturkrise"	„LCU in Niederösterreich und die Finanz- und Konjunkturkrise"	„LCU in Oberösterreich und die Finanz- und Konjunkturkrise"	„LCU in Salzburg und die Finanz- und Konjunkturkrise"	„LCU in der Steiermark und die Finanz- und Konjunkturkrise"	„LCU in Tirol und die Finanz- und Konjunkturkrise"	„LCU in Vorarlberg und die Finanz- und Konjunkturkrise"				„LCU 2010/2011 - Leitbetriebe allgemein"	„LCU 2010/2011 - Gruppenbesteuerung"	„LCU 2010/2011 - Umweltausgaben"
Zielsetzung	LCU-Bundesländer diskurs	Blitzumfrage zur Dimension der globalen Finanz- und Konjunkturkrise									Diskussion "LCU in Salzburg"	Auswirkungen von öff. F&E-Förderungen auf die F&E-Performance von LCU	Literatursurvey	LCU-Themendiskurse, volks- und regionalwirtschaftl. Effekte, Standortfaktoren		
geografischer Bezugsraum	Ö	Ö	Ö, B	Ö, K	Ö, NÖ	Ö, OÖ	Ö, S	Ö, ST	Ö, T	Ö, V	S	Ö	Ö	Ö		
LCU-Sektorfokussierung	Industrie	Industrie									Industrie	Industrie	Industrie	Industrie		
Umfang des LCU-Portfolios	103 LCU	150 LCU	7 LCU	11 LCU	11 LCU	43 LCU	20 LCU	26 LCU	8 LCU	7 LCU	20 LCU	Ö Unternehmen mit > 80 Mio. EUR Umsatz	Ö Unternehmen mit > 80 Mio. EUR Umsatz	[in Bearbeitung]		
LCU-Aggregate	Gesamt	Gesamt, Large-LCU, Medium-LCU	Gesamt								Salzburg	(-)	(-)	[in Bearbeitung]		
Methode	(-)	IWI-IO-Modell 2.2, Tiefeninterviews, Desk Research									(-)	Metaanalyse	Metaanalyse	IWI-IO-Modell 2.2, Tiefeninterviews, Desk Research		
Erhebungs-/Beobachtungszeitraum	(-)	2009									(-)	2002 - 2007	(-)	2010/2011		
Urheber	Herwig W. Schneider	S.D. Lengauer, H.W. Schneider									Herwig W. Schneider	Ph. Brunner, S.D. Lengauer, B. Mahlberg, H.W. Schneider	B. Mahlberg	S.D. Lengauer, H.W. Schneider		
Trägerinstitution	IWI	IWI									IWI	IWI	IWI	IWI		
Öffentlichkeitsauftritt	"industrie aktuell 4/2008" von BSI der WKO, Investkredit, IV Ö, IWI	PK, am 30.09. 2009 (Wien)	PK, am 15.10. 2009 (Matters-burg)	PK, am 08.10. 2009 (Kla-gen-furt)	(-)	(-)	PK, am 06.10. 2009 (Salz-burg)	(-)	(-)	(-)	"industrie aktuell 4/2009" von BSI der WKO, IV Ö, IWI	(-)	"industrie aktuell 3-4/2010" von BSI der WKO, IWI	[in Bearbeitung]		
Dokumentation/ Publikation	industrie aktuell	(-)									industrie aktuell	IWI-Studie 154	industrie aktuell	[in Bearbeitung]		
Finanzierung der Aktivität	IWI	IV Ö plus IV-Landesgruppen (außer Wien)									IWI	IV Ö	IWI	IV Ö		

Q: Eigene Darstellung auf Basis von SCHNEIDER (2009b, 122-123)

Das IWI ist der logische und ideale Partner für die interessenspolitische Initiative „LCU in Österreich". Und so ist das Programm seit Jahren sehr erfolgreich. Nachdem das IWI das methodische Gerüst entwickelt und mit empirisch gestützten Informationen bestückt hatte,[295] können die Kernaussagen in der Öffentlichkeit kommuniziert werden, und sie werden in der Bevölkerung im Sinne einer Steigerung des Industrieverständnisses auch verstanden. Nach 6 Jahren Themenbearbeitung gilt diese neue Sicht der Dinge von Unternehmensvernetzungen eines modernen Wirtschaftsstandort sowohl auf Seiten der Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmervertreterorganisationen als angenommen. Nicht zuletzt deshalb steht die österreichische Bundesregierung zu LCU (aktuelles Regierungsprogramm, (s. ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG, 2008); ebenso enthält das jüngste Strategiepapier des Rates für Forschung und Technologieentwicklung LCU-Hinweise und LCU-Empfehlungen an prominenter Stelle (s. RAT-FTE, 2009). Jüngst fand das Konzept sogar international Beachtung (s. BDI-Memorandum in Deutschland; Anhang 8).[296]

Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg ist das anhaltende Programminteresse seitens der IV und damit verbunden die Kontaktherstellung zu unternehmerischen Schlüsselspielern.[297] Und dieses Interesse ist wohl v.a. dann gegeben, wenn die IV-Mitgliedsunternehmen ihrerseits Interesse bekunden, welches wiederum solange bestehen kann, wie die Qualität und Aussagekraft der Arbeiten des IWI wissenschaftlichen gleichermaßen wie anwendungsorientierten Ansprüchen genügen (inkl. konzeptioneller Neuerungen und Erweiterungen).[298] Die Ansprüche sind sodann nur möglich zu erfüllen, wenn Industrieunternehmen wie IV laufend Inputs liefern (originäre Daten ebenso wie konzeptionelle Rückkoppelungen) bzw. weiterhin bereit sind, im Sinne einer mit der Forschungsseite gemeinsamen Informationsgenerierung die Tiefe der Argumentationslinien zu ergründen. Auch ist der bislang erfüllte hohe Grad an Transparenz eine wichtige Komponente.

7.5 Zwischenresümee

Politikberatung findet auf verschiedenen Ebenen statt und steht für ein breites Spektrum an internen wie externen Leistungen. Diese werden von politischen Entscheidungsträgern ebenso wie von Interessensvertretern situationsgebunden in Anspruch genommen. Das gegenständlich beleuchtete Beratungsfeld umfasst die politischen Entscheidungen in der Regel vor gelagerte industrieökonomische Politikberatung (externer angewandt industrieökonomischer Berater). Dabei kann die Funktionstüchtigkeit derartiger Beratungssystemen durch verschiedene Faktoren gefährdet sein (intransparente, widersprüchliche, ideologische, parteipolitisch geprägte Beratungsleistungen u.Ä.).

Kapitel 7 stellt die Struktur und Qualität der industriepolitischen Beratung in den Blickpunkt des analytischen Interesses (dabei stehen Beratungsaktivitäten von Gremien bzw. deren Mitgliedern und damit die Leistungsfähigkeiten unterschiedlicher institutioneller Arrangements weniger im Mittelpunkt als die Ergebnisse von Auftragsforschungsprojekten von Einzelplayern). Die Ausführungen beschäftigen sich mit den Fragestellungen zur konkreten Ausgestaltung dieser Beratung im politischen System Österreichs. Eine einheitliche Sicht des Kooperationsverhaltens gibt es dazu allerdings nicht. Die für diese Untersuchung befragten Experten stehen weder für eine klare Präferenz des *dezisionistischen*, noch des *technokratischen* oder *pragmatischen Politikberatungsmodells*.

---

295 Die Untersuchungen hatten zu Beginn einen explorativen Charakter. Trotzdem hat die IV auf die Untersuchungslinie gesetzt bzw. die nötigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt.

296 Allerdings wird die Formulierung *LCU* bisweilen nur in Österreich verwendet.

297 Den von LCU gesteuerten Unternehmensgruppen werden durch ihre hohe Wertschöpfungskraft in Zukunft immer stärkere Drehscheibenfunktionen zukommen, die zahlreiche Arbeitsplätze nicht nur in den Unternehmensgruppen selbst, sondern genauso in den Zulieferunternehmen absichern und auch neu schaffen. Auf ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen LCU und den Zulieferanten (die sich auch zukünftig mehrheitlich aus KMU zusammensetzen) ist besonderes Augenmerk zu legen. Für die Politik und auch die Wissenschaft bedeutet dies wiederum, dass wirtschaftliche Einheiten systemorientiert (mit dem Gewicht ganzer Produktionsnetzwerke) zu erfassen sind.

298 Neben den interessanten (u.a. methodisch schwierigen) Fragestellungen und der mehrere Jahre andauernden Projektfinanzierung besteht auf Seiten der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung eine Motivation auch in den gemeinsamen medialen Auftritten von Forschern, Interessensvertretern und Unternehmern (die IV setzt auf den Aspekt der fairen Kommunikation bzw. der hohen Glaubwürdigkeit und positionierte das IWI von Beginn an in den Medien).

Zudem werden die Umfeldfaktoren beleuchtet[299] und es werden Aussagen darüber getroffen, inwiefern es mit der Funktionsfähigkeit des Beratungssystems bestellt ist. Unter Einarbeitung empirischer Untersuchungselemente wird die Aufmerksamkeit auf die zentrale Schnittstelle zwischen am Politikfeld orientierten (außer-) universitären Räumen und dem gegenüberstehenden politikorganisatorischen Strukturen (mit mittel oder unmittelbarem Zugang zu hoheitlichen Entscheidungssphären) gerichtet.

Der gute Ratgeber muss genügend Fachwissen und genügend Sensibilität für das vorliegende Problem aufweisen, eine bestimmte Diktion und (wenn möglich auch) Einfluss haben.[300] Er muss die Frage ansprechen, was im Speziellen mit den Verlierern einer Maßnahme zu tun ist und welche Unsicherheiten im Allgemeinen mit politischen Analysen verbunden sind. Generell hat die Qualität der wirtschaftspolitischen Beratung in Österreich (nicht zuletzt aufgrund teilweise saturierter Systeme) in den letzten Jahren jedoch abgenommen; mit einigen wenigen Ausnahmen. Eine Ausnahme könnte laut Stakeholder-Interviews geradeeben die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung sein, die sich v.a. in den letzten 10 Jahren auf einem günstigen Entwicklungspfad befindet und mit den Strukturen der alteingesessenen Wirtschaftsforschungsinstitutionen (WFO und IHS) nicht in allen Punkten vergleichen werden kann.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der mangelnden Entsprechung in den außeruniversitären Großstrukturen besteht die Gefahr, dass in Zukunft ein derzeit noch geringer aber mitunter wachsender Anteil an privaten Akteuren (ohne oder mit nur geringer wirtschaftswissenschaftlich fundierter und gleichzeitig gemeinnütziger Ausrichtung), auf hoheitliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einwirken. Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung sollte deshalb ihr Potenzial nutzen, in die Funktion eines "Agenda Setters mit gleichzeitiger Lösungskompetenz" schlüpfen, der jene Fragen und Antworten aufwirft, welche in der wissenschaftlichen wie politischen Auseinandersetzung relevant sind oder in Zukunft relevant sein werden. Laut Experten werden für die Zukunft operative/instrumentelle und strategische/konzeptionelle Aufgaben sowie aufklärende Betätigungen als sehr bedeutend erachtet; das Erfüllen einer Filterfunktion sowie die gerichtete Legitimationsarbeit sollen dagegen an Bedeutung verlieren.[301]

Eine erwünschte (finanzielle, politische) Unabhängigkeit der industriewissenschaftlichen Beratung in Österreich ist trotz institutioneller, persönlicher, finanzieller Verbindungen zur Seite der industriepolitischen Interessensvertretungen im Wesentlichen gewahrt (keine Übergewicht am Finanzierungspool, gelebte gemeinnützige Statuten).

Interessensvertretungen haben in der Regel einen bestimmten Einfluss (v.a. wenn sie erfolgreich sind). Dies rührt in erster Linie daher, dass sie Informationen in einer vergleichsweise schnellen, klaren und politiknahen Sprache kommunizieren können bzw. besser vernetzt und weitaus dynamischer sind als wissenschaftlich orientierte Akteure. Die Probleme werden in Kreisen außerhalb der Wissenschaft ernsthaft diskutiert. Aus Sicht der für diese Untersuchung geführten Stakeholder-Interviews haben zudem die Medien im Allgemeinen bzw. mit entsprechenden Agenden befasste Fachjournalisten im Speziellen einen größeren Einfluss auf die Gestaltung politischer Inhalte als externer wissenschaftlicher Politikberater.

Weil Politikberatung in bürokratischen, parteipolitisch organisierten Systemen eine typischerweise kleine Rolle spielt (Österreich im Vergleich zu anglosächsischen Ländern) kann sich die Politikberatung externer wissenschaftlicher Akteure bei gegebener Struktur und unter Heranziehung anerkannter Benchmarking-Kriterien auf absehbare Zeit noch keine übermäßige Wichtigkeit erwarten. Allerdings scheint sich insbesondere im vergangenen Jahrzehnt ein Paradigmenwechsel abzuzeichnen.

---

299 Im Hintergrund eines komplexen Settings an Rahmenfaktoren auf volkswirtschaftlicher Ebene bzw. im innerverbandlichen sowie interorganisatorischen Spiel gründen sich verschiedenen Mechanismen bzw. mehrdimensionalen Kausalitätsbeziehungen. Innerhalb der Grenzen dieses Systems definiert sich der industriewissenschaftliche wie industrieinteressenspolitische Aktionsraum der handelnden Akteure in Österreich.

300 In Zeiten von Wirtschaftskrisen kann sich die methodische wie thematische Auseinandersetzung leicht verändern (s. Kap. 6). Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung übernimmt dann intensiv die Funktion des Lieferanten von Daten und Erstinformationen (weil öffentliche Informationen mit großer Zeitverzögerung generiert werden).

301 Dieses Profil passt noch nicht mit jenem der Gegenwart zusammen.

8 Mögliche realwirtschaftliche Effekte durch industriepolitische Maßnahmen

Industrieökonomisch relevante Entscheidungen haben Auswirkungen unmittelbar auf Industrieunternehmen. Weil die heimische Industrie mit vielen Branchen über ein komplexes Geflecht an Liefer- und Leistungsbeziehungen verbunden ist, gibt es über diese direkte Wirkungsebene hinaus aber auch indirekte und in weiterer Folge konsum- und investitionsinduzierte Effekte. Dass und inwieweit über den Mechanismus v.a. vertikaler industriepolitischer Kanäle sehr verschiede Branchen wie Akteursgruppen der heimischen Volkswirtschaft betroffen sein können, wird in Kapitel 8 aufgezeigt.

Davor wird diskutiert, wie ähnlich oder unähnlich die einzelnen Branchen der heimischen Industrie generell sind bzw. ob es einfach zu bewerkstelligen sein könnte, ad hoc weitgehend homogene Maßnahmenpakete zu definieren.

Das Fundament von Kapitel 8 ist eine quantifzierbare Beurteilung der Rolle einer Industriestruktur als Transmissionsriemen zur mittelbaren Generierung von Wohlstand. Im Lichte dessen können Aussagen zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung industrieökonomisch relevanter (vertikaler) Politikentscheidungen im Kontext zu volkswirtschaftlichen Kernindikatoren wie Produktion, Wertschöpfung, Beschäftigung (nach Beschäftigungsverhältnissen sowie Vollzeitäquivalenten), Arbeitnehmerentgelte oder Fiskalleistung (nur partiell: u.a. Gütersteuern) avisiert werden.

Methodisch kommt zuerst ein Co-Plot-Ansatz[302] zur Anwendung. Es folgen quantitative Impactbetrachtungen im Zuge einer industriebranchenspezifischen Szenarioanalyse auf gesamtwirtschaftlicher Ebene (ohne Benchmarking-Anspruch), anhand eines Offenen Statischen Leontief Modells (IO-Berechnungen).[303] Mit Hilfe des zweiten Ansatzes kann z.B. auch die Frage beantwortet werden, w*elche Wirtschaftsbereiche (z.B. bestimmte Dienstleistungsbranchen) würden bei konkreten vertikale Maßnahmen für die Industrie inwieweit profitieren?*

8.1 Die Einzigartigkeit von Industriefeldern

Jeder Industriebereich bzw. jede Branche des Produzierenden Bereiches hat sein/ihr eigenes (quantitatives) Strukturprofil und kann nur schwer mit anderen Industriebereichen bzw. Branchen verglichen werden. Dies gilt sogar für „benachbarte“ Industrie wie z.B. die *Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik u.Ä. (C23)* und die *Herstellung von chemischen Erzeugnissen (C20).* Belegen lässt sich diese Aussage z.B. anhand der Ergebnisse einer Co-Plot-Untersuchung wie in Abb. 8-1 dargestellt.[304] Eine relativ dichte Punktwolke ergibt sich noch am Ehesten im Charakteristikavergleich der Branchen *Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (C10), Herstellung von Textilien (C13), Herstellung von Bekleidung (C14), Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen (C15), Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) (C16), Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern (C18), Herstellung von Metallerzeugnissen (C25), Herstellung von Möbeln (C31), Herstellung von sonstigen Waren (C32), Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (C33), Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung (E39), Hochbau (F41) und Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe (F43).* Dies macht für konkrete interessenspolitische Belange aber wenig Sinn.

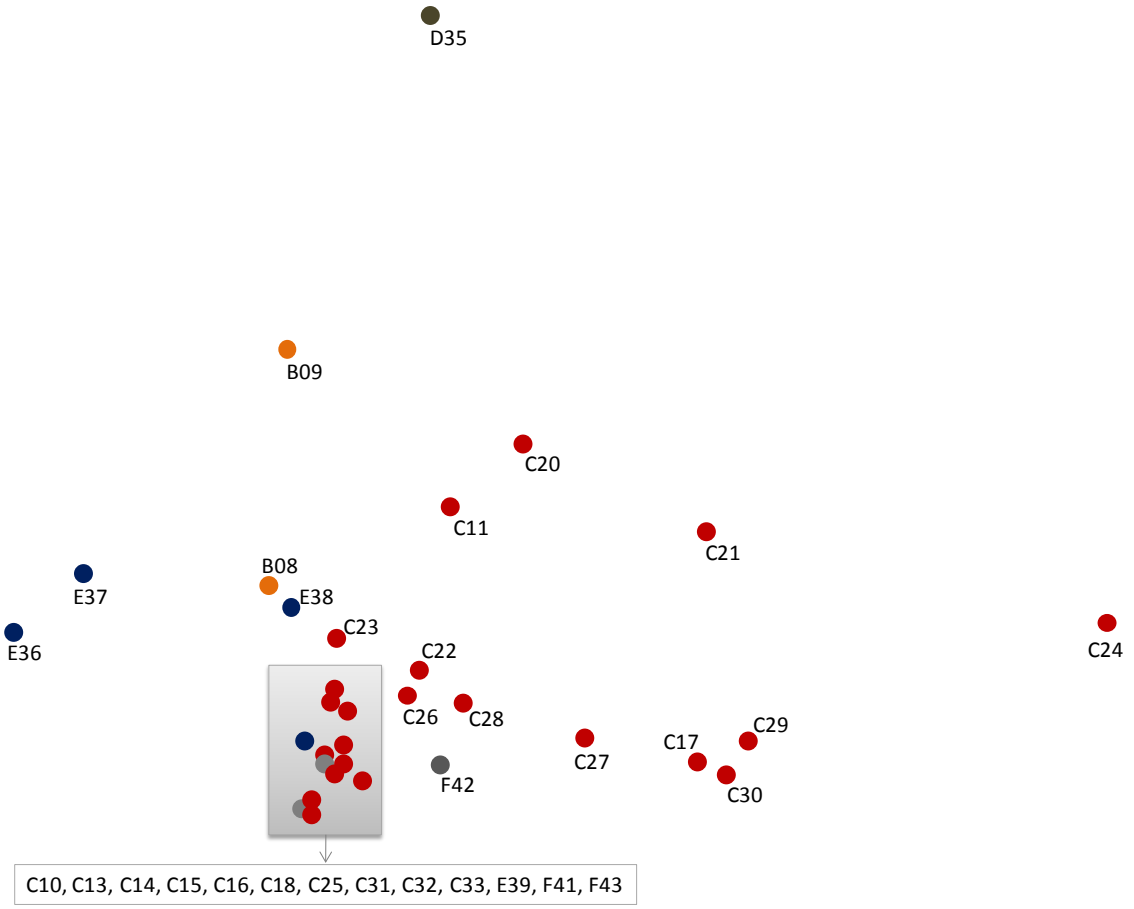
---

302 S. Anhang 6.

303 Durch die Darstellung sämtlicher Vorleistungsströme gewährt die IO-Analyse statistische Einsicht in die vielfältigen Liefer- und Leistungsströme, welche in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen bestehen. Die Ermittlung indirekter und gegebenenfalls induzierter Effekte basiert hier auf den Aufkommens- und Verwendungstabellen 2006 von Statistik Austria, die im April 2010 erschienen sind. Um die Effekte für die heimische Wirtschaft isoliert betrachten zu können, wird die B-Version der Tabelle herangezogen. Zur Anwendung kommt eine *Backward-Linkage-Betrachtung*.

304 Diese Berechnungen fußen auf einem statistischen Vergleich statischer Strukturkennzahlen. Es wurden mehrere Testreihen durchgeführt, mit teilweise sehr unterschiedlichen Maßzahlen. Die Ergebnisse waren im Sukkus vergleichbar. Auch Betrachtungen auf Grundlage von dynamischen Kennzahlen lassen ähnliche Schlussfolgerungen zu.

Abb. 8-1: Co-Plot-Analyse zur Einzigartigkeit industrieller Branchen in Österreich



Anm. 1: Folgende branchenspezifische Kennzahlen bilden die Grundlage für die gegenständliche Co-Plot-Analyse: *Beschäftigte Pro Unternehmen, Umsatz pro Unternehmen in 1.000 EUR, Beschäftigte pro Unternehmen, Umsatz pro Unternehmen in 1.000 EUR, Produktionswert pro Unternehmen in 1.000 EUR, Umsatz pro Beschäftigten (in VZÄ) in 1.000 EUR, Produktionswert pro Beschäftigten (in VZÄ) in 1.000 EUR, Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten pro Beschäftigten in 1.000 EUR, Personalaufwand pro unselbständig Beschäftigten in 1.000 EUR, Personalaufwand in % des Produktionswertes, Personalaufwand in % der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten, Nettoquote, Bruttoinvestitionen in EUR pro 1.000 EUR Produktionswert*.

Anm. 2: die Gewinnung von Erdöl- und Erdgas (B06), der Erzbergbau (B07), die Tabakverarbeitung (C12) und die Kokerei und Mineralölverarbeitung (C19) können aus Geheimhaltungsgründen nicht in die Berechnungen aufgenommen werden.

Anm. 3: ÖNACE 2008 Codetabelle s. Anhang 10; die einzelnen Bereiche wurden aus Gründen der Übersicht zusätzlich zum Branchencode mit einer „B bis F"-Kennung versehen – B (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden), C (Herstellung von Waren), D (Energieversorgung), E (Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen), F (Bau).

Q: Eigene Berechnungen auf Basis von LSE-Daten der STATISTIK AUSTRIA für das Bezugsjahr 2008.

Und auch innerhalb der Industriefelder (der einzelnen Branchen) kann es ausnehmend heterogene Strukturen geben. Z.B. unterscheidet sich die *Papierverarbeitende Industrie* in vielen Merkmalen von der *Papierindustrie* (s. Abb. 8-2) – u.a. hinsichtlich KMU-Intensität, Energieintensität, Produktionstechnologien, Vormaterialbedarf oder Exportfokus.[305] Dies verlangt nicht zuletzt sehr unterschiedliche interessenspolitische Fachstrategien und lässt darauf schließen, dass eine Industriepolitik nicht eben einfach zu bewerkstelligen sein wird.

[305] Beide Gruppen sind in der amtlichen Statistik allerdings unter C17 (Herstellung von Papier/Pappe und Waren daraus) zusammengefasst.

Abb. 8-2: Fallbeispiel: Interessenslagen und Schwerpunkte von Papierverarbeitender Industrie und Papierindustrie in Österreich

Papierverabreitende Industrie	Kriterien	Papierindustrie
KMU	Unternehmensstruktur	Großindustrie
Markt/ Dienst-leistungsorientierung	Unternehmensorientierung	Absatzmenge Papier, Karton, Pappe
Papier, Karton, Verbunde, Kunststoffe	Vormaterialien	Holz, Zellulose, Altpapier
Endprodukt	Produkt	Vorprodukt
Verarbeitung, Veredelung, Druck	Produktionstechnologie	Zellulose-, Papier-, Kartonerzeugung
Entsorgung Verkauf Veredelung, Aus-stattung, Beschichtung	Altpapier	Versorgung Einkauf Reinheit
Abfall, Verpackung	Umwelt	Luft, Wasser, Reststoffe
Niedrig	Energie	Hoch
überwiegend Nahverkehr	Transport	Bahn, Schiff
23,12%	Personalkostenanteil	14,42%
Gewerkschaft Druck/ Journalismus/ Papier	Kollektivvertragspartner	Gewerkschaft Chemie
Konsumgüterindustrie	Konjunkturzyklen	Rohstoff, Energie
Konsumenten und Konsumgüterindustrie	Markt	Drucker, PPV Industrie
Radius ca. 400 km Intensität: 57,90%	Export	Weltmarkt Intensität: 75,05%
Kunde	Supply Chain	Lieferant
Konsumgüterindustrie	Preiskriterien	Holz, AP, Zellulose, Energie

Anm.: Der Personalkostenanteil ist der Anteil des Personalaufwandes am Produktionswert der konkreten Industriegruppe im Jahr 2006 gemäß Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturstatistik. Die Exportintensität ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Jahr 2007 gemäß Sonderauswertung der Konjunkturstatistik im Produzierenden Bereich.

Quelle: IWI (2006b)

8.2 Impulse im volkswirtschaftlichen Liefer- und Leistungsgeflecht

Hat jede einzelne Branche ihr ganz spezifisches Strukturprofil, so sind dieselben Felder trotzdem oder gerade deshalb in der realen Wirtschaft hochgradig miteinander vernetzt.

Zur Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, Wertschöpfung oder Beschäftigung (sowohl in Beschäftigungsverhältnissen als auch in VZÄ) einer jeden einzelnen Branche des Produzierenden Bereichs Österreichs wird in der Regel als methodisches Fundament die IO-Analyse herangezogen, wobei neben jenen in Tab. 8.1 aufgeführten Multiplikatoren (direkte vs. indirekte Effekte)[306] im Referenzjahr 2006 in einer erweiterten Version auch einkommens- und ebenfalls investitionsinduzierte Effekte berücksichtigt werden können.[307] Zur Anwendung kommt hier aber nur eine einfache Backward-Linkage-Betrachtung, die der primären Frage nachgeht, *woher* die Güter und Leistungen des Vorleistungsverbundes stammen. Es werden also die Funktionen der Unternehmen v.a. als Nachfrager von Vorleistungen berücksichtigt.

Tab. 8-1: IO-Multiplikatoren zum Produzierenden Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Übersicht)

in Gütern		Output	Wertschöpfung	Beschäftigung	
		pro Einheit (z.B. 1 Mio. EUR)		Verhältnis pro 1 Mio. EUR	VZÄ pro 1 Mio.EUR
10	Kohle und Torf	1,50	0,71	14,24	13,31
11	Erdöl und Erdgas, Erze	1,46	0,88	3,80	3,40
14	Steine und Erden	1,80	0,74	9,25	8,36
15	Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke	1,94	0,71	22,99	19,13
16	Tabakerzeugnisse	1,61	0,53	7,43	6,48
17	Textilien	1,53	0,60	11,38	10,24
18	Bekleidung	1,40	0,54	14,60	13,66
19	Leder und Lederwaren	1,50	0,52	12,32	10,62
20	Holz sowie Holz-, Kork- und Flechtwaren	1,94	0,69	12,04	10,69
21	Papier, Pappe und Waren daraus	1,73	0,61	8,08	7,15
22	Verlags- und Druckerzeugnisse	1,60	0,64	11,11	9,63
23	Mineralölerzeugnisse	1,27	0,21	1,73	1,52
24	Chemische Erzeugnisse	1,53	0,56	6,06	5,53
25	Gummi- und Kunststoffwaren	1,53	0,60	9,23	8,39
26	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	1,69	0,72	9,98	9,34
27	Metalle und Halbzeug daraus	1,50	0,45	5,06	4,75
28	Metallerzeugnisse	1,61	0,64	10,48	9,74
29	Maschinen	1,51	0,59	8,13	7,50
30	Büromaschinen, EDV-Geräte und -Einrichtungen	1,60	0,63	9,13	8,11
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung	1,54	0,56	7,71	7,23
32	Nachrtechn., Rundfunk- u. FS-Geräte, elektr. Bauteile	1,38	0,59	7,78	7,13
33	Medizinisch-, mess-, regeltechnische u. opt. Erz.; Uhren	1,51	0,74	10,90	9,81
34	Kraftwagen und Kraftwagenteile	1,43	0,37	5,04	4,66
35	Sonstige Fahrzeuge	1,66	0,59	7,44	6,75
36	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte u.a.	1,63	0,66	13,56	12,38
37	Dienstleistungen der Rückgewinnung	1,53	0,48	6,55	5,71
40	Energie und DL der Energieversorgung	2,34	0,57	4,16	3,80
41	Wasser und DL der Wasserversorgung	1,48	0,87	10,74	10,13
45	Bauarbeiten	1,66	0,76	12,19	11,42

Anm. 1: Ein Benchmarking-Vergleich ist auf Basis dieser im Rahmen ausschließlich einer Backward-Linkage-Betrachtung generierten Ergebnisliste nicht zulässig, da sich die einzelnen Branchen über die Wertschöpfungsketten sehr unterschiedlich positionieren.
Anm. 2: ÖNACE 2003 Codetabelle s. Anhang 10.
Q: IWI auf Basis von der Aufkommens- und Verwendungstabellen 2006 von STATISTIK AUSTRIA

[306] *Direkte Effekte* sind unmittelbar im jeweiligen Unternehmen selbst zu beobachten/messen. *Indirekte Effekte* beziehen sich ieS auf die komplette Wertschöpfungskette des Vorleistungsverbundes (Backward-Linkages).
[307] *Einkommensinduzierte Effekte* sind im Wesentlichen als Konsumeffekte zu verstehen, die entstehen, weil durch generierte Beschäftigungseffekte das Ausgabenverhalten (privater Konsum) in der heimischen Volkswirtschaft positiv beeinflusst wird. Analog dazu sind *investitionsinduzierte Effekte* zu verstehen (im Konnex zur heimischen Unternehmenslandschaft).

Die gegenständlichen, auf tatsächlichen Liefer- und Leistungsströmen beruhenden Modellrechnungen für Österreich zeigen, dass in allen betrachteten Branchen die primären[308] Produktionsmultiplikatoreffekte deutlich über der Ausgangskenngröße 1 liegen. Das bedeutet, dass die zusätzliche Endnachfrage nach z.B. einem Gut der chemischen Industrie (24) im Wert von exemplarisch 1 Mio. EUR in der heimischen Volkswirtschaft direkt und indirekt eine Produktion von Euro 1,49 Mio. EUR generiert, also zusätzliche 490.000 EUR in jenen der chemischen Industrie vorgelagerten Branchen (Vorleistungsverbund). Bezogen auf die Wertschöpfung kann dieselbe 1 Ausgangs-Mio. EUR 560.000 EUR an Wertschöpfung bewirken (die sich ihrerseits ja v.a. aus Entlohnungen von Arbeitskräften berechnet). In Arbeitskräften ausgedrückt stehen diesen Werten sodann etwa 5 bis 6 zusätzliche Arbeitskräfte gegenüber (ja nach ausgedrücktem Maß – Köpfe vs. VZÄ)[309].

8.3 Detailbild einer industriellen Wertschöpfungskette am Beispiel der Chemieindustrie

Im Zusammenhang mit einer IO-Analyse lassen sich Wertschöpfungsketten auch noch viel genauer unter die analytische Lupe nehmen. Denn, ausgehend von einem bestimmten Gut kann die Wertschöpfungskette prinzipiell in beide Richtungen verfolgt werden: einerseits zurück zum Beginn (*Backward-Linkage-Betrachtung*) und andererseits bis zur Endnachfrage (*Forward-Linkage-Betrachtung*).[310] Abb. 8.3 zeigt ein exemplarisches Gesamtbild anhand der *Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen* (24).

Abb. 8-3: Industrielle Wertschöpfungsketten, Beispiel A (H. v. Chemikalien und chemischen Erzeugnissen)

Backward-Linkage: ausgelöste Produktion in **vor**gelagerten Bereichen

weitere vorgelagerte Bereiche		**zwei Stufen** vorgelagerte Bereiche		**eine Stufe** vorgelagerte Bereiche	
Top 5 Branchen		**Top 5 Branchen**		**Top 5 Branchen**	
	Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
40	275.348	40	230.516	51	689.515
74	89.319	74	108.176	40	396.307
45	35.418	60	70.251	60	216.491
65	29.080	51	63.416	45	113.853
70	29.039	65	46.387	74	113.462
Rest	300.164	Rest	431.760	Rest	851.779
Σ	758.368	Σ	950.506	Σ	2.381.407
Glieder der Wertschöpfungskette:					
	0,085		0,106		0,266

Produktion im ausgewählten Bereich

Top 5 Branchen	
	Tsd. EUR
Chemie (24)	**8.942.585**
Σ	**8.942.585**
	1,000

Forward-Linkage: zurechenbare Produktion in **nach**gelagerten Bereichen

eine Stufe nachgelagerte Bereiche		**zwei Stufen** nachgelagerte Bereiche		**weitere** nachgelagerte Bereiche	
Top 5 Branchen		**Top 5 Branchen**		**Top 5 Branchen**	
	Tsd. EUR		Tsd. EUR		Tsd. EUR
85	166.617	45	39.055	45	19.506
25	91.404	15	36.651	15	18.730
15	77.714	74	26.338	74	15.047
51	64.972	55	15.059	70	12.528
45	63.444	70	14.648	55	10.390
Rest	607.546	Rest	210.123	Rest	122.241
Σ	1.071.696	Σ	341.874	Σ	198.442
	0,120		0,038		0,022

Q: IWI (2010a)

---

308 Bei zusätzlicher Berücksichtigung von einkommens- und investitionsinduzierten Effekten liegen die Multiplikatorwerte idR deutlich über dem Faktor 2.

309 Ein VZÄ kann einem Personenjahr gleichgesetzt werden, d.h. einem ganzjährig Vollbeschäftigten. Für einen vollbeschäftigten Mitarbeiter, der nur ein halbes Jahr im Unternehmen angestellt ist, oder einen halbzeitbeschäftigten Mitarbeiter, der ein ganzes Jahr im Unternehmen angestellt ist, sind folglich 0,5 VZÄ pro Jahr zu werten.

310 Für diese Fragestellungen wurde seitens des IWI auf der Basis der IO-Analyse eine spezielle Darstellungsform entwickelt, welche es erlaubt, Wertschöpfungsketten (oder besser Wertschöpfungsverflechtungen) für ausgewählte Güter übersichtlich zu machen (s. IWI, 2010a; dieser Studie ist das Beispiel im Haupttext zu entnehmen). Es kann gezeigt werden, wie viel Produktion entlang der gesamten Wertschöpfungskette einem bestimmten Gut zurechenbar ist und in welchen Wirtschaftsbereichen sie stattfindet.

Die Wertschöpfungskette beginnt normalerweise vor der eigentlichen Produktion in den Unternehmen und reicht von der Gewinnung der Rohstoffe (Urproduktion) und dem Einsatz von Arbeit bis zur Endnachfrage. Die *vor*gelagerten Bereiche gliedern sich sodann über ein breites Leistungsspektrum – je weiter der Produktionsprozesse zum Ursprung zurückverfolgt wird, desto umfassender. Die *nach*gelagerten Bereiche fächern sich ebenso heterogen auf.

Fallbeispiel Herstellung von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen: Die wichtigsten unmittelbaren Zulieferer sind in Österreich neben Unternehmen v.a. der *Handelsvermittlung und* des *Großhandels (ohne Handel mit Kfz) (51)* jene der *Energieversorgung (40),* des *Landverkehrs und Transports in Rohrfernleitungen (60),* des *Bauwesens (45)* sowie der *Erbringung von unternehmensnahe Dienstleistungen (74).* In den weiter vorgelagerten Bereichen (zwei und weitere vorgelagerte Bereiche) finden sich zudem prominente Nachfrageeffekte im *Kreditwesen (65)*. Insgesamt profitieren in der Backward-Linkage-Betrachtung damit allen voran Branchen, die nicht dem Kernbereich der Industrie zuzuordnen sind, bzw. Bereiche mit einem Dienstleistungsschwerpunkt.[311] Im Vergleich dazu zeigen sich im unmittelbar nachgeordneten Branchenspektrum (eine Stufe nachgelagerte Bereiche) das *Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (85),* die *Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (25),* die *Herstellung von Nahrungs-/Genussmittel und Getränken (15)* sowie erneut die *Handelsvermittlung und der Großhandel (ohne Handel mit Kfz) (51)* und das *Bauwesen (45)*. Hinzu kommen im späteren Wertschöpfungsverlauf v.a. die *Erbringung von unternehmensnahe Dienstleistungen (74),* das *Beherbergungs- und Gaststättenwesen (55)* sowie das *Realitätenwesen (70).* Auch die Forward-Linkage-Aufstellung ist deutlich durch Sektor-Heterogenität gekennzeichnet.

Je nach betrachteter Branche variieren die ausgelösten Hebeleffekte[312] in den vor- und nachgelagerten Bereichen, welche freilich auch sehr divergierende Muster aufweisen können (s. Anhang 9).

8.4 Zwischenresümee

Kapitel 8 betont, dass es erstens in der Industrie selten politische Pauschalierungsmöglichkeiten gibt und zweitens konkrete industrieökonomische Entscheidungen über die gesamte Volkswirtschaft weit verzahnte Wirkungsketten zum Ergebnis haben können. Anhand von Projektionen werden zur Beurteilung der Rolle der Industrie als Transmissionsriemen zur mittelbaren Generierung von Wohlstand Impulse im volkswirtschaftlichen Liefer- und Leistungsgeflecht Österreichs gemessen.

Industriepolitik, die Einfluss auf industrieökonomisches Handeln hat, ist damit ebenso Gesamtwirtschafts- wie Gesamtgesellschaftspolitik. In modernen Industriegesellschaften wird der tatsächliche Stellenwert industriellen Handels aber unterschätzt; die zentralen (volks-) wirtschaftlichen Wechselwirkungen politisch ungenau behandelt. Industrieagenden finden sich sodann eher als Querschnittsmaterie anderer Politikfelder wieder als in der Rolle des Aktivfaktors in qualifizierten Strategieprogrammen.

Abseits dieser grundsätzlichen Bestimmungen legen die Ergebnisse von Kapitel 8 nahe, eine sich gegenseitig bedingende industriepolitische Zweiwegestrategie zu entwickeln: Zum einen sollten in einer langfristigen Dimension durch indirekte Maßnahmen branchenneutrale Verbesserungen erwirkt werden – allgemeiner Standortfaktorendiskurs (Beeinflussung von allgemeinen Standortfaktoren, wie Abgabenquote, Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung, Technologiebewusstsein etc.). Zum anderen schaffen in der vordergründig kurz- bis mittelfristigen Dimension sehr informationsintensive Technologie/Güter bestimmte Maßnahmen die Möglichkeit vorhandene Multiplikatorpotenziale in den jeweiligen Wertschöpfungsketten zu aktivieren – vertikale Strategien durch spezielle Förderprogramme („chirurgische Eingriffe“ in Zukunftstechnologien, spezielle Umweltgesetze, etc.).

Die völlig unterschiedlichen industrieökonomischen Ausgangssituationen und die vieldimensionalen wirtschaftspolitischen Handlungsdimensionen sind eine große Herausforderung für die industriewissenschaftliche ebenso wie interessenspolitische Tagesarbeit.

---

[311] Industrieunternehmen haben im Vergleich zur Gesamtwirtschaft eine tendenziell niedrigere Wertschöpfungsintensität, da sie eine überdurchschnittliche Vorleistungsintensität haben. Besonders im Vergleich zu jenem Bereich der Volkswirtschaft, in dem konsuminduzierte Effekte wirksam werden (das ist vor allem der Dienstleistungssektor).

[312] Die Aufspaltung der Wertschöpfungskette in ihre Glieder zeigt, dass die Glieder nicht gleich stark ausgeprägt sind, sondern immer schwächer werden, je weiter man sich von der Produktion des ausgewählten Bereichs in einer Wertschöpfungsketten-Direktion entfernt.

9 Synopse

Das gegenständliche Untersuchungskonzept (s. Beschreibung der Arbeitsachsen A bis C in Kapitel 1) ließ sich methodisch und interpretativ mit überwindbaren Schwierigkeiten in die Tat umsetzen. Es setzt jedoch ein hohes Niveau an nicht-codifiziertem Themen- und Akteursgruppenwissen sowie Zugänge zu nicht veröffentlichten Dokumenten voraus.

Abb. 9-1: Kernaussagen im Untersuchungsablauf

Q: Eigene Darstellung

Die wichtigsten Aussagen der Kapitel 1 bis 8 können wie in Abb. 9-1 dargestellt zusammengeführt werden. Im Lichte dessen lassen sich für die ex ante bestimmte Hauptforschungsfrage der Arbeit „Welche Funktion hat die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung im gemischten Interessenssystem Österreichs?“ folgende Anmerkungen anführen:

- Gemäß einer Vielzahl von Experten und u.a. auch von NORTH (1998) ist der pluralistische Wettbewerb zwischen (interessens-) politischen Einheiten und Ideen zu begrüßen. Denn daraus erwachsen im Sinne einer evolutorischen-gesamtpolitikökonomischen Wachstumsphilosophie (vgl. North'scher Institutionenansatz) wesentliche Impulse für langfristige(n) Wohlstand und Beschäftigung. Vor diesem Hintergrund ist das interessenspolitische Kräftespiel in Österreich seit Jahrzehnten konfiguriert. Dessen jeweilige Partnerstrukturen (inkl. Institutionen der außeruniversitären Forschungslandschaft) sind in die einzelnen (erweiterten) Subsysteme in Abhängigkeit zum jeweiligen politischen Moment einmal stärker, dann wieder weniger implementiert; wobei die Initiative zur Kontaktherstellung oftmals informationsnachfrageseitig ausgeht.
- Für die in der gegenständlichen Arbeit relevanten Akteure (Akteursgruppen) gibt es einerseits in der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung einen einzigen identitätsstiftenden Akteur, das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) – neben institutioneller Tradition u.a. aufgrund industrieökonomischer Durchdringungsraten in der Methodenanwendung, im Themensetting etc. Andererseits gibt es im gemischten Interessenssystem ein gleichzeitiges Wirken von durch Hoheitsakt errichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts als gesetzliche berufliche Vertretungen (WKO und ihre Institutionen und Fachorganisationen – wozu insbesondere die 18 Fachverbände der BSI bzw. auch die BSI selbst zu zählen sind) und von privatrechtlich organisierten freien Unternehmensverbänden ohne Pflichtmitgliedschaft, abseits der Sozialpartnerschaft (IV, aber ebenso eine größere Anzahl von kleineren Spezial- und Branchenverbänden).
- Allgemein wirkt die BSI in einem ausnehmend differenzierten System interessenspolitischer Organisation und sollte hinsichtlich Interessensaggregation, Interessensselektion, Interessensartikulation und Integration eigentlich keine signifikanten Spielräume eröffnen. Aber es gibt sie – nämlich gerade weil die Interessensstrukturen für freie Interessensverbände in Österreich weit weniger heterogen sind als durch Hoheitsakt errichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts. Dies betrifft in einem föderalen Staat nicht zuletzt die notwendige Abstimmung zwischen Bundes- und Landesinteressen. BSI und IV haben aufgrund ihrer internen Strukturen bzw. Ressourcen beide nachhaltigen Bedarf an qualifizierten Impulsen seitens der angewandten (mitunter sogar theoretischen) Industrieforschung.
- Im über Forschungs- und Beratungsprojekte initiierten Austausch zwischen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung und den aufnahmefähigen Interessensorganisationen BSI und IV entsteht ein weitgehend wirtschafts- und konjunkturkrisenstabiles Wissensnetzwerk mit eigener fachlicher Identität (durch z.B. die Nutzung gemeinsamer Ressourcen oder den forschungsbasierten abgestimmten Aufbau neuer Aktionsfelder, in welche das generierte Wissen einfließen kann) und logisch konzipierten Schnittstellen. Dieses durch ihr spezifisches Aufgaben-, Betätigungs- und Vernetzungsprofil gekennzeichnete Cross-Scale Network wird in letzter Konsequenz sodann aber immer durch die Industrieunternehmen selbst, welche mit ihrem Aussagen- und Bedarfsprofil die wichtigste Macht- und Einflussgröße auf alle Prozesse bilden, bestimmt.
- Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung arbeitet zwar intensiv mit dem interessenspolitischen Raum zusammen, ist von diesem letzten Endes aber nicht abhängig. Und das ist gut. Als potente Unterstützer und Financiers treten ebenso Bundesministerien, Landesregierungen, Nationalbanken etc. auf, die in der Regel großen Wert darauf legen, die gesamte Volks-/ Regionalwirtschaft im analytischen Blick zu behalten. Auch führt der überdurchschnittlich intensive Kontakt zu den Unternehmen der Privatwirtschaft in bestimmten Abständen zu gemeinsamen Initiativen (wobei hier ein großer Wert an den wissenschaftlichen Anspruch gelegt wird). Ebenso beschäftigt sich die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung kontinuierlich und bewusst mit Methoden und Themen, die niemals in einer kurzfristigen Anwendung Platz finden würden – so lassen sich nach den Regeln der Grundlagenforschung und unter Nutzung möglichst hoher Freiheitsgrade gänzlich neue Ideen im Sinne langfristiger Strategien verwirklichen (andernfalls hätte unternehmensnahe angewandte Industrieforschung kein Anrecht, Teil der österreichischen Forschungslandschaft zu sein).
- Aus Sicht der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung schaffen die Vernetzungsstrukturen zur Organisation industriepolitischer Interessen ieS einen inhaltsgetriebenen Übersetzungsprozess (die Forschung generiert Wissen – die Interessensvertretung führt dieses hin zur Anwendung), der Vor- und Nachteile mit sich bringen kann: Zum einen weist die unternehmens-

nahe angewandte Industrieforschung damit einen tendenziell geringen Bezug zur politischen Maßnahmen-/Instrumentarienebene aus, und sie würde daher im politischen Spiel ohne Wissenstransferriemen in vielen Fällen ihre Funktion als Systemhebel nicht oder nur abgeschwächt finden. Zum anderen kann eine verkürzt-pointierte Darbietung komplexer industriewissenschaftlicher Aussagen zu Missverständnissen führen bzw. neue Fragen aufwerfen (deshalb ist das intensive Abstimmen beider Seiten trotz kontinuierlich abnehmender Zeithorizonte wichtig). Die politische Koordination wird idR von Seiten der Interessensvertretungen bewerkstelligt.

- Grosso modo decken sich die Strukturen von Informationsangebot (Themen und avisierte Maßnahmen/Instrumentarien der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung) und Informationsnachfrage industriepolitischer Akteure des gemischten Interessenssystems in Österreich. Es zeigen sich signifikante Ähnlichkeiten in den Themenmustern (inkl. inhaltliche Akzentuierungen/Nuancierungen) wie Strategielinien. Trotzdem arbeiten IWI, BSI und IV in ihren spezifischen Themenpointierungen facettenreich bzw. bemühen multiple Aussagenspektren (hinsichtlich Produktionskosten, Infrastruktur, Humanpotential/Human Resources, Bedingungen für FTI, Netzwerk- und Kooperationsmuster, Wettbewerbskonstellation/Konjunkturentwicklung, Gesetzgebung, Förderungen und öffentliche Verwaltung, gesellschaftliches Umfeld u.Ä.). Insbesondere ist der Produktionsfaktor *Arbeit* für die angewandte Industrieforschung ebenso ein zentraler analytischer Angelpunkt wie für die Interessensvertretungen eine wichtige argumentative Diskursgröße. In Relation dazu werden Bildungs- und Qualifikationsfragen und Aspekte der Struktur und Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren besonders behandelt. Im Rahmen der jüngsten Finanz- und Konjunkturkrise hat das notwendig kurzfristige Umschalten von Methoden- und Themenschwerpunkten relativ gut funktioniert (schnelles Verfügbarmachen von Zahlen, Daten und Fakten).
- Beide Seiten des hier betrachteten Akteursspiel (unternehmensnahe angewandte Industrieforschung; industriepolitische Akteure des gemischten Interessenssystems) haben in der Vergangenheit einander gegenseitig unterstützend verhältnismäßig stabile Strukturen aufgebaut, die durch das Einsetzen einer mehrjährigen Finanz- und Konjunkturkrise (wie jene der letzten Jahre) nicht zerstört werden konnten. Allerdings sind beide Systeme grundsätzlich anfällig, wenn besonders lange Krisensituationen eintreten sollten, in denen das Handeln der Industrie negativ beeinträchtigt ist (dadurch wiederum geänderte Nachfragesituation, Wegfall von Mitgliedsbeiträgen etc.). In beiden Bereichen tritt letzten Endes die Industrie als Kernelement und damit als Initiator und Forcierer auf.
- Die vorhandenen Forschungsstrukturen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung erscheinen im Vergleich zur der sehr komplex konfigurierten informationsnachfragenden interessenspolitischen Seite klein, mitunter unterkritisch zu sein. Ein kompaktes Paket an definierter Themenflexibilität, an traditioneller Bottom-up-Wirtschaftsforschung, an einer tendenziellen Orientierung an idealen Entwicklungspfaden und an systemorientierten Untersuchungsansätzen ist dabei eine nachvollziehbare und mitunter erfolgsversprechende Strategie, kann aber nicht alle Strukturnachteile beseitigen. Generell gibt es Wachstumsblockaden, die von zwei großen alteingesessenen Wirtschaftsforschungsinstituten ausgehen.
- Die Arbeit der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung soll BSI (mitunter auch WKO insgesamt) und IV darin unterstützen, auf Dauer eingerichtete, überlokale, organisierte Interessensgruppen sein zu können, welche das materielle Wohlergehen der Gruppenmitglieder und (aufgrund der Bedeutung und Verflechtung der Industrie und ihrer angrenzenden Sektoren) bestmöglich für die gesamte Volkswirtschaft, aber ebenso auch für die Gesellschaft insgesamt avisieren. Die systemische Lösungskompetenz in der österreichischen industriepolitischen Interessenslandschaft entsteht nicht alleine aus den Hauptakteuren, sondern auch aus der Interaktion zwischen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung und den industriepolitischen Akteuren des gemischten Interessenssystems.
- Das Gesamtsystem ist aufgrund des Zusammenwirkens der betrachteten Akteure geeignet, einen positiven Beitrag zur Industriegesinnung des Landes abzugeben. Der Schlüssel dafür liegt aber nicht nur in der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung, sondern mitunter sogar mehr in den Potenzialen, welche die Verbändeorganisation bietet. In einem Mangel an Industriegesinnung liegt die Gefahr mangelnder Aufnahmefähigkeit bei politischen Entscheidungsträgern (bzw. im politikökonomischen Entscheidungssystem allgemein). Das Industriebewusstsein ist gerade in Zeiten von globalen Finanz- und Konjunkturkrisen ein wesentlicher Angelpunkt für Erfolg und Wohlstand.

Damit kann der zu Beginn der Arbeit aufgespannte Thesenraum im Wesentlichen verifiziert werden (das System der Organisation von Industrieinteressen zeigt keine erheblichen Schwächen betreffend

Themenbefassung u.Ä.; Effektivitätsmangel der an sich gut aufgestellten unternehmensnahen angewandten Industrieforschung durch fehlenden Kommunikationsprofessionalismus etc.).

Als Co-Ziel der vorliegenden Untersuchung und als Zeichen für den angewandt-wissenschaftlichen Charakter sollen vor dem Hintergrund der Analyseergebnisse Handlungsempfehlungen formuliert werden. Diese finden sich abschließend in der nachfolgenden Auflistung (unterteilt mit Blickrichtung auf die zentralen Akteursgruppen der gegenständlichen Überlegungen).

Empfehlungen und Hinweise für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung

Unternehmensnahe angewandte Industrieforschung, und darauf aufbauend industriepolitische Beratung, muss insbesondere in Zeiten globaler Wirtschaftskrisen ohne altpatriarchische interne Strukturen sowie ohne ideologische Positionierung oder Denkverbote rasch, klassische Anreizstrukturen überwindend, in partnerschaftlichen Strukturen mit dem gemischten Interessensystem und unter Nutzung sämtlicher adäquater Kommunikationsstrategien bzw. kundengerichtet agieren. Und sie darf im selben Moment den Boden der wissenschaftlichen Seriosität nicht verlassen. Das ist kein Widerspruch. Natürlich ist es (nicht in allen, aber) in vielen Fällen möglich, als Industrieforscher rasch wie zielgerichtet fundierte und umsetzbare Antworten auf Fragen aus Politik und Wirtschaft zu liefern. Diese können prinzipiell auch dergestalt formuliert sein, dass sie auch in einfachen Worten korrekt wiedergegeben werden können.

Im Lichte klassischer Methodenprojekte sowie grundlegender Strukturstudien weist die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung in ihren Aussagen und Strategielinien bis dato einen verhältnismäßig geringen unmittelbaren Bezug zur industriepolitischen Maßnahmen-/Instrumentarienebene aus. In einigen Projekten ist gar keine Tangente zur konkreten politischen Umsetzung erarbeitet. Das führt dazu, dass Financiers und Auftraggeber von Analysen in jedem Fall in die „Übersetzungspflicht“ für den politischen Markt schlüpfen.

Industrieökonomen müssen es im Gegensatz z.B. zu Konsumenten- oder Umweltökonomen persönlich „ertragen“ können, dass gerade die interessantesten Forschungsergebnisse durch medial bekanntere Gesichter v.a. der Unternehmenslandschaft kommuniziert werden. Eine dauerhafte öffentliche Präsenz (inkl. Abbildung in den elektronischen Medien) ist alleine über den Hebel unternehmensnaher angewandter Forschungsprojekte kaum zu erlangen; die Rolle des *Public Adviser* kann ohne Zutun von Partnerstrukturen (u.a. des interessenspolitischen Raumes) sodann nicht eingenommen werden. Trotzdem gilt es, jede Initiative in eine Policy-Dimension zu stellen, dabei die Kommunikationsebene zu suchen und im Ergebnis nicht zu beginnen, wissenschaftlich abgehoben zu agieren.

Sind gemeinnützige Strukturen vorhanden, muss diese Mission auch ernst genommen bzw. im Tagesgeschäft gelebt werden. D.h. dass die Qualität der Ergebnisse bzw. der Arbeitseinsatz dafür nicht in allesüberstrahlendem direktem Abhängigkeitsverhältnis zur finanziellen Ressourcenausstattung des jeweiligen Projekt-Financiers stehen muss. Generell sollte in einem Business, in welchem in der Vergangenheit Idealismus kein Fremdwort gewesen zu sein scheint, auch in Zukunft nicht die finanzielle Ausstattung das wichtigste Aktionskriterium sein (dies setzt idR aber eine Mindestauslastung durch bestimmte nachhaltige Vorhaben voraus; jedoch nicht zwingend das Vorhandensein von Basissubventionen).

Für eine moderne unternehmensnahe angewandte Industrieforschung gilt es, eingebettet in einem (auch methodenlastig) strategischen Langfrist-Forschungsansatz, kurzfristig auf die jeweils relevanten Problemsituationen die entsprechenden Antworten finden zu können. Aber ein ausschließliches Konzentrieren auf (kommerziell verhältnismäßig günstige) Kurfriststrategien wäre ein großer Fehler. Die Forschung würde sodann einem mit der Zeit schier unkontrollierbar getriebenen Projekt- und Themenhopping weichen müssen (vgl. Consulting-Branche) – der Basisanspruch „von der gerichteten Grundlagenforschung hin zur praktischen Anwendung“ wäre obsolet. Nichtsdestotrotz steht dieser Aspekt dem Pragmatismusanspruch nicht entgegen, von der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung in Zeiten massiver Finanz- und Konjunkturkrisen ein besonders rasches Umschaltevermögen in Forschung- und Bearbeitungsprozessen einzufordern (dazu gehört eine vorausschauende bzw. gut vorbereitete Arbeit im Sinne der Erstellung von Zeitplänen, wann welche Daten für welche relevanten Politiklinien veröffentlicht werden).

Es macht mitunter Sinn, dass Wirtschaftsforschungsinstitute in Österreich ab einer Mindestgröße (nach dem Vorbild einiger deutscher Einrichtungen) im Zuge institutioneller Erweiterungen und für jeden erkennbar, selbstdefiniert auch als kommerzielle Beratungseinheiten denken. Das Ziel liegt dabei darin, die beiden Schwerpunkte „Forschung“ und „Beratung“ und den damit verbundenen fachlichen Transmissionsriemen an den dafür vorgesehenen Märkten klarer positionieren zu können (mitunter auch durch verschiedene führende Experten, die in der jeweiligen Funktion der Öffentlichkeit präsentiert werden, deren Funktion aufgrund der dann transparent kommunizierten institutionellen Herkunft transportiert werden kann). Wichtig dabei ist, einem verschwommenen Bild an Wissenschaftlichkeit auf der einen Seite entgegenzuwirken; und auf der anderen Seite den klaren Auftrag zu formulieren, mit wissenschaftlich fundierten Grundlagen einen angewandten Beitrag für die unmittelbaren Anwendungen im politischen Raum entwickeln zu wollen. Für die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung müsste dabei freilich gelten, dass die Leistungen in beiden Welten (Industriewissenschaft cum industrierelevanten Beratungsleistungen) über das Thema Industrie unmittelbar identifizierbar sein müssen. Für das IWI im Besonderen müsste gelten: Erstens, es gibt eine enge Verbindung zwischen IWI und nachgelagerter Institution, wobei unabhängig von der konkreten Konstruktion IWI-Vereinszwecke verfolgt werden sollten. Zweitens, die Entscheidungshoheit bleibt letzten Endes bei den hochrangig besetzten IWI-Gremien. Drittens, es darf keinen Zweifel an der Seriosität und keine Eigeninteressen der nachgelagerten Struktur geben.

Die gegenständliche Arbeit selbst steht für die Empfehlung, Interesse für die Grenzbereiche der von einander nur auf den ersten Blick abgrenzbaren Wissenschaftsfelder *Industriewissenschaft/Wirtschaftsforschung* und *Politikwissenschaft* zu entwickeln. Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung sollte sich anhaltend selbst hinterfragen können und die eigenen Leistungen sowie jene des übrigen Marktes für Wirtschaftsforschung kritisch analysieren. Nimmt sie sich ernst und ist sie – wie es in der Privatwirtschaft üblich ist – bereit, an kontinuierlichen Verbesserungen zu arbeiten, könnte sie als Testfeld gleichermaßen wie als *Role Model* für das gesamte wirtschaftspolitische Beratungssystem Österreichs fungieren (Anheben des Ansehens der angewandten Wirtschaftsforschung und Verbesserung der Qualität wirtschaftspolitischer Beratung allgemein).

Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung sollte an einer Sicherung bzw. qualifizierten Weiterentwicklung der in den vergangenen Jahren gebildeten Wissensnetzwerke (hier im Zusammenspiel mit BSI und IV) interessiert sein. Auf diese Weise reduziert sich das Risiko, dass sie an der Nachfrage aus dem (interessens-) politischen Raum vorbei arbeiten könnte. Generell ist die Nähe von Forschungsstrukturen zu interessenspolitischen Institutionen – anders als es manche Ökonomen meinen – aus Sicht der gegenständlichen Analyse und in der Überzeugung des Autors kein Problem. Zum Funktionieren des Systems reichen die Bereitschaft, institutionell einander auf Augenhöhe begegnen zu können, sowie das Interesse, die jeweils anderen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen verstehen zu wollen. Freilich ist es dabei von Vorteil, wenn die Forschungsseite erkennt, dass der eigene Tätigkeitsbereich der politischen Entscheidungssphäre (entgegen linearer Denkmuster) nicht zwingend vorgelagert sein muss, bzw. dass die Nachfrage des gemischten Interessenssystems nicht stark aktiv gelenkt werden kann – in einer Vielzahl der Fälle geschieht hinsichtlich der Ablaufkomponente (Rollenverteilung zwischen Angebots- und Nachfrageseite bleibt bestehen) der marktgetriebene Prozess, wobei die Impulse von Seiten der interessenspolitischen Akteure bzw. von den Unternehmen ausgehen.

Wenn die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung zwar nicht ausschließlich im Dienste industriepolitischer Entscheidungen denkt, so sollte sie für diese doch als impulsgebende Kraft agieren (direkt im Kontakt zur Politik oder indirekt über interessenspolitische Mechanismen).

Empfehlungen und Hinweise für das gemischte Interessenssystem Österreichs

Interessensvertretungen haben in der Regel einen bestimmten Einfluss. Dies rührt v.a. daher, dass sie Informationen in einer vergleichsweise schnellen, klaren und politiknahen Sprache kommunizieren können bzw. besser vernetzt und weitaus dynamischer sind als z.B. wissenschaftlich orientierte Akteure. Sie schaffen es, der Politikseite auch und v.a. in Krisenzeiten wichtige Entscheidungshilfen/Handlungsweisen (die hinsichtlich Wirkungserwartung, Timing oder Intensität eng miteinander verflochten sein können) anzubieten, welche nicht zuletzt auf die damit erzielbaren Wählerstimmen hinweisen. Dieses Profil gilt es zu erhalten und gegebenenfalls auszubauen.

Ein guter interessenspolitischer Beratungsempfänger muss die richtigen Fragen stellen können und darf nicht beratungsresistent sein. Er ermöglicht durch seinen Auftritt ein Systematisieren in der Beratungslandschaft. Die Intermediärfunktion zwischen Forschung und Politik erfordert ein besonderes Aufnahmefähigkeitsprofil für gesamtwirtschaftliche Wirkungszusammenhänge. Voraussetzung für den Erfolg ist dabei das Streben nach einem konsistenten langfristig orientierten industriepolitischen Programm und nicht zuletzt das anhaltende Interesse an Leistungen der unternehmensnahen angewandten Industrieforschung (und damit verbunden die institutionenübergreifende Kontaktherstellung zu unternehmerischen Schlüsselspielern). Dieses Interesse ist wohl v.a. dann gegeben, wenn die Mitgliedsunternehmen von Interessensverbänden Neugier bekunden, welche wiederum solange bestehen kann, wie die Qualität und Aussagekraft entsprechender wissenschaftlicher Arbeiten anwendungsorientierten Ansprüchen genügen (inkl. konzeptioneller Neuerungen und Erweiterungen). Die Ansprüche sind sodann nur möglich zu erfüllen, wenn Industrieunternehmen laufend Inputs liefern (originäre Daten ebenso wie konzeptionelle Rückkoppelungen) bzw. bereit sind, im Sinne einer mit der Forschungsseite gemeinsamen Informationsgenerierung die Tiefe von Argumentationslinien zu ergründen. Auch kann ein hoher Grad an Transparenz als tragende Strategiekomponente fungieren.

Stabile Netzwerke bzw. historisch gewachsene Zugänge (inkl. Einbettung externer wissenschaftlicher Berater in interne Strukturen auf der einen Seite wie die Übernahme von Funktionsverantwortung z.B. in Gremien wissenschaftlicher Einrichtungen auf der anderen Seite) und intensive Kontakte zu Medien und politischen Entscheidungsebenen sind sehr wichtig. Es gilt dabei stets darauf zu achten, dass seriöse Zugänge interessenspolitischer Arbeit gewählt werden. Dahingehend sind Praktiken, die zur Umgehung des demokratischen Willensbildungsprozesses dienen, unerwünscht und seitens der Industrieforschung ebenso wie von (industrie-) politischen Entscheidungsträgern nicht zu unterstützen (Abschreckungspotenzial bei gegen Gesetze verstoßender Parteienfinanzierung o.Ä.).

Auch wenn institutionell Konfliktlinien zwischen WKO (BSI) und IV bestehen, macht es Sinn, wenn die beiden Akteure (Akteursgruppen) im interessenspolitischen Tagesgeschäft in einem auf systemischen Dialog gegründeten Rahmen von Arbeitsgruppen, Auftraggeberkonsortien, Presseauftritten etc. koordiniert und als gleichberechtigte Partnerorganisationen auftreten. Wenn dies zudem unter Einbindung einer qualifizierten unternehmensnahen angewandten Industrieforschung erfolgt, führt dies zu einer erhöhten interessenspolitischen Schlag- und Strahlkraft für beide Organisationseinheiten.

Empfehlungen und Hinweise für die (industrie-) politischen Entscheidungsträger

Die völlig unterschiedlichen industrieökonomischen Ausgangssituationen und die vieldimensionalen wirtschaftspolitischen Handlungsräume sind eine große Herausforderung für die industriepolitische Tagesarbeit. Die politischen Entscheidungsträger treffen zudem (ebenso wie interessenspolitische Player) unter einem komplexen Setting an Rahmenbedingungen ihre Entscheidungen. Dabei sollten auch sie die richtigen Fragen stellen können und nicht beratungsresistent sein.

Das Platzen der „IT-Bubble“ um das Jahr 2000 zeigte zum ersten Mal die Gesetzmäßigkeit bzw. das Drohpotential globalisierter Systemschocks. Nicht zuletzt die springenden Erwartungshaltungen in der mittlerweile weitgehend liberalisierten Finanzwelt ebenso wie in der damit immer enger verbundenen Realwirtschaft führten zu einer schnellen Abfolge von übersteigerten Auf- und Abschwüngen (vgl. Hochkonjunktur bis Mitte 2008, danach sofort Rezession). Kam Österreich um die Jahrtausendwende (aufgrund seines tendenziell traditionellen produktionswirtschaftlichen Branchenmixes) wirtschaftlich noch mit einem Blauen Auge davon, zeichnet sich vor dem Hintergrund der jüngsten weltweiten Finanz- und Konjunkturkrise eine in Summe ungleich größere gesamtwirtschaftliche Betroffenheit ab. Politiker müssen in solchen Krisenzeiten Entscheidungen noch rascher und unter erheblich größerer Unsicherheit treffen. Selbst bei ausreichend realistischer Modellierung der Wirtschaftsentwicklung lassen sich viele exogene Entwicklungen und Schocks von (Industrie-) Ökonomen nicht voraussagen.

Die Ergebnisse der Untersuchung legen nahe, eine sich gegenseitig bedingende industriepolitische Zweiwegestrategie zu entwickeln: Zum einen sollten in einer langfristigen Dimension durch indirekte Maßnahmen branchenneutrale Verbesserungen erwirkt werden – allgemeiner Standortfaktorendiskurs (Beeinflussung von allgemeinen Standortfaktoren, wie Abgabenquote, Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung, Technologiebewusstsein etc.). Zum anderen schaffen in der vordergründig kurz- bis mittelfristigen Dimension informationsintensive, Technologie/Güter bestimmte Maßnahmen die Möglichkeit, vorhandene Multiplikatorpotenziale in den jeweiligen Wertschöpfungsketten zu aktivieren (vorhandene Leistungsverzahnungen über die gesamte Volkswirtschaft) – vertikale Strategien durch

spezielle Förderprogramme („chirurgische Eingriffe“ in Zukunftstechnologien, spezielle Umweltgesetze, etc.).

Unabhängig davon kann in dieser Studie keine Evidenz herausgearbeitet werden, die dem in der Fachliteratur beschriebenen, mitunter sehr kritischen Profilbild (medien-) demokratisch gewählter politischer Entscheidungsträger entgegen stehen könnte. Und in diesem Sinne gibt es bereits ausführliche Empfehlungslisten zu Verbessrungspotenzialen auf der politischen Beratungsempfangsseite. Stellvertretend dafür und durch die gegenständliche Untersuchung partiell bestätigend soll an dieser Stelle angeführt sein (vgl. ATZMÜLLER, 2008):

- Weitgehende politische/finanzielle Unabhängigkeit der qualifizierten Beratungslandschaft durch z.B. Generalneukonzeption öffentlicher Finanzierungsstrukturen im (außer-) universitären Bereich (z.B. einheitliche, gesetzlich garantierte Basissubvention für gemeinnützige Akteure zu einem geringen Prozentsatz und zu einem hohen Prozentsatz müssen Gelder sodann über den Markt im strengen Wettbewerbsprinzip erwirtschaftet werden);
- Förderung von Think Tanks, die unabhängig von Einflüssen aus der Tagespolitik zum Agenda Setting beitragen und sich mit den langfristig wesentlichen Aufgaben/Themen auseinandersetzen;
- Verstärkte Einrichtung von flexiblen wissenschaftlichen Beiräten in den Ministerien bzw. Gründung von (inter-) ministeriellen Expertenplattformen zur Außerstreitstellung grundlegender Fakten, welche zur vorparlamentarischen sozial- und wirtschaftspolitischen Themenklärung genützt werden könnte (vgl. Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages);
- Zeitliche Begrenzung der Beratertätigkeit (Abschaffung von Monopolstrukturen) und damit auch Etablierung einer Vielzahl einander konkurrierender Berater. Grundsätzlich kann dabei auf die vorhandenen (außer-) universitären Beratungsressourcen zurückgegriffen werden, teure kommerzielle Beratung sollte nicht verstärkt in Anspruch genommen werden.
- Forcierung von Fachwissen bei politischen Entscheidungsträgern und deren internen Beratungsstrukturen (institutionalisiertes Nutzen von Wissens-Netzwerken nicht zuletzt für eine möglichst qualifizierte Beratungsnachfrage);

Im Kontext zu einer verbesserten Funktionsweise bzw. effektiveren forschungs-/beratungsbezogenen Entwicklungslinien können im Detail viele weitere Ansatzfelder diskutiert werden. Diese reichen von der Etablierung von Publikationsorganen, in denen kritische Positionen präsentiert und diskutiert wer können, bis hin zu einem signifikant verstärkten *Policy Borrowing* (vermehrtes Zurückgreifen auf Erfahrungen mit gut funktionierenden Systemen in anderen Ländern – dem vorgeschaltet: intensivierte Suche nach Good-Practise Strategie- und Lösungskonzepten auch durch die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung).

Ferner sollte ein wichtiges Allgemeinanliegen in der Erhöhung der Transparenz von wirtschaftspolitischen Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit bestehen (Politik und Politikberatung als Öffentliches Gut). Dadurch lassen sich Eigeninteressen der Politiker besser kontrollieren, und es kann die Gefahr von Gefälligkeitsgutachten reduziert werden. Auch da Wissenschaft nicht wertfrei ist, sollte darauf geachtet werden, dass Transparenz herrscht, im jeweiligen Kontext Gegenpositionen diskutiert werden und die Nachvollziehbarkeit gewährleistet ist. Deshalb müssen die Bemühungen forciert werden, Beratungsinhalte nicht nur an die Politik, sondern auch an die Öffentlichkeit insgesamt zu richten.

Bei gegebenen Strukturen besteht in gewissem Ausmaß die Gefahr, dass in Zukunft ein derzeit noch geringer aber mitunter wachsender Anteil an privaten Akteuren und/oder Ad-hoc-Committees (ohne oder mit nur geringer wirtschaftswissenschaftlich fundierter und/oder gemeinnütziger Ausrichtung), auf hoheitliche Willlensbildungs- und Entscheidungsprozesse einwirken. Es sollte aber vermieden werden, dass sich abgekoppelt von Forschungswissen eine Art von Alltagsökonomie etabliert, die ausschließlich von Journalisten, Politikern und Consultern/Ad-hoc-Committees getragen wird. Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung sollte ihre Potenziale nutzen und in der Zusammenarbeit mit interessenspolitischen Akteuren jene Fragen und Antworten aufwerfen, welche in der wissenschaftlichen wie politischen Auseinandersetzung relevant sind oder in Zukunft relevant sein werden. Punktuell wird es dazu Verbesserungen in der Ausbildungsqualität von Wirtschaftsforschern geben müssen. Laut Experten werden für die Zukunft operative/instrumentelle und strategische/konzeptionelle Aufgaben sowie aufklärende Betätigungen als bedeutend erachtet.

Die unternehmensnahe angewandte Industrieforschung steht in Österreich nicht in Konkurrenz zu den relevanten industriepolitischen Interessensgruppen. Das gemeinsam begründete System (Lösungs- und Wissensnetzwerk) ist gerade in Zeiten von Finanz- und Konjunkturkrisen ein wichtiger Erfolgsfaktor, setzt aber den permanenten Willen zur Koordination und Zusammenarbeit voraus.

Diese Untersuchung macht deutlich, dass die Wirtschaftswissenschaften für wirtschaftspolitische Entscheidungsträger Entscheidungshilfen zur Verfügung stellen können. Politik und Wirtschaft sind heute mehr denn je eng miteinander verzahnt. Am Beginn des 21. Jahrhunderts lebt der Mensch in einem hoch entwickelten Raum politikökonomischer Strukturen. Ebenso wie politische Entscheidungen der Stein des Anstoßes für sich multiplizierende Problemkaskaden sein können, kann politisches Handeln auch den Weg aus Krisensituationen weisen. Die Ökonomie sollte dabei in der Lage sein, Diagnosen wie Prognosen abzugeben und wirtschaftspolitische Handlungsanleitungen geben.

Quellenverzeichnis

Literatur

AIGINGER, K. (2005), Wohin steuert das österreichische Wirtschafts- und Sozialmodell, Referat im Club der Wirtschaftspublizisten in Wien, vom 18. Mai 2005

ALEMAN, U. von, ECKERT, F. (2006), Lobbyismus als Schattenpolitik, Aus Politik und Zeitgeschichte, 15-16/2006

ALMOND, G.A., et al. (2008), Interest Articulation, in: ALMOND, G.A., POWELL, G.B., DALTON, R.J., STROM, K., Comparative Politics Today, New York et al., 60-78.

ANDROSCH, H. (2007), Wirtschaft und Gesellschaft – Österreich 1945 - 2005, Innsbruck

ATZMÜLLER, Ch, et al. (2008), Stärken und Schwächen wirtschaftspolitischer Entscheidungssysteme, in: HANDLER, H, SCHNEIDER, H.W. (Hrsg.), Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik, Industriewissenschaftliches Institut, Wien

BADELT, Ch. (2002), Universitäten und Wirtschaft: Perspektiven einer Strategischen Partnerschaft, in: WKO (Hrsg.), Reden zum Wirtschaftsparlament 2000 – 2004, 33-48

BAUMGARTNER-GABITZER, U. (2008), Wissenschaft als Korrektiv, in: HANDLER, H, SCHNEIDER, H.W. (Hrsg.), Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik, Wien

BERLIN-BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN (2008), Leitlinien Politikberatung: Präambel – Leitlinien guter Praxis wissenschaftlicher Politikberatung, in: BERLIN-BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN (Hrsg.), Leitlinien Politikberatung, Berlin, 11-17

BMF – BUNDESMINSTERIUM FÜR FINANZEN (2002), Evaluierung der Wirtschaftsforschungsinstitute Institut für Höhere Studien (IHS), Österreichisches Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO), Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), Teil A, Wien

BOSSEL, H. (2004), Systeme, Dynamik, Simulation: Modellbildung, Analyse und Simulation komplexer Systeme, Norderstedt

BRANDNER, P. (2010), Fiskalpolitik in der Krise, Wirtschaftspolitische Blätter 2/2010, Wien, 181-202

BRAUN, D., S., GIRAUD, O. (2009), Politikinstrumente im Kontext von Staat, Markt und Governance, in: SCHUBERT, K., BANDELOW, N.C. (Hrsg.), Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München, 159-190

BREUSS, F. (1997), Die Übereinstimmung der österreichischen Exportstruktur mit der Dynamik der Exportmärkte, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Wien

BRÜHL, J. (2003), Wissensnetzwerke – Keimzellen des Wissensmanagements – Motivation, Anreize und Gestaltungsempfehlungen für Wissensnetzwerke, Kaiserslautern

BSI – BUNDESSPARTE INDUSTRIE DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (div. Jahre), Die Industrie aus erster Hand, Wien

BSI – BUNDESSPARTE INDUSTRIE DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (2008), Strategie 2013 für Wachstum und Beschäftigung“ ein umfassendes Positionspapier für die Zukunft der österreichischen Industrie erarbeitet, Wien (nicht veröffentlicht)

BUCHANAN, J, TULLOCK, G. (1962), The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy, Michigan

BUSCH-JANSER, F. (2004), Staat und Lobbyismus. Eine Untersuchung der Legitimation und der Instrumente unternehmerischer Einflussnahme, Berlin

BUTSCHEK, F. (1997), Gibt es eine österreichische Wirtschaftsmentalität? Ein institutionenökonomischer Versuch, in: HAINISCH, E., FAULHABER, T. (Hrsg.), Mentalitäten und wirtschaftliches Handeln in Österreich, Wien, 107-134

BUTTS, C. (2008), Social Network Analysis with SNA, Journal of Statistical Software 24 (6), http://www.jstatsoft.org/

CLEMENT, W. (1988), Die Tertialisierung der Industrie, Wien

DACHS, H. et al. (Hsg.) (2006), Politik in Österreich – Das Handbuch, Wien

DAHRENDORF, R. (2009), Zurück zur protestantischen Ethik?, Merkur - Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 5, 373-381

DAMIANISCH, W, SCHNEIDER, H.W. (2007), Industriebuch 2007 des Industriewissenschaftlichen Instituts, IWI-Studie 151, Industriewissenschaftliches Institut, Wien

DE'GE'POL - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V (2005), Was ist Politikberatung?, Berlin

DE'GE'POL - Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V (2008), Leitlinien für wissenschaftliche Politikberatung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin

DYE, T. S. (1976), Policy Analysis: What Governments Do, Why They Do It And What Difference It Makes, Tuscaloosa

EDQUIST, C. (1997), Systems of Innovation – Technologies, Institutions and Organizations, London

ELIASSON, G. (2000), The Role of Knowledge in Economic Growth, Royal Institute of Technology, Stockholm

ENGELMANN, M, SCHNEIDER, H.W. (2009), Industriebuch 2009 des Industriewissenschaftlichen Instituts, IWI-Studie 151, Industriewissenschaftliches Institut, Wien

ERNSTE, D.H., HAFERKAMP, A., FETCHENHAUER, D. (2009), Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien: Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 1/2009, 60-78

FALK, S. et al. (2006a), Handbuch Politikberatung, Wiesbaden

FALK, S. et al. (2006b), Einführung: Politikberatung - Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen und Politikfelder, in: FALK, S. et al., Handbuch Politikberatung, Wiesbaden

FAULHABER, T. (1980), Die Vereinigung der Österreichischen Industrie, Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung, Wien

FAULHABER, T. (1997), Facetten zu Identität und Mentalität, in: HAINISCH, E., FAULHABER, T. (Hrsg.), Mentalitäten und wirtschaftliches Handeln in Österreich, Wien, 297-309

FELDERER, B. (2008), Aspekte der Politikberatung, in: HANDLER, H, SCHNEIDER, H.W. (Hrsg.), Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik, Wien

FINK, M. (2006a), Staat-Verbände-Beziehungen im 21. Jahrhundert: Das neo-korporatistische Modell am Ende? Eine internationale Skizze, in: WKO (Hrsg.), Festschrift 60 Jahre Wirtschaftskammer Österreich – Die Zukunft der Selbstverwaltung in einer globalisierten Welt (Festschrift), Wien, 19-39

FINK, M. (2006b), Unternehmerverbände, in: Dachs, H. et al. (Hrsg.), Politik in Österreich – Das Handbuch, Wien

FREY, B.S. (2000), Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre?, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 1(1), 5-34

FOURASTIÉ, J. (1954), Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln

FREY, B.S. (2004), Publizieren als Prostitution?, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 5(3), 333-336

FREY, B.S. (2007), Evaluierungen, Evaluierungen, … Evaluitis, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 8(3), 207-220

FREY, B.S., EICHENBERGER, R. (1992), Economics and economists – A European perspective, American Economic Review 82 (May), 216-220

FREY, B.S., HUMBERT, S., SCHNEIDER, F. (2007), Was denken deutsche Ökonomen? Eine empirische Auswertung einer Internetbefragung unter den Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik im Sommer 2006, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 4/2007, 359-377

FREY, R.L. (1996), Ökonomie und Politik – Über die Schwierigkeit der wirtschaftspolitischen Beratung, Rektoratsrede, Basler Universitätsreden, 92. Heft, Basel

GERLICH, P. (1995), Interessenssysteme und Politik: Versuch einer Evaluierung, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, Wien

GFK AUSTRIA (2007), Lifestyle 2007 – Image VÖI, Wien (nicht veröffentlicht)

GOTTWEIS, H. (1997), Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs et al. (Hrsg.), Handbuch des politischen System Österreichs, Wien. 342-357.

GUTTMAN, L (1968), A General Non-metric Technique for Finding the Smallest Space for a Configuration of Points, Psychometrica 33, 469-506

HABERMAS, J. (1968), Verwissenschaftliche Politik und öffentliche Meinung, in: HABERMAS, J., Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurth am Main, 120-145

HAGUE, R., HARROP, M. (2007), Interest Groups, in: HAGUE, R, HARROP, M. (Hrsg.): Comparative Government and Politics, an Introduction, 7th ed., Houndmills et al.

HAHN, F. (1985), Zur Messung des Strukturwandels, in: SCHULMEISTER, S. (Hrsg.), Tendenzen im wirtschaftlichen Strukturwandel, Österreichische Strukturberichterstattung – Kernbericht 1984, Band 1, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

HAIDINGER, W., RIEMER, G., SCHNEIDER H.W. (2009), Internationale Leitbetriebe in Österreich, Wien

HANDLER, H. (2007), Stärken und Schwächen wirtschaftspolitischer Entscheidungssysteme, Präsentationsunterlagen zu einem Vortrag im Rahmen der „Gespräche zur Industriepolitik 2007 der Investkredit Bank AG, der Industriellenvereinigung, der Bundessparte Industrie der WKÖ und des Industriewissenschaftlichen Institutes“, Wien

HANDLER, H, SCHNEIDER, H.W. (2008), Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik, Wien

HARTMANN, Ch. (2009), Industrie & Kommunikation, in: ENGELMANN, M, SCHNEIDER, H.W. (Hrsg.), Industriebuch 2009 des Industriewissenschaftlichen Institutes, Industriewissenschaftliches Institut, Wien

HAYEK, F.A. von (1980), Recht, Gesetzgebung und Freiheit – Band I: Regeln und Ordnung. München.

HAYEK, F.A. von (1981), Recht, Gesetzgebung und Freiheit – Band II: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. München.

HEINE, K., MAUSE, K. (2004), Policy Advice as an Investment Problem, Kyklos Volume 57 Issue 3, 403-428

HEISE, A. (2005), Einführung in die Wirtschaftspolitik – Grundlagen, Institutionen, Paradigmen

HOFER, R. (1999), Technologiediffusion: Lernvorgänge und Wissensorganisation als Determinante struktureller Veränderungen der Produktions- und Tauschverhältnisse, WU-Wien, Wien

IBW – INSTITUT FÜR BILDUNGSFORSCHUNG DER WIRTSCHAFT (2006), Techniker/innenmangel trotz Hochschulexpansion – Trendanalysen und Unternehmensbefragung zu Ausbildung und Beschäftigung in Technik und Naturwissenschaft, ibw-Bildung & Wirtschaft Nr. 39, Wien

IGF – INSTITUT FÜR GRUNDLAGENFORSCHUNG (2003), PR in Österreich. Grundlagenerhebung, Salzburg

IGF – INSTITUT FÜR GRUNDLAGENFORSCHUNG (2006), Grundlagenerhebung bei PR-treibenden Unternehmen in Österreich, Salzburg

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (div. Jahre), industrie aktuell, Wien

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2001), Der Forschungsfreibetrag als Instrument zur Hebung der österreichischen F&E-Quote, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2003), Geschäftsbericht des Industriewissenschaftlichen Instituts 2003, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2004a), Geschäftsbericht des Industriewissenschaftlichen Instituts 2004, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2004a), International Good Practices in der steuerlichen F&E-Förderung unter besonderer Berücksichtigung junger und innovativer Unternehmen, IWI-Studie 119, Industriewissenschaftliches Institut, Wien

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2004b), Leading Competence Units - Wichtige Knotenpunkte im Wirtschaftsgeflecht Österreichs, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2005a), Geschäftsbericht des Industriewissenschaftlichen Instituts 2005, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI- INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2005b), Leading Competence Units – Garanten des wirtschaftlichen Erfolgs, Industriewissenschaftliches Institut, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2005c), Leading Competence Units (LCU) 2005 – Eine Analyse von 47 österreichischen LCU, IWI-Studie 140, Wien

IWI- INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2005d), Leading Competence Units in Oberösterreich, Industriewissenschaftliches Institut, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI- INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2005e), Leading Competence Units in Tirol, IWI-Studie 128, Industriewissenschaftliches Institut, Wien

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2005f), Mittelstand und Kapitalmarkt – Ergebnisse einer Befragung nicht-börsenotierter Unternehmen in Österreich, IWI-Studie 121, Wien

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2006a), Geschäftsbericht des Industriewissenschaftlichen Instituts 2006, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2006b), Struktur und wirtschaftliche Bedeutung der Papierverarbeitenden Industrie Österreichs, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2007a), Geschäftsbericht des Industriewissenschaftlichen Instituts 2007, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI- INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2007b), Die wirtschaftliche Verflechtung von großen, mittleren und kleinen Unternehmen in der Steiermark - Eine Analyse zweier steirischer Regionen: Fürstenfeld und Deutschlandsberg, Industriewissenschaftliches Institut, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2008a), Die Automotive Zulieferindustrie als Motor der österreichischen Volkswirtschaft, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2008b), Börseaffinität des Mittelstands – Ergebnisse einer Befragung nicht-börsenotierter Unternehmen in Österreich, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2008c), Geschäftsbericht des Industriewissenschaftlichen Instituts 2008, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2008d), Potenziale für qualifizierte Teilzeitarbeit in Österreich, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2009a), Die Automotive Zulieferindustrie – Strategien aus der Finanz- und Konjunkturkrise, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2009b), Geschäftsbericht des Industriewissenschaftlichen Instituts 2009, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2009c), Leading Competence Units und die Finanz- und Konjunkturkrise (inkl. der Partiale: F&E-Produktionsfunktion- Wirkungen von F&E -Förderungen), Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2009d), Measurement of Eco-efficiency Using Data Envelopment Analysis, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2009e), Vereinsstatuten Industriewissenschaftliches Institut (IWI), Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2010a), Effektive Umsetzung von Technologieimpulsen in der österreichischen Volkswirtschaft, Wien (nicht veröffentlicht)

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT (2010b), Die Forschungsförderung durch den Klima- und Energiefonds. Analyse der Schwerpunktsetzungen und Zielbeiträge, Wien (nicht veröffentlicht)

IV – INDUSTRIELLENVEREINIGUNG (div. Jahre a), iv-positionen – Die Mitgliedszeitschrift der Industriellenvereinigung, Wien

IV – INDUSTRIELLENVEREINIGUNG (div. Jahre b), industrie – die Wochenzeitschrift für Unternehmer und Führungskräfte, Wien

IV – INDUSTRIELLENVEREINIGUNG (2005a), Industrieland Österreich: Eine Erfolgsgeschichte mit Umwegen, Wien

IV – INDUSTRIELLENVEREINIGUNG (2005b), Leading Competence Units – Ihre Bedeutung für Wertschöpfung, Innovation und Strukturwandel in Österreich, Wien

IV – INDUSTRIELLENVEREINIGUNG (2006), Leading Competence Units, Knotenpunkte der Österreichischen Wirtschaft – Die IV-Strategie für Leitbetriebe in Österreich, Wien

JANN, W., WEGRICH, K. (2009), Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle, in: SCHUBERT, K., BANDELOW, N.C. (Hrsg.), Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München, 75-114

KARLHOFER, F. (2001), Österreich: Zwischen Korporatismus und Zivilgesellschaft, in: REUTTER, W., RÜTTERS, P. (Hrsg.), Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa, Opladen. 334-364

KATZMAIR, H. (2010), Opening Statement Harald Katzmair at the Viennese Resilience Talks Vienna on 28th of May 2010, Vienna

KIRCHGÄSSNER, G. (1993), Vom Nutzen der Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftspolitik, Konjunkturpolitik 39 (4), 201-225.

KIRCHGÄSSNER, G. (2003) Empirical Economic Research and Economic Policy Advice: Some Remarks, in: AIGINGER, K., HUTSCHENREITER, G., Economic Policy Issues for the Next Decade, Austrian Institute of Economic Research (WIFO), Boston, 265-288

KLODT, H. (2009), Sozialpsychologische Fallstricke und die Finanzkrise, Wirtschaftspolitische Blätter 3/2009, Wien, 367-375

KLUMP, R. (2006), Wirtschaftspolitik - Instrumente, Ziele und Institutionen, München

KOLLER, W. (2010), Soziale Netzwerkanalyse mit R: Dokumentation und Hinweise für eine praktikable Vorgangsweise bei Projekten der Forschungsevaluation, Wien (nicht veröffentlicht)

KÖHLER-TÖGLHOFER, W., REISS, L. (2009), Die Effektivität fiskalischer Wachstums- und Konjunkturbelebungsmaßnahmen in Krisenzeiten, in: OeNB (Hrsg.), Wirtschaftskrise und wirtschaftspolitische Antworten, Geldpolitik und Wirtschaft, Q1/09, Wien, 83-106

KRITZINGER, S., MICHALOWITZ, I. (2009), Methodenkonflikt oder Methodenpluralismus? Policy-Forschung auf dem Prüfstand, in: SCHUBERT, K., BANDELOW, N.C. (Hrsg.), Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München, 245-272

KRONAUER, M (2007), Exklusion und das Europäische Sozial(staats)modell, Kurswechsel Nr.1, 62-74

LEIMÜLLER, G. (2007), Konfiguration vom Innovationsnetzwerken, winnovation consulting GmbH, Harvard University, Wien (nicht veröffentlicht)

LOMPE, K (2006), Traditionelle Modelle der Politikberatung, in: FALK, S. et al. (Hrsg.), Handbuch Politikberatung, Wiesbaden

LUNDVALL, B.-A. (1992), National Systems of Innovation, London

MAHLBERG, B., RAVEH, A. (2004), DEA and Co-plot: An Illustrative Study of the Performance of the Austrian Banking System, Paper presented at North American Productivity Workshop, June 22 - 25 2004, Toronto, Canada

MAHLBERG, B., SCHNEIDER, H.W. (2003), Gibt es nun auch ein Forschungsfreibetragparadoxon?", Vortragsunterlagen zur Jahrestagung der Nationalökonomischen Gesellschaft 2003, Universität Klagenfurt

MAHLICH, J., SCHEDIWY, R. (2008), Zeitzeugen und Gestalter österreichischer Wirtschaftspolitik, Wien

MICHALOWITZ, I. (2007), Lobbying in der EU, Wien

NORTH, D. (1994), Economic Performance Through Time (Nobel Prize Lecture), The American Economic Review, Vol. LXXXIV, June

NORTH, D. (1998), Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen

NORTH, K., et al. (2000), Wissensgemeinschaften – Keimzellen lebendigen Wissensmanagements, Wiesbaden

NORTON, P. (1999), The United kingdom: Parliament Under Pressure, in NORTON, P. (Hrsg.), Parliaments and Pressure Groups in Western Europe, London, 19-42

NOWOTNY, E. (1994), Wirtschaftsordnung und Sozialpartnerschaft im internationalen Wettbewerb, Wirtschaftspolitische Blätter 41(5-6), 482-488

NOWOTNY, E. (1997), Grundlagen und Institutionen der Wirtschaftspolitik, Wien

NOWOTNY, E. (1999), Der öffentliche Sektor, Heidelberg

OECD – ORGANISATION FOR ECONOMIC COOPERATION AND DEVELOPMENT (1987), Economic Studies, 8/1997, Paris

OLSON, M. (1982), The Rise and Decline of Nations, New Haven

ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG (2008), Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, Wien

PAPPENFUSS, U., THOMAS, T. (2007), Eine Lanze für den Sachverständigenrat? Plädoyer für eine differenziertere Analyse wirtschaftswissenschaftlicher Beratungsinstitutionen, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 4/2007, 335-358

PAPPONETTI, V, PINELLI, D. (2004), Scientific Advice to Public Policy Making, Nota die Lavoro 112.2004, The Fondazione Eni Enrico Mattei

PETERS, H.-R. (2000), Wirtschaftspolitik, Wien

PITLIK, H. (2001), Politikberatung der Öffentlichkeit?, Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2(1), 61-74

PORTER, M. (1990), The Competitive Advantage of Nations, New York

RAT-FTE – RAT FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIEENTWICKLUNG (2001), Nationaler Forschungs- und Innovationsplan 2001, Wien

RAT-FTE – RAT FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIEENTWICKLUNG (2009), Strategie 2020, Wien

RAVEH, A. (2000), Co-plot: A Graphic Display Method for Geometrical Representations of MCDM, European Journal of Operational Research 125, 670-678

ROTHSCHILD, K.W. (1989), Ziele Ereignisse und Reaktionen – Reflexion über die österreichische Wirtschaftspolitik, in: Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, 113-124

ROTHSCHILD, K.W. (1996), Alternative Konzepte der Wirtschaftspolitik, in: BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTURELLE ANGELEGENHEITEN (Hrsg.), Politik und Ökonomie: Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume Österreichs, Wien, 7-15

SAVIOTTI, P.P., METCALFE, J.S. (eds.) (1991), Evolutionary Theories of Economic and Technological Change: Present Status and Future Prospects, London

RIEMER, G., HAIDINGER, W. (2009), „IV-Initiative Leitbetriebe“ – Von der Idee zur Politik, in: HAIDINGER, W., RIEMER, G., SCHNEIDER H.W. (Hrsg.), Internationale Leitbetriebe in Österreich, Wien, 29-42

SCHNEIDER, F. (2008), Können und wollen, in: HANDLER, H, SCHNEIDER, H.W. (Hrsg.), Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik, Wien

SCHNEIDER, H.W. (2004), Strukturveränderungen in Österreichs Industrie – “Intelligente Arbeitsteilung“ versus „Deindustrialisierung“ (industrieforum), in: industrie aktuell 3/2004, 8-9

SCHNEIDER, H.W. (2005), Leading Competence Units aus der systemökonomischen Perspektive (industrieforum), in: industrie aktuell 3/2005, 8

SCHNEIDER, H.W. (2006), Leading Competence Units – Kristallisationspunkte in Österreichs Wirtschaft, in: Wirtschaftspolitische Blätter 3/2006, 437-450

SCHNEIDER, H.W. (2007), Über die Zukunft der Industrie Österreichs, in: Conturen 02/2007, 52-63

SCHNEIDER, H.W. (2008), Dynamisierte Wirtschaftsforschung, in: HANDLER, H, SCHNEIDER, H.W. (Hrsg.), Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik, Wien

SCHNEIDER, H. W. (2009a), Industrie + Wissenschaft = Erfolg + Wohlstand, in: ENGELMANN, M., SCHNEIDER, H. W: (Hrsg.), Industriebuch 2009 des Industriewissenschaftlichen Institutes, Industriewissenschaftliches Institut, Wien

SCHNEIDER, H. W. (2009b), Leading Competence Units (LCU): 12 Fragen, 12 Antworten, in: HAIDINGER, W., RIEMER, G., SCHNEIDER H.W. (Hrsg.), Internationale Leitbetriebe in Österreich, Wien

SCHNEIDER, H. W. (2010a), Der Wohlfahrtsstaat – Eine Diskussionsgrundlage zum Problem und zur Dimension von Inklusion-/Exklusion-Momenten, Hausarbeit im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210090 (FOSE) „Inklusion – Exklusion“, Wien (nicht veröffentlicht)

SCHNEIDER, H. W. (2010b), Mit welchen Rahmenfaktoren ist die Organisation von Interessen im Bereich „industrielle Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung“ konfrontiert und wie präsentieren sich freie Unternehmensverbände, wie die Industriellenvereinigung, insbesondere in der Zeit der globalen Finanz- und Konjunkturkrise?, Hausarbeit im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich“, Wien (nicht veröffentlicht)

SCHNEIDER, H. W. (2010c), Politikfeldberatung externer wissenschaftlicher Berater für Regierungskabinette, Hausarbeit im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210047 „Die Rolle der Regierungskabinette in den Prozessen der Regierungspolitik“, Wien (nicht veröffentlicht)

SCHNEIDER, H. W. (2010d), Verbändeorganisationsforschung – Organisierte Interessensgruppen in Österreich, Hausübung 1 im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich“, Wien (nicht veröffentlicht)

SCHNEIDER, H. W. (2010e), Verbändeorganisationsforschung – Organisierte Interessensgruppen in Österreich, Hausübung 2 im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210083 (FOSE) „Verbändeorganisationsforschung - Organisierte Interessensgruppen in Österreich“, Wien (nicht veröffentlicht)

SCHNEIDER, H.W., LUEGHAMMER, W. (2005), Strukturwandel und Österreichs Industrie, in: Conturen 01/2005, 64-70

SCHNEIDER, H.W., MACEK, S. (2001), Polit-ökonomischer Strukturwandel durch die Internet-Ökonomie?, in: industrie aktuell 3/2001, 43-44

SCHNEIDER, V. (2009), Akteurskonstellationen und Netzwerke in der Politikentwicklung, in: SCHUBERT, K., BANDELOW, N.C. (Hrsg.), Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München, 191-220

SCHUMPETER, J.A. (1912), Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin

SCHUMPETER, J.A. (1931), The 'Crisis' in Economics, Journal of Economic Literature, Vol XX, No. 3, 1049-1059

SCHUMPETER, J.A. (1942), Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München

SCHÜTT, P. (2000), Wissensmanagement, Niederhausen, 116-163

SEIDL, H., KRAMER, H. (1973), Wirtschaftsforschung in Österreich: Eine Standortbestimmung, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien

SEUFERT, A., SEUFERT, S. (1998), Wissensgenerierung und –transfer, in: Knowledge Networks; io management; 1998(10), 76-84.

SLEMBECK, T. (2000), Ideologies, Beliefs, and Economic Advice: A Cognitive-Evolutionary View on Economic Policy-Making, Department of Economics, University of St. Gallen, Discussion Paper 2000-12, St. Gallen

STADLER; W. (2011), Der Markt hat nicht immer recht: Über die wirklichenUrsachen der Finanzmarktkrise und wie wir die nächste vermeiden können, Wien

STRAßNER, A. (2004), Begriffliche und theoretische Grundlagen, in: SEEBALDT, M., STRAßNER, A. (Hrsg.), Verbände in der Bundesrepublik Deutschland, eine Einführung, Wiesbaden

STRAßNER, A. (2006), Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft, in: Politik und Zeitgeschichte 15-16/2006

STREISSLER, E. (1973), Das Monopol wirtschaftsempirischer Wahrheit – Denkstil und Verantwortlichkeit, in: SEIDL, H., KRAMER, H. (Hrsg.), Wirtschaftsforschung in Österreich: Eine Standortbestimmung, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 27-40

TÁLOS, E. (2006). Sozialpartnerschaft – Austrokorporatismus am Ende?, in: DACHS, H., et al. (Hrsg.), Politik in Österreich, das Handbuch, Wien. 425-442.

TÁLOS, E., FINK, M. (2001), Der österreichische Wohlfahrtsstaat – Entwicklung und Herausforderungen, Manuskript, Wien.

TINBERGEN, J. (1956), Economic Policy: Principles and Design, Amsterdam

TIROLE, J. (1999), Industrieökonomik, München

UNGER, B. (1999), Die Wirtschaftspolitik Österreichs als Antwort auf Globalisierung, in: TÀLOS, E., KARLHOFER, F. (Hrsg.), Sozialpartnerschaft – Reform und Wandel, 165-190

UNGER, B. (2009), Finanzmärkte und Realwirtschaft: Entwicklung, Krise und Ausblick, Vortragsunterlage (6. Oktober 2009), Salzburg (nicht veröffentlicht)

VIELER, A. (1986), Interessen, Gruppen und Demokratie: Eine sozialökonomische Untersuchung über den Einfluß von Interessenverbänden auf wirtschaftspolitische Entscheidungen, Tübingen

WASSERMAN, S., FAUST, K. (1994), Social Network Analysis: Methods and Applications, Cambridge

WEBER, M. (1921) Gesammelte Politische Schriften, München 1921, Tübingen

WEIMANN, J. (2001), Wirtschaftspolitik – Allokation und kollektive Entscheidung, Berlin

WEINGART, P. (2008), Zur Aktualität von Leitlinien für ‚gute Praxis' wissenschaftlicher Politikberatung, in: BERLIN-BRANDENBURGISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN (Hrsg.), Leitlinien Politikberatung, Berlin, 11-17

WELSER, W. (2010), Bewährung in schwierigen Zeiten, in: industrie aktuell 1/2010, 3

WEWER, G. (2009), Politikberatung und Politikgestaltung, in: SCHUBERT, K., BANDELOW, N.C. (Hrsg.), Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München, 401-428

WKO – WIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS (2004), Die Wirtschaftskammern – Die Interessensvertretung der Unternehmen, Wien

WKO – WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH (2007), EU-Verbändeguide – Die Vertretung österreichischer Interessen in europäischen Wirtschaftsverbänden, Wien

WKO – WIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS (2010), Die Wirtschaftskammern Österreichs – Wofür wir stehen. Wer wir sind. Wie wir arbeiten, Wien

ZELLENBERG, U. E. (2006), Die Stellung der Bundeskammer in der Wirtschaftskammerorganisation, in: WKO (Hrsg.), 60 Jahre Wirtschaftskammer Österreich: Die Zukunft der Selbstverwaltung in einer globalisierten Welt (Festschrift), Wien, 131-148

ZIMMERMANN, K.F. (2007), Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung: Entscheidungsbeitrag oder Feigenblatt?, Präsentationsunterlagen zu einem Vortrag im Rahmen der „Gespräche zur Industriepolitik 2007 der Investkredit Bank AG, der Industriellenvereinigung, der Bundessparte Industrie der WKÖ und des Industriewissenschaftlichen Institutes", Wien

ZIMMERMANN, K.F. (2008), Wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung: Entscheidungsbeitrag oder Feigenblatt?, in: HANDLER, H, SCHNEIDER, H. W. (Hrsg.), Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik, Wien

ZIMMERMANN, K.F. (2009), Der Berater als Störenfried: Anmerkungen zur wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung, IZA Standpunkte Nr. 8, Bonn

ZUCKER, B., SCHMITZ, C. (2000). Wissen gewinnt: Innovative Unternehmensentwicklung durch Wissensmanagement, Berlin

Internet

www.arbeiterkammer.com
www.bruegel.org
www.businesseurope.eu
www.cato.org
www.ceps.be
www.cpb.nl
www.diepresse.at
www.diw.de
www.euro.centre.org
www.fas.at
www.integral.co.at
www.iwi.ac.at
www.iv-net.at
www.ifo.de
www.leibniz-gemeinschaft.de
www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de
www.sozialpartner.at
www.wifo.ac.at
www.wko.at
www.zew.de
zvr.bmi.gv.at/Start

Daten

IWI – INDUSTRIEWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT, IWI-Managementinformationssystem (IWI-MIS), Wien, Daten abgerufen am 31.01.2011

STATISTIK AUSTRIA, Aufkommens- und Verwendungstabellen, Wien, div. Jahre

STATISTIK AUSTRIA, Leistungs- und Strukturstatistik, Produktion einschließl. Bauwesen, Wien, div. Jahre

ZVR – ZENTRALES VEREINSREGISTER DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR INNERES, Zentrales Vereinsregister, Wien, Frühjahr 2010

Gesetzestexte

BGBl. Nr. 194/1994

BGBl. I Nr. 103/1998

BGBl. I Nr. 29/2001

BGBl. I Nr. 153/2001

BGBl. I Nr. 111/2002

BGBl. I Nr. 78/2006

BGBl. I Nr. 2/2008

BGBl. I Nr. 58/2010

Interviewverzeichnis

Interview A (am 05.04.2010), Frageprogramm 1

Interview B (am 07.04.2010), Frageprogramm 1

Interview C (am 01.03.2011), Frageprogramm 2

Interview D (am 01.03.2011), Frageprogramm 2

Interview E (am 02.03.2011), Frageprogramm 2

Interview F (am 02.03.2011), Frageprogramm 2

Interview G (am 02.03.2011), Frageprogramm 2

Interview H (am 07.03.2011), Frageprogramm 2

Interview I (am 09.03.2011), Frageprogramm 2

Interview J (am 19.04.2011), Frageprogramm 2

Sämtlichen Interviewpartnern wurde die Anonymisierung ihrer Aussagen zugesichert. Schriftliche Nachweise der Interviews liegen vor.

Glossar[313]

Volkswirtschaftliche Effekte
Das Ausmaß an Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung, welches unmittelbar bei der Herstellung von nachgefragten Güter generiert bezeichnet man als *direkte Effekte*; Dagegen sind unter *indirekten Effekten* jene Wirkungen zu verstehen, welche durch wirtschaftliche Leistungs- und Lieferverflechtungen von direkten Effekten ausgelöst werden (*primäre Effekte* = direkte plus indirekte Effekte); Die durch direkte und indirekte Effekte generierten Löhne und Gehälter ziehen darüber hinaus z.B. zusätzliche Konsumnachfrage nach sich. Diese Nachfrage induziert zusätzliche Produktion und zusätzliche Wertschöpfung, wodurch weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, welche in den direkten und indirekten Effekten selbst nicht erfasst sind. Diese Auswirkungen bezeichnet man als sodann als *(einkommens)induzierte Effekte*.

Beschäftigung
Ein Beschäftigungsverhältnis liegt vor, wenn ein expliziter oder impliziter Vertrag zwischen einer Person und einer gebietsansässigen institutionellen Einheit (wie z.B. Unternehmen, öffentlichen Körperschaft) über die Verrichtung von Arbeit gegen eine Vergütung für einen bestimmten Zeitraum oder bis auf weiteres besteht. Mit dieser Definition sind sowohl Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer als auch der Selbständigen und sowohl Teilzeit als auch Vollzeit abgedeckt. *Vollzeitäquivalente* sind auf Normalarbeitszeit umgerechnete Beschäftigungsverhältnisse.

Produktion
Der *Produktionswert* misst den tatsächlichen Produktionsumfang einer wirtschaftlichen Aktivität und errechnet sich auf Grundlage der Umsatzerlöse, der aktivierten Eigenleistungen, des Bezuges von zum Wiederverkauf bestimmten Waren und Dienstleistungen sowie unter Berücksichtigung der Vorratsveränderungen von fertigen und unfertigen Erzeugnissen bzw. von Waren und Dienstleistungen, die zum Wiederverkauf bestimmt sind.

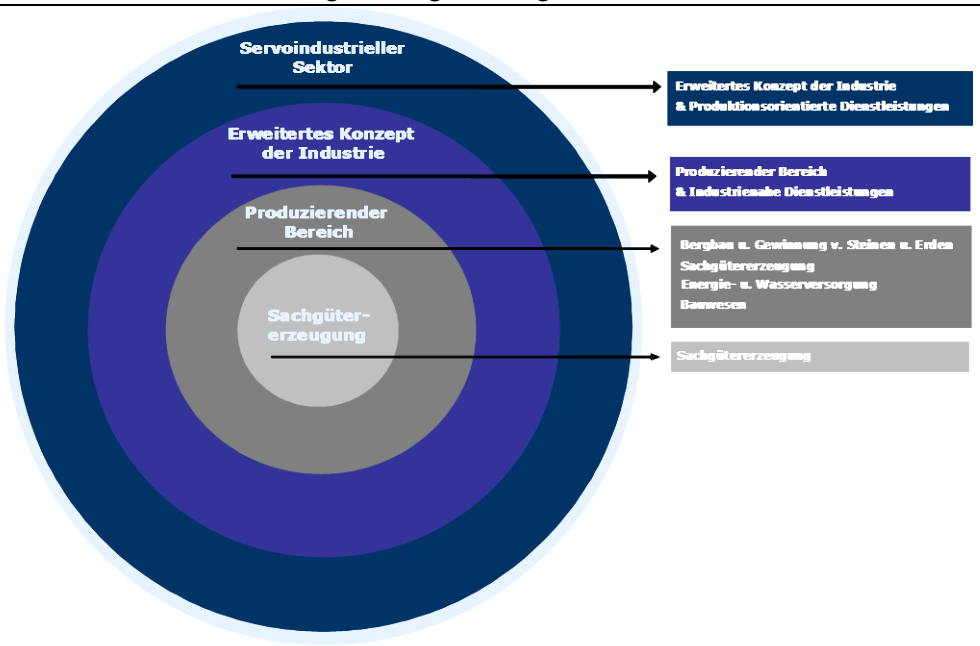
Wertschöpfung
Um Güter produzieren zu können, setzen Unternehmen andere Güter, und zwar nichtdauerhafte Produktionsmittel (z.B. Rohstoffe, Halbfabrikate, Energie) und Dienstleistungen sowie Leistungen von Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Maschinen) ein. Unter Faktorleistungen versteht man Leistungen, die nicht produziert werden. Dazu gehören menschliche Arbeitsleistungen, die Nutzung von Grund und Boden sowie die Nutzung dauerhafter Produktionsmittel wie Gebäude, Maschinen etc. Die in Geldeinheiten gemessenen Aufwendungen für Faktorleistungen bezeichnet man als *Wertschöpfung*. Sie besteht im Wesentlichen aus Löhnen und Gehältern, Sozialversicherungsbeiträgen, Betriebsüberschüssen und Abschreibungen.

[313] ENGELMANN/SCHNEIDER (2009) bieten ein umfassendes industrieökonomisches Glossar; diesem sind die im Haupttext aufgeführten begrifflichen Bestimmungen entnommen.

Anhang 1
Begriffsdeterminationen und Typologisierungen

Die *Herstellung von Waren* umfasst in der ÖNACE 2008-Systematik insgesamt 24 Branchen[314] und stellt die engste Begriffsabgrenzung nach NACE dar. Der *Produzierende Bereich* beinhaltet neben der *Herstellung von Waren* den *Bergbau*, die *Energieversorgung,* die *Wasserversorgung und Abfallentsorgung* sowie den *Bau*. In der „modernen" Industrieperspektive werden zusätzlich zu den Branchen der traditionellen Industriekonzepte (*Herstellung von Waren, Produzierender Bereich*) weitere ausgewählte Wirtschaftszweige des Tertiären Sektors berücksichtigt: Das *Erweiterte Konzept der Industrie* umfasst neben dem *Produzierenden Bereich* auch industrienahe Dienstleistungen, welche etwa die *Vermietung von beweglichen Sachen*, die *Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie, die Informationsdienstleistungen* sowie die *Rechts- und Steuerberatung; Wirtschaftsprüfung* oder die *Führung von Unternehmen; Unternehmensberatung* beinhalten. Der *Servoindustrielle Sektor* dehnt den Umfang der Industrie sodann noch weiter aus, da das Erweiterte Konzept der Industrie um produktionsorientierte Teile des Dienstleistungssektors ergänzt wird.[315] Dahingehend sind produktionsorientierte Dienstleistungen Teile des *Handels; Reparatur und Instandhaltung von Kfz*, der *Beherbergung und Gastronomie*, des *Verkehrs und Lagerei*, der *Erbringung von Finanz- u. Versicherungsleistungen* sowie der *„industrienahen Dienstleistungen"* (dies sind vor allem *Grundstücks- und Wohnungswesen* sowie *Forschung und Entwicklung*).

Abb. A-1: Zwiebelmuster der Begriffsabgrenzungen zur Industrie



Q: IWI

[314] Die NACE-Abteilungen (Ebene der 2-Steller der NACE-Gliederung nach Rev. 2 auf europäischer Ebene bzw. ÖNACE 2008 auf nationaler Ebene, vgl. Systematik der Wirtschaftszweige http://www.statistik.at) der Herstellung von Waren (Abschnitt C) sind: Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln; Getränkeherstellung; Tabakverarbeitung; Herstellung von Textilien; Herstellung von Bekleidung; Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen; Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel); Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus; Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern; Kokerei und Mineralölverarbeitung; Herstellung von chemischen Erzeugnissen; Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen; Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren; Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden; Metallerzeugung und –bearbeitung; Herstellung von Metallerzeugnissen; Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen; Herstellung von elektrischen Ausrüstungen; Maschinenbau; Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen; Sonstiger Fahrzeugbau; Herstellung von Möbeln; Herstellung von sonstigen Waren; Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen.

[315] Vgl. Überlegungen der OECD (1987) sowie CLEMENT (1988).

Synopse zur Typologisierung von Interessensgruppen

Die nachfolgende Auflistung stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ferner ist zu bemerken, dass Differenzierungen nicht starr und unveränderlich sind. Politische Systeme sind dynamisch, sie bringen immer wieder neue Zusammenhänge hervor, welche zu einer Neubewertung von analytischen Annäherungen der sozialen Realität (und aller darin auftretenden Spielarten) führen können.

Tab. A-1: Synopse zur Typologisierung von Interessensgruppen

Merkmal	Klassifikation	Bemerkung	Quelle (tw. nach)
Begriffliche Determinierung	Organisierte Interessen; Pressure groups; Verband; Verein; Lobby/Lobbying	P: Enge Verwandtschaft und keine klare Abgrenzung zwischen den Begrifflichkeiten; geografisch und über die Zeit unterschiedlich besetzt (negativ/positiv)	Straßner (2004)
Historische Determinierung	Z.B. IG in Abhängigkeit zum sozialen Wandel	Z.B. IG-Gründungswellen im Zeitalter der Industrialisierung oder Etablierung des Wohlfahrtsstaates	Hague/ Harrop (2007)
Geografische Determinierung	Z.B. IG in Abhängigkeit zum geografisch differenzierten politischen Regime	Differenzierungen gem. geografisch unterscheidbarer politischer Regime (skandinavisches Wohlfahrtsmodell vs. individualistisches System der Marktlösungen, vs. sozial-katholische süd- und kontinentaleuropäische Modell)	Hague/ Harrop (2007)
	Z.B. IG in Abhängigkeit zum geografisch dimensionierten Interessensgegenstand	Z.B. regionale IG zur Verhinderung eines Autobahnbauprojektes [NIMBY-Groups]; zur Forcierung einer regional begrenzten Kulturlandschaft	
Inhaltliche Globalbestimmung	wirtschaftliche vs. ideele IG	P: mangelnde Unterscheidbarkeit – auch ideele IG sorgen sich um das materielle Wohlergehen der eigenen Gruppenmitglieder	Straßner (2004)
Spezifische inhaltliche Determinierung	Wirtschaft und Arbeit; Soziales Leben und Gesundheit; Freizeit und Erholung; Kultur, Bildung, Wissenschaft, Religion, Weltanschauung; Politik; Umwelt	Bis dato anerkannte schematische IG-Einhegung; davor schlugen versch. Versuche fehl: z.B. *Breitling* (wirtschaftliche Verbände, Glaubensgemeinschaften, politische Verbände);	Straßner (2004)
Funktionale Determinierung	protektionistische vs. forcierende IG	Entscheidungen verzögernde/verhindernde IG (z.B. NIMBY) vs. Entscheidungen unterstützende/herbeiführende IG (v.a. in liberalen Regimen); P: in praxi keine klare Abgrenzung möglich	Hague/ Harrop (2007)
Aufrechterhaltung des politischen/ gesellschaftlichen Systems	zentrale vs. periphere IG	Aus Systemtheorie entwickelt, wird Vernetzungsgüte sowie Dauerhaftigkeit der Einwirkung auf politische Entscheidungen berücksichtigt. P: abstrakt und empirisch wenig untermauert	Straßner (2004)
Pluralistisches Beziehungsgeflecht: IG zu Regierungen	Klassifizierung nach dem Offenheits-/Zusammenhangsgrad im Sinne einer pluralistischen Debatte	„iron triangles“ vs. „issue networks“	Hague/ Harrop (2007)
Organisatorische Intensitäts-determinierung	V1: „anomic“, „non associational“, „associational“, „institutional“ IG ; V2: Spontane, informelle, formelle IG	Nur „associational“ und „institutional“ (V1) bzw. formelle (V2) IG bilden feste Strukturen und effiziente Organisationen. Diese Gruppe lässt sich wiederum nach Organisationsgrad, -ebene und -form unterscheiden	Almond et al. (2008) Straßner (2004)
Gruppierungs-determinierung	Klassifizierung nach dem Grad der Zusammenführung von Interessen auf Metaebene	Vgl. Diskurs „peak associations“ (v.a. Zusammenführung verschiedener IG)	Hague/ Harrop (2007)

Q: SCHNEIDER (2010c, 2)

Anhang 2
Zeittafel und Chronologie wichtiger wirtschafts-/industriepolitischer Ereignisse

Tab. A-2: Leitvorstellungen und Ergebnisse der Wirtschafts-/Industriepolitik seit 1945 im historischen Überblick (Teil 1)

Epoche	Leitvorstellungen und Ergebnisse
„Aufbruch“ (Zeit nach dem II Weltkrieg)	□ Ein geordneter Rahmen kam schnell und pragmatisch zustande □ Faktoren, um an „einem Strang“ zu ziehen: ▪ Einheitliche wirtschaftliche Zielvorstellungen: v.a. Lebens- und Produktionsgrundlage wieder herstellen (vgl. nach dem I Weltkrieg weniger Zerstörungen) ▪ Psychologische Grundlage: Österreich war vor dem II Weltkrieg bereits vergleichsweise weltoffen (vgl. Monarchie vor dem I Weltkrieg) ▪ Historisch-politische Grundlage: gegen Nationalsozialismus, keine Besatzungsmächte □ Große Kompromissbereitschaft ▪ Zwischen bürgerlichen und sozialistischen Politkern; zwischen Wirtschaftsverbänden, Interessensgruppen etc. ▪ Entwicklung der Grundlagen der Sozialpartnerschaft □ Allerdings etablierte sich eher ein Stil des „pragmatischen Durchwurstelns“ zwischen verschiedenen Konzepten als zur Ausarbeitung eines klar umrissenen Leitkonzepts ▪ Konzepte wurden je nach Situation eingebracht: „Markt vs. Plan“; „Subsidiarität vs. Wohlfahrtsstaat“ ▪ prinzipielle Akzeptanz einer privaten Marktwirtschaft, aber gleichzeitig regulierende/planende Eingriffe; nicht marktkonforme Agrarsubventionen; Verstaatlichte ▪ vgl. BRD: soziale Marktwirtschaft mit Betonung des Marktmechanismus; vgl. UK: Keynesianismus □ Eckpunkte der Wirtschaftspolitik ▪ Wachstum war dominantes Ziel; 1950 bis 1960: Ø 5,5% BIP-Wachstum ▪ wichtiger Schritt: Stabilisierung der Währung ▪ Verschiedene Vorteile wurden genutzt: Nähe zu Ostmärkten; expansive Wirtschaftsgesinnung etc. ▪ Gewerkschaften passten sich an diesen Weg an (moderate Lohnpolitik) ▪ Andere Ziele sekundär: Beschäftigung, Preisstabilität, Zahlungsbilanz ▪ Problem: längere Zeit (bis 1961) relativ hohe Arbeitslosenrate (3,4%) □ Maßnahmen: ▪ Wachstumspolitik war v.a. angebotsseitig orientiert (Exportförderung, Investitionsbegünstigungen, Senkung der Gewinnsteuern etc.) ▪ Nachfrageseitige Ergänzungen (Hinnahme von Defiziten in Konjunkturschwächen der 50er Jahre; arbeitnehmerseitige Verteilungspolitik etc.)
„Bewährung“ (ab 1960er Jahren)	□ Aus dem kriegsgeschädigten Agrar-Industriestaat wurde ein „europareifer“ Industriestaat, eingebettet in internationale Wirtschaftsstrukturen □ Österreich vollzog den sich international durchsetzenden Liberalisierungsprozess aber relativ zögernd ▪ Langsamer Abbau von regelnden Eingriffen betreffend Importströme/Kapitalmarkt ▪ Sodann Ende der 50er Jahre ein Nachholen hinausgezögerter Liberalisierungsschritte □ Neugewichtung im Zielkatalog der österreichischen Wirtschaftspolitik ▪ Markante Aufgaben: Zahlungsbilanzgleichgewicht; ▪ Preisstabilität zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ▪ Wachstums- und Beschäftigungsziele waren im Wesentlichen erreicht □ Maßnahmen: ▪ Exportfördernde Maßnahmen (relative Abwertung des ATS etc.) ▪ Ausweitung des geldpolitischen Instrumentariums der OeNB (Mindestreserven, Offenmarktpolitik etc.) □ Gegensatz zu 50er Jahren ▪ Durch Internationalisierung nahm Österreich keine Sonderstellung mehr ein (stärkere Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Umfeld bestimmt) ▪ Export wird zum bestimmenden Wachstums- und Beschäftigungsfaktor □ Folgen für die österreichische Konsenspolitik ▪ stärkere Differenzierungen in wirtschaftspolitischen Forderungen/Vorstellungen, da weniger Druck für einheitliches Vorgehen (1966 Ende der 20-jährigen Koalitionsregierung) ▪ andererseits: Einrichtung des „Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen“ auf Sozialpartnerebene (1963) und dadurch stärkere Versachlichung von Konflikten
„Austro-Keynsianismus“ (1970er Jahre)	Hintergrund □ Auslaufen des Schwungs/Optimismus aus Zeit des Wiederaufbaus (Investitionsimpulse, Nachholbedarf im Konsum, Re-Integration im internationalen Handel); damit Rezession (1967/1968) □ bis dahin „im Hintergrund“ akkumulierte Probleme zeigten sich: ▪ steigende Inflationsrate; ▪ Problem: Weltwährungsordnung (fixen Wechselkurse im Bretton-Wood-System) □ in vielen Ländern Neugewichtungen im wirtschaftspolitischen Zielkatalog ▪ nun markanteste Aufgaben: Inflationsbekämpfung (Problem war erst Ende der 80er Jahre im Griff) ▪ degradierte Agenden: Beschäftigung, Wachstum, Zahlungsbilanz ▪ Konsequenzen: hohe Arbeitslosenraten, Produktionsrückschläge, geringes Wachstum etc. □ Ölkrisen von 1975 und 1979 verschärften Situation □ Im internationalen Vergleich. die Entwicklung in Österreich: ▪ Österreich konnte sich vom OECD-Durchschnitt abkoppeln - Vollbeschäftigung - unterdurchschnittlich hohe Inflationsrate - nur gelegentlich Leistungsbilanzdefizite - moderates Wirtschaftswachstum ▪ Begründung: “Austro-Keynesianismus“ - Priorität des Beschäftigungsziels - breiter Konsens ad Beschäftigungsziels bei Sozialpartnern (Erinnerung an Vorkriegserfahrung); Sozialpartner wurden in Wirtschaftspolitik stark eingebunden

Q: S. ROTHSCHILD (1989), UNGER (1999)

Tab. A-3: Leitvorstellungen und Ergebnisse der Wirtschafts-/Industriepolitik seit 1945 im historischen Überblick (Teil 2)

„Austro-Keynsianismus“ (1970er Jahre)	<u>Austro-Keynesianismus</u> - □ österreichspezifischer Politikstil des Austro-Keynesianismus (Terminus wurde erst ex post bestimmt) ▪ Eigentlich irreführende Bezeichnung - Kein zusammenhängendes Konzept - Die Politik agierte weniger nach Plan, mehr aus Pragmatismus („Durchtauchen“ bis zum nächsten Konjunkturaufschwung) - Lediglich keynesianische Werte (Beschäftigungsziel), aber kein umfassendes Zurückgreifen auf keynsianische Instrumente □ 5 Pfeiler des Austro-Keynesianismus ▪ *Budget- und Steuerpolitik* (Budgetüberschreitungsgesetz; Ausfall der privaten Investoren durch Staatsnachfrage kompensieren; div. Investitionsförderungen) ▪ *Geldpolitik* (Niedrigzinspolitik der OeNB durch billige Kredite) ▪ *Wechselkurspolitik* (unkonventionelle Wechselkurspolitik zur Inflationsbekämpfung durch hartwährungspolitische Anknüpfung an den DM, d.h. importieren der relativ stabilen deutschen Preisentwicklung über importierte Vorprodukte, wie z.B. Maschinen; Exportförderungen als Ausgleich für den harten ATS; durch Aufwertung wurden v.a. Ölimporte günstiger) ▪ *Lohn- und Preispolitik* (moderate Forderungen nach Lohnsteigerungen der Gewerkschaften durch Orientierung an der Durchschnittsproduktivität) ▪ *Industrie- und Arbeitsmarktpolitik* (hoher Anteil der Verstaatlichten Industrie; Frühpensionen; Hilfsmaßnahmen für bedrohte Großbetriebe; Absenken von Arbeitsgenehmigungen für Ausländer; Verkürzung der Arbeitszeit) □ Sozialpartnerschaft ▪ 5 Grundpfeiler des Austro-Keynesianismus waren spezialpartnerschaftlich in Gesamtpaketen abgesichert ▪ Verhandlungsmuster - bipartite Verhandlungen (Lohnverhandlungen) - tripartite Verhandlungen (Gesetzesentwürfe in der Budgetkommission, Steuerkommission etc.) ▪ Einflusspotenzial (Vertretung in Vorständen der Verstaatlichten, Förderinstitutionen etc.; Entscheidungen über Ausbildung, Pensionen, Exportförderungen etc.) □ Grenzen des Austro-Keynesianismus: Leistungsbilanzdefizit, Staatsüberschuldung, Verschärfung von Strukturproblemen (u.a. Mangel an weniger arbeitsintensiven High-Tech-Industrien) ▪ Unmittelbare Gegenmaßnahmen: Luxussteuer; Versuch der Ansiedelung einer Autoindustrie
„Austro-Neo-liberalismus“ (späte 1980er Jahre und 90er Jahre)	Hintergrund □ Amerikanische Hochzinspolitik führte zu Zinssteigungen in Europa □ Neue wirtschaftspolitische Schwerpunkte ▪ Schuldenpolitik (Forderung nach schlankem Staat – Budgetkonsolidierungen, Privatisierungen, Kürzung von Sozialleistungen) ▪ Strukturpolitik (v.a. aufgrund von Problemen in der verstaatlichten Industrie – Deregulierungen, effiziente/flexible/wachstumsstarke Wirtschaft [Grundstein für österreichische FTI-Politik]) □ OeNB war zunehmend damit beschäftigt, am Devisenmarkt zu intervenieren (um DM-Wechselkurs stabil zu halten) und konnte Geldmengenentwicklung nicht mehr steuern □ wachsende Schwierigkeiten in der verstaatlichten Industrie durch veraltete Strukturen ▪ Budgetprobleme ▪ neue/billigere ausländische Konkurrenz (v.a. Stahl) ▪ Proporz □ damals international übliche Tendenz zum Liberalismus wurde in eigene österreichspezifische Form gegossen: „Austro-Neoliberalismus“ <u>Austro- Neoliberalismus bis Mitte der 90er Jahre</u> □ Maßnahmen: ▪ Schließungen, Ausgliederungen, Privatisierung in der verstaatlichen Industrie (AUA, VOEST, Verbund, ÖMV, CA etc.) – damit Abwenden von beschäftigungsorientierten/nachfrageseitigen Aspekte des Austro-Keynesianismus ▪ Reduktionen bei Ausnahmen im Steuersystem (Steuerreform 1988) ▪ Liberalisierung der Kapitalmärkte (1987) ▪ Öffentliche Ausgabenkürzungen (v.a. öffentliche Investitionen) ▪ Steuersatzsenkungen (dadurch allerdings Stocken in Budgetsanierung) □ Sozialpartnerschaft ▪ WKO wurde zur Lokomotive für Umsetzung liberaler Ideen ▪ Sozialpartnerschaftliche Balance ging in Richtung Arbeitnehmer ▪ Sozialpartner arbeiteten jedoch gemeinsam Europäisierung Österreichs (Vorbereitung des EU-Beitritts) □ In Summe aber keine extreme Ausprägung des Neo-Liberalismus ▪ Immer noch: sozialpartnerschaftliche/r Konsensfindung/Kompromiss ▪ Grosso modo verlangsamte Umsetzung neoliberaler Konzepte ▪ Moderate Lohnpolitik ▪ Hartwährungspolitik ▪ Vermeidung eines starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit (Mindesturlaubsanspruch 5 Wochen angehoben, Kollektivverträge mit geringerer Arbeitszeit, Frühpensionen, Aufnahme von Arbeitskräften in den öffentlichen Dienst)

Q: S. ROTHSCHILD (1989), UNGER (1999)

Tab. A-4: Leitvorstellungen und Ergebnisse der Wirtschafts-/Industriepolitik seit 1945 im historischen Überblick (Teil 3)

Austro-Neo-liberalismus“ (späte 1980er Jahre und 90er Jahre)	Austro- Neoliberalismus ab Mitte der 1990er Jahre □ Rahmenbedingungen ▪ Situation noch Anfang der 1990er Jahre - Bruttostaatsverschuldung: 58,3% des BIP - Nettodefizit: 2,2% - Arbeitslosenrate: 5,4% - Großes Leistungsbilanzdefizit ▪ Mitte der 1990er Jahre: - V.a. Nettodefizit: 5% - Weiter steigendes Leistungsbilanzdefizit □ Sozialpartnerschaft ▪ Gibt nicht mehr Themen vor, sondern führt zunehmend die von Regierung vorgegebenen Themen aus - Experten, die inhaltlich besser Bescheid wissen - soll sozialen Frieden garantieren ▪ Selbstregulierung nur noch bei Lohnpolitik □ Maßnahmen: ▪ Massivere Ausgabenkürzungen (Sparpakete 1995 und 1996) - da Sozialpartnerschaft einbezogen war, gab es keine nennenswerte Proteste ▪ Budgetpolitik: Beschluss des Stabilitätspakts (Ziel: ausgeglichenes Budget) □ Schlankes Erbe der 5 Grundpfeiler des Austro-Keynesianismus ▪ Budgetpolitik - Vorsatz des schlanken Staates - Maastricht-Budgetkriterien (geringere Budgetdefizite) ▪ Steuerpolitik - Steuersenkungen (internationale Wettbewerbsfähigkeit) - Verteilungspolitische Themen fehlen weitestgehend - Ziel: Senkung der hohen Lohnnebenkosten ▪ Geld- und Währungspolitik - seit Beitritt Österreichs zur WWU (1999) auf EZB übertragen (EZB betreibt restriktive Geldpolitik und will harte Währung) ▪ Lohnpolitik - weiterhin gemäßigt ▪ Industriepolitik - Technologiemilliarde - Privatisierung und Deregulierung - Trotzdem noch immer relativ starke Regulierung des Gewerbes und der Wirtschaft ▪ Arbeitsmarktpolitik - U.a. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit - allgemeines Abgehen von nachfrageseitigen Elementen (z.B. Aufnahmestopp bei öffentlicher Beschäftigung); dafür Elemente der Strukturpolitik (Unterstützung für Betriebe) - Geringe Arbeitszeitflexibilität (estriktive Arbeits- und Öffnungszeiten) □ Probleme ▪ Einkommensschere ging weiter auf ▪ Leistungsbilanzdefizit
Zeit der globalisierten Konjunktur-schwan-kungen ab der Jahrtausend-wende	Hintergrund □ Das Platzen der „IKT-Bubble“ um das Jahr 2000 zeigte zum ersten Mal die Gesetzmäßigkeit bzw. das Drohpotential globalisierter Systemschocks □ Springenden Erwartungshaltungen in der mittlerweile weitgehend liberalisierten Finanzwelt ebenso wie in der damit eng verbundenen Realwirtschaft ▪ Schnellen Abfolge von übersteigerten Auf- und Abschwüngen (vgl. Hochkonjunktur bis Mitte 2008, danach schlagartig massiver Konjunkturabschwung). □ Kam Österreich um die Jahrtausendwende (aufgrund seines tendenziell traditionellen produktionswirtschaftlichen Branchenmixes) wirtschaftlich noch mit einem Blauen Auge davon, zeichnet sich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen weltweiten Finanz- und Konjunkturkrise eine ungleich größere gesamtwirtschaftliche Betroffenheit ab – obzwar sich die Situation (Budgetrisken, Massenarbeitslosigkeit o.Ä.) weit weniger dramatisch zeigt als in anderen Ländern <u>Gestaltungsprinzipien</u> □ Keine klare programmatische Linie ▪ Wenn auch die Logik des Keynesianismus wieder stärker bemüht wird bzw. es sich in breiten Bevölkerungsschichten eine zunehmende Ablehnung neoliberaler Akzente zeigt („Boni für Bankmanager“) ▪ Die Parteiprogramme der Parteien sind in vielen Teilen zusammengewachsen □ Sozialpartnerschaft ▪ Die Sozialpartner erleben nach einer politischen Degradierungsphase zu Beginn des Jahrtausends ihre Wiederauferstehung mit all ihren Vorzügen (Konsensorientierung), aber auch Nachteilen (Strukturverknorpelungen) ▪ Sozialpartner im Verfassungsrang □ Maßnahmen: ▪ In Hinblick auf die zukünftige Wettbewerbsposition Österreichs, v.a. FTI-Politik, Qualifikationspolitik ▪ Bankenpakete, Konjunkturpakete, Steuerreform etc. ▪ Konsensorientiertes Anpassen des Instrumentariums der Kurzarbeit an die vorherrschenden Krisensituationen (mit Erfolg) □ Probleme ▪ Krisenbedingte Gefahren (v.a. Anstieg der Staatsverschuldung)

Q: S. ROTHSCHILD (1989), UNGER (1999)

Tab. A-5: Chronologie der österreichischen Sozialpartnerschaft seit 1945

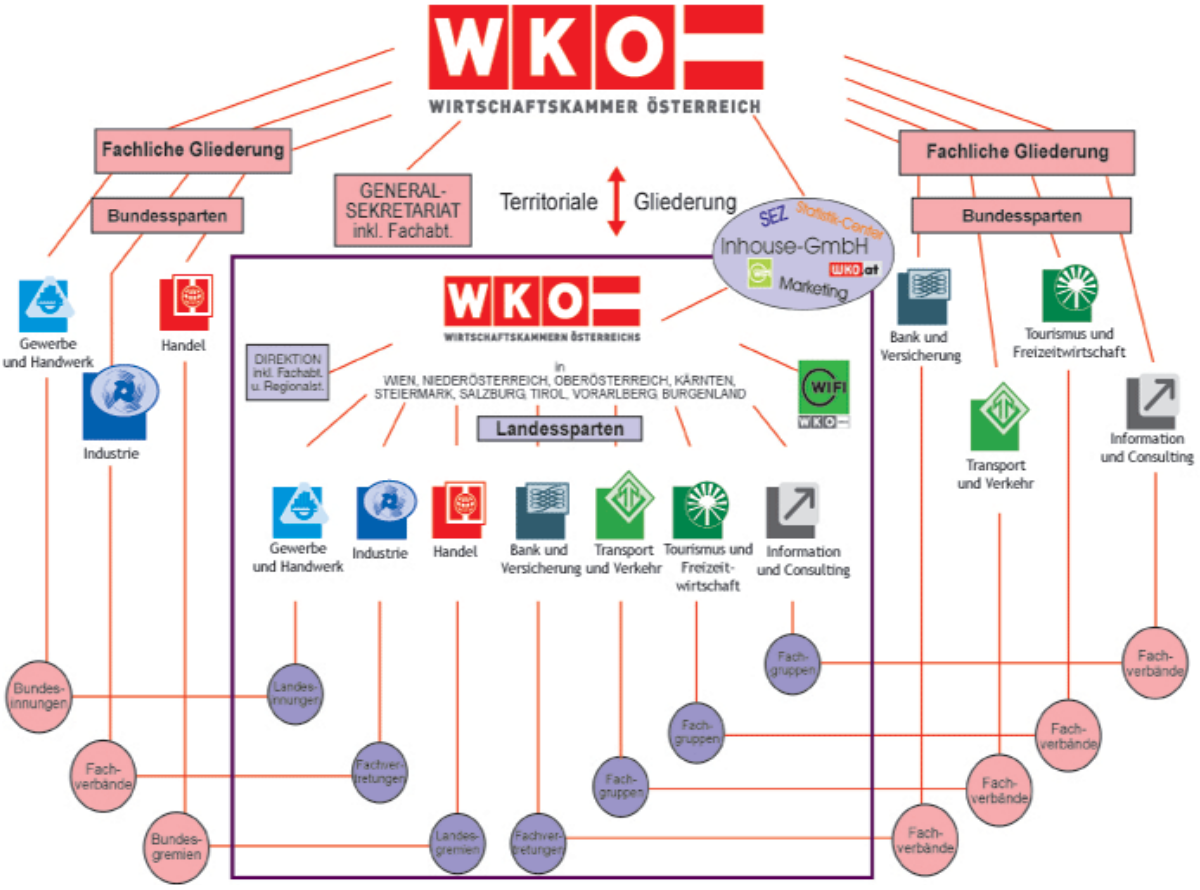
Jahre	Ereignis
1945	Gründung eines gemeinsamen Komitees zur Beratung dringlicher sozialpolitischer Probleme zwischen Wiener Handelskammer und Arbeiterkammer Wien. Gründung der Dachverbände Österreichischer Arbeiterkammertag (Bundesarbeitskammer) und Österreichischer Gewerkschaftsbund.
1946	Gründung der Dachverbände Bundeswirtschaftkammer und Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern.
1947	Gründung einer ständigen gemeinsamen Wirtschaftskommission als erster Schritt zur Institutionalisierung.
1947-1951	5 Lohn-Preis-Abkommen als freiwillige Vereinbarungen der Sozialpartner als Neuordnung der Lohn- und Preispolitik, beschlossen durch die Bundesregierung.
1951	Die Wirtschaftskommission wird vom Wirtschaftsdirektorium ersetzt. Den Vorsitz hatte der Bundeskanzler inne; Vizekanzler, Verkehrs- und Außenminister waren ebenfalls vertreten.
1952	Die Wirtschaftskommission wird vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig eingestuft und aufgehoben.
1957	Errichtung der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen auf Initiative von Bundeskanzler Raab und ÖGB-Präsident Böhm, Gründung des Preisunterausschusses.
1958	Die Novelle des Kartellgesetzes 1958 ist Basis für die Gründung des Paritätischen Ausschusses für Kartellangelegenheiten, bestehend aus je zwei Vertretern der Bundeskammer der gewerbliche Wirtschaft und des Arbeiterkammertages.
1961	Stabilisierungsabkommen der Paritätischen Kommission auf der Grundlage eines Sechs-Punkte-Programms des ÖGB, Grundlage für einen elastischen Lohn- und Preisstopp.
1962	Raab-Olah Abkommen der Paritätischen Kommission: Gründung des Unterausschusses für Lohnfragen, Erstellung eines Stabilisierungsprogramms, Bedingungen für die Inanspruchnahme von „Fremdarbeiterkontingenten“.
1963	Gründung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen in der Paritätischen Kommission.
1967/68	Einführung der Wirtschaftspolitischen Aussprache (mit OeNB, WIFO), Gründung des Verbändekomitees durch BM Koren (mit Regierung, Wirtschaftspartnern, dem Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut und der OeNB).
1972	Benya-Sallinger Stabilisierungsabkommen, um durch Lohn- und Preismäßigung Inflationserwartungen zu brechen; bis 1973 in Kraft.
1987	Teilnahme an der Arbeitsgruppe für europäische Integration, im Rat für Fragen der österreichischen Integrationspolitik.
1989	Gemeinsame Stellungnahme „Österreich und die europäische Integration“. Die Sozialpartner geben eine Empfehlung zum EU-Beitritt unter bestimmten Voraussetzungen ab, der ÖGB deponiert seine Bedingungen.
1990/1991	Gemeinsames Konzept zur Pensionsversicherungsreform, Studie der Sozialpartner zur Pensionsreform „Soziale Sicherung im Alter“.
1991	Gemeinsame Stellungnahme „Österreich und der Europäische Wirtschaftsraum“, die allerdings unveröffentlicht blieb.
1992	Reorganisation der Paritätischen Kommission, der Preisunterausschuss wird zum Wettbewerbs- und Preisunterausschuss, Gründung des Unterausschusses für internationale Fragen des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, Sozialpartnerabkommen Neu mit erweiterten Zielbereichen.
1994	Europaabkommen zwischen SPÖ und ÖVP: Gleichberechtigte Teilnahme der Sozialpartner an der österreichischen Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsfindung im Rahmen der EU, Einbindung in die österreichische Vertretung in Brüssel, anschließende Regelung in einem eigenen Bundesgesetz.
Seit 1995	Einbindung in den europäischen sozialen Dialog durch Übernahme von Spitzenfunktionen der europäischen Verbände durch österreichische Vertreter der Sozialpartnerschaft: Verzetnitsch (ehem. EGB-Präsident), Leitl (ehem. Eurochambres-Präsident, jetziger Eurochambres- Ehrenpräsident), Schwarzböck (COPA-Präsident), Bernert (Eurocommerce– Präsident), Bamberger (ehem. UEAPME-Vizepräsident) und Toifl (UEAPME-Vizepräsident), Teilnahme an den europäischen Sozialpartnerübereinkünften zu Elternurlaub, Teilzeitarbeit und befristeten Arbeitsverträge, Teilnahme am makroökonomischen Dialog und am tripartiten Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung, Nominierung von Mitgliedern des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.
1998	Kooperationsvereinbarung UEAPME-UNICE: UEAPME wird in den Kreis der verhandelnden europäischen Sozialpartner aufgenommen.
2003	Umsetzung des Sozialpartnervorschlages zur „Abfertigung neu“.

Q: www.sozialpartner.at

Anhang 3
Ausgewählte Organigramme und Koordinaten industriepolitischer Interessensvertretungen in Österreich

Organisationsstruktur der BSI der WKO (Stand: Jänner 2011)

Abb. A-2: Organisationsstruktur der WKO



Q: WKO (2010)

Tab. A-6: Fachverbände der Bundessparte Industrie (Stand: November 2010)

Fachverband der Bauindustrie Schaumburgergasse 20/8, 1040 Wien Tel: (0)1 718 37 37, Fax: (0)1 718 37 37 22 E-Mail: office@bau.or.at Homepage: http://www.bau.or.at Obmann: Dkfm. Dr. Hans Peter HASELSTEINER Geschäftsführer: Mag. Manfred KATZENSCHLAGER (gemeinsame Geschäftsstelle Fachverband Bau und Bundesinnung Bau)	**Fachverband Bergwerke und Stahl** Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 3310, Fax: (0)5 90 900 3378 E-Mail: office@bergbaustahl.at Homepage: http://www.bergbaustahl.at Obmann: Gen.Dir. Dipl.Ing. Franz FRIESENBICHLER Geschäftsführer: Dipl.Ing. Roman STIFTNER
Fachverband der chemischen Industrie Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 3340, Fax: (0)5 90 900 280 E-Mail: office@fcio.wko.at Homepage: http://www.fcio.at Obmann: Gen.Dir. Mag. Dr. Peter UNTERSPERGER Geschäftsführer: Dr. Wolfgang EICKHOFF	**Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie** Mariahilfer Straße 37-39, 1060 Wien Tel: (0)1 588 39, Fax: (0)1 58 66 971 E-Mail: info@feei.at Homepage: http://www.feei.at Obmann: Gen.Dir. Mag. Brigitte EDERER Geschäftsführer: Dr. Lothar ROITNER
Fachverband der Fahrzeugindustrie Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 4800, Fax: (0)5 90 900 289 E-Mail: kfz@wko.at Homepage: http://wko.at/fahrzeuge Obmann: Gen.Dir. Julian August Michael WAGNER Geschäftsführer: Mag. Walter LINSZBAUER	**Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmungen** Schubertring 14, 3.Stock, 1010 Wien Tel: (0)1 513 15 88, Fax: (0)1 513 15 88 25 E-Mail: office@gaswaerme.at Homepage: http://www.gaswaerme.at Obmann: VDir. KR Ing. Mag. Helmut MIKSITS Geschäftsführer: Mag. Michael MOCK
Fachverband der Glasindustrie Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 3428, Fax: (0)5 90 900 281 Obmann: Gen.Dir. MMag. Hanspeter Maria MARMSOLER E-Mail: office@fvglas.at Homepage: http://www.fvglas.at/ Obmann: Gen.Dir. MMag. Hanspeter Maria MARMSOLER Geschäftsführer: MMag. Alexander KRISSMANEK	**Fachverband der Gießereiindustrie** Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 3463, Fax: (0)5 90 900 279 E-Mail: giesserei@wko.at Homepage: www.diegiesserei.at Obmann: KR Ing. Peter MAIWALD Geschäftsführer: DI Adolf KERBL
Fachverband der Holzindustrie Schwarzenbergplatz 4, PF 123, 1037 Wien Tel: (0)1 712 26 01, Fax: (0)1 713 03 09 Berufsgruppe Säge: E-Mail: office@saege.at E-Mail: office@holzindustrie.at , office@platte.at , office@moebel.at Homepage: http://www.holzindustrie.at, http://www.moebel.at, http://www.platte.at Proholz Österreich: E-Mail: grassl@proholz.at, Homepage: http://www.proholz.at Obmann: Dr. Erich WIESNER Geschäftsführer: Dr. Claudius KOLLMANN	**Fachverband Maschinen & Metallwaren** Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 3440, Fax: (0)1 505 10 20 E-Mail : office@fmmi.at Homepage: http://www.fmmi.at/ Obmann: KR Dipl.-Ing. Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER Geschäftsführer: Dr. Berndt-Thomas KRAFFT
Fachverband der Mineralölindustrie Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 4893, Fax: (0)5 90 900 4895 E-Mail: office@oil-gas.at Homepage: http://www.oil-gas.at Obmann: VDir. Dr. Gerhard ROISS Geschäftsführer: Dr. Christoph CAPEK	**Fachverband der Film- und Musikindustrie** Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 3010, Fax: 05 90 900 276 E-Mail: mueller@fafo.at Homepage: http://www.fafo.at/ Obmann: Daniel KRAUSZ Geschäftsführer: Dr. Werner MÜLLER
Fachverband der Nahrungs- und Genußmittelindustrie Zaunergasse 1-3, 1030 Wien Tel: (0)1 712 21 21, Fax: (0)1 713 18 02 E-Mail:fiaa@dielebensmittel.at Homepage: http://www.dielebensmittel.at/ Obmann: Gen.Dir. KR DI Johann MARIHART Geschäftsführer: Dr. Michael BLASS	**Fachverband der NE-Metallindustrie** Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 3310, Fax: (0)5 90 900 3378 E-Mail: office@nemetall.at Homepage: http://www.nemetall.at Obmann: KR Dkfm. Gerhard GRILLER Geschäftsführer: Dipl.Ing. Roman STIFTNER
Fachverband der Papierindustrie Gumpendorfer Straße 6, 1061 Wien Tel: (0)1 58 886, Fax: (0)1 588 86 222 E-Mail: austropapier@austropapier.at Homepage: http://www.austropapier.at Obmann: Thomas SALZER Geschäftsführer: Dr. Werner AURACHER	**Fachverband der Papierverarbeitenden Industrie** Brucknerstraße 8, 1041 Wien Tel: (0)1 505 53 82, Fax: (0)1 505 90 18 E-Mail: ppv@ppv.at Homepage: http://www.ppv.at Obmann: KR Mag. Georg-Dieter FISCHER Geschäftsführer: Mag. Martin WIDERMANN
Fachverband der Stein- und keramischen Industrie Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel: (0)5 90 900 3531 Fax: (0)1 505 62 40 E-Mail steine@wko.at Homepage: http://www.baustoffindustrie.at Obmann: Dr. Manfred ASAMER Geschäftsführer: Dr. Carl HENNRICH	**Fachverband der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie** Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien Tel.: (0)5 90 900 4900 Fax: (0)5 90 900 4908 E-Mail:tbsl@wko.at Homepage: http://www.tbsl.at Obmann: Ing. Reinhard BACKHAUSEN Geschäftsführer: Dr. Franz J. PITNIK

Q: www.wko.at

Tab. A-7: Mitgliedschaften der BSI sowie ihrer Fachverbände in ausgewählten europäischen Interessensvereinigungen (Stand 2007, Teil 1)

FV der Bergwerke und Eisen erzeugenden Ind.	European Confederation of Iron and Steel Industries	The European Federation of Refrectories' Manufacturers
	European Association of Mining Industries, Metal Ores & Industrial Minerals	
FV der Mineralölind.	European Petroleum Industry Association / National Oil Industry Associations	European Lubricants
FV der Stein- und keramischen Ind.	Council of European Producers of Materials for Construction	European Federation of Abrasive Manufacturers
	Verband der europäischen Mörtelindustrie	The European Federation of Refrectories' Manufacturers
	European Lime Association	Europäischer Gesteinsverband
	Association of European Gypsum Industries	Internationaler Kalkverband
FV der Glasind.	Standing Committee of the European Glass Industries	Deutsche Glastechnische Gesellschaft
FV der Chemischen Ind.	International Assoc. of the Soap, Detergent and Maintenance Products Industry	European Federation of Pharmaceutical Industries' Association
	European Chemical Industry Council	European Plastic Converters
	European Confederation of Paint, Printing Ink and Artists' Colours Manufacturers' Association	European Association for Bioindustries
	European Cosmetic, Toiletry and Perfumery Association	The European Plastics Pipe and Fitting Organisation
	European Crop Protection Association	
FV der Papierind.	Confederation of European Paper Industries	
FV der Papier- und Pappe verarbeitenden Ind.	Alliance for Beverage Cartons and the Environment	European Federation for the Flexible Packaging Industry
	International Confederation of Paper and Board Converters in the EU	European Envelope Manufactures Association
	European Cartoon Makers' Association	International Confederation for Printing and Allied Industries
	European Core and Tube Association	Vereinigung zur Förderung von Karton und Faltschachteln
FV der Audiovisions- und Filmind.	Coordination Europeenne des Producteurs Independants	Federation Internationale des Associations de Producteurs de Films
	Fédération internationale des associations de distributeurs de films	
FV der Bauind.	European Construction Industry Federation FV der Bauindustrie	
FV der Holzind.	Europ. Confederation of Woodworking Industries	European Moulding Manufacturers Association
	Deutsche Gesellschaft für Holzforschung	Federation of the European Sporting Goods Industry
	Europäische Organisation der Sägeindustrie	Union Europeenne de L'Ameublement
	European Panel Federation	International Council for Research and Innovation in Building and Construction
	Föderation der Europäischen Parkettindustrie-	International Wood Products Association
FV der Nahrungs- und Genußmittelind.	International Federation of Plant Bakeries	EFPRA - European Fat Processors and Renderers Association
	International Association of Soups and Brothers Industries	Working Committee of the EU Malting Industry
	Association of the Industry of Juices and Nectars from Fruits and Vegetables of the EU	Association of the Food Industries for particular nutritional uses of the European Union
	Association de l'Industrie de la Fonte de Fromage de l'UE	International Margarine Association of the Countries of Europe
	Association of the Chocolate, Biscuit and Confectionery Industries of the EU	Europ. Feed Manufacturers' Federation
	Confédération de l'Industrie de la Brasserie de l'UE	Groupement des Associations Meunieres des Pays de la CEE
	Confederation Europ. des Producteurs de	Intern. Gesellschaft für Getreidewissenschaft und Technologie
	Confederation of the Food and Drink Industries of the EU	Union des Association des Semouliers des pays de l´UE
	Union Européenne des Industries de Transformation de la Pomme de Terre	EC Seed Crusher´s and Oil Processors´Federation

Q: nach ENGELMANN/SCHNEIDER (2009)

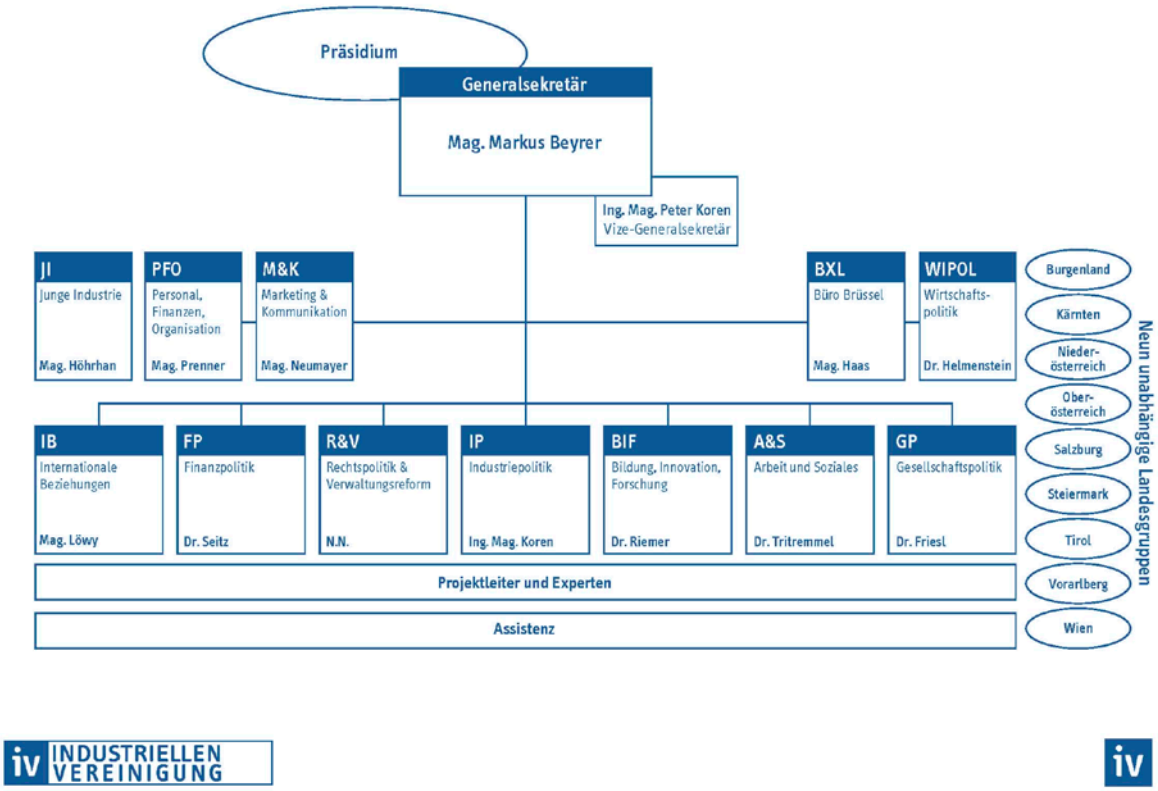
Tab. A-8: Mitgliedschaften der BSI sowie ihrer Fachverbände in ausgewählten europäischen Interessensvereinigungen (stand 2007, Teil 2)

FV der Nahrungs- und Genußmittelind.	Comité des Industries de la Moutarde de l'UE	International Organisation of the Flavor Industries
	Liaison Centre for the Meat Processing Industries of the EU	International Special Dietary Foods Industries
	Committee of Baker's Yeast Manufacturers of the EU	Union Européen des Producteurs d'Ethanol
	Permanent International Vinegar Committee	Union of Potato Starch Factories of the EU
	European Cold Storage and Logistic Association	Union of the EU Soft Drink Associations
	Europ. Federation of Association of Coffee Roasters	
FV d. Ledererz. Ind.	International Council of Tanners	
FV der Lederverarb. Ind.	Committee of Europ. Foundry Assoc.	Europ. Pressure Die Casting Committee
FV d. Gießereiind.	k.A.	
FV der NE-Metallind.	Europ. Aluminium Assoc.	Western Europ. Metal Trades Employers' Organisation
	International Wrought Copper Council	
FV der Maschinen & Metallwaren Ind.	European Committee for Cooperation of the Machine Tool Industries	European Federation of Woodworking Machinery Manufacturers
	European Committee of Industrial Furnace & Heating Equipment Association	European Committee of Machinery Manufacturers for the Plastics & Rubber Industries
	European Committee of the Valve Industry	European Committee of Pump Manufacturers
	European Committee of Association of Manufacturers of Agricultural Machinery	European Assoc. of Manufacturers of Radiators
	International Council on Combustion Engines	Federation of European Window and Curtain Walling Industry
	European General Galvanizers Association	Europäisches Komitee der Wälzlagerhersteller
	European Lift Association	Vereinigung der europäischen Dentalindustrie
	European Steel Tube Association	Genie Climatique Internationale
	European Committee of Environmental Technology Suppliers Association	Liaison Group of the Europ. Mechanical, Electrical, Electronic and Metalworking Industries
FV der Fahrzeugind.	Association des Constructeurs Européens d'Automobiles	Association Internationale des Constructeurs de Motocycles
	Association des Constructeurs Européens de Motocycles	Organisation Internationale des Constructeurs d'Automobiles
	Comité de Liaison de la Construction de Carrosseries et de Remorques de l'UE	European Committee of the Manufacturers of Fire Protection and Safety Equipment and Fire Fighting Vehicles
	Liaison Committee of European Bycycle Manufacturers	
FV der Elektro- und Elektronikind.	Coordinating Committee for the Associations of Manufacturers of Industrial Electrical Switchgear and Controlgear in the European Union	Federation of National Manufacturers Associations for Luminaires and Electrotechnical Components for Luminaires in the EU
	European Committee of Electrical Installation Equipment Manufacturers	European Telecommunications Standards Institute
	European Electronic Component Manufacturers Association	Liaison Group of the European Mechanical, Electrical, Electronic and Metalworking Industries
	International Council on Large Electric Systems	World Energy Council
	Committee of Associations of European Transformers Manufacturers	European Committee of Manufacturers of Electrical Machines and Power Electronics
	European Committee of Domestic Equipment Manufacturers	European Information Systems Communication Technologies Consumer Electronics Industry Association
FV der Textilind.	European Association for Elastic Fabrics, Strips and Braids	European Carpet Association
	Confédération Européenne du Lin et du Chanvre	The European Apparel and Textile Organisation
	Comite de Liaison International des Broderies, Rideaux et Dentelles	International Association of Wool Textile Laboratories
	Confédération Internationale des Fabricants de Tissus d'Ameublement	Secrétariat International des Industries de la Maille
	Joint Committee of the Textile Finishing Ind. in the EU	
FV der Bekl.ind.	The European Apparel and Textile Organisation	
FV der Gas- u. Wärme-versorgungsunt.	European Union of the Natural Gas Industry	World Energy Council
	International Association for District Heating, District Cooling and Combined Heat and Power	European natural Gas vehicle Association
BSI	Council of European Employers of the Metal, Engineering and Technology-based Industries	The Employers' Organisation of the Metal Trades in Europe

Q: nach ENGELMANN/SCHNEIDER (2009)

Organisationsstruktur der IV (Stand: November 2010)

Abb. A-3: Organisationsstruktur der IV Österreich



Q: www.iv-net.at

Anhang 4
Schlüsselwortanalyse-Vorgaben zur Determination industriewissenschaftlicher/-politischer Themenraster

Tab. A-9: Schlag- und Suchwortkatalog zur Determination eines industriewissenschaftlichen/-politischen Themenrasters

	Industriepolitisch relevante Themengruppe (1. Rang)	Schlüsselwörter/Gesamtzusammenhänge
A1	Produktionskosten	Arbeitskosten, Kurzarbeit, Finanzierung, Bankkredit, Venture Capital, IPO/SPO, Emissionszertifikate, Unternehmensabgaben, persönliche Einkommenssteuerpflicht oder Steuersituation für Expatriates etc.
B1	Infrastruktur	Energieversorgung (Qualität), IKT-Einrichtungen/-Infrastruktur, Qualitäts- und Preisniveau von Telekommunikationsdiensten, Transport- und Verkehrswesen (Personen und Güterverkehr), Verfügbarkeit und Preisniveau geeigneter Büroimmobilien und Betriebsflächen etc.
C1	Humanpotential/ Human Resources	Bildungsniveau am Standort, Bildungspotenziale in der Krise, Bedarf und Akzeptanz von Bildungsangeboten, internationalisiertes Bildungswesen, Verfügbarkeit von akademischem Forschungspersonal, Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften (inkl. Management), Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal, Verfügbarkeit von Personal im mittleren Ausbildungssegment (z.B. HTL), Flexibilität des Arbeitsmarktes (Lebenslanges Lernen, Entgeltsysteme, Arbeitszeit), Lohnpolitik, konsensorientierte Lösung in Arbeitskonflikten etc.
D1	Bedingungen für FTI	Nähe zu Einrichtungen mit hoher Kompetenz in der Grundlagenforschung, geeignete Kooperationspartner aus Wissenschaft und Forschung für anwendungsorientierte Forschung, sonstige Forschungsnetzwerke am Standort, Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums, Umfang bzw. bereits bestehende Spezialisierung der eigenen F&E Aktivitäten am Standort etc.
E1	Netzwerk- und Kooperationsmuster	Verfügbarkeit spezialisierter Dienstleister (Finanz-, Steuerberatung, unternehmensnahe Dienstleistungen ...), Cluster, LCU, andere Akteurs-/ Unternehmensnetzwerke, Fusionen, räumliche Nähe/Entfernung zu Herstellern von wichtigen Komponenten und Vorprodukten etc.
F1	Wettbewerbskonstellation/ Konjunkturentwicklung	Regionale/nationale/kontinentale/globale Wettbewerbsbedingungen, Freiheit des Austausches von Waren- und Dienstleistungen, Marktanteil am Standort etc.
G1	Gesetzgebung, Förderungen und öffentliche Verwaltung	Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte, Liberalisierung der Energiemärkte, Investitionsförderungen (direkt/indirekt), F&E-Förderungen (direkt/indirekt), Offenheitsgrad gegenüber ausländischen Investoren, Betriebsansiedlungsförderung/-Management, bürokratischer Aufwand zur Errichtung eines Unternehmens, Umfang von Staatsaufgaben allgemein, Verfügbarkeit und Verfahrensdauer für Arbeitsgenehmigungen für ausländisches Personal, Rechtssicherheit und politische Stabilität etc.
H1	Gesellschaftliches Umfeld	Image des Standortes, Lebensqualität und Sicherheit, Öffentliches Klima für FTI, Vertrauen (u.a. ad Finanz- und Konjunkturkrise), Industriegesinnung, Leistungsbewusstsein, Befassen mit Industriegeschichte, Sonstiges (z.B. New Economy, Corporate Social Responsibility, demografische Themen, Sozialreform, Work/Life-Balance, Europäische Werte) etc.
I1	Spezialbereich „Qualität, Relevanz und Wirkung von Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitischer Beratung“	Wirtschaftspolitische Beratung, Konjunkturprognosen

Q: Eigene Zusammenstellung

Tab. A-10: Schlag- und Suchwortkatalog zur Determination eines industriewissenschaftlichen/-politischen Maßnahmen-Instrumentenrasters

	Industriepolitisch relevante Maßnahmen-/Instrumenten-gruppe (1. Rang)	Schlüsselwörter/Gesamtzusammenhänge
A2	Preispolitik	staatliche Festpreise, staatliche Höchstpreise, staatliche Mindestpreise etc.
B2	Regulierungspolitik	Staatliches Ordnungsrecht und staatliches Angebot, Steuern und Subventionen zur Korrektur externer Effekte, Instrumente der Preisregulierung natürlicher Monopole
C2	De-Regulierungspolitik	Korrektur von Marktfehlern durch private Verträge (inkl. Sozialpartner), Förderung der Bestreitbarkeit von Märkten (inkl. BAGV), Haftungsrechte, Verhandlungen und private Transferzahlungen etc.
D2	Wettbewerbspolitik	allgemeine wettbewerbspolitische Spielregeln (inkl. Kapitalmarktaussagen, Globalisierung, EU etc.), Instrumente zum Abbau nicht-willkürlicher Wettbewerbsbeschränkungen, Instrumente der Kartellpolitik; Instrumente der Missbrauchsaufsicht; Instrumente der Zusammenschlusskontrolle etc.
E2	Inflationsbekämpfung durch Geldpolitik	Mindestreservenregelungen, Standing Facilities, Offenmarktgeschäfte, Devisenmarktinterventionen, Transaktionen mit öffentlichen Haushalten etc.
F2	Zahlungsbilanz- und Wechselkurspolitik	*es können zahlreiche wirtschaftspolitische Instrumente in diesem Bereich Verwendung finden:* fiskalpolitische Maßnahmen, Beeinflussung des internationalen Kapitalverkehrs, Wechselkursbewertungen etc.
G2	Wachstumspolitik durch Investitionsförderung	Maßnahmen expansiver Geldpolitik, Maßnahmen im Rahmen der Finanzpolitik zur Senkung von Zinsbelastungen, div. steuerpolitisch Maßnahmen, Subventionierungen (u.a. F&E), gezielte Begünstigung von Exporten (gegebenenfalls Hemmung von Importen), Senkung der Lohnnebenkosten im Rahmen der Lohn- und Einkommenspolitik, strukturpolitische Eingriffe zur sektoralen od. regionalen Investitionsförderung etc.
H2	Konjunkturelle Stabilisierung durch Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Angebots	Fiskal/budgetpolitische Maßnahmen, geldpolitische Maßnahmen, Angebotspolitik etc.
I2	Konjunkturelle Stabilisierung durch Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage	u.a. auch lohnpolitische Maßnahmen
J2	Stark mittelbare Forcierung/Mechanismen	Ermöglichung der Zuwanderung von Fachkräften, Qualität des Bildungssystems, Infrastrukturinvestitionen (Generalverkehrsplan u.a.), modernes Gesundheitssystems, CSR-Gedanken forcieren/anerkennen, öffentliche Einstellung zur EU, Industriegesinnung, Verwaltungsreform etc.

Q: in Anlehnung an KLUMP (2006)

Anhang 5
Themenschwerpunkte und Autoren industriepolitischer/-wissenschaftlicher Studien und Periodika des IWI

Tab. A-11: Studienreihe des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI), Teil 1 (2000 bis Mitte 2010)

IWI-Studie	Titel	Autoren	Jahr
161	Die Automotive Zulieferindustrie: Strategien aus der Finanz- und Konjunkturkrise - Ergebnisse einer Unternehmensbefragung	Schneider	2009
160	Innovatives Metall - Ergebnisse einer Unternehmensbefragung	Schneider	2009
159	Finanz- und Konjunkturkrise 2008/2009: Auswirkungen auf die Automotive Zulieferindustrie Österreichs	Schneider	2009
158	Die Automotive Zulieferindustrie als Motor der österreichischen Volkswirtschaft	Schneider, Lengauer, Brunner	2008
157	Das Engagement der Maschinen- und Metallwarenindustrie im Ausland	Schneider, Brunner, Lengauer, Mayer	2008
156	Die volkswirtschaftliche Bedeutung von 120 börsenotierten österreichischen Unternehmen (Berichtsjahr 2008)	Brunner, Lengauer, Schneider	2009
155	Die volkswirtschaftliche Bedeutung von börsenotierten österreichischen Unternehmen - Eine Analyse von 127 Börse-Unternehmen	Lengauer, Fedesin, Schneider	2008
154	Volkswirtschaftliche Wirkungen der F&E-Förderungen an Leading Competence Units (LCU)	Brunner, Lengauer, Mahlberg, Schneider	2010
153	Industrieforum des Industriewissenschaftlichen Instituts – Gesammelte Beiträge 2008 bis 2009	(Diverse Autoren)	2010
152	Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen PPV Industrie vor dem Hintergrund der internationalen Finanz- und Konjunkturkrise	Bergolth, Schneider	2009
151	Industriebuch 2009 des Industriewissenschaftlichen Instituts	Hrsg.: Engelmann, Schneider	2009
150	Nutzen der Weiterbildung - Literaturüberblick zur Makroökonomischen Perspektive	Koller	2008
149	Wirtschaftspolitische Bedeutung der European Defence Agency für Österreich im Bereich Forschung & Technologie	Berrer, Bliem, Bodenhöfer, Helmenstein, Grabner, Kleissner, Klinglmair, Koller, Rischkowsky, Schneider, Strunz	2008
148	Potenziale für qualifizierte Teilzeitarbeit in Österreich – Eine empirische Untersuchung in ausgewählten Betrieben	Mairhofer, Seyr, Wagner	2008
147	Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik	Hrsg.: Handler, Schneider	2008
146	Die Industrie Vorarlbergs - Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Entwicklung der industriellen Substanz (Datenbestand: 31.12.2006)	Schneider, Lengauer	2007
145	Die Chemische Industrie Österreichs – Eine detaillierte Branchenuntersuchung	Schneider, Brunner, Lengauer, Koller	2008
144	Analyse der betriebswirtschaftlichen Situation der Maschinen & Metallwaren Industrie (Bilanzkennzahlenanalyse)	Schneider, Lengauer	2006
143	Die wirtschaftliche Bedeutung von Medizinprodukte-Unternehmen in Österreich	Schneider, Brunner, Lengauer	2007
142	Industrieforum des Industriewissenschaftlichen Instituts – Gesammelte Beiträge 2006 bis 2007	(Diverse Autoren)	2008
141	Bilanzkennzahlenanalyse der Maschinen & Metallwaren Industrie	Schneider, Lengauer	2007
140	Leading Competence Units (LCU) 2005 - Eine Analyse von 47 österreichischen LCU	Schneider, Lengauer, Brunner	2006
139	Die Industrie Österreichs - Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Entwicklung der industriellen Substanz (Datenbestand: 31.12.2006)	Schneider, Lengauer, Demmerer	2007
138	Die Industrie Kärntens- Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Entwicklung der industriellen Substanz (Datenbestand: 31.12.2006)	Lengauer, Schneider	2007
137	Die Industrie Niederösterreichs - Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Entwicklung der industriellen Substanz (Datenbestand: 31.12.2006)	Lengauer, Schneider, Demmerer	2007
136	Die Industrie Oberösterreichs - Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Entwicklung der industriellen Substanz (Datenbestand: 28.02.2007)	Lengauer, Schneider, Demmerer	2007
135	Die Industrie Südösterreichs - Ein Streifzug durch die Datenlandschaft	Lengauer	2007
134	Volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewinnung Mineralischer Rohstoffe	Koller	2007
133	Forschung, Technologie und Innovation in der Elektro- und Elektronikindustrie – Ergebnisse einer empirischen Befragung	Schneider	2007
132	Forschung, Technologie und Innovation in der Maschinen und Metallwaren Industrie – Ergebnisse einer empirischen Befragung	Schneider	2007
131	Industriebuch 2007 des Industriewissenschaftlichen Instituts	Hrsg.: Damianisch, Schneider	2007
130	Die volkswirtschaftliche Bedeutung von börsenotierten österreichischen Unternehmen	Schneider, Lengauer	2006
129	Leading Competence Units in Oberösterreich	Schneider, Lengauer, Brunner	2006
128	Leading Competence Units in Tirol	Schneider, Lengauer, Brunner	2005
127	Growth and Employment Potentials of Chosen Technology Fields	Luptacik, Koller, Mahlberg, Schneider	2006
126	Struktur und Entwicklung der Industrie Österreichs	Schneider, Lengauer, Brunner	2006
125	Betriebsanlagengenehmigungen in Österreich – Rechtliches Rahmenwerk und betriebswirtschaftliche Überlegungen	Koller	2005
124	Metallwarenindustrie in Österreich	Schneider, Mahlberg	2006
123	Industrieforum des Industriewissenschaftlichen Instituts – Gesammelte Beiträge 2004 bis 2005	(Diverse Autoren)	2006

Q: IWI-MIS (IWI-Management-Informationssystem)

Tab. A-12: Studienreihe des Industriewissenschaftlichen Institutes (IWI), Teil 2 (2000 bis Mitte 2010)

IWI-Studie	Titel	Autoren	Jahr
122	Strukturbetrachtung: Sawmilling and Planning of Wood	Radlberger	2005
121	Mittelstand und Kapitalmarkt - Ergebnisse einer Befragung nicht-börsenotierter Unternehmen in Österreich	Schneider, Lueghammer, Neuberger, Lengauer	2005
120	Berechnungen zur gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der österreichischen Luftverkehrswirtschaft	Schneider, Lueghammer	2005
119	International Good Practices in der steuerlichen F&E-Förderung – unter besonderer Berücksichtigung junger und innovativer Unternehmen	Schneider, Schindler, Lueghammer	2005
118	Beschäftigungseffekte österreichischer und europäischer Wirtschaftscluster – Ergebnisse einer Literaturrecherche	Mahlberg, Pilz, Schneider	2005
117	Branchenbericht für die Fachverbände Maschinen und Metallwaren 2004	Lueghammer, Pecher	2005
116	Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Pferdes in Österreich	Schneider	2005
115	Leading Competence Units 2004 - Ihre Bedeutung für Wertschöpfung, Innovation und Strukturwandel in Österreich	Schneider, Lueghammer	2005
114	Entwicklung des burgenländischen Lehrstellenmarktes und Evaluierung der Lehrstellenförderung des AMS Burgenland	Birke, Dornmayr, Erbschwendtner, Petanovitsch	2005
113	Neue Formen von Benachteiligung in der Weiterbildung im Wirtschafts- und Sozialraum Wien – Theoretische Überlegungen	Birke, Hafner	2005
112	Die Industrie Österreichs – Strukturwandel in Österreich unter besonderer Berücksich-tigung energieintensiver Wirtschaftszweige sowie Forschung, Technologie und Innovation	Schneider, Lueghammer, Mahlberg, Pilz	2004
111	Die Industrie Oberösterreichs - Unter besonderer Berücksichtigung energieintensiver Wirtschaftszweige sowie Forschung, Technologie und Innovation	Schneider, Lueghammer, Mahlberg, Pilz	2004
110	Was die Zahlen sagen – Branchenbericht für die Fachverbände Maschinen und Metallwaren 2003	Lueghammer, Erbschwendtner, Schneider	2004
109	Industrieforum des Industriewissenschaftlichen Instituts: Gesammelte Beiträge 2001 bis 2003	(Diverse Autoren)	2003
108	Die Industrie Kärntens - Grundlagen zur industrieökonomischen Strategiedebatte	Schneider, Erbschwendtner, Lueghammer, Mahlberg, Schmidl	2003
107	F&E-Standort Österreich – Perspektiven für U.S.-amerikanische Unternehmen	Helletzgruber, Lueghammer, Schneider	2003
106	Analyse von Bedarf und Akzeptanz einer HTL am Standort Mistelbach	Birke, Haider, Neuberger, Schneider	2003
105	Hoheitliche FTI-Organisationsmuster in ausgewählten Staaten der EU	Schneider, Mahlberg, Lueghammer	2003
104	IKT am österreichischen Kapitalmarkt	Schneider, Lueghammer, Sattmann, Seidl	2002
103	Der Einsatz von eMP für Kooperationen von KMU	Kellner, Sattmann, Schneider, Zarl	2002
102	Technologieförderung durch Finanzierung in der Spätphase des Innovationsprozesses – Der ERP-Fonds und das österreichische Erfolgsparadoxon	Schneider, Lueghammer	2002
101	Success stories österreichischer Industrieunternehmen und ihre Konsequenzen	Macek, Kellner, Stürzer	2002
100	Entwicklungsperspektiven der Studienberechtigungsprüfung	Birke, Hafner, Henkel, Wagner	2002
99	Finanzierung des österreichischen Gesundheitswesens	Pichler, Walter	2002
98	Österreichs Unternehmen vor der Herausforderung elektronischer Marktplätze	Janger, Zarl, Zeiner	2001
97	Möglichkeiten der Anbindung von Risikokapitalinvestoren an akademische Inkubatorzentren am Beispiel AplusB	Nagy	2001
96	Venture Capital: Indikator des Strukturwandels und Katalysator für F&E	Nagy	2001
95	Industrieforum: Gesammelte Beiträge; Ausgaben 4/1999 bis 3/2001	(Diverse Autoren)	2001
94	e-Business für mittelständische Unternehmen: Fallstudien aus Österreich	Clement, Macek, Mohr	2001
93	Höherqualifizierung auf der mittleren Ausbildungsebene – der Stellenwert von Zusatzqualifikationen in ausgewählten Berufsbereichen	Henkel, Strobl	2001
92	New Economy und e-Business: Wirtschaftliche Veränderungen und wirtschaftspolitische Konsequenzen	Janger, Eisendle, Lux	2001
91	Stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe in Österreich - Marktanalyse und Handlungsmaßnahmen	Bauer, Hribernig, Rogl, Sandberg, Schröck, Walter	2001
90	Wirtschaftsfaktor Sport in Österreich	Dachs, Macek, reissl, Schröck, Steindl	1999/ 2001
89	Empirische Grundlagen des österreichischen Pharmagroßhandel im europäischen Vergleich	Clement, Fiala	2000
88	Grundsatzgutachten zur Bildung eines Österreichischen Logistik-Clusters	Clement, Hajek, Macek	2000
87	Volkswirtschaftliche Effekte der Unternehmens Invest AG für die österreichische Wirtschaft	Nagy, Pichler	2000
86	Wirtschaftsfaktor Flughafen Wien	Macek, Nagy, Walter	2000
85	Alternative Formen der Hochschulfinanzierung: Darlehensgestütze Studiengebührenmodelle	Hörtnagl, Klerx, Markowitsch, Litschka	2000
84	Innovation in der Steiermark: Steigerung der Wettbewerbskraft der bestehenden Produktionswirtschaft und Öffnung in Richtung new economy	Clement, Janger, Nagy	2000
83	Zwischenbilanz und Perspektiven der Clusterbildung in Österreich	Clement, Macek, Matschiner	2000
82	Chancen und Risken für KMUs des produzierenden Sektors durch eCommmerce: Strukturwandel und Finanzierungsprobleme	Clement, Hajek, Lux, Macek	2000
81	Innovationshemmnisse am Österreichischen Verkehrssektor	Clement, Hafner, Macek	2000

Q: IWI-MIS (IWI-Management-Informationssystem)

Tab. A-13: Themenbogen „industrie aktuell“ (2000 bis 2010)

industrie aktuell	Industrieforum	Leitartikel	
2010/ 3-4	Aktuelle Handlungsfelder der Standortpolitik	Standort im Wettbewerb	Wolfgang Welser
2010/2	Perspektiven der österreichischen Industrie in der Konjunkturkrise	Interessensvertretung für die Industrie wichtiger denn je	Wolfgang Welser
2010/1	Leistungsbericht der Bundessparte Industrie 2010	Bewährung in schwieriger Zeit	Wolfgang Welser
2009/4	Technikermangel: Risikofaktor für Österreichs Industrie	"... eine ganz dramatische Entwicklung"	Monika Kircher-Kohl
2009/3	UVP-Novelle 2009: Beschleunigung der Genehmigungsverfahren?	Betriebsanlagengenehmigungen im Blickpunkt der interindustriellen Verflechtungen	Wolfgang Koller
2009/2	Rahmenbedingungen für Kurzarbeit	"... alle 90 Sekunden eine offene Stelle"	Johannes Kopf
2009/1	Förderungen: Beitrag zur Abfederung der Finanzmarktkrise	Finanzmarkt(krise) und Unternehmensfinanzierung	Ewald Nowotny
2008/4	Motor der österreichischen Wirtschaft: Die Automotive Zulieferindustrie	Ist die Automotive Zulieferindustrie Österreichs für zukünftige Herausforderungen gerüstet?	Herwig W. Schneider
2008/3	Industrielle Technologien als klimapolitischer Hebel	Energieeffizienz: eine der größten Energieressourcen der Zukunft	Monika Kircher-Kohl
2008/2	Indien: Die unterschätzte Wirtschaftsmacht	Emerging markets do in fact emerge ...	Alan Rosling
2008/1	Unternehmensfinanzierung im Schatten der Subprime-Krise	Die US-Hypothekenkrise	Uta Pock
2007/4	Beratung und Entscheidung in der Wirtschaftspolitik	Beratung als Entscheidungsbeitrag oder Feigenblatt?	Klaus F. Zimmermann
2007/3	Forschung und Forschungsförderung in Österreich	Forschung und Forschungsförderung in Österreich	Christa Kranzl
2007/2	Energie als Standortfaktor – Energieversorgung als wichtige Säule des Industrielandes Österreich	Globale Betrachtung der Energiemärkte	Johannes Benigni
2007/1	Vom Kreditgeber zum Begleiter am Kapitalmarkt - die neuen Aufgaben der Unternehmensfinanzierung	Herausforderungen an die Industrie und an die Politik	Günter Verheugen
2006/4	Die Zukunft der österreichischen Industrie	Viel Neues unter der Sonne - Gedanken zur Erfolgsgeschichte der österreichischen Industrie	Wolfgang Damianisch
2006/3	Großbetriebe und KMUs: Im Erfolg vereint	Österreichs Industrie "goes international"	Peter Zöllner
2006/2	Generationswechsel ohne Steuer-Fallbeil	Deutschland auf Wachstumskurs	Michael Meister
2006/1	Intelligente Integration: Unternehmen nützen Marktchancen	Vom erweiterten EU-Markt zum Weltmarkt	Michael Landesmann
2005/4	Kostenfaktor Energie	Anforderungen an die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung aus Sicht der Industrie	Jürgen R. Thumann
2005/3	Leading Competence Units	Österreichs Chance als attraktiver Standort von Leading Competence Units und Headquarters	Veit Sorger
2005/2	Industriefinanzierung der Zukunft	Industriefinanzierung: über Wirkungen und unerwünschte Nebenwirkungen	Wilfried Stadler
2005/1	Produktion im 21. Jahrhundert	Produktionszentren des 21. Jahrhunderts	Christian Helmenstein
2004/4	Industrie und Demographie - Herausforderungen und Erwartungen	The New Economics of the Brain Drain	Oded Stark
2004/3	Industrie und Dienstleistungen	Dienstleistungen für neue internationale Arbeitsteilung	Gernot Hutschenreiter
2004/2	Aspekte der Industriepolitik im erweiterten Europa	Mehr Beschäftigung in Europa schaffen	Wim Kok
2004/1	Was ist aus der New Economy geworden?	Die Wettbewerbsfähigkeit Europas	Heinz Zourek
2003/4	Forschungsförderung: Grenzen und Möglichkeiten	49 Thesen zur Industriepolitik Österreichs	Alexander Rauner
2003/3	Herausforderung an die österreichische Industrie	Kyoto aus europäischer Perspektive	Peter Zapferl
2003/2	Soziale Verantwortung von Unternehmen	Politische und wirtschafliche Aspekte der transatlantischen Beziehungen	Friedrich Hoess
2003/1	Wachstumsimpulse in Österreich	Shenzhen - a Beautiful Seaside Hi-tech City	Liu Yingli
2002/4	Konjunkturanalyse in der Krise	Prognosen helfen die Wirtschaft zu verstehen	Andreas Wörgötter
2002/3	Rahmenbedingungen für Headquarters in Österreich	EU-Konvent - Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Europa	Hannes Farnleitner
2002/2	Steuerforum: Interessen der Industrie	Strategien der Forschungs- und Strategienpolitik in Österreich	Knut Consemüller
2002/1	Basel II: Was die neuen Regeln für das Kreditgeschäft bringen	Ostasien am Beginn des 3. Jahrtausends	Helmut Sohmen
2001/4	Nachhaltigkeit der Infrastruktur - Rendite versus Sicherheit	Cybercrime, Cyberwar, Cyberterrorism	Gary Hart
2001/3	Liberalisierung: Märkte im Aufbruch	Infrastruktur - vorbeugen ist besser (und billiger)...	Ewald Nowotny
2001/2	Skills Gap in der österreichischen Industrie?	EU-Erweiterug als historische Aufgabe	Karl von Schwarzenberg
2001/1	Clusterbildung - eine kritische Bilanz	Beteiligungsstrategien von Unternehmen: Motive bei Kauf und Verkauf	Erich Becker
2000/4	"Old" versus "New" Economy: Fallstudien des Überganges	E-Business in einem "brick and mortar"-Unternehmen: Wienerberger	Michael Bicsik, Paul G. Tanos
2000/3	Staatsaufgaben neu!?	Unternehmen im Wandel - Erfolgsfaktoren in der globalisierten Wirtschaft	Heinrich von Pierer
2000/2	Wachstum und Positionierung österreichischer Unternehmen im europäischen Binnenmarkt	Wird Deutschland ein Einwanderungsland - Green Card für Spezialisten	Hans Peter Stihl
2000/1	Strukturwandel durch E-Commerce in Österreich	Nutzen ziehen aus der Osterweiterung	Franz Fischler

Q: IWI-MIS (IWI-Management-Informationssystem)

Tab. A-14: Autorenstatistik (bei >3 Veröffentlichungen), „industrie aktuell“ (1994 bis 2010)

Autoren	Institution (vorwiegend), zum Zeitpunkt der Publikation	Summe	*Edit.*	*Leitart.*	*I-Forum*	*I-Politik*	*I-Konj.*	*IA-reg.*	*Rez.*	*BSI-LB*
Fürst, Erhard	IV	**46**	11	0	3	1	31	0	0	0
Schneider, Herwig W.	IWI	**42**	10	1	8	19	1	3	0	0
Damianisch, Wolfgang	WKÖ	**29**	6	1	1	2	19	0	0	0
Helmenstein, Christian	IV	**28**	4	1	0	0	23	0	0	0
Lamel, Joachim	WKÖ	**26**	10	0	0	5	11	0	0	0
Clement, Werner	IWI	**25**	16	0	5	4	0	0	0	0
Engelmann, Manfred	WKÖ	**25**	7	0	2	0	16	0	0	0
Hartmann, Christoph	freier Wirtschaftsjournalist	**20**	0	0	1	0	19	0	0	0
Pock, Uta	Investkredit Bank AG	**16**	0	1	0	2	13	0	0	0
Stadler, Wilfried	Investkredit Bank AG	**12**	0	1	8	3	0	0	0	0
Kolb, Walter	IWI	**11**	0	0	0	11	0	0	0	0
Brunner, Philipp	IWI	**9**	0	0	0	4	0	0	5	0
Dell'mour, René	OeNB	**8**	0	0	0	8	0	0	0	0
Schröck, Thomas	IWI	**8**	0	0	0	8	0	0	0	0
Macek, Silvia	IWI	**7**	0	0	0	7	0	0	0	0
Welser, Wolfgang	Welser Profile AG	**7**	0	3	4	0	0	0	0	0
Lengauer, Sandra D.	IWI	**6**	0	0	0	3	0	3	0	0
Agnezy, Birgit	IV	**5**	0	0	0	0	5	0	0	0
Fichtinger, Markus	Aktienforum, IV	**5**	0	0	1	4	0	0	0	0
Hammerer, Gerhard	IWI	**5**	0	0	0	5	0	0	0	0
Koller, Wolfgang	IWI	**5**	0	1	1	3	0	0	0	0
Mahlberg, Bernhard	IWI	**5**	0	0	0	5	0	0	0	0
Pieber, Beatrix	IV	**5**	0	0	0	0	5	0	0	0
Klein, Alois	OeNB	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Mahlich, Jörg	WKÖ	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Markowitsch, Jörg	IWI	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Oliver, Michael	IV	**4**	0	0	1	0	3	0	0	0
Pichler, Eva	IWI	**4**	0	0	1	3	0	0	0	0
Platzer, Angela	Investkredit Bank AG	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Rieger, Hannah	Investkredit Bank AG	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Schneider, Christoph M.	WKO	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Seidl, Thomas	IWI	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Strobl, Peter	IWI	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Swoboda, Gunther	OeNB	**4**	0	0	0	4	0	0	0	0
Andreasch, Michael	OeNB	**3**	0	0	0	3	0	0	0	0
Consemüller, Knut	RAT FTE	**3**	0	1	2	0	0	0	0	0
Fuchs, Matthias	OeNB	**3**	0	0	0	3	0	0	0	0
Kircher-Kohl, Monika	Infineon Technologies Austria AG	**3**	0	2	1	0	0	0	0	0
List, Helmut	AVL LIST	**3**	0	0	3	0	0	0	0	0
Mazdra, Marian	IWI	**3**	0	0	0	3	0	0	0	0
Mitterbauer, Peter	Miba AG	**3**	0	0	3	0	0	0	0	0
Nowotny, Ewald	OeNB	**3**	0	2	1	0	0	0	0	0
Pichler, Peter	Berndorf AG	**3**	0	0	2	0	1	0	0	0
Raidl, Claus J.	Böhler-Uddeholm AG	**3**	0	0	3	0	0	0	0	0
Richter, Josef	WKÖ	**3**	0	0	0	2	1	0	0	0
Schenz, Richard	Regierungsbeauftragter für Kapitalmarkt	**3**	0	0	3	0	0	0	0	0
Seitz, Wolfgang	IV	**3**	0	0	3	0	0	0	0	0
Sorger, Veit	IV	**3**	0	1	2	0	0	0	0	0
Strommer, Michael	OeNB	**3**	0	0	0	3	0	0	0	0
Wöhrer, Josef	Salzburger Aluminium AG	**3**	0	0	2	0	1	0	0	0
Zimmermann, Norbert	Berndorf AG	**3**	0	0	3	0	0	0	0	0

Q: Eigene Darstellung

Anhang 6
Methodenerläuterungen

Im Haupttext der gegenständlichen Untersuchung findet ein komplexer Methodenmix Anwendung. Zwei methodische Ansätze werden nachfolgend näher erläutert:

Erläuterungen zum Verfahren „SNA“

Die Soziale Netzwerk Analyse (SNA) erlaubt die grafische Darstellung komplexer Vernetzungsmuster z.B. von Forschungsprojekten, die sowohl auf Auftraggeberseite über ein Konsortium gesteuert, als auch auf Auftragnehmerseite in Kooperationsbeziehungen realisiert werden. Als Grundannahme im gegenständlichen Zusammenhang steht die Aussage, dass generiertes Wissen interorganisational fließen kann. Die SNA findet ansonsten z.B. in FTI-ökonomischen Evaluierungsstudien Einsatz.[316]

Schritt 1: Datenaufbereitung

Auf Basis von Projektinformationen zu sämtlichen Forschungsprojektes des IWI im Beobachtungszeitraum 2003 bis 2010 erfolgt die EDV-mäßige Rüstung der Ausgangsdaten in einem gewöhnlichen Tabellenkalkulationsprogramm. Konkret wird mit einer Tabelle gearbeitet, welche in jeder Zeile einen Projektanteil eines Projektpartners definiert und datenbankmäßig mit einer Liste von Institutionen und einer Liste von Projekte verknüpft ist.

Schritt 2: Einlesen der Daten

Sodann werden die Projektinformationen in ein adäquates Programm (hier R-Paket "sna") eingelesen. Das Überführen der Daten erfolgt als Adjazenzmatrix. Im Falle des Programmierens von Zusatzfunktionen werden neben der eigentlichen SNA-Analyse Zusatzauswertungen der Netzwerke ermöglicht (z.B. Matrizendarstellung der bestehenden Verbindungen auf der Ebene verschiedener Aggregationen; Bundesländer, Institutionentypen). Gewöhnlich werden diese Arbeitsschritte eng mit Schritten der Datenaufbereitung, der Qualitätskontrolle, der Berücksichtigung zusätzlicher Analysedetails oder der Durchführung zusätzlicher Zwischenschritte kombiniert.

Schritt 3: Auswertung und grafische Darstellung

Die softwaretechnische Implementierung für die gegenwärtige Untersuchung kann mit verschiedenen Werkzeugen EDV-mäßig bewerkstelligt werden. Das in dieser Studie zu Anwendung kommende graphenanalytische R-Paket “sna” ist dabei als gut verständliches Basispaket zu verstehen. Für eine qualifizierte Beschreibung sei neben der Dokumentation, die innerhalb von R standardmäßig zur Verfügung gestellt wird, der Überblick von BUTTS (2008) empfohlen.

[316] Detaillierte Einblicke in die SNA liefern WASSERMAN/FAUST (1994); eine kompakte praxisorientierte Zusammenschau bietet KOLLER (2010).

Erläuterungen zum Verfahren „Co-Plot“

„Co-Plot“ ist ein Verfahren, welches unterschiedliche Akteursgruppen als Punkte entsprechend ihren Eigenschaften auf einer zweidimensionalen Fläche darstellt. Im Wesentlichen besteht das Verfahren aus drei Schritten:[317]

Schritt 1: Normalisierung

Um z.B. fünf gewählte Indikatoren unabhängig vom Wertebereich, in welchem sie liegen, gleich zu behandeln, werden sie nach folgender Formel normalisiert:

$$Z_{i,j} = \frac{X_{i,j} - \overline{X_j}}{S_j}$$

$X_{i,j}$ steht für die Rohdaten des Indikators j (z.B. Produktivität) der Akteursgruppe i (z.B. Unternehmen des Fachverbands der Elektro- und Elektronikindustrie), $Z_{i,j}$ für die normalisierten Werte, $\overline{X_j}$ für den Durchschnitt der Rohdaten des Indikators j aller Akteursgruppen und S_i für die Standardabweichungen der Rohdaten des Indikators j aller Akteursgruppen.

Schritt 2: Unterschiedlichkeit

Es wird nach folgender Gleichung ein Maß der Unterschiedlichkeit zwischen jeweils zwei Akteursgruppen berechnet:

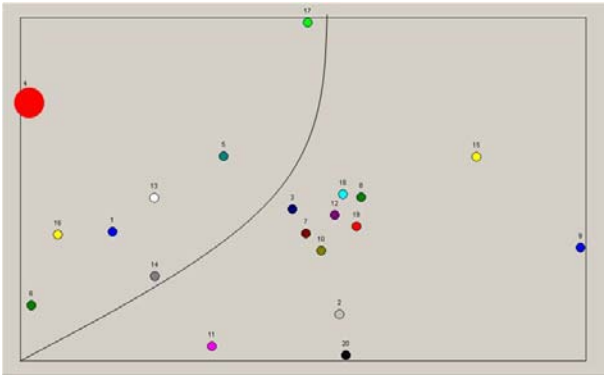
$$D_{i,j} = \sum_{k=1}^{5} \left| Z_{i,k} - Z_{j,k} \right|$$

wobei i und j für zwei beliebige, verschiedene Bereiche stehen sowie k für den jeweiligen Indikator. Das Unterschiedlichkeitsmaß ist somit die Summe der Absolutbeträge der Differenzen der normierten Werte eines Indikators von zwei zu vergleichenden Akteursgruppen für alle fünf Indikatoren.

Schritt 3: Graphische Darstellung auf einer zweidimensionalen Fläche

Mit Hilfe der *Guttman'schen Smallest Space Analysis*[318] werden aus den Unterschiedswerten Koordinaten für die Darstellung der Bereiche als Punkte auf einer zweidimensionalen Fläche berechnet und diese schließlich bildhaft gezeigt. Die Punkte sind umso näher beisammen, je ähnlicher sich die Akteursbereiche sind.

Abb. A-4: Exemplarische graphische Darstellung verschiedener Akteursgruppen nach Methodik „Co-Plot“



Q: IWI

Abb. A-4 zeigt z.B. Akteur A als roten Punkt mit der Nummer 4. Jene Akteursgruppen, die Akteur A am ähnlichsten sind, kristallisieren sich sodann in der „Punktwolke“ um die Nummer 4 heraus.

[317] Es sei auf RAVEH (2000) und MAHLBERG/RAVEH (2004) verwiesen.
[318] Details sind der Arbeit von GUTTMAN (1968) zu entnehmen.

Anhang 7
Interviewleitfäden

Frageprogramm 1[319]
(Politik, Mitglieder von Regierungskabinetten)

Datum: ……
Uhrzeit: ……
Dauer: ……
Institution: ……
Gesprächspartner/in: ……

1.) Wie beurteilen Sie die Bedeutung von externer wissenschaftlicher Politikfeldberatung[320] **im Vergleich zu Kampagnenberatung oder Public Affairs?**

2.) In einem politischen Entscheidungssystem spielen sowohl kurzfristige Entscheidungen (z.B. aufgrund tagespolitischer Notwendigkeiten oder wegen einer bevorstehenden Wahl) als auch Entscheidungen im Hinblick auf längerfristige Entwicklungen (z.B. Ausarbeitung strategischer Konzepte) eine Rolle. Wenn Sie an die Entscheidungen in Ihrem Kabinett denken, wie würden Sie das Verhältnis zwischen kurzfristigen und längerfristigen Maßnahmen beschreiben (gemessen am Zeitaufwand oder Projektbudget)?

Anteil an kurzfristigen Entscheidungen:	%
Anteil an längerfristigen Entscheidungen:	%
Summe	100 %

[319] Das Frageprogramm orientiert sich zu Ergebnisvergleichszwecken an der Grunddisposition und am Wording der Hauptbefragungsrunde in ATZMÜLLER (2008) und wurde seitens des Autors im Vorfeld dieser Dissertation im Rahmen der Lehrveranstaltung der Universität Wien 210047 „Die Rolle der Regierungskabinette in den Prozessen der Regierungspolitik“ im Sommersemester 2010 erarbeitet (s. SCHNEIDER, 2010c).

[320] Externe (wissenschaftliche) Politikfeldberatung: Beratung von Entscheidungsträgern und Organisationen, um in bestimmten Handlungsfeldern (z.B. Wirtschaft) der Politik Lösungsvorschläge durchzusetzen und spezifische inhaltliche Ziele langfristig zu erreichen; aufbauend auf Kenntnissen staatlicher Planung sowie der Formulierung, Implementierung, Steuerung und Evaluation politischer Programme; Voraussetzung: inhaltliche und analytische Kompetenz sowie einschlägige wissenschaftliche Qualifikation (Vermittlung zwischen Wissenschaft und politischer Praxis).

3.) Wie hoch ist Ihrer Ansicht nach der Einfluss folgender Akteure auf Regierungskabinette bei kurzfristigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen bzw. Entscheidungen im Hinblick auf längerfristige Entwicklungen?

	Einfluss bei kurzfristigen Entscheidungen				Einfluss bei längerfristigen Entscheidungen			
	hoch	mittel	gering/ kein Einfluss	k.A:	hoch	mittel	gering/ kein Einfluss	k.A.
Externe wissenschaftliche Beratung (-sinstitutionen) (universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen, ...)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Interne wissenschaftliche Beratung (Wissenschaftler im öffentlichen Dienst)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
kommerzielle Berater (Private Consultants, Lobbyisten, ...)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Interessensverbände/ -gruppen (inkl. Sozialpartner)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bevölkerung, Meinungsumfragen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Medien (Zeitungen, Fernsehen. ...)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
EU-Institutionen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Meinungsäußerungen internationaler Organisationen (OECD, Währungsfonds...)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren: _____	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

4.) Welches Modell des Zusammenwirkens von Beratung und Entscheidung (im Rahmen von Regierungskabinetten) ist Ihrer Ansicht nach in Österreich generell bzw. speziell in Ihrem aktuellen/ehemaligen Fachressort vorherrschend
Bitte bewerten Sie: (+) = zutreffend; (-) = nicht zutreffend

	generelle Beurteilung			Beurteilung betreff. konkrete Erfahrungswerte im eigenen Kabinett		
	+	-	k.A.	+	-	k.A.
Politiker fällt Entscheidung auf Grund seiner Werturteile, Berater liefert Informationen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Entscheidung maßgeblich vom Wissenschaftler bestimmt, Politiker vertritt Entscheidung nach außen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Trennung zwischen Politiker und Berater aufgehoben, Berater ist interaktiv in Entscheidungsprozess eingebunden	☐	☐	☐	☐	☐	☐

5.) Welche Beratungskanäle bevorzugen Regierungskabinette in der Praxis und warum (z.B. mündliche Beratung in vertraulichen Gesprächen; Auftrags-F&E mit Berichtslegung; indirekte Kommunikation über die Medien)?

6.) Welche Faktoren sind Ihrer Ansicht nach generell bzw. speziell in Ihrem aktuellen/ ehemaligen Fachressort für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen entscheidend?
Bitte bewerten Sie: (+) = spielt (große) Rolle; (-) = spielt keine Rolle

	generelle Beurteilung			Beurteilung betreff. konkrete Erfahrungswerte im eigenen Kabinett		
	+	-	k.A.	+	-	k.A.
Einholen von Fachkompetenz	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Persönliche Beziehung zu Berater/Beratungsinstitution	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Gemeinsamer ideologischer Hintergrund zwischen Politiker und Berater/Beratungsinstitution	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Legitimationsdruck, Untermauerung der Glaubwürdigkeit gegenüber der Öffentlichkeit	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Politische Themensuche für Öffentlichkeits-/Medienpräsenz	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Flucht aus Entscheidungsverantwortung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Reputation der Berater/Beratungsinstitution	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren: _____	☐	☐		☐	☐	

7.) Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach folgende Kriterien für die Politikfeldberatung generell bzw. speziell in Ihrem aktuellen/ehemaligen Fachressort?
Bitte bewerten Sie: (+) = spielt (große) Rolle; (-) = spielt keine Rolle

	generelle Beurteilung			Beurteilung betreff. konkrete Erfahrungswerte im eigenen Kabinett		
	+	-	k.A.	+	-	k.A.
Unabhängigkeit der Beratung von politischen Parteien od. Interessensgruppierungen	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Finanzielle Unabhängigkeit der Beratung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Internationale Ausrichtung bzw. Vernetzung der Beratung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Wissenschaftlichkeit der Beratung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Verständlichkeit der Beratung	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren _____	☐	☐		☐	☐	

8.) Abschließend finden Sie einige allgemeine Aussagen (wordrap) generell bzw. speziell zu Ihrem aktuellen/ehemaligen Fachressort.
Bitte bewerten Sie: (+) = stimme zu; (-) = stimme nicht zu.

	generelle Beurteilung			Beurteilung betreff. konkrete Erfahrungswerte im eigenen Kabinett		
	+	-	k.A.	+	-	k.A.
Der Personalabbau in Ministerien, Kabinetten etc. erhöht die Abhängigkeit von externen Beratern.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Der Impuls für Beratungsnachfrage geht idR nicht vom Minister, sondern von Kabinettsmitgliedern aus.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Öffentlichkeit nimmt politische Positionen eher an, wenn Wissenschaftler diese Meinung unterstützen.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Wissenschaftler konzentrieren sich zu sehr auf den akademischen Diskurs und liefern für die Tagespolitik keine brauchbaren Inputs.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Es gibt einen Trend zu ad hoc-Vergaben („Kurzexpertisen“), dadurch Verkürzung von Bearbeitungszeiten bzw. Bevorzugung von „Consultants“.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Es gibt eine Tendenz zu Gefälligkeitsgutachten und ideologisch/parteipolitisch geprägter Beratung.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Minister beschränken sich zunehmend auf ihre politische Rolle und richten deshalb fachlich unzuständigen Ministerkabinette ein.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Politikfeldberatung spielt in bürokratischen, parteipolitisch organisierten Systemen eine geringe Rolle.	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Politikfeldberatungsleistungen sind in Österreich …						
… geprägt von hoher Wissenschaftlichkeit	☐	☐	☐	☐	☐	☐
… intransparent	☐	☐	☐	☐	☐	☐
… widersprüchlich	☐	☐	☐	☐	☐	☐
… kundengerecht/verständlich	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren:	☐	☐		☐	☐	

Herzlichen Dank!

Frageprogramm 2
(Repräsentanten von Interessensvertretungen, sonstige Stakeholder)

Datum: _____
Uhrzeit: _____
Dauer: _____
Institution: _____
Gesprächspartner/in: _____

1.) Welche der folgenden Funktionen erfüllen Ihrer Ansicht nach Wirtschaftsforschungsinstitute in Bezug zu industriepolitischen Interessensvertretungen in Österreich gegenwärtig bzw. welche Funktionen sollten sie zukünftig wahrnehmen?
(+) = zutreffend; (-) = nicht zutreffend

	Beurteilung der gegenwärtigen Situation			Beurteilung der zukünftigen Situation		
	+	-	k.A.	+	-	k.A.
Operative/instrumentelle Beratungsfunktion	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Strategische/konzeptionelle Beratungsfunktion	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Aufklärungsfunktion	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Promotions-/Propagandafunktion	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Filterfunktion	☐	☐	☐	☐	☐	☐

Anm.: Definitionen s. Infoblatt (Seite 5)

2.) Wie hoch ist Ihrer Ansicht nach der Einfluss folgender Akteure auf industriepolitische Interessensvertretungen in Österreich bei kurzfristigen interessenspolitischen Strategien bzw. Strategien in Hinblick auf längerfristige Entwicklungen?

	Einfluss auf kurzfristige Strategien				Einfluss auf längerfristige Strategien			
	hoch	mittel	gering/ kein Einfluss	k.A:	hoch	mittel	gering/ kein Einfluss	k.A.
Externe wissenschaftliche Beratung ([außer]universitäre Einrichtungen)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Interne wissenschaftliche Beratung (Wissenschaftler in eigener Organisation)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
kommerzielle Berater (Private Consultants u.Ä.)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Bevölkerung, Meinungsumfragen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Medien (Zeitungen, Fernsehen. ...)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
EU-Institutionen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Meinungsäußerungen internationaler Organisationen (OECD, Währungsfonds etc.)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren: _____	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

3.) Welches der nachfolgenden Kooperationsmodelle sollte Ihrer Ansicht nach in der Arbeit von industriepolitischen Interessensvertretungen bevorzugt werden?
Bitte bewerten Sie: (+) = zutreffend; (-) = nicht zutreffend

	Generelle Beurteilung		
	+	-	k.A.
Interessensvertreter fällt Entscheidung, Wirtschaftsforscher liefert Informationen	☐	☐	☐
Die Entscheidung des Interessensvertreters wird maßgeblich vom Wirtschaftsforscher bestimmt, Interessensvertreter vertritt nur die Entscheidung gegenüber den Mitgliedern bzw. der Politik	☐	☐	☐
Trennung zwischen Interessensvertreter und Wirtschaftsforscher aufgehoben, Wirtschaftsforscher ist interaktiv in die Entscheidungsprozess eingebunden	☐	☐	☐

4.) Welche Formen der Zusammenarbeit bevorzugen industriepolitische Interessensvertretungen Ihrer Ansicht nach in Richtung Wirtschaftsforschungsinstitute gegenwärtig und warum (z.B. mündliche Beratung und Abstimmung in vertraulichen Gesprächen; Auftrags-F&E mit Berichtslegung; indirekte Kommunikation über die Medien)?

_____

5.) Welche Faktoren sind Ihrer Ansicht nach für industriepolitische Interessensvertretungen in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsforschung entscheidend?
Bitte bewerten Sie: (+) = spielt (große) Rolle; (-) = spielt keine Rolle

	Generelle Beurteilung		
	+	-	k.A.
Einholen von Fachkompetenz	☐	☐	☐
Persönliche Beziehung zu Wirtschaftsforscher/Beratungsinstitution	☐	☐	☐
Gemeinsamer ideologischer Hintergrund zwischen Interessensvertreter und Wirtschaftsforscher/Beratungsinstitution	☐	☐	☐
Legitimationsdruck, Untermauerung der Glaubwürdigkeit gegenüber der Öffentlichkeit	☐	☐	☐
Interessenspolitische Themensuche für Öffentlichkeits-/Medienpräsenz	☐	☐	☐
Flucht aus Entscheidungsverantwortung	☐	☐	☐
Reputation der Wirtschaftsforschers/Beratungsinstitution	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren: _____	☐	☐	

6.) Wie wichtig sind Ihrer Ansicht nach folgende Eigenschaften von Wirtschaftsforschern für industriepolitische Interessensvertretungen?
Bitte bewerten Sie: (+) = spielt (große) Rolle; (-) = spielt keine Rolle

	Generelle Beurteilung		
	+	-	k.A.
Unabhängigkeit der Beratung von politischen Parteien od. Interessensgruppierungen	☐	☐	☐
Finanzielle Unabhängigkeit der Beratung	☐	☐	☐
Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit	☐	☐	☐
Internationale Ausrichtung bzw. Vernetzung der Beratung	☐	☐	☐
Wissenschaftlichkeit der Beratung	☐	☐	☐
Verständlichkeit der Beratung	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren _____	☐	☐	

7.) Nachfolgend finden Sie einige allgemeine Aussagen (wordrap).
Bitte bewerten Sie: (+) = stimme zu; (-) = stimme nicht zu.

	Generelle Beurteilung		
	+	-	k.A.
Die schlanke Personalstruktur in einer Interessensvertretung erhöht die Abhängigkeit von externen Beratern (u.a. Wirtschafsforscher).	☐	☐	☐
Der Impuls für Beratungsnachfrage geht idR nicht vom Berater/Wirtschaftsforscher, sondern vom Interessensvertreter aus.	☐	☐	☐
Die Öffentlichkeit nimmt politische Positionen eher an, wenn Wirtschaftsforscher diese Meinung unterstützen.	☐	☐	☐
Wirtschaftsforscher konzentrieren sich zu sehr auf den akademischen Diskurs und liefern für die Tagespolitik keine brauchbaren Inputs.	☐	☐	☐
Es gibt einen Trend zu ad hoc-Vergaben („Kurzexpertisen"), dadurch Verkürzung von Bearbeitungszeiten bzw. Bevorzugung von „Consultants".	☐	☐	☐
Es gibt eine Tendenz zu Gefälligkeitsgutachten und ideologisch/parteipolitisch geprägter Beratung in den Wirtschaftswissenschaften.	☐	☐	☐
Die Politikberatungsleistungen von Wirtschaftsforschern sind in Österreich …			
… geprägt von hoher Wissenschaftlichkeit	☐	☐	☐
… intransparent	☐	☐	☐
… widersprüchlich	☐	☐	☐
… kundengerecht/verständlich	☐	☐	☐
Die Industriegesinnung in Österreich ist trotz Politikberatungsaktivitäten auf einem niedrigen Niveau	☐	☐	☐
Sonstige Faktoren: _____	☐	☐	

8.) Bitte schätzen Sie für folgende Wirtschaftsforschungsinstitute in Österreich deren Fokussierung auf industriewissenschaftliche Aktivitäten (Schätzung z.B. anhand von kommunizierten Studienergebnissen; eingesetztem Personal o.Ä.):

	Anteil industriewissenschaftlicher Aktivitäten an gesamten Institutsaktivitäten												
	0%	1%-10%	11%-20%	21%-30%	31%-40%	41%-50%	51%-60%	61%-70%	71%-80%	81%-90%	91%-99%	100%	k.A.
WIFO (Wirtschaftsforschungsinstitut)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
IHS (Institut für Höhere Studien)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
IWI (Industriewissenschaftliches Institut)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
KMFU (KMU Forschung Austria)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
JR (Joanneum Research)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Sonstige _____	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	

Herzlichen Dank!

Informationsblatt zu Frage 3 von Frageprogramm 2
(Repräsentanten von Interessensvertretungen, sonstige Stakeholder)

Die Fachliteratur kennt eine Vielzahl an begrifflichen Determinationen zum Funktionsspektrum von Politikberatung. Es lassen sich hinsichtlich deren Kernfunktionen fünf Abschnitte zusammenfassen, die wie folgt beschrieben werden können:[321]

- Die *operative oder auch instrumentelle* Beratungsfunktion umfasst Beratungsleistungen bei der Planung und Umsetzung von (wirtschafts)politischen Maßnahmen. Die Beratungsempfänger erwarten konkrete, politisch realisierbare Vorschläge insbesondere im Konnex wirtschaftspolitischer Instrumentarien (erklärende Entscheidungs- und Orientierungshilfen).

- Die *strategische oder auch konzeptionelle* Beratungsfunktion zielt auf die Entwicklung langfristiger (wirtschafts)politischer Handlungsoptionen ab. Die Beratungsseite arbeitet und orientiert sich an Gesamtkonzepten bzw. erfasst komplexe Systeme von Wirkungszusammenhängen.

- Die *Aufklärungsfunktion* dient zur breiten öffentlichen Bewusstseinsbildung und ist v.a. an die Bevölkerung gerichtet. Es steht das Monitoring bzw. die Aufklärung über die Wirkungszusammenhänge und Auswirkungen konkreter wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Mittelpunkt.

- Die Ergebnisse der Politikberatung können auch zur ex post Flankierung bereits getroffener (wirtschafts-) politischen Entscheidungen herangezogen werden (*Promotions- oder Propagandafunktion)*. Die eigentliche politische Intention ist die Legitimation.

- Gemäß der *Filterfunktion* der Politikberatung sind im Rahmen eines beratenden Begleitungsprozesses aus der Fülle potenzieller (wirtschafts-) politischer Entscheidungen diejenigen herauszunehmen, welche zu keiner wünschenswerten Lösung führen.

[321] Vgl. PAPPENFUSS, U., THOMAS, T. (2007), Eine Lanze für den Sachverständigenrat? Plädoyer für eine differenziertere Analyse wirtschaftswissenschaftlicher Beratungsinstitutionen, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 4/2007, 335-358.

Anhang 8
BDI-Memorandum für eine steuerliche Förderung von F&E

Abb. A-5: BDI-Memorandum für eine steuerliche Förderung von F&E (Teil 1)

BDI

BDLI Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V. | BITKOM | Gesamtverband textil + mode | VCI | VDMA | ZVEI:

VDA Verband der Automobilindustrie | Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Memorandum für eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE)

Weltweit konkurrieren Unternehmen und Nationen gleichermaßen um die fähigsten Wissenschaftler und die besten Lösungen, um existentielle Herausforderungen in den Bereichen Energie, Mobilität, Sicherheit, Kommunikation und Gesundheit zu bewältigen. Die deutsche Industrie will deshalb auch in Zukunft ihre Aktivitäten im Bereich der Forschung und Entwicklung in Deutschland auf hohem Niveau halten und intensivieren. Entscheidende Voraussetzung sind dabei international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für forschende Unternehmen.

Aus den Zahlen der von der Bundesregierung eingesetzten „Expertenkommission Forschung und Innovation" geht hervor, dass die strukturelle Benachteiligung der forschenden Unternehmen in Deutschland etwa 10 Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der anderen OECD-Länder beträgt. Viele große Industriestaaten wie die USA, Japan, Frankreich und Großbritannien erlauben ihren Unternehmen bereits seit Jahren, einen Teil der Investitionen in Forschung und Entwicklung von ihrer Steuerschuld abzuziehen. Hierdurch werden starke Investitions- und Innovationsanreize gesetzt, die in letzter Zeit noch intensiviert wurden. In Deutschland führt diese Entwicklung für forschende Unternehmen zu einem gravierenden Wettbewerbsnachteil.

Deutschland muss daher gleichziehen, damit Unternehmen ihre Forschungszentren in Deutschland ausbauen oder ansiedeln und hier ihr innovatives Potenzial entfalten. Davon hängen Beschäftigung, Wertschöpfung und Wohlstand sowie Steuereinnahmen und Haushaltskonsolidierung ab. Jüngste Untersuchungsergebnisse des industriewissenschaftlichen Instituts (IWI) aus Österreich weisen nach, dass sich die Förderung von unternehmerischer Forschung und Entwicklung für Staat und Gesellschaft lohnt: 1 Mio. Euro zusätzliche F&E-Förderung führte dort unter anderem zu zusätzlichen 132 Arbeitsplätzen, 9 Mio. Euro an Wertschöpfung und 3 Mio. Euro an Steuern und Abgaben.

Oft behauptete Mitnahmeeffekte spielen keine Rolle, wie empirische Untersuchungen aus anderen Ländern zeigen.

Wir begrüßen daher, dass die Koalitionsparteien die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Gleichzeitig appellieren wir an Koalitionsfraktionen, Bundesregierung und Landesregierungen, dies jetzt wirkungsvoll umzusetzen. Dazu gehört, die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung für alle Unternehmen in der Größenordnung von 10 Prozent der FuE-Aufwendungen gleichermaßen, also unabhängig von ihrer Größe bzw. der Höhe ihres FuE-Aufwands, zusätzlich zur bestehenden Projektförderung einzuführen. Es gilt, das gesamte Innovationsnetzwerk von mittelständischen und großen Unternehmen in Deutschland zu stärken. In einem ersten Schritt könnten allerdings die Personalaufwendungen in den Vordergrund gestellt und die Fördersätze degressiv ausgestaltet werden.

Q: BDI (2010)

Abb. A-6: BDI-Memorandum für eine steuerliche Förderung von F&E (Teil 2)

Dr. Jürgen Hambrecht
Vorsitzender des Vorstands
BASF SE

Werner Wenning
Vorsitzender des Vorstandes
Bayer AG

Dr.-Ing. Norbert Reithofer
Vorsitzender des Vorstandes
BMW AG

Prof. Dr. Dr. Andreas Barner[1]
Sprecher der Unternehmensleitung
Boehringer Ingelheim GmbH

Dr. Dieter Zetsche
Vorsitzender des Vorstands
Daimler AG

Peter Bauer
Vorstandssprecher
Infineon Technologies AG

Franz Fehrenbach
Vorsitzender der Geschäftsführung
Robert Bosch GmbH

Jim Hagemann Snabe
Vorstandssprecher
SAP AG

Peter Löscher
Vorsitzender des Vorstands
Siemens AG

Kasper Rorsted
Vorsitzender des Vorstands
Henkel AG & Co. KGaA

Prof. Dr. Martin Winterkorn
Vorsitzender des Vorstands
Volkswagen AG

René Obermann
Vorsitzender des Vorstandes
Deutsche Telekom AG

Peter Smits
Vorstandsvorsitzender
ABB AG

Dr. Thomas Enders[2]
President and Chief Executive Officer
AIRBUS S.A.S.

Dr. Dr. Peter Bettermann
Sprecher der Unternehmensleitung/persönlich haftender Gesellschafter
Freudenberg & Co. Kommanditgesellschaft

[1] Vorsitzender des BDI/BDA-Ausschusses für Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik
[2] Präsident des BDLI Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e.V.

Q: BDI (2010)

Abb. A-7: BDI-Memorandum für eine steuerliche Förderung von F&E (Teil 3)

Martin Jetter
Vorsitzender der Geschäftsführung
IBM Deutschland GmbH

Tuomo J. Hatakka
Vorsitzender des Vorstandes
Vattenfall Europe AG

Dr.-Ing. Ekkehard D. Schulz
Vorsitzender des Vorstandes
ThyssenKrupp AG

Prof. Dr. Dr. h.c.
August-Wilhelm Scheer
Präsident
BITKOM Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.

Friedhelm Loh
Präsident
ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V.

Prof. Dr. Ulrich Lehner
Präsident
Verband der Chemischen Industrie (VCI)

Dr.-Ing. e.h. Manfred Wittenstein
Präsident
Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
(VDMA)

Peter Schwartze
Präsident
Gesamtverband der deutschen Textil- und
Modeindustrie e. V.

Matthias Wissmann
Präsident
Verband der Automobilindustrie
(VDA)

Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel
Präsident
Bundesverband der Deutschen Industrie
(BDI)

Dr. Arend Oetker
Präsident
Stifterverband für die
Deutsche Wissenschaft

Arndt G. Kirchhoff[3]
Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusse

[3] Geschäftsführender Gesellschafter & CEO
KIRCHHOFF Automotive GmbH

Q: BDI (2010)

Anhang 9
Industrielle Wertschöpfungsketten

Tab. A-15: Industrielle Wertschöpfungsketten, Beispiel B (Metallerzeugung und -bearbeitung) und Beispiel C (Maschinenbau)

Backward-Linkage: ausgelöste Produktion in vorgelagerten Bereichen

weitere Stufen		zwei Stufen		eine Stufe	
Top 5 Branchen	Tsd. EUR	Top 5 Branchen	Tsd. EUR	Top 5 Branchen	Tsd. EUR
40	362.053	40	308.471	40	549.599
74	107.788	74	142.469	51	435.276
45	40.599	51	70.041	23	377.169
65	34.483	60	69.382	37	274.978
70	33.280	65	52.737	74	253.502
Rest	334.094	Rest	489.625	Rest	1.093.209
Σ	912.297	Σ	1.132.726	Σ	2.983.734

Glieder der Wertschöpfungskette:

0,072	0,089	0,235

Produktion im ausgewählten Bereich

Top 5 Branchen	Tsd. EUR
Metall (27)	12.671.054
Σ	12.671.054

1,000

Forward-Linkage: zurechenbare Produktion in nachgelagerten Bereichen

eine Stufe		zwei Stufen		weitere Stufen	
Top 5 Branchen	Tsd. EUR	Top 5 Branchen	Tsd. EUR	Top 5 Branchen	Tsd. EUR
28	686.654	45	123.522	45	40.454
45	590.515	28	96.348	70	31.302
29	511.069	70	72.450	40	20.996
34	208.998	29	69.965	28	18.776
31	135.661	34	44.877	15	17.487
Rest	310.757	Rest	299.436	Rest	231.784
Σ	2.443.655	Σ	706.598	Σ	360.800

Glieder der Wertschöpfungskette:

0,193	0,056	0,028

Backward-Linkage: ausgelöste Produktion in vorgelagerten Bereichen

weitere Stufen		zwei Stufen		eine Stufe	
Top 5 Branchen	Tsd. EUR	Top 5 Branchen	Tsd. EUR	Top 5 Branchen	Tsd. EUR
74	204.669	74	305.492	51	1.190.732
40	164.385	51	160.712	28	774.153
45	68.482	28	127.605	74	638.231
70	62.508	60	111.917	27	479.837
65	59.650	65	107.156	65	254.026
Rest	601.763	Rest	1.003.320	Rest	1.796.862
Σ	1.161.457	Σ	1.816.201	Σ	5.133.841

Glieder der Wertschöpfungskette:

0,067	0,105	0,297

Produktion im ausgewählten Bereich

Top 5 Branchen	Tsd. EUR
Masch (29)	17.259.292
Σ	17.259.292

1,000

Forward-Linkage: zurechenbare Produktion in nachgelagerten Bereichen

eine Stufe		zwei Stufen		weitere Stufen	
Top 5 Branchen	Tsd. EUR	Top 5 Branchen	Tsd. EUR	Top 5 Branchen	Tsd. EUR
45	254.730	15	106.852	40	53.935
1	171.612	45	88.139	15	53.444
34	144.372	70	48.975	45	43.201
51	117.638	40	41.984	70	29.061
74	111.055	74	39.777	55	28.369
Rest	1.166.820	Rest	466.653	Rest	306.088
Σ	1.966.227	Σ	792.380	Σ	514.097

Glieder der Wertschöpfungskette:

0,114	0,046	0,030

Q: STATISTIK AUSTRIA (Aufkommens- und Verwendungstabellen 2006, Input-Output-Tabelle 2006), IWI, Eigene Berechnungen

Tab. A-16: Industrielle Wertschöpfungsketten, Beispiel D (H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung) und Beispiel E (Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik)

Backward-Linkage: ausgelöste Produktion in **vor**gelagerten Bereichen

weitere Stufen Top 5 Branchen	Tsd. EUR	zwei Stufen Top 5 Branchen	Tsd. EUR	eine Stufe Top 5 Branchen	Tsd. EUR
74	73.053	74	101.597	51	435.230
40	64.837	51	58.927	28	290.360
45	25.197	28	47.309	74	166.649
70	22.848	60	41.220	27	112.758
51	22.314	40	40.953	65	93.747
Rest	224.623	Rest	377.219	Rest	773.094
Σ	432.871	Σ	667.225	Σ	1.871.837

Produktion im ausgewählten Bereich

Top 5 Branchen	Tsd. EUR
GerEle (31)	6.085.443
Σ	6.085.443

Forward-Linkage: zurechenbare Produktion in **nach**gelagerten Bereichen

eine Stufe Top 5 Branchen	Tsd. EUR	zwei Stufen Top 5 Branchen	Tsd. EUR	weitere Stufen Top 5 Branchen	Tsd. EUR
45	257.249	40	127.143	40	142.267
40	238.910	45	38.031	45	22.000
29	169.986	70	35.833	70	17.750
34	155.646	34	19.500	74	15.386
75	57.277	74	18.148	15	14.808
Rest	454.050	Rest	220.857	Rest	196.887
Σ	1.333.117	Σ	459.512	Σ	409.098

Glieder der Wertschöpfungskette:					
0,071	0,110	0,308	1,000	0,219	0,076	0,067

Backward-Linkage: ausgelöste Produktion in **vor**gelagerten Bereichen

weitere vor- Top 5 Branchen	Tsd. EUR	zwei Stufen Top 5 Branchen	Tsd. EUR	eine Stufe Top 5 Branchen	Tsd. EUR
40	56.754	74	62.381	51	355.234
74	44.487	40	42.054	73	127.378
45	14.807	51	31.482	27	80.541
70	13.641	65	25.177	45	79.154
65	13.118	70	23.199	65	78.841
Rest	127.570	Rest	207.010	Rest	351.714
Σ	270.376	Σ	391.304	Σ	1.072.863

Produktion im ausgewählten Bereich

Top 5 Branchen	Tsd. EUR
NTechR (32)	5.963.121
Σ	5.963.121

Forward-Linkage: zurechenbare Produktion in **nach**gelagerten Bereichen

eine Stufe Top 5 Branchen	Tsd. EUR	zwei Stufen Top 5 Branchen	Tsd. EUR	weitere nach- Top 5 Branchen	Tsd. EUR
64	216.854	64	46.059	74	19.237
34	127.709	74	30.685	64	14.314
31	73.999	51	19.387	45	12.773
36	67.801	34	15.839	51	11.515
92	61.049	45	14.713	40	8.490
Rest	350.208	Rest	149.450	Rest	117.563
Σ	897.621	Σ	276.133	Σ	183.893

Glieder der Wertschöpfungskette:					
0,045	0,066	0,180	1,000	0,151	0,046	0,031

Q: STATISTIK AUSTRIA (Aufkommens- und Verwendungstabellen 2006, Input-Output-Tabelle 2006), IWI, Eigene Berechnungen

Anhang 10
Codierungstabellen

Tab. A-17: Codetabelle zur Darstellung industrieller Wertschöpfungsketten (ÖNACE 2008) (Teil 1)

Code	Bezeichnung
01	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten
02	Forstwirtschaft und Holzeinschlag
03	Fischerei und Aquakultur
05	Kohlenbergbau
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas
07	Erzbergbau
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln
11	Getränkeherstellung
12	Tabakverarbeitung
13	Herstellung von Textilien
14	Herstellung von Bekleidung
15	Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen
16	Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)
17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus
18	Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung
20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen
21	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
23	Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
24	Metallerzeugung und -bearbeitung
25	Herstellung von Metallerzeugnissen
26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen
28	Maschinenbau
29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
30	Sonstiger Fahrzeugbau
31	Herstellung von Möbeln
32	Herstellung von sonstigen Waren
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen
35	Energieversorgung
36	Wasserversorgung
37	Abwasserentsorgung
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung
41	Hochbau
42	Tiefbau
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen
50	Schifffahrt
51	Luftfahrt
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr
53	Post-, Kurier- und Expressdienste
55	Beherbergung
56	Gastronomie
58	Verlagswesen

Q: STATISTIK AUSTRIA

Tab. A-18: Codetabelle zur Darstellung industrieller Wertschöpfungsketten (ÖNACE 2008) (Teil 2)

59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik
60	Rundfunkveranstalter
61	Telekommunikation
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie
63	Informationsdienstleistungen
64	Erbringung von Finanzdienstleistungen
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)
66	Mit den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten
68	Grundstücks- und Wohnungswesen
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung
72	Forschung und Entwicklung
73	Werbung und Marktforschung
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten
75	Veterinärwesen
77	Vermietung von beweglichen Sachen
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a.n.g.
84	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
85	Erziehung und Unterricht
86	Gesundheitswesen
87	Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)
88	Sozialwesen (ohne Heime)
90	Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten
91	Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten
92	Spiel-, Wett- und Lotteriewesen
93	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung
94	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern
96	Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen
97	Private Haushalte mit Hauspersonal
98	Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
99	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Q: STATISTIK AUSTRIA

Tab. A-19: Codetabelle zur Darstellung industrieller Wertschöpfungsketten (ÖNACE 2003)

Code	Bezeichnung
1	Landwirtschaft, Jagd
2	Forstwirtschaft
5	Fischerei und Fischzucht
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung
11	Erdöl- und Erdgas-, Erzbergbau
14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
15	H. v. Nahrungs- und Genussmitteln und Getränken
16	Tabakverarbeitung
17	H. v. Textilien und Textilwaren (ohne Bekleidung)
18	H. v. Bekleidung
19	Ledererzeugung und -verarbeitung
20	Be- und Verarbeitung von Holz (ohne H. v. Möbeln)
21	H. und Verarbeitung von Papier und Pappe
22	Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung
24	H. v. Chemikalien und chemischen Erzeugnissen
25	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren
26	H. und Bearbeitung v. Glas, H. v. W. a. Steinen und Erden
27	Metallerzeugung und -bearbeitung
28	H. v. Metallerzeugnissen
29	Maschinenbau
30	H. v. Büromaschinen, EDV-Geräten
31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
33	Medizin-, Mess- und Regelungstechnik; Optik
34	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen
35	Sonstiger Fahrzeugbau
36	H. v. sonstigen Erzeugnissen
37	Rückgewinnung (Recycling)
40	Energieversorgung
41	Wasserversorgung
45	Bauwesen
50	Kfz-Handel; Reparatur v. Kfz; Tankstellen
51	Handelsvermittlung und GH (ohne Handel mit Kfz)
52	EH (ohne Kfz, ohne Tankstellen); Reparatur v. Gebrauchsgütern
55	Beherbergungs- und Gaststättenwesen
60	Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen
61	Schifffahrt
62	Flugverkehr
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Reisebüros
64	Nachrichtenübermittlung
65	Kreditwesen
66	Versicherungswesen
67	Mit dem Kredit- und Versicherungswesen verbundene Tätigkeiten
70	Realitätenwesen
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Personal
72	Datenverarbeitung und Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
74	Erbringung von unternehmensbezogenen DL
75	Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung
80	Unterrichtswesen
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
90	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung
91	Interessenvertretungen, Vereine
92	Kultur, Sport und Unterhaltung
93	Erbringung von sonstigen DL
95	Private Haushalte

Q: STATISTIK AUSTRIA

Abstract

Abstract (deutsch)

Die angewandte unternehmensnahe Industrieforschung generiert Lösungen, welche über verschiedene rückkoppelungsgeprägte Kanäle ihren Weg in das politische Entscheidungssystem finden. Eine Verästelung – jene, die in den besonderen Blickpunkt der gegenständlichen Untersuchung gerückt wird – bringt die angewandte unternehmensnahe Industrieforschung mit dem Teil des gemischten Interessenssystem in Verbindung, welcher (un)mittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen beabsichtigt. Welche Funktion hat die angewandte unternehmensnahe Industrieforschung in diesem Beziehungssystem gegenwärtig? Welche Funktion sollte Sie zukünftig haben? Wo befinden sich die wesentlichen politik-ökonomischen Stellhebel insbesondere in Zeiten globaler Finanz- und Wirtschaftskrisen?

Die Untersuchung folgt drei Arbeitsachsen: (i) Einführung; (ii) Politiknetzwerkanalyse unter Berücksichtigung des rationalistischen Neoinstitutionalismus; (iii) Potenzialanalyse zum Zusammenspiel zwischen angewandter unternehmensnaher Industrieforschung und der Organisation von Industrieinteressen im gemischten Interessenssystem Österreichs; jeweils unterteilt in drei Arbeitsschritten. Sowohl top-down als auch bottum-up Forschungsansätze kommen zur Anwendung. Systemtheoretischen Analysevorgaben wird in beiden Dimensionen besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Referenzwerke der institutionellen Wachstumstheorie (u.a. NORTH, D., 1998, Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen) finden in dieser Arbeit ebenso Würdigung wie qualifizierte Ausführungen zu(r) Politiknetzwerkanalyse und Rational-Choice-Ansätzen (MICHALOWITZ, I., 2007, Lobbying in der EU, Wien). Themengegeben kommt darüber hinaus auch die Literatur für institutionelle und funktionale Systembetrachtungen zu den Trägern der Industriepolitik in Österreich (DACHS, H. et al., Hsg., 2006, Politik in Österreich – Das Handbuch, Wien) als auch dem grauen Literaturbereich aus dem Feld der angewandten unternehmensnahen Industrieforschung in Österreich besondere Bedeutung zu (sämtliche Publikationen des Industriewissenschaftlichen Instituts, div. Jahre, Wien) zu tragen.

Die Ergebnisse sollen einen Beitrag dazu leisten, in einem modernen politikökonomischen Raum besser, schneller und zielgerichteter Entscheidungen treffen zu können.

Abstract (englisch)

Applied business-related industry research generates solutions which find their ways into the political decision-making system via various feedback channels. One ramification - which will come to special attention in the present inquiry – links applied industrial research to the part of the mixed interest system which (in)directly intents to influence political decision-making processes. What is the present function of applied business-related industry research in this framework? Which role should it play in the future? Where are the essential, political-economic levers especially in times of global financial and economic crises?

The study is structured in three parts: (i) introduction; (ii) policy network analysis in consideration of the rationalist neo-institutionalism; (iii) potential analysis on the interaction between applied business-related industry research and the organization of industrial interests in the mixed interest system in Austria; each part divided into three tasks. Top-down as well as bottom-up research approaches are applied. All requirements of system theory analysis are given special attention in both dimensions.

Works of reference in the field of institutional growth theory (e.g. NORTH, D. C. Institutions, institutional change and economic performance. New York: Cambridge University Press, 1990.) are discussed in this paper as well as qualified statements on policy network analysis and rational-choice approaches (MICHALOWITZ, I. Lobbying in der EU., Vienna: 2007.). Furthermore, topic-related literature on institutional and functional system analyses addressing the agents of Austrian industrial policy (DACHS, H. et al. (ed.). Politik in Österreich – Das Handbuch. Vienna: 2006.) and gray literature from the field of applied industry research in Austria (all publications of the Institute for Industrial Research, various years, Vienna) are of particular significance.

The result of this paper shall have a share in allowing better, faster and more target-oriented decisions in a modern political-economic environment.

Lebenslauf
Mag. Dr. Herwig W. Schneider

Berufstätigkeit

Industriewissenschaftliches Institut, 05/2003 bis dato

Vereinigung der Österreichischen Industrie, 08/2001 bis 04/2003

Industriewissenschaftliches Institut, 01/2001 bis 07/2001

Wiener Institut für Technologie- und Regionalpolitik der Joanneum Forschungsgesellschaft, 06/2000 bis 11/2000

Freiberuflicher Autor von steuerrechtlichen Fachpublikationen, 10/1999 bis 05/2000

Freiberufliche Tätigkeit im Konzert- und Event-Bereich, 09/1993 bis 06/1996

Hochschulausbildung

Doktorat der Philosophie (Politikwissenschaft) an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien, 03/2009 bis dato

Doktorat der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien, 09/1999 bis 04/2003 *(Abschluss: Dr.rer.soc.oec.)*

Magisterium der Volkswirtschaftslehre an der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, 09/1993 bis 12/1998 *(Abschluss: Mag.rer.soc.oec.)*

Publikationen, Herausgeberschaft, Referee Reporting

Mehr als 250 Fachpublikationen

Mitherausgeber der industriewissenschaftlichen/-politischen Quartalszeitschrift „industrie aktuell“, 01/2004 bis dato

Herausgeber von mehr als 60 Studien, Buchpublikationen u.Ä. des Industriewissenschaftlichen Instituts, 01/2004 bis dato

Board of Referee, Wirtschaftspolitische Blätter, Wirtschaftskammer Österreich, 08/2006 bis dato

Akademische Lehr- und Prüftätigkeit, Gastvorträge

FH St. Pölten

FH Wien

WU Wien

Mitgliedschaften (Auswahl)

Nationalökonomische Gesellschaft (AUT), seit 2001

Verein für Socialpolitik (GER), seit 2001

Austrian Leadership Network (AUT), seit 2005

European Economic Association (UK), 2006

Wien, 2011